

Michael Bruch
Wolfram Schaffar
Peter Scheiffele
(Hrsg.)
Organisation und Kritik

AKG



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Bruch/Schaffar/Scheiffele (Hrsg.)
Organisation und Kritik

AkG

Die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) wurde im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Inhalt der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theorieansätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll.

Schwerpunkte bildeten bisher halbjährige Tagungen, bei denen folgende theoretische und politische Fragen behandelt wurden: „Kritische Gesellschaftstheorie heute“, „Feministische Perspektiven“, „Organisation, soziale Bewegungen und Hegemonie“, „Staatstheorie vor neuen Herausforderungen – feministische Kritik, Internationalisierung und Migration“, „Internationale Politische Ökonomie“, „Subjektivität“ sowie „Umkämpfte Arbeit“.

Michael Bruch / Wolfram Schaffar /
Peter Scheiffele (Hrsg.)

Organisation und Kritik

im Auftrag der
Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2011
© 2011 Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster
Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem Papier
ISBN 978-3-89691-869-7

Inhalt

Vorwort	7
<i>Michael Bruch</i> Kritik und Organisation Zur Genese von Organisation aus regierungstheoretischer Perspektive	13
<i>Peter Scheiffele</i> Hegemonie und Organisation Zum Organisationsverständnis von Antonio Gramsci – eine kritische Annäherung	41
<i>Frances Fox Piven</i> Kann Macht von unten die Welt verändern?	74
<i>Armin Stickler</i> Organisation und soziale Bewegung Zur Kritik der bewegungswissenschaftlichen Institutionalisierungsdebatte	105
<i>Wolfram Schaffar</i> Widerständige ländliche Bewegungen und die „Kunst, nicht regiert zu werden“	137
<i>Christian Frings</i> Organisationskritik im Operaismus Zum Andenken an Romano Alquati, 1935-2010	170
<i>Thomas Matys</i> Die Corporations-kritische Bewegung in den USA Gegenstände und Akteure einer Organisationskritik	190
<i>Ronald Hartz</i> Die ‘Critical Management Studies’ – eine Zwischenbilanz in kritischer Absicht	211
<i>Rainer Berger/Malte Meyer</i> Linkes Co-Management Kritische Bemerkungen zu Ideologie und Praxis gewerkschaftlichen Organizing	247
Autorenverzeichnis	281

Vorwort

Die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) hat sich im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theorieansätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll. Der vorliegende Sammelband geht auf die im April 2006 durchgeführte Tagung „Organisation, soziale Bewegungen und Hegemonie“ in Köln zurück.

Ausgangspunkt für die Tagung war die Diagnose, dass die Organisationsfrage für emanzipatorische Politik sowie für kritische Theorie immer zentral war, jedoch gewöhnlich nicht explizit als Herrschaftsprojekt hinterfragt wurde. Ziel der Tagung war die Problematisierung von Organisation als hegemoniales Projekt der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, das spezifische Formen von Rationalität, Inklusions- und Exklusionsmechanismen, eines bestehenden Geschlechterverhältnisses, Selbst- und Fremdführungspraktiken etc. produziert und erweitert. Neben organisationskritischen Theorieansätzen bildeten vor allem die eigenen politischen Praxen und damit verbundene Bezüge zum Operaismus, autonomen Gruppen und Auseinandersetzungen mit zapatistischen Vorstellungen von politischem Aktivismus wichtige Referenzpunkte.

Das Thema Organisationskritik sollte jedoch nicht nur als abstraktes akademisches Problem diskutiert oder am Beispiel anderer emanzipatorischer Bewegungen analysiert werden, sondern auch die AkG selbst sollte als Organisation reflektiert werden. Als gegen-hegemoniales Projekt setzt sich die AkG aus verschiedenen Perspektiven kritischer Gesellschaftsforschung mit dem Staat und allen Formen gesellschaftlicher Organisierung auseinander. Im Besonderen befasst sich die AkG mit der Universität als Ort der Wissensproduktion und problematisierte immer wieder die Frage der Herrschaftsförmigkeit der organisationalen Strukturen des Wissenschaftsbetriebs.

Gleichzeitig befand und befindet sich die AkG selbst als Gruppe in einem Prozess, Formen der Kooperation zu entwickeln. Dabei wurden eine Vereinsgründung, die weitere Institutionalisierung, bis hin zur Idee einer Institutsgründung erwogen. Dass dies aus der Perspektive einer Organisationskritik nicht unproblematisch ist, sollte auf der Tagung debattiert werden, und so stellten die Organisatorinnen und Organisatoren in einem Untertitel zum Tagungsaufwurf die provokante Frage: Ist die AKG ein „Arbeitergesangsverein“? – in Anspielung auf Max Webers *Rede auf dem Ersten Deutschen Soziologentag in Frankfurt 1910*.

„Ein Mensch, der täglich gewohnt ist, gewaltige Empfindungen aus seiner Brust durch seinen Kehlkopf herausströmen zu lassen, ohne irgendeine Beziehung zu seinem Handeln, ohne daß also die adäquate Abreaktion dieses ausgedrückten mächtigen Gefühls in entsprechenden mächtigen Handlungen erfolgt, und das ist ein Wesen der Gesangsvereinskunst, das wird ein ‘guter Staatsbürger’ im passiven Sinne des Wortes. Es ist kein Wunder, daß die Monarchen eine so große Vorliebe für derartige Veranstaltungen haben. ‘Wo man singt, da laß dich ruhig nieder’. Große, starke Leidenschaften und starkes Handeln fehlen da“. (Max Weber)

Der vorliegende Band gibt diese Tagung und den dahinter liegenden Diskussionsprozess nur zum Teil wieder. Im Anschluss an die Tagung arbeitete die Vorbereitungsgruppe mit unterschiedlicher Intensität an verschiedenen Themen weiter – das Vorhaben, einen konventionellen Tagungsband zur Organisationsfrage herauszugeben, stand jedoch zunächst nicht an erster Stelle. Ein solches Vorhaben schien vor dem Hintergrund der Tagung zu sehr den Mustern des Uni- und Wissenschaftsbetriebs zu folgen.

Dass der Band nun doch zustande gekommen ist, ist der konventionellen akademischen Tätigkeit der Herausgeber geschuldet, die sich im Wissenschaftsbetrieb in der einen oder anderen Art mit Organisationskritik befassen. Neben einzelnen von an der Tagung beteiligten Vortragenden, vereinigt der Band eine Reihe von Arbeiten, die sich aus verschiedenen Perspektiven mit der Organisationsfrage kritisch auseinandersetzen.

Die Beiträge in diesem Band sind weder hinsichtlich der Form der Kritik noch hinsichtlich des Verständnisses von Organisation einheitlich. Sie spannen vielmehr ein Diskussionsfeld auf, das von einer grundlegenden Kritik des herrschenden Verständnisses von Organisation, über eine organisationskritische Erweiterung

der Intellektuellentheorie Gramscis, der Thematisierung des Verhältnisses von Organisation und sozialen Bewegungen bis hin zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Critical Management Studies reicht.

Die ersten drei Beiträge von Michael Bruch, Peter Scheiffele und Frances Fox Piven befassen sich mit grundlegenden Fragen von Kooperation, Organisation und Macht.

Entgegen dem herrschenden Verständnis von Organisation als einer sozialtechnologischen Universalie analysiert Michael Bruch zunächst Organisation als eine historische Singularität modernen Regierens der menschlichen Kooperationsbeziehungen. Ausgehend von der Krise des vormodernen Ordnungsdenkens rekonstruiert der Beitrag die historische Genese von Organisation entlang von Kritikdiskursen, die zentral für die Entwicklung der modernen bürgerlichen Gesellschaftsformation und der ihr eigenen Formen des Regierens sind.

Peter Scheiffele versucht in einer kritischen Auseinandersetzung mit Antonio Gramsci Aspekte einer an Marx orientierten Kritik der Organisation herauszuarbeiten. Gramscis Intellektuellentheorie scheint hierfür Anknüpfungspunkte zu liefern, wie sie ein allgemeines und kritisches Verständnis der durch Organisationen konfigurierten Arbeitsteilung von geistiger und körperlicher Arbeit hervorruft. Durch eine organisationskritische Erweiterung der Intellektuellentheorie von Gramsci sollen subjektivistische Tendenzen seiner „Philosophie der Praxis“ vermieden werden, ohne dabei die fundamentale Kritik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung von Kopf- und Handarbeit aufzugeben. Wird unter Organisation eine historisch-spezifische Konfiguration von Kopf- und Handarbeit verstanden, durch die sich bürgerliche Herrschaft durch Hegemonie wesentlich (re-)produziert, wird mit Gramsci auch ein emanzipatorischer Fluchtpunkt sichtbar, der das Andere von „Organisation“ in der Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung begreift. Peter Scheiffele erkennt im Unterschied zu Gramsci in der Hegemonie kein universelles Modell für den Aufstieg subalternen Klassen. Vielmehr verfällt Gramsci dem Modell der bürgerlichen Revolution, gerade weil er in der Organisation ein allgemeines, für alle Klassen gleichermaßen zur Verfügung stehendes Mittel der Interessenartikulation begreift und Organisation als bürgerliche Herrschaftsform aus dem Blick verliert.

Daran schließt sich der Beitrag von Frances Fox Piven an, der im englischsprachigen Original als *Presidential Address der American Sociological Review* erschienen ist und dessen deutsche Übersetzung von Christian Werthschulte die Autorin autorisiert und dankenswerterweise für diesen Band zur Verfügung gestellt hat. Ausgehend von der Einschätzung, dass sogenannte althergebrachte Sichtweisen auf das Phänomen der Macht nicht in der Lage sind zu plausibilisieren, dass politische Proteste auch an der gesellschaftlichen Basis teilweise zu Reformen führen können, die den Bedürfnissen der Protestierenden entsprechen, formuliert Frances Fox Piven im Gegenzug in ihrem Beitrag eine alternative Theorie der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit, die es ermöglichen soll, diese Tatsache zu erklären. Ihrer Ansicht nach existiert eine Form der Macht, die nicht auf Ressourcen, Dingen oder Eigenschaften basiert, sondern deren Wurzel in den sozialen und kooperativen Beziehungen der Menschen zu finden ist. Es ist die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit, die nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch im Zuge der sich gegenwärtig vollziehenden Globalisierung zu größeren Chancen für diese Form der Macht der „kleinen Leute“ führt.

In einem zweiten Block befassen sich Armin Stickler, Wolfram Schaffar, Christian Frings und Thomas Matys in ihren Beiträgen mit sozialen Bewegungen und der Frage nach deren Gestalt. Armin Stickler beschäftigt sich in seinem Beitrag am Beispiel der Institutionalisierungsdebatte(n) innerhalb der Bewegungsforschung mit der grundlegenden Frage des Verhältnisses von sozialer Bewegung und formaler Organisation. Der Beitrag beschränkt sich dabei nicht auf eine kritische Diskussion der teilweise sehr heterogenen Ansätze innerhalb der Bewegungsforschung, sondern eröffnet mit dem Bezug auf den organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus einen theoretischen Zugang, der auf Grund seines differenten Organisations- und Akteursbegriffs die Entwicklung eines geänderten Verständnisses des Verhältnisses von Organisation und sozialer Bewegung ermöglicht. Die Annahme der Organisationsform lässt sich unter dieser theoretischen Perspektive jenseits simpler Oligarchisierungsannahmen sowohl als ein Vermachtungsprozess sozialer Bewegungen fassen als auch die Vorstellung formale Organisationen seien für soziale Bewegungen unumgängliche effiziente Sozialgebilde als institutionelles Phantasma dechiffrieren.

Wolfram Schaffar befasst sich in seinem Beitrag mit ländlichen Bewegungen in Ländern des Südens, die durch charakteristische

Organisationsformen und durch ihren Bezug zu lokalen, indigenen Traditionen auffallen, aus der sie eine besondere Widerständigkeit schöpfen. Im Zentrum des Beitrags steht das *Forum der Armen* in Thailand, das in dieser Hinsicht den Zapatisten in Mexiko und den indigenen Bewegungen in Bolivien und Ecuador ähnelt, das jedoch in der deutschsprachigen Literatur und unter sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum bisher wenig Beachtung fand. Der Schwerpunkt der organisationstheoretischen Betrachtung liegt dabei auf der Frage, in wie weit die charakteristische Organisationsform der Bewegungen mit deren sozialer Basis zusammen hängt, und wie der auffällige Bezug zu indigenen Traditionen erklärt werden kann.

Christian Frings zeichnet in seinem Beitrag die Themen und Debatten des Neo-Operaismus nach. Ausgehend von der Beobachtung, dass Marx in seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ den inneren Zusammenhang zwischen einem dominant werdenden Geldsystem, der Verallgemeinerung von Lohnarbeit und der Entfremdung der Arbeit im modernen Maschinensystem, in der Fabrik, herauszuarbeiten versuchte, stellt er zunächst fest, dass diese Kritik der Arbeitsorganisation in der linken, insbesondere der „marxistischen“ Arbeiterbewegung für fast hundert Jahre nahezu vollständig ausgeblendet wurde. In seinem Beitrag rekonstruiert er, wie es ab den 1940er Jahren zu einer Wiederentdeckung dieser Kritik kam und in welcher Weise der frühe Operaismus zu Beginn der 1960er Jahre die Marxsche Kritik revitalisiert und weiterentwickelt hat.

Thomas Matys gibt in seinem Beitrag einen Überblick über die Corporations-kritische Bewegung in den USA, deren Kritik vor allem auf die juristische Konstruktion der „legal person“ bezogen ist. In einem ersten Schritt werden die Kritikpunkte und Praxen dieser Bewegung herausgearbeitet und daran anschließend einer organisationskritisch angeleiteten Analyse unterzogen.

Den Abschluss des Bandes stellen die zwei Beiträge von Rainer Berger und Malte Meyer und von Ronald Hartz dar, in deren Mittelpunkt Fragen des Managements stehen. Berger und Meyer nehmen eine kritische Zwischenbilanz gewerkschaftlicher Organizing-Projekte vor. Thematisch werden in diesem Zusammenhang nicht nur die Arbeitsbedingungen der sogenannten Organizer, sondern gleichermaßen die mit diesem Projekt identifizierten innergewerkschaftlichen Demokratisierungspotenziale und den ökonomischen Resultaten für die Organisierten. Vor dem Hintergrund der Orga-

nisationskritik Rosa Luxemburgs werden schließlich die einzelnen herausgearbeiteten Kritikpunkte darauf hin befragt, ob es sich hierbei um zufällige oder notwendige Effekte gewerkschaftlicher Organisationspraxen handelt.

Ronald Hartz stellt in seinem Beitrag die CMS vor, wobei es ihm dabei nicht nur um die Schließung einer Rezeptionslücke im deutschsprachigen Raum geht, sondern darüber hinaus um die Frage, inwieweit die CMS einen Beitrag zu einem Verständnis von Organisation und Management als „politischem Projekt“ liefert. Ronald Hartz verbindet die ausführliche Darstellung der Programmatik der CMS mit einer Diskussion der für diesen Ansatz wesentlichen theoretischen Impulse, um daran anschließend der Frage nach der Rezeption und Weiterführung der Tradition kritischer Theoriebildung nach zu gehen. Dabei arbeitet er verschiedene Problemfelder der CMS heraus, die letztlich in der grundlegenden Frage nach der generellen Zukunftsfähigkeit einer kritischen Managementforschung münden.

Für die finanzielle Unterstützung bei der Erstellung und Veröffentlichung des Bandes danken wir der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Michael Bruch, Wolfram Schaffar und Peter Scheiffle

Michael Bruch

Kritik und Organisation Zur Genese von Organisation aus regierungstheoretischer Perspektive

„Allerdings muß sich die Darstellungsweise formell von der Forschungsweise unterscheiden. Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und spiegelt sich nun das Leben des Stoffs ideell wider, so mag es aussehen, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun.“

Karl Marx

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen ökonomischen „Krisensituation“ und den damit verbundenen Debatten um die Ursachen und angemessenen Strategien ihrer Überwindung kann schwerlich behauptet werden, dass Organisationen kein Gegenstand der Kritik seien. Die Kritiken, die in diesem Zusammenhang geübt werden, beziehen sich auf Steuerungs- und Kontrollstrukturen, auf Fragen der Verantwortung und Ethik des Managements, der Transparenz organisationaler Abläufe bis hin zu Forderungen der Verstaatlichung von Unternehmen. Unabhängig von den unterschiedlichen Beantwortungen dieser Fragen haben all diese Kritiken eines gemeinsam: Ihre Kritik ist auf Einzelorganisationen, ihre gesellschaftlichen Machtpositionen und ihre internen Strukturen begrenzt. Diese Form der Kritik impliziert die Vorstellung, dass Organisationen das Resultat eines grundsätzlich neut-

ralen und damit ergebnisoffenen Ordnungsprozesses sind, deren Qualität und Charakter sich wesentlich aus den jeweiligen Anforderungen, Zielsetzungen und gesellschaftlichen „Umweltbedingungen“ ergeben. Dem entspricht der in den Sozialwissenschaften einschließlich der Organisationssoziologie vorherrschende Begriff von Organisation, der diese als ein kollektives oder korporatives System begreift, welches Koordinations- und Kooperationsprobleme lösen soll (s. Allmendinger/Hinze 2002, S. 10). Im Vergleich zu dieser Begriffsfassung, die Organisation als eine Universalie begreift, soll es im Folgenden darum gehen, Organisation als eine historische Singularität zu thematisieren und einer gesellschaftstheoretischen Reflexion zu unterziehen. Die Untersuchung knüpft dabei insofern an der obigen Definition an, als auch sie sich an Fragen orientiert, die die menschlichen Kooperationsverhältnisse betreffen. Bei diesen Fragen handelt es sich allerdings nicht um sozialtechnologische, sondern um politische, genauer gesagt um Fragen, deren Gegenstand in der Regierung der individuellen Verhaltensweisen und der menschlichen Kooperationsbeziehungen¹ besteht. Damit soll der Focus der Analyse von der Einzelorganisation gelöst und auf das Konzept von Organisation verschoben werden, wobei das Konzept von Organisation als ein historisch spezifisches Dispositiv von Regierung zu analysieren ist.² Diese Verschiebung zielt wesentlich darauf deutlich zu machen, dass es sich bei dem Konzept von Organisation und den damit verbundenen Denk- und Handlungspraxen selbst um das Ergebnis eines

-
- 1 Ich verwende den Begriff der Kooperation im Folgenden nicht in einem positiven Sinne wie etwa dem eines harmonischen, konfliktfreien Miteinanders, sondern als jegliche aufeinander bezogene sprachliche und handlungspraktische Äußerung.
 - 2 Es soll hier nicht darum gehen, Formen der Kritik, wie sie oben benannt sind, zurückzuweisen, sondern um die Frage nach den Effekten, die sich mit den jeweils unterschiedlichen Kritikniveaus verbinden. Anzustreben ist m. E. eine Organisationskritik, die das gleiche Kritikniveau anstreben sollte, wie wir dies etwa aus der „Kritik der politischen Ökonomie“ kennen. Einer Kritik, die strikt historisch verfährt und sich nicht auf Strukturen und Prozesse in Einzelunternehmungen beschränkt, sondern deren Kritik auf die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse insgesamt gerichtet ist. Gleiches gilt für die Analysen Foucaults, die nicht auf besondere Organisationen wie dem Gefängnis oder der Klinik begrenzt sind, sondern diese als Ausdruck gesellschaftlicher Dispositive fasst. (s. dazu Bruch 2010).

politischen Prozesses handelt, der sich entlang von Kritikdiskursen verfolgen lässt, die zentral für die Entwicklung der modernen bürgerlichen Gesellschaftsformation und der ihr eigenen Formen des Regierens sind.

Zur Methode: Organisation als Regierungsdispositiv

Organisation als ein historisches Regierungsdispositiv zu begreifen, impliziert einen methodisch-analytischen Zugang zum Erkenntnisobjekt Organisation, der die Analyse von Organisation historisch und systematisch an Fragen des Zusammenhangs von Rationalität und gesellschaftlichen Modi von Machtausübung bindet.

Organisation als ein Dispositiv (s. dazu Deleuze 1991) zu analysieren, bedeutet zunächst ganz allgemein, diese als eine ungeordnete Menge von Elementen zu begreifen, deren spezifische Anordnung und Verbindung eine Struktur in kognitiver wie in verhaltenspraktischer Art und Weise bildet. Wir haben es hier mit der Analyse eines Prozesses zu tun, innerhalb dessen sowohl das Objekt selbst, d.h. Organisation, als auch zugleich unsere diesbezügliche Wahrnehmung, unser Erkennen und unser Wissen von und unser Verhältnis zu diesem Objekt hervorgebracht werden (s. dazu Foucault 1997, S. 52). Die Aufgabe der Untersuchung des Dispositivs besteht darin, die einzelnen Elemente, ihre spezifische Verknüpfung und die damit verbundenen Strategien und Funktionen in ihrer historischen Kontextualität zu bestimmen.

Mit der Qualifizierung von Organisation als ein Regierungsdispositiv soll zum einen auf die mit Organisation verbundenen Funktionen verwiesen und zum anderen ein Anschluss an die Machtanalytik Foucaults (s. Foucault 2005) hergestellt werden, der mit dem Regierungsbegriff eine der Macht eigene Verhältnisweise bzw. einen eigenen Modus der Machtausübung bezeichnet.

Machtverhältnisse sind nach Foucault als Teil der Praktiken der Machtausübung zu begreifen, zu denen die Verfügung über allokativen, autoritative und symbolische Ressourcen gehört.³ Dies soll jedoch nicht bedeuten, „daß es sich um drei getrennte Bereiche handelt und daß es einerseits den Bereich der Dinge, der zielgerichteten Techniken, der Arbeit und der Transformation des Realen gäbe,

3 Vgl. zu dieser Unterscheidung auch Giddens (1984).

andererseits den der Zeichen, der Kommunikation, der Reziprozität und der Fabrikation des Sinns, und schließlich den der Herrschaft, der Zwangsmittel, der Ungleichheit und des Einwirkens von Menschen auf Menschen. Es geht um drei Typen von Verhältnissen, die allerdings immer ineinander verschachtelt sind, sich gegenseitig stützen und als Werkzeuge benutzen“ (Foucault 1987, S. 252). Machtverhältnisse kommen letztlich zwar nicht ohne Gewalt und auch nicht ohne Konsens aus, diese bilden aber nicht die Grundlage von Machtverhältnissen, sondern sind Teil ihres Instrumentariums.

Der Begriff der Regierung (*Gouvernement*) soll in diesem Zusammenhang die der Macht eigene Verhältnisweise bezeichnen. Das Charakteristische eines Machtverhältnisses besteht in der Formierung eines Raums von Möglichkeiten, den Möglichkeitsraum anderer zu konditionieren. Dabei werden die Menschen, auf die Macht ausgeübt wird, durchaus als Subjekte des Handelns anerkannt, sodass sich „vor dem Machtverhältnis ein ganzes Feld von möglichen Antworten, Reaktionen, Wirkungen, Erfindungen eröffnet“ (Foucault 1987, S. 254). Machtausübung operiert auf dem „Möglichkeitsfeld, in das sich das Verhalten der Subjekte eingeschrieben hat [...]“ (S. 255). Diese Strukturierung des Feldes möglicher Handlungen versucht Foucault mittels des Begriffs der „Führung“ zu erfassen. Führung ist zugleich die Tätigkeit des „Anführens“ anderer und die Weise der Selbstorientierung des Verhaltens („Selbstführung“). Machtverhältnisse sind Verhältnisse der „Meta-Führung“, des „Führens der Führungen“. Dafür setzt Foucault den Begriff „*Gouvernement*“ bzw. Regierung ein als einen jeweils historisch spezifischen Komplex von Wissen und Praktiken der Selbst- und Fremdorientierung. (Foucault 1987, S. 255).

Diese Perspektive erlaubt es im Vergleich zu Ansätzen, die bei der Analyse von Machtverhältnissen in Organisationen und vermittels Organisationen diese immer schon als existent voraussetzen, über die analytische Differenzierung von Organisation und Einzelorganisationen, Organisation selbst als Regierungsdispositiv, als ein Machtverhältnis zu thematisieren, das den Einzelorganisationen insofern zugrunde liegt, als Einzelorganisationen als Verkörperungen dieses Regierungsdispositivs aufzufassen sind. Gleiches gilt für die Verhältnisbestimmung von Organisation und Gesellschaft. Gesellschaft erscheint hier nicht, wie etwa innerhalb der neoinstitutionalistischen Ansätze (S. dazu auch den Beitrag von A. Stickler in diesem Band.), als institutionelle Umwelt schon vorgesellschaftlich

existierender Organisationen, sondern Gesellschaft verkörpert sich u.a. in Form von Organisationen.

Die Untersuchung der historischen Genese und gesellschaftlichen Geltung von Organisation muss sich aus dieser Perspektive daran orientieren, was jeweils historisch unter Regierung verstanden wird, wer regieren kann, wer oder was regiert wird und welches die Bedingungen der Ermöglichung von Formen des Regierens sind, die historisch sowohl für die Regierenden als auch die Regierten als denkbar und praktikierbar erscheinen (s. dazu auch Gordon 1991, S. 3).

Etappen der historischen Genese des Organisationsdispositivs⁴

Bei der historischen Untersuchung von Organisation als ein Regierungsdispositiv geht es nicht um eine alternative Definition von Organisation, sondern um die Analyse der durch die Gesellschaft vorgenommenen Definition von Organisation und die damit verbundenen Macht- und Herrschaftseffekte. Den Ausgangspunkt der Untersuchung bilden jene Merkmale, die unser Verständnis und unsere Praktiken markieren, die zur Anwendung kommen, wenn wir in unserem Verhalten und durch unsere Handlungen das herstellen, was wir als Organisation bezeichnen.

Bei diesen Merkmalen handelt es sich nicht nur um die Vorstellung der plan- und zweckmäßigen, rationalen Ordnungsbildung, sondern zudem verbinden sich mit Organisation Vorstellungen von Effektivität, Produktivität, Kraft, Macht und Stärke. Organisation erscheint in diesem Zusammenhang als Lösung diesbezüglicher Problemstellungen. Hinsichtlich der Bestimmung des Organisationsdispositivs kommt es jedoch nicht allein auf diese Merkmale an, sondern wesentlich auf ihre spezifische Verknüpfung und die damit verbundene historische Funktion. Im Folgenden wird es darum gehen, den historischen Konstitutionsprozess des Organisationsdispositivs entlang des historischen Auftauchens dieser Merkmale und vor allem hinsichtlich ihrer besonderen Art und Weise der

4 Ich beschränke mich hier auf einige wenige, wenngleich auch wichtige Etappen für die Entwicklung des Organisationsdispositivs. Eine ausführliche Darstellung findet sich in: Türk/Lemke/Bruch 2002.

Verknüpfung zu einer historisch spezifischen Form von Regierung zu rekonstruieren.

I.

Die Transformation des Ordnungsdenkens und der Ordnungspraxis gilt als ein zentrales Merkmal des Übergangs vom Mittelalter zur neuzeitlichen Gesellschaft. Der kosmologisch-exogene Charakter des mittelalterlichen Ordnungsdenkens ist mit einer Ordnungspraxis verbunden, die auf die Bewahrung und den Fortbestand dieser göttlich gestifteten Ordnung gerichtet ist⁵.

Mit Beginn der Neuzeit gerät dieses Ordnungsmodell in unterschiedlicher Hinsicht in die Krise. Parallel mit der Vorstellung der gesellschaftlichen Endogenität von Ordnung erscheint diese als ein Problem, jedoch nicht im Sinne ihrer Bewahrung, sondern die Ordnung an sich wird zu einem Problem von Konzeption und Handlung (S. Bauman 1995, S. 18f.). Damit verschieben sich zugleich die Bedeutung, die Funktion und die Techniken von Regierung. Regierung kann nun, wie bei Machiavelli (1978/1513), als Bestandteil eines ausdifferenzierten Handlungsfeldes der Politik als eine von Fragen der Moral und Ethik gereinigten Form instrumentellen Handelns (S. Horkheimer 1985.) konzipiert werden, dessen zentrale Funktion in der Erhaltung und Erweiterung fürstlicher Macht besteht. Gegenstand und Techniken des Regierens sind als Bestandteil der an den Fürsten gerichteten „Klugheitslehre“ wesentlich an den Prinzipien der Territorialität und Souveränität ausgerichtet. Machiavellis Regierungskritik ist demgemäß nicht an Fragen der Moral oder Sittlichkeit eines Gemeinwesens orientiert, sondern auf die Frage nach dem „realitätsgerechten“ Handeln des Fürsten gerichtet.

Die etwa zeitgleich von Thomas Morus formulierte Regierungskritik (1983/1516) verschiebt im Vergleich dazu sowohl das Problem als auch den Gegenstand von Regierung. Ausgangs- und Endpunkt der Regierungskritik ist nicht der Fürst, sondern sind die Verhaltensweisen der Individuen in ihrer Gesamtheit als Bevölkerung.

Morus Kritik setzt am Problem des Strafrechts und den Ursachen der als kriminell definierten Handlungen an. Entscheidend

5 S. dazu DUBY 1981. Zur Regierungsform des Pastors s. in diesem Zusammenhang Foucault 2005, S. 188ff.

ist in diesem Zusammenhang, dass das Verhalten der Individuen und damit Moral und Sittlichkeit nicht als Resultat ihrer Natur, sondern als Ergebnis der herrschenden Gesellschaftsordnung begriffen werden. Dementsprechend kann weder der Gegenstand von Regierung unmittelbar das einzelne Individuum sein noch können sich die Regierungstechniken auf die Regierung des Einzelnen beschränken. Gesetze als Technik der Verhaltensregulierung spielen denn auch in Morus Gesellschaftsentwurf eine nur untergeordnete Rolle, da die Ordnung der gesamten alltäglichen Lebensäußerungen (Raumordnung, Ordnung des Tagesablaufs, Kleiderordnung, Ordnung der Ernährung, Ordnung der Ehe und Fortpflanzung) selbst auf eine permanente Verhaltenskontrolle hin ausgerichtet ist⁶. Die gesellschaftliche Ordnung Utopias ist als eine pädagogische konzipiert, wobei unterstellt wird, dass die Vernünftigkeit der Ordnung Konformität garantiert.⁷

Die gesellschaftliche Ordnung Utopias wird dabei nicht als Resultat eines Prozesses von Erprobungen unterschiedlicher Formen von Kooperation, die aus der Lebenspraxis, den Erfahrungen und Bedürfnissen der Menschen Utopias resultiert, gedacht, sondern als das Ergebnis eines vernunftgeleiteten Plans, eines zweckmäßigen Modells, das der „guten Ordnung“ voraus geht. Der Plan bzw. das Modell selbst liegt jenseits des Horizonts des Politischen, wie insgesamt die Frage der gesellschaftlichen Ordnung und damit verbunden die der Regierung zu einer rein technischen Frage werden (s. dazu auch Habermas 1971, S. 60f.). Wie das Modell seine Legitimität aus dem Verweis auf seine Vernünftigkeit bezieht, so beruht die Anerkennung der herrschenden Ordnung und die Akzeptanz der damit verbundenen Verhaltensanforderungen nicht auf der Macht eines Herrschers, sondern vielmehr auf der Einsicht in ihre Vernünftigkeit.

Die Hobbes'sche Staatstheorie steht, obgleich auch sie den Staat als ein Kunst-Werk⁸ konzipiert und ihren Ausgangspunkt im Pro-

6 S. dazu auch Campanella 1613 und Bacon 1638.

7 „Gesetze haben sie sehr wenige; denn dank ihrer sonstigen Einrichtungen genügen ihnen einen Mindestzahl“ (Morus 1516, S. 85).

8 „Der große Leviathan (so nennen wir den Staat) ist ein Kunstwerk oder ein künstlicher Mensch – obgleich an Umfang und Kraft weit größer als der natürliche Mensch, welcher dadurch geschützt und glücklich gemacht werden soll. Bei dem Leviathan ist derjenige, welcher die höchste Gewalt besitzt, gleichsam die Seele, welche den

blem der menschlichen Verhaltensweisen (den Religionskriegen) nimmt, für eine zweite Linie der Konzeptionalisierung gesellschaftlicher Ordnungsbildung und Regierungsausübung.

Im Unterschied zu Morus, dessen Ordnungsmodell auf die Verbesserung der menschlichen Kooperationsbeziehungen zielt, konstruiert Hobbes als Ausgangsproblem einen Zustand, der auf Grund der asozialen Natur des Menschen gerade durch das Fehlen dauerhafter sozialer Kooperationsbeziehungen gekennzeichnet ist. Der Leviathan ist demgemäß kein Modell eines guten, vernunftgemäßen Lebens, sondern ein Modell des Überlebens. Während es Morus in seiner Regierungskritik um den Entwurf einer alternativen, emanzipativen Gesellschaftsordnung geht, die aus sich selbst heraus Stabilität garantiert und deshalb weitgehend auf Gewalt als Mittel der Aufrechterhaltung der Ordnung verzichten kann, konstruiert Hobbes in seiner Staatstheorie einen Zustand, in dem Ordnung durch die Macht eines Souveräns erzwungen und aufrecht erhalten werden muss. Im Vergleich zum biblischen Leviathan (Buch Hiob), dessen Macht von Gott als Mittel einer auf Unterwerfung basierenden Ordnungsbildung verwendet wird, sind es bei Hobbes die Menschen, die sich auf den Leviathan einigen und der seine Stärke gerade durch diese vertragliche Einigung gewinnt. „Ordnung wird auf Übereinkunft und Willen der Menschen bezogen und gleichzeitig wird damit dieser Wille der Macht unterworfen. Macht beruft sich auf eine Übereinkunft der Menschen, die aber gleichzeitig diese Übereinkunft nur in Frage stellen können, wenn die Macht sich nicht mehr behaupten kann“ (Dreßen 1982, S. 18). Hobbes schließt damit zwar insofern an Machiavelli an, als auch hier der Souverän, die Seele, die den künstlichen Menschen

ganzen Körper belebt und in Bewegung setzt; die Obrigkeiten und Beamten stellen die künstlichen Glieder vor; die von der höchsten Gewalt abhängenden Belohnungen und Bestrafungen, wodurch jeder einzelne zur Erfüllung seiner Obliegenheiten angehalten wird, vertreten die Stelle der Nerven; das Vermögen einzelner Personen ist hier die Kraft, so wie das Glück des Volkes das allgemeine Geschäft; die Staatsmänner, von welchen die nötigen Kenntnisse erwartet werden, sind das Gedächtnis; Billigkeit und Recht eine künstliche Vernunft; Einigkeit ist gesunder, Aufruhr hingegen kranker Zustand und Bürgerkrieg der Tod. Die Verträge endlich, welche die Teile dieses Staatskörpers verbinden, sind jenem bei der Erschaffung der Welt von Gott gebrauchten Machtwort gleich: Es werde oder laßt uns Menschen machen.“ (Hobbes 1970/1651, S. 5f.)

Leviathan belebt und in Bewegung setzt, ins Zentrum der Überlegungen gestellt wird. Zugleich aber verändert Hobbes das Problem und Objekt der Regierung grundlegend über die Verschiebung der Bestimmung dessen, was als Bedrohung des Souveräns zu gelten hat. Für Machiavelli sind es die konkurrierenden Fürsten, von denen die Gefahren und damit das Problem der Regierung ausgehen. Der Leviathan hingegen ist von der permanenten Gefahr des inneren Aufruhrs bedroht, das Problem geht von den Individuen aus und macht sie zum zentralen Objekt von Regierung (s. dazu auch Foucault 2004, S. 393). Die Technik des Regierens ist dabei wesentlich eine durch physische Gewalt abgesicherte Gesetzgebung, die sich auf die politische Disziplinierung und Unterwerfung der Untertanen konzentriert. „Das Souveränitätsverhältnis (...) deckte insgesamt die Totalität des sozialen Körpers ab. Die Art der Machtausübung konnte jedenfalls in den entscheidenden Punkten in den Begriffen der Beziehung Souverän/Untertan ausgedrückt werden“ (Foucault 1999, S. 45). Ordnung und Regierung zielen nicht auf die Menschen in ihren Kooperationsbeziehungen, sondern die staatliche Ordnung dient dazu, das Individuum, den Bürger von seinen Selbstbehauptungszwängen zu befreien, um ihm so die Möglichkeit zu verschaffen, sich ganz seinen ökonomischen Zwecken zu widmen. Dort, wo die staatlich gesetzten Gesetze nicht gelten (Handel, Berufswahl, Kindererziehung, etc), besitzen die Menschen die Freiheit das zu tun, was sie auf Grund ihrer je eigenen Vernunft für das Vorteilhafteste halten.

Ausgehend von der Krise der vormodernen Ordnungsvorstellungen und -praktiken, so kann das Bisherige zusammengefasst werden, lässt sich die Entwicklung von zwei Linien des Ordnungs- und Regierungsdenkens verfolgen. Gemeinsam ist zunächst beiden Linien, dass die gesellschaftliche Ordnung als ein gestaltbarer Prozess menschlichen Handelns gedacht wird, an dessen Ende Ordnung als ein künstliches Gebildet steht. Beide Linien haben zudem ihren historisch-empirischen Ausgangspunkt in den menschlichen Verhaltensweisen, führen jedoch zu zwei grundlegend verschiedenen Modellen des Ordnungs- und Regierungsdenkens.

Morus eröffnet mit seiner Staatsutopie ein Denken, das insofern als humanistisches bezeichnet werden kann, als hier eine Gesellschaftsordnung denkbar wird, die nach den Prinzipien objektiver Vernunft gestaltbar ist. Dabei bilden – und dies ist für den hier zugrunde liegenden Untersuchungszusammenhang entscheidend

– die menschlichen Verhaltensweisen und ihre Kooperationsbeziehungen sowohl den Ausgangs- und Endpunkt seiner Überlegungen. Entscheidend deshalb, weil hier systematisch die lebendigen Lebensäußerungen der Menschen in ihren Kooperationsbeziehungen ins Zentrum des Ordnungs- und Regierungsdenkens gestellt werden. Wenngleich wir es hier der Intention nach mit einem emanzipativen Entwurf einer alternativen Gesellschaftsordnung zu tun haben, wird doch hier zugleich ein Regierungsmodell entwickelt, das den Menschen in seiner Lebendigkeit und Erziehbarkeit zum Objekt des Regierens macht.

Die zweite Linie steht für das, was sich als Souveränitätsmodell bezeichnet lässt, da es seinen Ausgangspunkt zwar auch in den menschlichen Verhaltensweisen hat, seinen Endpunkt aber im Souverän findet. Die menschlichen Verhaltensweisen dienen hier zur Begründung und Rechtfertigung des Souveränitätsprinzips. Nicht die Vernunft, sondern der Vertrag bildet hier die Basis für die gleichfalls als Kunst-Werk gedachte Ordnung. Im Zentrum des Regierens stehen hier nicht die Kooperationsbeziehungen, sondern der Souverän, Objekt des Regierens sind die Menschen als Rechtssubjekte und als Instrument des Regierens fungiert ein durch Gewalt abgestütztes Recht.

II.

Die Bedeutung und Wirksamkeit beider Linien setzt sich im weiteren historischen Verlauf in unterschiedlicher Form fort. Sie bilden den Bezugspunkt sowohl für die Kritik bestehender Regierungsweisen als auch die Grundlage für die Entwicklung historisch neuartiger Formen des Regierens.

Mit dem 18. Jahrhundert entwickelte sich anknüpfend an die humanistische Linie in Gestalt der Polizeywissenschaft⁹ eine Regierungslehre, die über die spezifische Verknüpfung zeitgenössischer naturwissenschaftlicher¹⁰, politischer und ökonomischer Wissens-

9 Die Polizeywissenschaft, die vom Ende des 17. bis 18. Jahrhunderts eine Besonderheit Deutschlands gewesen ist, breitet sich in der Folgezeit auf ganz Europa aus und wird zu einem wichtigen Bezugspunkt für Fragen und Praktiken der Regierung.

10 Bedeutsam ist hier der Begriff der Kraft in der Newtonschen Mechanik.

bestände im Kontext absolutistischer Territorialstaatlichkeit die Rationalität des Regierens grundlegend verändert, ohne jedoch das Souveränitätsprinzip außer Kraft zu setzen¹¹. Die Bedeutung von Regierung wird dabei sowohl hinsichtlich dessen, was unter Regierung zu verstehen ist, als auch bezüglich der Objekte und Techniken des Regierens neu definiert.

Die Physis der Menschen und ihre Verhaltensweisen werden zum zentralen Problem und Gegenstand gesellschaftlicher Ordnungsbildung gemacht. Fragen des Regierens werden hier, wie der Titel des 1769 erschienenen Buches: „Pysicalische und Politische Betrachtungen über die Erzeugung des Menschen und der Bevölkerung der Länder“ (Occident 1769) zeigt, nicht von der Seite des Politischen her, sondern von der Seite der physischen Beschaffenheit der Menschen her aufgerollt. Im ersten Teil des Buches werden zunächst die herrschenden Fortpflanzungstheorien bezüglich der Frage nach den Mechanismen und Bedingungen menschlicher Fortpflanzung erörtert. Gefragt wird nach den biologischen Prozessen der Fortpflanzung, nach dem Zusammenhang von weiblichen Charaktereigenschaften und Empfängnisbereitschaft, nach den äußeren Umständen, die die Fertilität begünstigen oder verschlechtern. Wie wir gesehen haben, sind schon bei Morus Fragen dieser Art Gegenstand seiner Überlegungen. Die Veränderung, die innerhalb des polizeywissenschaftlichen Diskurses vorgenommen wird, besteht darin, dass diese Fragen anders kontextualisiert werden. Im Vergleich zu Morus geht es auch hier um Fragen des Lebens, des guten Lebens und des besseren Lebens. Allerdings jetzt in Bezug auf ihre Bedeutung für die Macht und Stärke des Staates. Demgemäß bilden die Ergebnisse der Betrachtungen im ersten Teil des Buches die Grundlage für den Versuch der politischen und ökonomischen Rationalisierung von Lebendigkeit¹² als zentrale Ressource von Macht und Reichtum des Staates.

11 Zu der Frage, warum die Theorie der Souveränität als politisches Ordnungsprinzip weiter Bestand hatte, s. Foucault 1999, S. 47f.)

12 Von Lebendigkeit in dieser Allgemeinheit kann m. E. in diesem Zusammenhang gesprochen werden, da sich das Regieren nicht auf die lebendigen Lebensäußerungen der Menschen beschränkt, sondern auf die gesamte äußere Natur gerichtet ist. Die Polizey befasst sich mit Fragen des Anbaus von Getreide, der Viehzucht, der Fruchtbarkeiten von Böden, Bodenschätzen, etc., sowie mit der Zirkulation der erzeugten Produkte.

„Ja man muß behaupten, daß der Mensch in verschiedenen Betracht noch viel mehr werth sey, als ein solches Kapital. Denn der arbeitsame Mann hat einen großen Einfluß in die Bevölkerung, den Reichthum, in die Zirkulation des Geldes, in die größere Thätigkeit und Lebhaftigkeit des Staatskörpers, und in das daraus entstehende künftige Aufnehmen des Staats; (...) Fürsten! lernet den Werth der Menschen schätzen! Sie sind es allein, worauf eure Macht, euer Reichthum und alle eure Größe ankommt. Lernet daher ihr Leben und Gesundheit hochschätzen, und sie zu euren eigenen Nutzen erhalten! lernet die Menschen vermehren! denn das ist tausendmal wichtiger, als wenn ihr lernet Schätze aufzuhäufen“ (ebd. S. 82).

Die hier formulierte Kritik stellt nicht die Souveränität als Prinzip der Machtausübung in Frage, sondern deren Grundlage. Während die Macht und Stärke des Staates bei Hobbes auf der vertraglich hergestellten politischen Unterwerfung der Menschen beruht (s. Anmerkung 5) wird nun über die Verbindung des Staates mit dem Konzept der Produktivität der als produktiv gefasste Mensch zur Quelle der Macht und Stärke des Staates. Der Staat wird damit in einen politisch-ökonomischen Körper transformiert, in einen Körper, dessen Beschaffenheit und Zustand in Form seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit beschreibbar wird. Diese Redefinition der Grundlagen staatlicher Macht impliziert, wie aus dem obigen Zitat hervorgeht, ein geändertes Verständnis des Regierens.

Die Menschen und die äußere Natur werden zu Objekten eines Regierens, das sich nicht mit der Abschöpfung von Erträgen begnügt, sondern deren Hervorbringung ins Zentrum stellt. Sie werden nicht mehr allein als politisch-rechtliche Subjekte (als Untertanen), sondern als lebendige Produktionsfaktoren, welche die Elemente einer produktiven Ordnung, eines produktiven Gesamtkörpers bilden, betrachtet. Ökonomie im Sinne der Leistungsfähigkeit der Menschen wird nun als eine wesentliche Quelle politischer Macht definiert. Die Polizeywissenschaft ist der erste Versuch der wissenschaftlichen Systematisierung und Rationalisierung dieses Zusammenhangs. Begriffe wie „moralischer Körper“ oder „Machmaschine“ gelten dabei nicht bloß als Metaphern¹³; denn gleich, ob es sich um biologische oder technologische Begriffe handelt, es geht stets um Vereinigung, Zusammensetzung, Übereinstimmung der

13 S. dazu Stollberg-Rilinger 1986.

Teile, um Kraft, um Arbeit und um Stärke¹⁴, um Leitmotive, die in das Arsenal des Organisationsdispositivs Eingang finden werden.

Mit dem (absolutistischen) Territorialstaat entsteht ein Denken, das den Staat als ein räumlich abgrenzbares, durch bewusste Vergemeinschaftung entstandenes Gebilde mit einer eigenen Ordnung begreift. In Abwandlung vertragstheoretischen Denkens wird Gesellschaft als Bündelung individueller Kräfte, als eine zusammengesetzte Kraft begriffen. Die Mitgliedschaft in einer Gesellschaft ermöglicht dem Individuum an dieser zusammengesetzten Kraft Teil zu haben. Gesellschaftlichkeit wird als Mittel – gleichsam als Sozialtechnologie – zur Stärkung individueller Kraft verstanden. Antrieb und Endzweck der Gesellschaft ist die Teilnahme und Teilhabe an dieser Kraft.¹⁵ Gegenstand der Polizeywissenschaft ist somit nicht der Fürst, sondern die Macht und „Glückseligkeit“ der Staaten und seiner Menschen. Regierung wird zu einer reflexiven Ordnungspraxis, zu einer Praxis der Synthetisierung von Teilen zu einem Ganzen, wobei der Regent als Konstrukteur und Überwacher erscheint. Ob der Staat als Körper oder als Maschine gedacht wird, grundlegend für die erfolgreiche Funktion ist die „weise“ Konstruktion und die richtige bzw. angemessene Führung. Justi führt dazu aus:

„Allein, wir können uns hier nicht entbrechen, dasjenige zu betrachten, was ein weiser Regent selbst zu Aufrechterhaltung einer vortrefflichen Ordnung im Staate zu besorgen hat. Seine erste Bemühung muß wohl ohne Zweifel seyn, eine solche Ordnung einzurichten, wo sie noch nicht vorhanden ist und dasjenige zu verbessern, was noch daran mangelhaftig erscheint. So dann muß seine hauptsächlichste Vorsorge seyn, unaufhörlich zu wachen, daß diese Ordnung aufrecht erhalten wird. Das ist seine vornehmste, ja man kann sagen, seine einzige Pflicht. Er ist der Regierer von der Maschine des Staatskörpers. Wenn er nun sein unaufhörliches Augenmerk seyn läßt, das die Maschine in ihrer Ordnung bleibt und alle Theile in ihrem gerechten Verhältnis und Uebereinstimmung erhalten werden; so braucht es gar nichts weiter. Die Maschine wird von selbst gehen und alle Kräfte und Thätigkeit zeigen, deren sie fähig ist. Die große Wissenschaft eines Regenten ist demnach, die Kenntniß und Einsicht von der Ordnung seines Staats; und alles, was zu dieser Ordnung erfordert wird, alle Grundsätze, Maximen und Regeln, die zu dieser Ordnung gehören, müssen ihm eben so genau bekannt seyn, als der Directeur einer gro-

14 S. dazu: Justi 1759, S. 320.

15 S. Justi 1759, S. 4, § 3, Justi 1771.

ßen Maschine alle Triebwerke, Räder und Zusammenfügung der Theile auf das vollkommenste kennen muß, wenn er die Maschine zu regieren und ihr vorzustehen im Stande seyn will.“ (Justi 1759, S. 329f. § 255).

Regieren wird zu einer Frage des Wissens, der Kenntnis und Beobachtung der gesellschaftlichen Ordnung. Dazu bedarf es Techniken wie der sich im gleichen Zeitraum entwickelnden Statistik, die nicht nur Auskunft über den Zustand der Ordnung ermöglicht, sondern darüber hinaus die Möglichkeit eröffnen, die Stärken und Schwächen eines Staates mit anderen zu vergleichen.

„Statistik oder die historische Staatslehre, erzählt uns alle merkwürdigen Umstände, welche sich in einer genannten bürgerlichen Gesellschaft wirklich befinden. Sie ist also eine Beschreibung der Staatsverfassung eines Landes; sie bemerkt alle Umstände, welche einen erheblichen Einfluß in daß öffentliche Wohlseyn haben; sie untersucht dessen Ursachen, um gründlich urteilen zu können; die Menge vorkommender Dinge hält sie nicht ab die Stärke und Schwäche des Ganzen und der Teile einzusehen; sie erblickt den Regenten in seinem wahren oder eingebildeten Ganzen; sie sieht von diesem zurück auf auswärtige Mächte, und entdekt das mannigfaltige Verhältniß der Weltgötter unter einander; sie wagt sich in die stillen und geheimen Gegenden des Cabinets, und von diesen eilt sie unter das Geräusche der Bürger und der Kriegsheere; hier höret sie untrügliche Erzählungen, von der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit, von der Klugheit und Einfalt, von den Mängeln der Regierung und der Mitbürger, von der Befürfniß und dem Ueberfluß; sie begleitet ganze Flotten von Stapel an bis an ihre bestimmten Plätze; kurz, sie betrachtet alles Merkwürdige und mit ihrer Gesellin der Klugheit kann sie leicht beurteilen, ob der Staat glücklich oder unglücklich, ob er furchtbar oder gleichgültig sey, ob er sich auf dem Schauplaz der Völker noch lange erhalten, und wie er seine Rolle noch ferner hier spielen werde.“ (Scheidemantel 1770).

Die Bezugspunkte der Beobachtung und des Wissens sind menschliche Lebensäußerungen im umfassenden Sinne. Ihre Lebendigkeit und ihr Verhalten liegen im Zentrum der Überlegungen, Strategien und Techniken der Ordnungsbildung. Orientiert am Souveränitätskonzept steht im Mittelpunkt des Ganzen ein abstraktes Gebilde und dessen Macht, Stärke und Wachstum¹⁶. Die Individuen gewinnen ihre Bedeutung einzig aufgrund ihrer Relevanz für das Ganze und ihre reelle Subsumtion wird, so das

16 Die Aktualität dieses Denkens zeigt sich in Titelungen wie: „Demenz bedroht Deutschland“ (FR 1.12.2010).

Versprechen, bei konsensueller Haltung und strenger Unterordnung mit Wohlstand belohnt¹⁷.

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Entstehung einer gesellschaftlichen Problemstellung, die in der weiteren historischen Entwicklung unmittelbar an die Organisationsform gebunden sein wird. Diese Problemstellung, die mit der Vorstellung von der Notwendigkeit der Steuerung der lebendigen Lebensäußerungen der Menschen verbunden ist, besteht darin, das sogenannte Transformationsproblem zu einem gesellschaftlichen Problem überhaupt zu machen. Wir haben es hier mit einem Denken zu tun, das den Menschen in seiner Lebendigkeit, die Natur in ihrer Lebendigkeit als Quelle von Macht, Reichtum und Wohlstand entdeckt, sie aber zugleich zur Gefahr und Bedrohung für all eben dies stilisiert. Obgleich Organisation zu diesem Zeitpunkt weder als Begriff noch als Praxis in unserem heutigen Sinne besteht, wird in diesem Zusammenhang jene grundlegende Problemstellung definiert, entlang der sich das Organisationsdispositiv als Bündelung von Strategien und Techniken zu dessen Lösung entwickelt. Ökonomische Fragen spielen in diesem Zusammenhang zwar eine wichtige Rolle und legen es nahe zu unterstellen, die Polizeywissenschaft sei viel eher Ausdruck der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Richtig ist, dass vieles von dem, was die Polizei zum Gegenstand hat, in dem mündet, was etwas später als „politische Ökonomie“ bezeichnet wird. Die Techniken des Regierens in Form umfassender Verhaltensreglements, der räumlichen und zeitlichen Einschließung und Abtrennung, der zeitlichen Erfassung der Individuen, die zeitliche und räumliche Kopplung der Individuen an Funktionen und Objekte, beziehen sich jedoch gerade nicht allein auf die Transformation abstrakten Arbeitsvermögens in konkrete Arbeitsverausgabung (s. dazu auch den Beitrag von R. Hartz in diesem Band), sondern gleichermaßen auf die Herstellung von Gelehrigkeit, Parteidisziplin, Vereinstreue, etc..¹⁸ Das Organisationsdispositiv

17 „Alle Pflichten des Volkes und der Unterthanen aber lassen sich dahin zusammen fassen, die Mittel und Maasregeln des Regenten zu ihrer Glückseligkeit durch ihren Gehorsam, Treue und Fleiß zu erleichtern.“ (Justi 1759, S. 21, § 32). S. dazu auch Justi 1760.

18 Wie der Beitrag von Berger/Meyer in diesem Band am Beispiel der Praxis des Organizing zeigt, sind Prozesse der Organisierung durchaus nicht allein an ökonomische Erwägungen und Interessen gebunden.

steht in einem umfassenderen Sinne für ein historisch neuartiges Konzept von Verhaltenssteuerung, das gerade nicht auf ökonomische Imperative beschränkt ist. Von entscheidender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass wir es sowohl hinsichtlich der Genese des Organisationsdispositivs als auch der politischen Ökonomie mit einem historischen Prozess zu tun haben, in dem sich Elemente unterschiedlicher Herkunft mit einer je eigenen Rationalität und je eigenen Strategien und Funktionen zu historisch neuartigen Denk-, Handlungs- und Verhaltensformen verbinden.¹⁹

Disziplin, Gehorsam, methodische Lebensführung, etc. können, obgleich sie wichtige Bestandteile innerhalb des Entwicklungsprozesses sowohl der kapitalistischen Produktionsweise als auch des Organisationsdispositivs darstellen, nicht in einen unmittelbaren Funktionszusammenhang gestellt oder gar als dessen Quelle gedeutet werden. So ist denn etwa die Ethik des Protestantismus ungeachtet ihrer Bedeutung für die Entstehung des modernen Kapitalismus in erster Linie ein Ausdruck der Kritik herrschender religiöser Regierungs- und Verhaltenspraxen, die in die Entwicklung alternativer, durchaus als emanzipativ gedachter, Formen der Selbst- und Fremdführung mündeten. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Regierungskritik der Freimaurerbewegung, die ihrem Selbstverständnis nach auf die Entwicklung einer emanzipativen Gesellschaftsordnung zielt, dabei jedoch Strukturen und Praxen ausbildet, die sich unter der Perspektive dieser Untersuchung insofern als bedeutsam erweisen, als innerhalb der Logen erste proto-organisatorische Strukturen entwickelt werden.

III.

Das Hauptanliegen der Freimaurer bzw. Geheimbünde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts besteht in der Erprobung eines anderen Verhaltens, einer anderen Form der Fremd- und Selbstführung. Der Unterschied zur Polizeywissenschaft liegt da-

19 Entgegen Kritiken etwa von Treiber/Steinert (1980), besteht m. E. neben der Hervorhebung der Bedeutung von Denk- und Wissenspraxen für die Bildung gesellschaftlicher Strukturen und deren historische Transformation, ein wesentlicher Beitrag Foucaults zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft gerade in seiner Kritik an Vorstellungen, die die moderne Gesellschaft auf das Wirken einer singulären Rationalität reduzieren.

bei nicht in grundsätzlich anderen Bezugspunkten; Rationalität, Produktivität, Arbeit und Disziplin, Verhaltensregulierung stehen auch hier im Mittelpunkt. Das Neue liegt vielmehr in der Kritik an der ständisch-absolutistischen Orientierung der Regierung. Dem werden die Aufklärungsprinzipien von Freiheit und Gleichheit entgegengestellt. Ziel ist die Aufhebung der ständischen Gesellschaft. Es soll nicht mehr zwischen Menschen verschiedenen Standes unterschieden werden, die je unterschiedlich zu regieren sind, sondern es sollen allgemeine Führungsprinzipien für alle Menschen in gleicher Weise Anwendung finden. Hier taucht das Motiv der Pädagogisierung des Menschen wieder auf. Sich selbst und andere gemäß den Prinzipien der Aufklärung zu erziehen, wird zu einem Leitmotiv, wobei Aufgeklärtheit ein Verhalten bezeichnet, das an bürgerlichen Tugenden wie Mäßigung²⁰, Beständigkeit²¹ und Leistung orientiert ist und sich im wesentlichen durch die Ausbildung der Fähigkeit auszeichnet, die Leidenschaften der Vernunft unterzuordnen. (S. dazu auch Foucault 1991, S. 285.).

Im Zuge dieser Suche nach einer anderen Form des Regierens und des Regiert- Werdens entwickeln die Freimaurer eine proto-organisationale Struktur²², die zwar zunächst auf den engeren, abgegrenzten Raum des Ordens bezogen bleibt, seinem Anspruch nach aber als Modell für Regierung überhaupt fungiert. In besonders klarer Weise wird hier der Orden, wie wenig später die Organisation, als eigenständige Einheit konzipiert, deren Wohl zu fördern sei und nicht primär das ihrer Mitglieder. Gemäß dem herrschenden Denken wird diese Struktur in Form eines Apparats beschrieben, dessen innere Ordnung so anzulegen ist, dass sie auch den Unvollkommenheiten der Mitglieder standhält.

„Wir sammeln in der Stille die besten unter den Freymaurern, und andern Menschen. Warum aber eben unter Freymaurern? Weil diese Männer suchen, folglich Bedürfnisse haben, und auch schon der so nöthige esprit de Corps unter ihnen ist. Daraus formen wir eine geheime Freymaurerey! Hierbey aber ist zu überlegen. I. daß wir nicht nur allen Eigennutz verbannen, sondern auch solche Lagen erfinden, die Maschine also anlegen müssen, daß unsre eigenen Fehler und Leidenschaften, die gute Sache nicht entweyhen können. Dafür ist also gesorgt, das Werk beruht nicht auf uns, sondern auf sich selbst. II.

20 S. dazu Weber 1988.

21 S. dazu Elias 1978, Elias nennt es Langsicht.

22 S. dazu auch Kieser 1996 u. 1998.

die Leute welche man führt, müssen nicht wissen, wer sie führt, denn wenn sie sonst Gebrechen an uns finden, sind sie geneigt, eher sich selbst als uns zu folgen. III. die Leute müssen aber bey jedem Schritt fühlen und sehen, wohin man sie führt, warum man sie behutsam führt, und daß man nur zu ihrem Besten, nur für sie arbeitet.“ (Knigge 1783 in einen Brief an Lavater, zit. n. Dülmen 1977, 313).

Im Vergleich zum Regierungsdenken der Polizeywissenschaft haben wir es hier mit einem Ordnungskonzept zu tun, das auf einen Überwacher der Ordnung verzichten kann, da die Ordnung selbst kraft ihres überzeugenden Wesens die Menschen zu einem einheitlichen, universell gültigen Verhalten führt, ohne sie in ihrer Freiheit zu beschränken. Über eine solchermaßen geleitete Vergemeinschaftung würde ein Gebilde entstehen, welches alle Menschen unabhängig ihrer Standes- und Religionszugehörigkeit

„durch ein gegebenes höheres Interesse in ein dauerhaftes Band [...] vereinigen, [...] dass sie in der größten Entfernung als gegenwärtig, in der Unterordnung als gleiche, dass Viele wie ein Einziger handeln und begehren und aus eigenem Antrieb, aus wahrer Überzeugung von selbst tun, was kein öffentlicher Zwang, seit Welt und Menschen sind, bewirken könnte. Die Gesellschaft, welche dies leistet, und diese ganz allein, ist das Meisterstück der menschlichen Vernunft, in ihr und dadurch hat die Regierungskunst ihre höchste Vollkommenheit erreicht.“ (Weishaupt 1790: Pythagoras oder Betrachtungen über die geheime Welt- und Regierungskunst. Frankfurt am Main/Leipzig, S.35f.).

Zur Umsetzung dieser Ziele sollte „um die Mächtigen der Erde her eine Legion von Männern versammelt(n)“ (Faber 1788, S. 208) werden, die über die Einnahme öffentlicher Ämter in allen zentralen gesellschaftlichen Institutionen (Schulen, Universitäten, Regierungsapparaten, Kirchen, etc.) dort zu einem an den Idealen der Aufklärung orientieren Erziehungsprozesses beitragen sollten. Hier konturiert sich sehr deutlich eine politische Praxis, die ihren Ausgangspunkt in der Proto-Organisation der Loge²³ nimmt und diese als Instrument gesellschaftlicher Veränderungsprozesse begreift. Parallel werden hier erstmals systematisch nach innen auf die Loge selbst bezogene organisationale Instrumente entwickelt, die sich mit Kieser (1996) folgendermaßen zusam-

23 Weitere Beispiele sind die 1765 gegründete „Hamburger Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe“ und andere sogenannte Patriotisch-gemeinnützigen Vereine. (s. dazu Kieser 1998)

menfassen lassen: (1) Ausbildung und Indoktrination, (2) systematische Beobachtung der Mitglieder und eine damit verbundene Rekrutierungs- und Beförderungspraxis, (3) ein leistungsfähiges Überwachungssystem, (4) die Versorgung der Mitglieder mit einem Geschichtsbild, das auf die Herstellung einer einheitlichen Interpretation der Umwelt zielt, (5) Geheimhaltung zum Schutz der Organisation und zugleich der Kontrolle der Mitglieder.

IV.

Wie die Freimaurerei konstituiert sich auch der Liberalismus entlang einer Kritik des Regierens. Hier steht jedoch nicht die Verwirklichung eines am Konzept der Vernunft orientierten Regierens, sondern die Problematik des Ausmaßes von Regierung im Zentrum der Kritik.²⁴ Diese Perspektive bildete zugleich die Grundlage für die Konstruktion einer für die bürgerliche Gesellschaft bedeutsamen Unterscheidungspraxis, die dem Staat eine vermeintlich regierungsfreie Sphäre der Zivilgesellschaft bzw. des Marktes gegenüberstellt, in der die wirklich freie Entfaltung der Bürger stattfinden soll.

In einem der letzten Werke der Polizeywissenschaft (von Mohl 1832/1844) werden all jene Inhalte weiter verfolgt, die typisch für die Hochphase der Polizeywissenschaft des 18. Jahrhundert waren. Der Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft zeigt sich in der Funktion, die von Mohl der Polizei zuschreibt und die sich grundsätzlich von der *Justis* unterscheidet. Während bei *Justi* Regierung und Polizei als Instrumente gedacht werden, die die in der Gesellschaft vorhandenen Kräfte erst hervor und zur Anwendung bringen, besteht bei von Mohl die einzige Aufgabe der Polizei in der „Beseitigung von Hindernissen“, die sich negativ auf die Kraftausübung auswirken. Nicht der Staat ist es, der durch eine entsprechende Regierung die Kräfte hervorbringt, die in der Gesellschaft vorhanden sind, sondern die Gesellschaft selbst ist es, die ihre Kräfte nur unter Zuhilfenahme des Staates entfaltet. Bei von Mohl tauchen denn auch im Vergleich zu *Justi* neben dem Staat Vereine auf, die als Zwischeninstanzen zwischen Staat und Individuen gedacht werden

24 Dies schlägt sich auch in der Karriere des Begriffs „Bürokratie“ nieder, mit dem zunächst die „Vielregiererei“ angeprangert wurde. Vgl. dazu den informativen Aufsatz von Wunder 1987.

und auch Funktionen übernehmen, die vormals alleine dem Staat zugeschrieben wurden. Sie sollen diejenigen Vorhaben übernehmen, welche die Möglichkeiten und Fähigkeiten der einzelnen Menschen übersteigen. Der Staat wird nicht mehr mit Gesellschaft gleichgesetzt und er erscheint auch nicht mehr als ein einheitliches organisationales Gebilde. Vielmehr werden vormals auf den Staat bezogene Regierungskonzepte auf abgrenzbare, zivilgesellschaftliche Räume übertragen. Hier bildet sich ein Konzept der „Selbstregierung“ der Zivilgesellschaft vermittelt Organisationen (Unternehmungen, Vereine, Verbände, Parteien etc.) aus, das im weiteren Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts zunehmend an Relevanz und Akzeptanz gewinnt und wesentlich zur Durchsetzung der Organisationsform als Modus von nicht-staatlicher Regierung beiträgt.

V.

Mit der bürgerlichen Revolution in Frankreich etabliert sich der Begriff Organisation erstmals in seiner heutigen Bedeutung. Organisation und Organisieren beziehen sich zunächst auf die politische Neuordnung des staatlichen Gebildes, finden aber ebenso schnell dort Verwendung, wo es um die Gründung oder Neueinrichtung von Institutionen ging.²⁵ Organisiert wurden nun Militär, Verwaltung, Schulen, Universitäten etc. Organisation findet zügig Eingang in die Rechts- und Verwaltungssprache und dient dazu, die mit der Französischen Revolution geschaffene neuartige Form der politischen Ordnung als „rationale“ auf Entscheidungen beruhende Konstruktion auf den Begriff zu bringen. Der Begriff der Organisation bildet dabei die neue Realität nicht einfach ab, sondern ist selbst ein integraler Bestandteil der Herstellung dieser neuen Realität. Es bildet sich eine neue Grammatik und Semantik von Regierung, die nicht nur die bisherigen Vorstellungen vom „politischen Körper“ und dessen Regierung, sondern darüber hinaus die Vorstellungen sozialer Ordnung überhaupt und deren Bildungsprozess neu definiert und mit dem Begriff der Organisation belegt.

Die Bedeutung von Lebendigkeit und ihrer Regierung, wie sie sich im Absolutismus herausgebildet hat und zu jenen Prozessen der individualisierenden und zugleich zusammenfassenden Machtaus-

25 Vgl. dazu ausführlicher Türk/Lemke/Bruch 2002.

übung geführt hat, setzt sich mit der bürgerlichen Gesellschaft fort und verbindet sich mit neuen Mustern gesellschaftlicher Differenzierung und Synthesis. Im weiteren Verlauf ihrer Entwicklung etabliert die bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert ein gesellschaftliches Ordnungsmuster der Distanzierung und Partialinklusion. Sie reserviert in ihrer Selbstbeschreibung einen geschützten Raum des privaten Lebens²⁶. Faktisch aber produziert diese Trennung gerade den Regierungsgegenstand von Organisationen, indem ein Außen geschaffen wird, auf das sie zugreifen können: Arbeits- und Bildungssubjekte, Körper und Kooperationen, Bedürfnisse und soziale Beziehungen, Rechtsbestände, Definitionen sogenannter „Sozialer Probleme“ und dergleichen mehr. Die modernen Gesellschaften reduzieren mit dieser Differenzierungsform keineswegs den Umfang der Regulation individueller Belange. Im Gegenteil vervielfacht und vervielfältigt die individualisierende, auf die „Lebendigkeit“ der Menschen gerichtete Machtausübung die Gegenstände von Regierung.

Die im 18. Jahrhundert im Rahmen der Polizeywissenschaft entwickelte Regierungsperspektive verwirklicht sich massenhaft und durchgreifend also erst ein Jahrhundert später; allerdings nicht in Gestalt eines übermächtigen Staates, sondern in einer der liberalen Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft adäquaten Form. Wesentliche Elemente des absolutistischen Staatskonzepts (territoriale Einheitsbildung, Vergemeinschaftung zu einem produktiven Körper, eine an der Produktivierung von Lebendigkeit orientierte Ordnungsbildung) werden aufgegriffen und auf nichtstaatliche Organisationen angewendet. Dieser Prozess vollzieht sich nicht isoliert, sondern ist Bestandteil eines gesamtgesellschaftlichen Redifferenzierungsprozesses, innerhalb dessen das Organisationsdispositiv die Etablierung einer neuen Ökonomie von Herrschaft ermöglicht, deren Merkmale sich in nahezu allen wesentlichen Teilen der Gesellschaft manifestieren (Ökonomie, Politik, Bildung, Wissenschaft, Religion). Im Vergleich zu historischen Formen, die mit der Sichtbarkeit der Macht operieren, Macht mit Namen und Orten versehen und in denen die Machtausübung sich auf Personen und ihre Körper bezieht, operiert das moderne organisationale Regierungsdispositiv mit der Entpersönlichung von Regierungssubjekt und -objekt („Versachlichung“) sowie mit einer Dezentralisierung

26 S. dazu Ariès/Duby 2000.

der Macht in Form der Vervielfältigung und Vernetzung ihrer Räume. Das Organisationsdispositiv trägt zur Ermöglichung der Schaffung sozialer Räume bei, die den selektiven Zugriff auf die als verwertungs- und regulationsrelevant definierten Anteile der menschlichen Subjektivität erlauben²⁷.

Die Partialinklusion bildet eine wesentliche Voraussetzung für die Etablierung eines Herrschaftssystems, das kompatibel mit den bürgerlichen Gleichheits- und Freiheitsrechten ist. Organisationen ermöglichen es, die Subjekte bei Aufrechterhaltung ihres Status als Rechtssubjekte zugleich den jeweiligen organisationalen Ordnungsregimen zu unterwerfen. Die Besonderheit des modernen Kapitalismus besteht denn auch, wie Marx dargelegt hat, nicht im Marktmechanismus, sondern in der spezifischen Verbindung von Zirkulations- und Produktionssphäre (S. Marx 1979, 161ff.). Entscheidend ist, dass sich die kapitalistische Ökonomie nicht auf die Abschöpfung von Erträgen in Form des ungleichen Tauschs beschränkt, sondern die Kooperationsweisen gesellschaftlicher Naturaneignung selbst zum Gegenstand von Regierung machen. Dazu bedarf das Kapital einer gesellschaftlichen Form, wie der der nicht gleichursprünglichen Organisation, da erst mit ihr ein gesellschaftlicher Raum bereitgestellt wird, in dem die Arbeitskräfte eingeschlossen und gemäß der kapitalistischen Verwertungsimperative regiert werden können. Die Fabrik ist unter dieser Perspektive nicht als eine technologischer Rationalität folgende Kooperationsweise zu begreifen, sondern als ein Raum, in dem die Arbeitskräfte über ihre Organisierung regiert werden.

Die Regierung des Verhaltens der Individuen in Organisationen verläuft wesentlich über die Definition von Rollen, Funktionen und Positionen sowie ihre raum-zeitliche und soziale Anordnung. Schüler, Lehrer, Patienten, Ärzte, Lohnarbeiter, Manager, etc. sind gesellschaftlich produzierte Muster, wobei die damit verbundenen

27 Im Vergleich zu Formen der Totalinklusion, die dem Modell eines Gewaltverhältnisses folgen, etabliert Organisation ein Machtverhältnis, in dem die Subjekte als eigenständig Handelnde konstruiert werden. Dies schließt zwar die vollkommene Berechenbarkeit und Fügsamkeit der Subjekt aus, zugleich aber ermöglicht es den Organisationen, bestimmte Kosten und Zuschreibungen zu externalisieren, die dann wiederum, wie etwa im modernen Wohlfahrtsstaat, anderen Organisationen zur Bearbeitung übertragen werden. Vgl. dazu auch Perrow 1991.

Praxen der Selbst- und Fremdführung allerdings erst in organisationalen Kontexten praktisch wirksam werden. In Verbindung mit den jeweiligen raum-zeitlichen und sozialen Ordnungspraxen erhöhen damit Organisationen die Wahrscheinlichkeit von Verhaltenskonformität drastisch (S. dazu Milgram 1974). Verstärkt werden diese Mechanismen durch eine funktionale und kollektivierende Verhältnisbestimmung der Organisationsmitglieder zur Gesamtorganisation. Im ersten Fall erscheint das einzelne Organisationsmitglied unabhängig von seiner jeweiligen Position innerhalb der organisationalen Arbeitsteilung als bedeutender Bestandteil eines die Funktionalität des Ganzen gewährleistenden Kooperationsprozesses (S. Maschinen- und Organismismethaphern oben.). Der zweite Fall ergänzt die Funktionalitätsperspektive durch eine personenbezogene Wir-und-die-Anderen-Perspektive. Hier reicht nicht mehr die funktionale Konformität, sondern gefordert wird hier die Ausbildung von „Teamgeist“, Parteiloyalität, die Integration in die Betriebs- oder Werksgemeinschaft und die Hingabe an die gemeinsame Sache. Gegenverhalten kann damit in doppelter Weise begegnet werden: Im ersten Fall wird nicht-konformes Verhalten als Gefährdung der Funktionalität des Ganzen gewertet. Im zweiten Fall wird dem Gegenverhalten mit dem Vorwurf mangelnder Identifikation mit dem Kollektiv oder der Gemeinschaft und dessen Zielen, als Abweichlertum begegnet.

Als extrovers ausgerichtetes Instrument von Regierung ermöglicht die Organisationsform insbesondere in den fortgeschrittenen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften eine Ausweitung ökonomischer und politischer Regierung, die gerade auf der Entkopplung vom Privateigentum an den Produktionsmitteln und dem Prinzip formaldemokratischer Repräsentation beruht.

In Bezug auf die kapitalistisch verfasste Ökonomie spielt die Verbindung von Einzelorganisation mit der Konstruktion der juristischen Person eine entscheidende Rolle (S. dazu auch den Beitrag von Th. Matys in diesem Band.). Mit dieser Verbindung wird der Prozess der Kapitalakkumulation entpersonalisiert und anonymisiert. Wir haben es mit einer rechtlich abgesicherten und sozial abgestützten Eigentums- und Zuschreibungseinheit zu tun, die nicht der Vermögenshaftung und der Lebensdauer konkreter Personen unterliegt. Diese organisationsvermittelte Ein- und Abgrenzung eines sozialen Raums ermöglicht die Entgrenzung der Kapitalakkumulation über die Aufhebung der Zurechnung auf „natürliche Personen“.

Zugleich führt diese Konstruktion zu einer enormen Ausweitung individueller Machtausübung. Vordergründig jedoch nicht in Form von Aneignungs-, sondern von Verfügungsmacht. Organisation als Technik und Wissen des Regierens und Organisationen als Räume der Anwendung dieses Wissens und dieser Techniken, ist dabei nicht etwa gleichzusetzen mit dem, was als Management bzw. als Managementwissen oder Führungswissen im betriebswirtschaftlichen Sinne bezeichnet wird. Vielmehr eröffnet das Organisationsdispositiv als historisch gesellschaftliche Form erst die Möglichkeit der Entfaltung eines Handlungsfeldes, innerhalb dessen sich die Kaste des Managements und der ihr zugehörigen Formen des Wissens bilden konnte. In diesem Sinne ist es gerade hinsichtlich der Kritik des Managements im besonderen und von Organisation im allgemeinen entscheidend, dass etwa der Taylorismus und andere Managementkonzepte nicht als Resultat der „Pathologie“ der kapitalistischen Arbeitsorganisation, sondern der der Gesellschaft begriffen werden.

Schluss

In der zu Beginn zitierten Definition von Organisation wurde diese als ein kollektives oder korporatives System, welches zur Lösung von Kooperations- und Koordinationsproblemen beitragen soll, bezeichnet. Tatsächlich, so habe ich zu zeigen versucht, stehen Kooperationsverhältnisse im Zentrum dessen, was wir als Organisation bezeichnen. Dabei geht es allerdings nicht um Probleme der immer schon kooperativ gestalteten materiellen und immateriellen Natur- und Weltaneignung, sondern um die Kooperationsbeziehungen selbst. Organisation entwickelt sich nicht nur als ein historisch besonderer Modus des Zugriffs auf die Kooperationsbeziehungen und ihre Formierung, sondern konstruiert diese zugleich erst als ordnungsbedürftigen Gegenstand. Die Geschichte und Gegenwart von Organisation ist deshalb immer auch zugleich als ein Prozess der Konstruktion des Ungeordneten zu begreifen. Es gehört gerade zur Operationsweise von Organisation Kooperations- oder Koordinationsprobleme zu definieren, als dessen Lösung sie sich anbietet. Die Attribuierung von Organisation als plan-, zweck-, effizienz- und produktivitätsorientierte, rationale Form der Ordnungsbildung ist dabei zugleich pejorativ und aneignend, da sie ihrem Gegenüber all diese für die modernen Gesellschaften als positiv geltenden Merkmale abspricht.

Hinsichtlich der Frage nach der Kritik von Organisation ist es m. E. wesentlich, klar zu unterscheiden, was in diesem Zusammenhang genau der Gegenstand von Kritik ist. Richtet und begrenzt sich die Kritik auf Einzelorganisationen, ihre gesellschaftlichen Machtpositionen und auf ihre internen Strukturen, dann läuft diese Kritik Gefahr zum einen Organisation in ihrer Selbstbeschreibung als neutrale Form der Ordnungsbildung anzuerkennen und damit zum anderen einem Optimierungsdiskurs zu folgen, der immer mit der Unterstellung operiert, es könne so etwas wie „gute“ oder gar emanzipative Organisation geben. Gerade innerhalb der marxistischen Tradition verläuft eine solche Kritik analog zu jener, die die modernen bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse auf die Eigentumsverhältnisse reduziert und damit unterstellt, den kapitalistischen Produktionsverhältnissen wohne jenseits ihrer Herrschaftsaspekte eine neutrale, technischer Rationalität folgende Naturaneignung inne, die, befreit von politischer Herrschaft (Klassenherrschaft), eine freie und emanzipative Form gesellschaftlicher Produktion ermögliche (vgl. Bruch 2003, S. 177ff. S. dazu beispielhaft Hilferding 1914, Lenin 1961 u. 1979;).

Richtet sich die Kritik hingegen auf Organisation als Regierungsdispositiv der modernen Gesellschaft, d.h. auf eine historische Singularität, dann verschiebt sich die Kritik von einer Kritik gesellschaftlicher Einzelphänomene auf die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse und Organisationskritik wird zur Gesellschaftskritik.

Wir haben es hier also mit zwei verschiedenen Formen der Kritik zu tun, die keinesfalls in eine hierarchische Ordnung gebracht oder gar gegeneinander ausgespielt werden sollten. Die Markierung dieser Differenz bleibt gleichwohl entscheidend, da sie je unterschiedliche Auswirkungen nicht zuletzt auf Fragen nach den Formen einer auf Emanzipation gerichteten politischen Praxis hat.

Literatur

- Ariès, Philippe./Duby, George (Hrsg.): Geschichte des privaten Lebens. Bd. 4 u. 5. Augsburg.
- Allmendinger, Jutta/Hinz, Thomas (Hrsg.) (2002): Organisationssoziologie. Sonderheft 42/2002 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag
- Bacon, Francis (1983/1638): Neu-Atlantis. Reinbek bei Hamburg.
- Bauman, Zygmund (1995): Moderne und Ambivalenz. Frankfurt am Main.

- Bruch, Michael (2003): Leblose Lebendigkeit. Zur Bedeutung von Organisation, Wissen und Norm im Konzept der verwalteten Welt. In: Demirović, Alex (Hrsg.): Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie. Stuttgart, 176-195.
- (2010) Zum Projekt einer kritischen Gesellschaftstheorie aus organisationssoziologischer Perspektive. In: Endreß, Martin/Matys, Thomas (Hrsg.): Die Ökonomie der Organisation – die Organisation der Ökonomie. Wiesbaden, 175-201.
- Campanella, Tommaso (1983/1613): Der Sonnenstaat. In: Grassi, Erneso (Hrsg.): Der Utopische Staat. Reinbek bei Hamburg, S. 111-171.
- Deleuze, G. (1991): Was ist ein Dispositiv? In: Ewald, Francois/Waldenfels, Bernhard (Hrsg.): Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken. Frankfurt am Main, S. 153-163.
- Dreßen, Wolfgang (1982): Die Pädagogische Maschine. Zur Geschichte des industriellen Bewußtseins in Preußen/Deutschland. Frankfurt/M./Wien/Berlin.
- Duby, George (1981): Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus. Frankfurt am Main.
- Dülmen, van Richard (1977): Der Geheimbund der Illuminaten. Darstellung, Analyse, Dokumentation. Stuttgart-Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog
- Elias, Norbert (1978): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bde. Frankfurt am Main.
- Faber, Johannes, H. (1788): Der achte Illuminat oder Die wahren, unverbesserten Rituale der Illuminaten. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht. In Dreyfus, H.L./Rabinow, P. (Hrsg.): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt am Main, S. 241-261.
- (1991): Überwachen und Strafen. Frankfurt am Main.
- (1997): Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräche mit Ducio Trombadori. Frankfurt am Main.
- (1999): In Verteidigung der Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- (2004): Geschichte der Gouvernementalität I. Frankfurt am Main.
- (2005): Analytik der Macht. Herausgegeben von Defert, D./Ewald, F. Frankfurt am Main.
- Giddens, Anthony (1984): The constitution of society. Outline of the theory of structuration. Cambridge.
- Gordon, Colin (1991): Governmental Rationality: An Introduction. In: Burchell, Graham, Gordon Colin, Miller Peter (Hrsg.): The Foucault Effect. Studies in Governmentality. London, S. 1-53.
- Habermas, Jürgen (1971): Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien. Frankfurt am Main.

- Hilferding, Rudolf (1924): Probleme der Zeit. In: Die Gesellschaft, 1. Jg., Nr. 1, S. 1-17.
- Horkheimer, Max (1985): Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Frankfurt am Main.
- Hobbes, Thomas (1970/1651): Leviathan. Stuttgart.
- Justi, Johann H. G. (1759): Der Grundriß einer guten Regierung. Frankfurt und Leipzig.
- (1760): Die Grundfeste zu der Macht und Glückseligkeit der Staaten; oder ausführliche Vorstellung der gesamten Polizey-Wissenschaft. Königsberg und Leipzig.
 - (1771): Natur und Wesen der Staaten als die Quelle aller Regierungswissenschaften und Gesetze. Berlin.
- Kieser, Alfred (1996): Das kühne Experiment der Illuminaten: Die Befreiung des Menschengeschlechts durch die Organisation der Aufklärung. Mannheim.
- (1998): From Freemasons to Industrious Patriots. Organizing and Disciplining in 18th Century. Organization Studies, 19 (1): S. 47-71.
- Lenin, Wladimir, I. (1961): Wie soll man den Wettbewerb organisieren? In: Lenin, Werke, Bd. 26. Berlin.
- (1979): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Berlin
- Machiavelli, N. (1978/1513): Der Fürst. Stuttgart.
- Marx, K. (1979): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1. Berlin
- Milgram, Stanley (1974): Obedience to authority. New York.
- Mohl, von Robert (1844/1832): Die Polizei-Wissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaats. Tübingen.
- Morus, Thomas (1983/1516): Utopia. In: Grassi, Ernesto (Hrsg): Der utopische Staat. Reinbek bei Hamburg, S. 7-111.
- Occident, v. Anaragoras (1769): Physikalische und Politische Betrachtungen über die Erzeugung des Menschen und Bevölkerung der Länder. Smirna.
- Perrow, Charles (1991): A Society of Organizations. In: Theory and Society, Vol. 20, No. 6: 725-761.
- Scheidemantel, Heinrich. G. (1770): Das Staatsrecht nach der Vernunft und den Sitten der vornehmsten Völker, Jena.
- Stollberg-Rillinger, Barbara (1986): Der Staat als Maschine. Zur politischen Metaphorik des absolutistischen Fürstenstaats. Berlin.
- Treiber, Hubert/Steinert, Heinz (1980/2005): Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen. Über die „Wahlverwandtschaft“ von Kloster- und Fabrikdisziplin. München (Münster).
- Türk, Klaus/Lemke, Thomas/Bruch, Michael (2002): Organisation in der modernen Gesellschaft. Eine historische Einführung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Weber, Max (1988): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Ders. Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Tübingen.
- Weishaupt, Adam (1790): Pythagoras oder Betrachtungen über die geheime Welt- und Regierungskunst. Frankfurt am Main/Leipzig.
- Wunder, Bernd (1987): Bürokratie: Die Geschichte eines politischen Schlagwortes. In: Windhoff-Hérities, Adrienne (Hrsg.): Verwaltung und ihre Umwelt. Opladen: Westdeutscher Verlag: 277-301.

Peter Scheiffele

Hegemonie und Organisation Zum Organisationsverständnis von Antonio Gramsci – eine kritische Annäherung

„Alles verläuft so, als könnte man sich nicht anders organisieren.“ *Cornelius Castoriadis*

„Warum sind die Kopfarbeiter nicht für die Umwälzung?“
Bertolt Brecht

I.

Antonio Gramscis Bürokratie- und Organisationskritik spielt in der internationalen Rezeption seines Werkes eine untergeordnete Rolle. Nur selten wird seine Intellektuellen- und Hegemonietheorie im engeren Zusammenhang mit der Entwicklung der Organisierung moderner Gesellschaften diskutiert. Dies mag verwundern, da Gramsci selbst immer wieder Bezüge herstellt, er offensichtlich die wachsende Bedeutung der Organisation in kapitalistischen Gesellschaften registriert, sich in seinen *Gefängnisheften* mit Schriften von Max Weber auseinandersetzt, Robert Michels „Gesetz der Oligarchie“ einer Kritik unterzieht, fragmentarisch an einer ausführlicheren Bürokratiekritik arbeitet und diese in seinen Schriften zur Erziehung und Schule, aber insbesondere in seiner an Machiavelli orientierten „Parteitheorie“ vertieft, die er mit der politischen Bedeutung der Intellektuellen verbindet. Begünstigt hat Gramsci diese Rezeptionslücke, indem er es im Rahmen seiner „Philosophie der Praxis“ vermied oder nicht dazu kam, die von ihm seit Mitte des 19. Jahrhunderts sehr wohl beobachteten organisationspezifischen Transformationen im Bereich der Ökonomie, des Staates und der Zivilgesellschaft einer umfassenderen materialistisch-institutionellen Analyse zu unterziehen, die es erforderlich gemacht hätte, die Organisationsförmigkeit der moder-

nen Gesellschaft in den Mittelpunkt einer kritischen Betrachtung zu stellen.

Schon ein kursorischer Blick in die Rezeptionsgeschichte Gramscis zeigt, dass viele herausgestellten Kritikpunkte die Organisationsproblematik berühren, so etwa in der Diskussion seines Verhältnisses zum Leninismus und der Partei, seiner pädagogischen Sichtweise, der Perspektive der Eroberung der Staatsmacht oder Errichtung einer „Gegenhegemonie“, seines Verständnisses der wissenschaftlichen Betriebsführung und Disziplinierung im Rahmen des Aufkommens des Fordismus wie auch in der Diskussion des gesellschaftstheoretischen Stellenwertes seiner Intellektuellentheorie. Mit dieser stellt Gramsci am deutlichsten organisationstheoretische Bezüge her, die es erlauben, Organisation als einen umfassenden, nicht auf Einzelorganisationen reduzierbaren Regulationsmodus moderner Gesellschaften zu verstehen. Gramsci zeigte jedoch kein Interesse, die organisatorische Funktion der Intellektuellen mit einem kritischen Organisationsbegriff zu verbinden. Auf eine solche „Leerstelle“ in Gramscis Werk deutet auch Perry Anderson hin, wenn er herausstellt, dass Gramsci während seiner ganzen Gefängniszeit mit den Beziehungen zwischen Zwang und Konsens in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften des Westens rang, er aber nie eine „geschlossene Theorie“ dieser beiden Erscheinungen schreiben konnte, „die notwendigerweise die Form einer direkten und umfassenden Studie über die verwickelten institutionellen Strukturen der bürgerlichen Macht, entweder in ihrer parlamentarischen oder in ihrer faschistischen Variante, hätte annehmen müssen“ (Anderson 1977, S. 69).

Auch Christine Buci-Glucksmann erkennt in ihrem Buch *Gramsci und der Staat* (1981) den zentralen Stellenwert von Bürokratien, Organisationen oder Apparaten in Gramscis Hegemonietheorie, zieht einen Vergleich mit Webers Typologie der legitimen Herrschaft, schränkt dann aber sogleich ein, dass der Italiener die „Klippen eines Institutionalismus Weberscher Art“, den sie als „Primat der Institutionen über die Praxen“ zu entlarven meint, berechtigterweise umgehe. Denn aus ihrer Sicht vereinheitlicht sich Hegemonie nur in Bezug zu einer Klasse, die sich „in und durch die Vermittlung zahlreicher Untersysteme konstituiert: Schulapparat (von der Schule bis zur Universität), Kulturapparat (von den Museen bis zu den Bibliotheken), Organisation der Information, des Lebensrahmens, des Städtebaus, ohne das spezifische Gewicht der eventuell von einer

vorausgegangenem Produktionsweise ererbten Apparate zu vergessen (vom Typus Kirche und ihrer Intellektuellen)“ (Buci-Glucksmann 1981, S. 54). Ohne das sehr wohl registrierte Anschwellen des „komplexen Ensembles von Institutionen“ zum Gegenstand einer historischen Untersuchung zu machen – eine Anstrengung, die bedeuten würde, die historisch-spezifische Bedeutung von „Organisationen“, „Institutionen“ oder „Hegemonie-Apparaten“ herauszuarbeiten – verabschiedet sich Buci-Glucksmann vorschnell von einer solchen Fragestellung unter Verweis auf den Primat des Klassenkampfes, den sie durch das gesamte institutionelle Gefüge des Überbaus oder der „Superstrukturen“ gezogen sieht. Aus dieser Sicht erhalten Organisationen kein historisch-institutionelles Eigengewicht, gelten sie ausschließlich als Ausdruck und Resultat von Klassenkämpfen, als neutrales Medium der Vermittlung, das jeglichen Versuch, der Formbestimmung von Organisation nachzuspüren, zu relativieren versteht. Verweist dies berechtigterweise auf die Widersprüchlichkeit von Organisation (vgl. Heydebrand 1977) sowie auf die Kämpfe, die in und mittels Organisationen wie Fabriken, Parteien oder Gewerkschaften, aber auch Schulen, Krankenhäusern oder staatlichen Verwaltungen stattfinden (vgl. Spicer/Böhm 2007), kann die Organisationsförmigkeit von Klassenkämpfen nur noch begrenzt Gegenstand kritischer Fragestellungen werden.

Diese „Weigerung“, sich mit der Problematik der Organisation gesellschaftstheoretisch auseinanderzusetzen, findet sich in weiten Teilen der marxistischen Theoriebildung, nicht nur in der Gramsci-Rezeption. Sie wurde entweder mit Verweis auf den „bürgerlichen“ Ursprung von Organisations- und Bürokratietheorie erst gar nicht zu unternehmen versucht, als praktisch-politische Organisationsfrage auf die hinteren Ränge der Theoriebildung verbannt oder wich im Politisierungsprozess linker Organisationseliten zunehmend einer Identifizierung mit der Macht der Organisation. Sicherlich dazu beigetragen hat Marx selber, der – obwohl er Anknüpfungspunkte hierfür bereitstellt – keine „Theorie der Organisation“ oder der „Organisationen des Klassenkampfes“ entwickelt hat (vgl. Clegg/Higgins 1987, S. 203; Althusser 1978, S. 220). In seinem Artikel zum Stichwort „Bürokratie“ im *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus* kommt Michael Krätke in Anschluss an E. O. Wright zu der Schlussfolgerung, dass eine „angemessene Theorie der *formalen Organisation*“ immer noch fehle, „von einer Analyse der Eigendynamik *bürokratischer* Organisationen nicht die Rede sein“ könne

(Herv. i. Orig., Krätke 1999: 427). Interessant ist, wie einerseits auf die Dringlichkeit einer solchen Theorie hingewiesen wird, andererseits (neuere) Entwicklungen in der kritischen Organisations- und Industriosozilogie kategorisch als „nicht-marxistisch“ ausgeklammert werden. Durchaus im Paradigma marxistischer Theoriebildung anzusiedelnde Anstrengungen oder Anknüpfungspunkte werden so einer lexikalischen Verdrängung preisgegeben: Ernest Mandels „Theorie der Bürokratie“ (2000), die sich explizit als marxistisch versteht, findet nur cursorisch Anklang, Wolfram Burischs ideologiekritische Untersuchung „Organisation als Ideologie“ (1973) verdient wohl schon des Titels wegen keine Erwähnung, auch die Überlegungen der Kritischen Theorie zur „verwalteten Welt“ werden vollständig ausgespart, wie auch Günter Hillmanns rätekommunistische Kritik „bürokratisch-hierarchischer Herrschaft“ (1970) oder Cornelius Castoriadis' Theorie des „bürokratischen Kapitalismus“ (1980, 1984), ganz zu schweigen von zeitgenössischen kritischen Organisationssoziologen wie Charles Tilly (1999), Stewart Clegg (1980, 2006) oder Klaus Türk (1995, 2002), der mit seiner „Kritik der politischen Ökonomie der Organisation“ nicht nur dem Begriff nach an Marxsche Überlegungen anzuschließen vermag. Damit soll nicht unterstellt werden, dass Krätke eine solche umfassende Darstellung bürokratie- oder organisationskritischer Ansätze in seinem Lexikonartikel zum Stichwort „Bürokratie“ hätte leisten sollen, vielmehr verweist der Artikel auf eine symptomatische Problemstellung marxistischer Theoriebildung, nämlich die Vernachlässigung der kritischen Klärung und Differenzierung von Begriffen wie „Institution“, „Bürokratie“ und „Organisation“, ihre Bedeutung im Kontext revolutionärer Prozesse sowie deren historische Spezifizierung im Rahmen einer an Marx orientierten Gesellschaftstheorie. Vereinzelt wird auf diese Aufgabenstellung verwiesen, etwa von Theodor W. Adorno in seinem Artikel *Individuum und Organisation* von 1953, in dem er gleich zu Beginn auf die Dringlichkeit hinweist, dass ein „gesellschaftliches Phänomen wie die moderne Organisation“ sich ohnehin nur, „in seiner Stellung im gesamtgesellschaftlichen Prozeß, also eigentlich durch eine ausgeführte Theorie der Gesellschaft“ bestimmen lasse (Adorno 1972, S. 441). Auch für Louis Althusser scheint hier Klärungsbedarf zu bestehen, wenn er das Fehlen einer Theorie der Organisationen des Klassenkampfes mit der „Krise des Marxismus“ in Verbindung bringt. Zwar verfüge man über politische und praktische Argumente, bezogen auf Parteien und Gewerkschaft-

ten, doch fehle es an einer *Theorie*, die die Funktionalität wie auch Disfunktionalität dieser Organisationen erklären könnte. Schon vor langer Zeit hätte sich die Arbeiterbewegung mit Gewerkschaften und politischen Kampforganisationen ausgestattet, und zwar auf Basis ihrer eigenen Traditionen, wie auch auf Basis bürgerlicher Organisationsmodelle. Diese Organisationsformen hätten sich im Laufe der Zeit im Osten wie im Westen erhalten und modifiziert, wobei insbesondere ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat zu klären sei, der unaufhörlich und mit äußerstem Erfolg diese „proletarischen“ Organisationen des Klassenkampfes zu integrieren versteht (vgl. Althusser 1978, S. 220).

In einer Auseinandersetzung mit Antonio Gramsci sollen Anknüpfungspunkte einer an Marx orientierten Kritik der Organisation aufgespürt werden. Seine Intellektuellentheorie scheint mir hierfür besonders geeignet zu sein, da sie ein allgemeines und kritisches Verständnis der durch Organisationen konfigurierten Arbeitsteilung von geistiger und körperlicher Arbeit hervorruft. Wichtig erscheint mir dies aus zweierlei Gründen: Zum einen kann über eine organisationskritische Erweiterung der Intellektuellentheorie von Gramsci mit „subjektivistischen“ (vgl. Riechers 1970) oder „pädagogisch-autoritären“ (vgl. Levy 1988) Tendenzen seiner „Philosophie der Praxis“ gebrochen werden, ohne die fundamentale Kritik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung von Kopf- und Handarbeit aufzugeben. Zum anderen ist die Frage nach Alternativen zu Organisation – den Regulationserfordernissen einer klassenlosen Gesellschaft – eines der vorherrschenden Probleme nicht nur gesellschaftstheoretisch orientierter kritischer Organisationssoziologie (vgl. Clegg/Higgins 1987; Türk 1995, S. 96-97), sondern kritisch-materialistischer Theoriebildung insgesamt (vgl. Demirović 2009). Wird unter Organisation eine historisch-spezifische Konfiguration von Kopf- und Handarbeit verstanden, wird damit auch ein emanzipatorischer Fluchtpunkt sichtbar, der das *Andere* von Organisation in der Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung begreift. Organisation ist also nicht auf diese historisch weit zurückreichende Form der Arbeitsteilung reduzierbar. Fraglich wird dann aber auch, was das konkret *Moderne* an dieser spezifischen Konfiguration der Arbeitsteilung ist. Gleichzeitig kann eine an Antonio Gramsci orientierte Kritik des „organischen“, um nicht zu sagen „organisatorischen Intellektuellen“ mit einer Kritik der

Organisation des Wissens in Verbindung gebracht werden. So sind weite Teile der Organisationssoziologie, Managementlehre oder Industriosozologie de facto Produzenten von Kontroll- und Herrschaftswissen (Perrow 2000, S. 469-476), die in Organisationen einen neutralen und ubiquitären Modus vermeintlich „rationaler“ Menschenführung begreifen und – direkt oder indirekt – auf die Alternativlosigkeit der Entwicklung der durch Organisation wesentlich geprägten kapitalistischen Gesellschaftsformation verweisen. Hiervon sind aber auch institutionalisierte Formen der (kritischen) Wissenschaften betroffen – assoziieren sie mit der („guten“) Organisation Emanzipationsversprechen –, so dass sich die Frage nach alternativen Orten und Zusammenhängen der Hervorbringung und Entwicklung von herrschaftskritischem Wissen und Praktiken stellt, wie auch ihre jeweilige Verbindung mit subalternen Lebenswelten und Wissensressourcen.

II.

Gramsci erkannte die zunehmende Bedeutung organisationaler Herrschaft in Form von Trusts, Kartellen oder Großbetrieben, wie auch die regulierenden Eingriffe des Staates, seinen anschwellenden Verwaltungsapparat sowie die Herausbildung von Massenparteien, Gewerkschaften, Clubs oder Vereinen. Für Gramsci änderte sich der moderne politische „Technizismus“ nach 1848 vollständig, „nach der Ausbreitung des Parlamentarismus, des Regimes der Gewerkschafts- und Parteivereinigungen, der Herausbildung umfassender staatlicher und ‘privater’ Bürokratien (...) und den Veränderungen in der Organisation der Polizei im weiten Sinne, das heißt nicht nur des für die Bekämpfung der Kriminalität bestimmten Staatsdienstes, sondern der Gesamtheit vom Staat und den Privatleuten organisierten Kräften für den Schutz der [politischen und wirtschaftlichen] Herrschaft der führenden Klasse. In diesem Sinne müssen ganze ‘politische’ Parteien und andere Organisationen wirtschaftlicher oder anderer Art als Organismen politischer Polizei mit ‘Unterdrückungs’- und ‘Untersuchungs’-Charakter angesehen werden.“ (Gramsci 1991 ff., GH. 9, S. 1179-80) Die institutionelle Eigenart dieser Transformation der kapitalistischen Gesellschaft, die sich durch einen zunehmenden „Unterdrückungs- und Untersuchungs-Charakter“ auszeichnet, analysiert Gramsci nicht weiter. Was ihn hier vordergründig interessiert

ist das veränderte Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Der „liberale Staat“ geriet aus Gramscis Sicht in eine Krise und führt angesichts der Zuspitzung politischer und ökonomischer Probleme zu einer Vertiefung seines Einflussbereiches in der Gesellschaft mittels organisatorischer Mittel. Die Ausdehnung des Wahlrechts, Sozialreformen sowie die allgemeine Erweiterung der staatlichen Aktivitäten stellen die wesentlichen Momente dieser Transformation dar. Während im Zeitalter des Imperialismus die Regierungen vorwiegend damit beschäftigt waren, den wirtschaftlichen Kräften ihres Landes zu neuen Verwertungsmöglichkeiten im Ausland zu verhelfen, zeichnen sich die Staatsaktivitäten nach dem Ende des 1. Weltkriegs und der Weltwirtschaftskrise durch ihren gleichzeitig innerstaatlichen interventionistischen Charakter aus (vgl. GH. 13, S. 1545). Das Amerika des „New Deal“, das Aufkommen des Faschismus in Italien, des Nationalsozialismus in Deutschland, aber auch die Herausbildung der Sowjetunion, insbesondere der „Sozialismus in einem Land“, können mit Gramsci als letzte Manifestationen „eines langfristigen, unabänderlichen Niedergangs des nicht-interventionistischen, liberalen Staates“ betrachtet werden (Sassoon 1989, S. 91). In dieser welthistorischen Konstellation wird der Kapitalismus gezwungen, verschiedene Formen der „passiven Revolution“ einzuleiten – eine Reorganisation der gesellschaftlichen Beziehungen, die populäre Initiativen im Sinne der herrschenden oder führenden Klasse neutralisiert und kanalisiert und so deren Herrschaft aufrechterhält. Gramsci erkennt in dieser „passiven Revolution“ eine mit ihr korrespondierende „ideologische Hypothese“, so als würden „vermittels des gesetzgeberischen Eingriffs des Staates und über die korporative Organisation mehr oder weniger tiefe Veränderungen in der ökonomischen Struktur des Landes eingeführt“ werden, „um das Element ‘Produktionsplan’ (...), die Vergesellschaftung und Kooperation der Produktion zu betonen (...), ohne deshalb die individuelle und gruppenmäßige Aneignung des Profits anzutasten (bzw. sich darauf zu beschränken, sie nur zu regulieren und zu kontrollieren)“. (GH. 10, S. 1243) Kritisch bezieht sich Gramsci hier nicht auf die disziplinierende Funktion der korporatistischen Organisation, auch stellt er nicht ihre „planenden“ oder „modernisierenden“ Funktionen an sich in Frage. Im Vordergrund seiner Kritik steht vielmehr die staatsfixierte Vorstellung, als könnten juristische Schritte allein – was nahe legt, die Produktionsverhältnisse

„von oben“ oder „von außen“ zu organisieren – eine Transformation des Kapitalismus herbeiführen.

Um Herrschaft auszuüben entwickelt die bürgerliche Klasse eine neue Zugriffweise des Staates, die weniger mit repressiven Mitteln, mit Zwang, als vielmehr mit Formen der Zustimmung und konsensuellen Einbindung operiert. Um diese Vorgänge begrifflich zu fassen erweitert Gramsci das marxistische Staatsverständnis. Dieser wird definiert als „politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (GH. 6, S. 783). Im Unterschied zum 19. Jahrhundert sind es im ausgehenden 20. Jahrhundert vorrangig zivilgesellschaftliche Organisationen, über die die Bourgeoisie im Einflussbereich der Kultur ihre Machtposition sichert, gerade weil es ihr gelingt, die subalternen Klassen über neu entstandene „Organismen“ der Zivilgesellschaft konsensuell einzubinden. Mit dieser seit Mitte des 19. Jahrhunderts sich ausbreitenden organisationalen, staatsintegralen Sphäre „freier“, „privater Vereinigung“, zusammengesetzt aus Kirche, Wissenschaft, Verbänden, Gewerkschaften, Vereinen, gemeinnützigen Organisationen, Zeitungen oder Verlagen verlagert die Bourgeoisie nicht nur wesentliche staatliche Funktionen in den Bereich der Zivilgesellschaft, vielmehr ändert sich dadurch auch die Charakteristik der Herrschaft, im Sinne einer Herrschaft *durch* Hegemonie (s. dazu auch den Beitrag von Bruch in diesem Band). Private Organisationen entlasten und stützen den Staat durch Zivilisierung und durch Produktivisierung subalternen Klassen und erzeugen so einen breiten Konsens, den staatliche Apparate allein nicht herstellen können. Gerade über die institutionelle Organisiertheit wird dem populären Konsens subalternen Klassen, der an sich zur Unbeständigkeit neigt, eine gewisse Beständigkeit verliehen und Vorherrschaft sichergestellt. Die darin zutage tretenden Auseinandersetzungen und Kämpfe schließen zwar Gewalt nicht aus, nur bezweifelt Gramsci, dass sich in der modernen Gesellschaft mit reiner Gewalt Herrschaftsverhältnisse stabil halten lassen.

Über zivilgesellschaftliche „Organisationsregime“ (vgl. Türk et al. 2002, S. 190-191) sichert sich die herrschende Klasse aber nicht nur die Zustimmung mittels eines eigens dafür geschaffenen politisch-ethischen Terrains, auf dem „sie eine Reform der Bewusstseins und der Erkenntnismethoden“ bewirkt und eine „entsprechende neue Moral“ einführt (GH. 10, S. 1264), zudem erheischt sie auch Zustimmung zu den Formen und Institutionen, mittels derer sie

ihre Herrschaft in den Lebens-, Denk- und Fühlweisen der Menschen verankert, legitimiert und absichert. Wäre hierzu auch die Organisationsform selbst zu zählen, hat Gramsci auf politischer Seite den „Parlamentarismus“, auf Seiten der Zivilgesellschaft Einzelorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbände und weitere kulturelle Institutionen vor Augen. Aber nicht nur Organisationen im engeren Sinne zählt Gramsci zu den „Organismen“ der Zivilgesellschaft, sondern auch „weichere“, „informellere“ Formen einer kollektivierten Lebensweise wie Debattierclubs oder Intellektuellenzirkel. Dieser weite Begriff von Organisation oder vielmehr von Organisierung, der sich hier ankündigt, hat den Vorteil, ein diesen vielfältigen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen zugrundeliegendes Muster zu erkennen, den konstitutiven Zusammenhang von Führung und Geführten – er läuft jedoch auch Gefahr, das historisch-spezifische von Organisation, in der dieser Zusammenhang auf besondere Weise konfiguriert wird, aus den Augen zu verlieren.

Gramsci hat uns keine allgemeine Theorie der Organisationsform hinterlassen, die zwischen Einzelorganisationen und der Organisationsförmigkeit der modernen Gesellschaft systematisch zu unterscheiden weiß. Vielmehr stellt er sich die Frage nach den eigentlich „organisierenden“ Kräften und Akteuren dieser Entwicklung, nach den vermachteten Wissenspraktiken und ihrem Verhältnis zur gesamtgesellschaftlichen Reproduktion des „organisierten“ Kapitalismus. Bedeutsam für ihn sind all jene Elemente dieser Praxis, die einerseits zur allgemeinen Führungs- und Handlungsfähigkeit einer Klasse beitragen, andererseits die beherrschten Klassen in Form einer organisierten Teilpartizipation in Geführte verwandeln. Im Vordergrund stehen die handelnden Akteure der Organisierung, die gesellschaftlichen Funktionen einer Schicht von „Organisatoren“ sowie deren Trennung von den Subalternen – wobei Gramsci diese Trennung nicht als allgemeinen Prozess der „Bürokratisierung“ zu dechiffrieren versucht. Kapitalistische „Rationalisierung“ letztlich der Kapitallogik entsprungen akzeptierend konzentriert Gramsci sich auf Personengruppen, an denen sich die gewachsenen organisatorischen Erfordernisse festmachen lassen – Organisationseliten, die über spezifische Fähigkeiten des Organisierens und Führens verfügen müssen, um einen neuen „Menschen-“ oder „Arbeiter-typus“ passgenau zur „Rationalisierung“ zu schaffen (vgl. GH. 22, S. 2069). Organisationstheoretisch relevante Fragen streift Gramsci

folglich im Zusammenhang mit der Herausbildung von professionellen Intellektuellen, ihrer Spezialisierung, Sozialisierung sowie ihren organisierenden, gesellschaftlichen Funktionen (vgl. Sassoon 1989, S. 93).

III.

Gramsci entwickelt in den *Gefängnisheften* seine Intellektuellentheorie unter Rückgriff auf die Marxsche Kritik von Kopf- und Handarbeit, unter Einbeziehung des politischen Denkens Machiavellis und in kritischer Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Eliteforschern wie etwa Robert Michels. Historisch galt es das Entstehen und den Untergang liberal verfasster Gesellschaften zu verstehen sowie die Organisation des ökonomischen und politischen Lebens – wie sich „mit dem Bürgertum historisch das Problem herausbildete, in den verschiedenen europäischen Ländern einen jeweils nationalen, staatlichen Kollektivwillen zu formieren, zu organisieren und zu institutionalisieren.“ (Demirović 1997, S. 88) Gramsci sah hierfür, und darin sind sich Weber und Gramsci nicht unähnlich, die Notwendigkeit von fachgeschultem Führungspersonal in modernen Gesellschaften als wesentlich an.

Mit Carl Levy (1986) lassen sich vier Phasen der Auseinandersetzung mit Fragen der Führung oder Elite in Gramscis Gesamtwerk unterscheiden: An erster Stelle steht „die frühe Bewegung um Mussolini, als die Partei als eine dynamische Kraft zur Aufbrechung erstarrter Strukturen verstanden wird (1914-1916). Dieser Periode folgt Gramscis rätekommunistisches Zwischenspiel (1916-1920), während dessen die gesamte Arbeiterschaft des Nordens als eine Art kollektive Elite gesehen wird. Eine dritte Phase wird mit dem Aufkommen des Faschismus und der Bolschewisierung der kommunistischen Partei eingeleitet: die Arbeiterelite wird sozusagen von der leninistischen Führung ferngesteuert. Die Gefängnishefte stellen die letzte Stufe dar, auf der er das Vokabular der Elitenforscher übernimmt, deren Methodologie aber ablehnt.“ (ebd., S. 540) Levy führt weiter aus und kritisiert zugleich, dass Gramsci die leninistische Führung aus den Jahren vor 1926 während seiner Inhaftierung zu einer Elite politischer Pädagogen umzudeuten versucht. Dies entspräche einem Leninismus, den damalige Interpreten „aus dem Lager des Eurokommunismus mit den letzten verzweifelten Versuchen Lenins verglichen haben, die sowjetische Bürokratie mit

Hilfe bildungspolitischer Maßnahmen kulturell zu domestizieren“ (ebd., S. 540).

Mit Robert Michels politischer Soziologie war Gramsci besser vertraut als mit Max Webers Herrschafts- und Bürokratietheorie (vgl. Levy 1986). Im Gefängnis (1928-1937) lag ihm u.a. eine italienische Ausgabe von Michels' 1911 verfasster *Soziologie des Parteiwesens* vor, in der Michels seine desillusionierenden Erfahrungen mit der „Degeneration“ der Demokratie in Deutschland verarbeitete. Der verzweifelte Demokrat Michels wandte sich hierfür nicht etwa den liberalen oder konservativen Honoratiorenparteien zu, deren herrschaftliche Züge unverkennbar waren, sondern den sozialistischen Parteistrukturen seiner Zeit. Unausweichlich schienen auch diese sich ihrer ursprünglich demokratischen Züge zu entledigen und hierarchische Strukturen zu etablieren, die Führungselite und Massen voneinander entfremdeten. Dies liess ihn sein berühmtes, bis heute die Politik- und Bewegungsforschung polarisierendes „Gesetz der Oligarchie“ aufstellen: Um an die Macht zu gelangen und um des Machterhalts willen bedarf es der ständig wachsenden Organisation, und: „[wer] Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie. (...) Die Maschinerie der Organisation ruft, indem sie eine solide Struktur schafft, in der organisierten Masse schwerwiegende Veränderungen hervor. Sie kehrt das Verhältnis des Führers zur Masse in sein Gegenteil um. Die Organisation vollendet entscheidend die Zweiteilung jeder Partei bzw. Gewerkschaft in eine anführende Minorität und eine geführte Majorität.“ (Michels 1925, S. 25) Organisation geradezu zum formalistischen Grundprinzip gesellschaftlicher Regulierung erhebend verabschiedet Michels sich von einem sozialistischen Projekt und erklärt die „Organisation als Mutter der *Herrschaft*“, zu einem nahezu unabdingbaren Modus, über den die Gewählten die Wähler, die Beauftragten die Auftraggeber, die Delegierten die Delegierenden bis in alle Tage beherrschen. „Die Bildung von Oligarchien im Schoße der mannigfaltigen Formen der Demokratien“, so Michels weiter, sei „eine *organische*, also eine Tendenz, der *jede* Organisation, auch die sozialistische, selbst die libertäre, notwendigerweise unterliegt.“ (ebd., S. 370-371 Herv. i. Orig.) Der Gedanke liegt nahe, dass Gramsci hier Argumente von Robert Michels aufnimmt: zum einen ein weniger produktivistisches als vielmehr herrschaftskritisches Verständnis von Kopf- und Handarbeit, von Führung und Ausführung, zum anderen die „Organizität“ der Hervorbringung von Führungspersonen aus den

Reihen der „Massen“, die Gramsci mit seinem Konzept des „organischen Intellektuellen“ zu bestimmen versucht, und schließlich einen für diese Zeit nicht untypischen weiten Begriff der Organisation, der unmittelbar mit Organisationseliten in Verbindung gebracht wird. In folgender, vielzitierten Passage von Gramsci werden alle drei Aspekte angesprochen, wie auch deren kritische Verarbeitung sichtbar wird:

„Kritisches Selbstbewusstsein bedeutet geschichtlich und politisch Schaffung einer Elite von Intellektuellen: eine menschliche Masse ‘unterscheidet’ sich nicht und wird nicht ‘per se’ unabhängig, ohne sich (im weiten Sinn) zu organisieren, und es gibt keine Organisation ohne Intellektuelle, das heißt ohne Organisatoren und Führer, das heißt, ohne dass die theoretische Seite des Theorie-Praxis-Nexus sich konkret ausdifferenziert in einer Schicht von Personen, die auf die begriffliche und philosophische Ausarbeitung ‘spezialisiert’ sind.“ (GH. 11, S. 1385)

Dass sich Gramsci an Michels kritisch abgearbeitet hat, wird hier ebenso sichtbar, wie latente Übereinstimmungen festzustellen sind. Was Gramsci als „kritisches Selbstbewusstsein“ bezeichnet und als Ausgangspunkt des Prozesses der Organisationsbildung herausstellt, nennt Michels in seiner Studie zum Parteiwesen die „Differenzierung der Geschäfte“, ein Prozess, der durch eine Reihe von Eigenschaften vollendet wird, „die sich der Führer durch seine Loslösung von der Masse erwirbt“ (Michels 1925, S. 370). Die von Gramsci angedeutete „Spezialisierung“ ist für Michels wiederum „die Schaffung eines berufsmäßigen Führertums“, verstanden als „Präludium zur Entstehung eines *stabilen* und *inamovibilen* Führertums.“ (ebd.) Wesentlicher Unterschied der beiden ist die von Gramsci zentral herausgestellte Ausdifferenzierung des „Theorie-Praxis-Nexus“, die im Gegensatz zu Michels nicht zu einer Herrschafts-, sondern zu einer Hegemonietheorie ausgearbeitet wird, in der den „organischen“ Intellektuellen die Funktion der Ausarbeitung von Konsensmustern zukommt. Diese übersteigen die einzelnen Organisationen, wie sie erst auf dem weiten kulturellen Feld der Zivilgesellschaft zu Geltung kommen, sich aus unterschiedlichen Quellen der „Hegemonieapparate“ speisen und so auch die gesamte, inner- und außer-organisationale Lebensweise der Subalternen mitgestalten. Michels fasst diesen Prozess der Subjektivierung als psychologische „Veränderung des Seelenlebens“ der Organisierten, die „aus den Notwendigkeiten taktischer und technischer Natur“ der Organisation hervorgehen – dem „Er-

starken jedes sich auf politischer Bahn bewegenden disziplinierten Aggregats“ (ebd.).

Gramsci kritisiert an Michels vor allem dessen „Schlampigkeit“, seine unpräzise, bisweilen unhistorische Vorgehensweise, seinen Formalismus wie auch seine Neigung zu „leeren und ungenauen Worten“, so etwa wenn Michels davon spricht, dass eine Partei als solche ihre eigene „Seele“ habe, unabhängig von den Programmen und Statuten, die sie sich gegeben hat und unabhängig von den Prinzipien, von denen sie durchdrungen sei (vgl. GH. 2, S. 288-289). Michels macht hier allerdings in Ansätzen auf die „Doppelrealität“ (vgl. Wolf 1999) von Organisationen aufmerksam, die sich im Phänomen des auch heute noch vielfach diskutierten Auseinanderklaffens von formellen und informellen Strukturen der Organisation bemerkbar macht (vgl. Castoriadis 2007, S. 207-210). Sie stellt Webers Rationalitätsmodell ebenso in Frage, wie Gramscis organisistisches Verständnis von Organisation. An dieser Stelle wird deutlich, wie Gramsci die „immanenten Widersprüche“ der (politischen) Organisation als Ausdruck einer Klassenproblematik der Organisation liest, die entweder zu Spaltungsprozessen oder zur „Kristallisierung“ eines Führungskaders führe. Nur selbstkritische Führungskader, die sich dieser Widersprüche in „organischer“ Verbindung mit der Basis bewusst werden, können sie verhindern. Michels wirft er hingegen einen „soziologischen Schematismus“ vor, tautologische Pseudogesetze dort zu erkennen, wo es gilt den politischen „Wirklichkeitswert“ der Widersprüche aufzudecken und politisch zu bearbeiten. Nur ist die Frage, ob Gramsci diesem Anspruch selbst genügt oder ob er vielmehr die „realen Widersprüche“ in Organisationen nicht eher literarisch „verniedlicht“ als theoretisch verarbeitet, wie dies Christian Riechers herausgestellt hat (vgl. Riechers 1970, S. 223). So etwa, wenn Gramsci schreibt, dass ein „Kollektivbewusstsein, und das heißt ein lebendiger Organismus“ sich erst formiere, „wenn die Vielfalt sich durch die Reibung der einzelnen vereinheitlicht hat: man kann dann auch nicht sagen, dass das ‘Schweigen’ keine Vielfalt sei. Ein Orchester bei den Proben, jedes Instrument für sich, macht den Eindruck der schrecklichsten Kakophonie; und doch sind diese Proben die Bedingung dafür, dass das Orchester als ein einziges ‘Instrument’ lebt.“ (GH. 15, S. 1731)

Immer wieder bemüht Gramsci unter Rückgriff auf Marx die Metapher der Einheit des Verhältnisses von Dirigenten und Orchester: Das Orchester würde den Dirigenten nie für einen Oligarchen

halten. In dem Maße, wie jedoch Gramsci die „realen Widersprüche“ in Organisationen als „schreckliche Kakophonie“ versinnbildlicht und so auch theoretisch vernachlässigt bzw. mit der „Lebendigkeit“ von Organisation gleichsetzt, werden die Widersprüche selber nicht mehr weiter verfolgt, wird ihnen vorschnell eine Klassenkampflo- gik übergestülpt, die die Erfahrungswelten der (organisationalen) Subalternen vernachlässigt und nicht mehr als wesentlich erachtet. Nur über eine solche „Verdrängung der Selbsttätigkeit“ (vgl. Wolf 1999, S. 77-100), des nicht über „gute“ Führung zu integrierenden Eigensinns der Subalternen, können organisationale Widersprüche zu einem Problem des guten Willens der Führung vereinseitigt werden. Michel Foucault weist in seiner Kritik der Parteiorganisation auf einen ähnlichen Problemzusammenhang hin, geht jedoch einen Schritt weiter, indem er die zerstückelten Erfahrungswelten der Subalternen als zentralen Ausgangspunkt seiner Theorie wählt: „Es geht nicht, dass immer nur ein Subjekt erzählt. Man darf nicht nur die normierten Worte der Philosophie sprechen lassen. Es ist notwendig, sich alle möglichen Erfahrungen erzählen zu lassen und den Menschen, die ihre Worte verloren haben, den Ausgeschlossenen, den am Rande des Todes stehenden Menschen zuzuhören. Damit meine ich, wir sollten die dunkle, isolierte Seite des Kampfes gerade derjenigen Menschen, die draußen stehen, als wesentlich behandeln (Foucault 1990, S. 16). Was Foucault hier als „Ausgeschlossene“ bezeichnet, wäre gleichermaßen auf teilpartizipierende Subalterne von (Arbeits-)Organisationen, wie auch auf nicht-organisational eingebundene, nicht-„repräsentierte“ Subalterne anzuwenden und in eine gesellschaftstheoretische Kritik der Organisation zu überführen.

IV.

Folgt man Gramscis Überlegungen, ist es notwendig, zwischen innerparteilicher Demokratie und der Demokratie im Staat zu unterscheiden. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene neigt er dazu zu sagen, dass demokratisch-parlamentarische Gesellschaften einen wesentlichen Beitrag leisten konnten, die Kluft zwischen Regierenden und Regierten zu schließen. Gramsci hätte wohl – im Gegensatz zu Michels – Weber darin zugestimmt, wenn dieser sagt, „daß die ‘Demokratie’ als solche trotz und wegen ihrer unvermeidlichen, aber ungewollten Förderung der Bürokratisierung Gegnerin der ‘Herrschaft’ der Bürokratie ist und als solche unter

Umständen sehr fühlbare Durchbrechungen und Hemmungen der bürokratischen Organisation schafft.“ (Weber 1972, S. 572) Bezogen auf inner-organisationale Machtstrukturen hat er wiederum Michels beigeplichtet, dass die „[f]ortschreitende Komplexität des politischen Metiers, deretwegen die Parteiführer immer mehr zu Berufspolitikern werden, die immer breitere Kenntnisse benötigen, Gespür, bürokratische Praxis und oft eine immer größere Verschlagenheit“, dazu führt, dass sich die Führenden immer weiter von der Masse entfernen – ein „flagranter Widerspruch, der bei den fortgeschrittenen Parteien zwischen den demokratischen Erklärungen und Absichten und der oligarchischen Wirklichkeit besteht.“ (GH. 2, S. 289)

In seinem idealtypischen Vergleich zwischen „demokratischem“ und „bürokratischem Zentralismus“ glaubt Gramsci das Problem der „Bürokratie“ – als Extremform der Trennung von Führertum und Anhängerschaft – mit technischen Mitteln und viel Willen in den Griff zu bekommen. „Organizität“ und „Technik“ schließen sich dabei nicht aus, im Gegenteil: lebendig, organisch bleibe die Partei, gelingt es ihr, menschliche Fehlerquellen technisch-funktional zu handhaben. Das entscheidende Kriterium der Differenz zwischen „bürokratischem“ und „demokratischem Zentralismus“ ist folglich in der „Organizität“ der Organisation als Einheit zu suchen: „der organische Charakter kann nur dem demokratischen Zentralismus eignen, der eben sozusagen ein ‘Zentralismus in Bewegung’ ist, das heißt eine ständige Anpassung der Organisation an die wirkliche Bewegung, und der gerade deshalb organisch ist, weil er der Bewegung Rechnung trägt, welche die organische Weise ist, in der sich die historische Wirklichkeit zeigt.“ (GH. 8, S. 1125) Organisationskritik auf Bürokratiekritik verkürzend meint dann im Umkehrschluss: „die Kristallisierung des Führungspersonals, das die Zwangsgewalt ausübt und das von einem bestimmten Punkt an Kaste wird.“ (GH. 6, S. 772-3) Die „Bürokratie“ gilt ihm zwar als die „gefährlichste Gewohnheitsmacht“, wenn sie sich „fest und unabhängig organisiert“ (GH. 7, S. 913), jedoch meint Gramsci diese Probleme mit der „Bildung einer möglichst zahlreichen Mittelschicht zwischen Führern und den Massen“ in den Griff zu bekommen. Diese Vermittlerinstanzen würden dafür Sorge tragen, dass Basis und Spitze sich wechselseitig informieren, „Kakophonien“ in Einklang bringen und dadurch beweglich, bewegungsnah, ja lebendig bleiben. Sie würden als „Gegengewicht“ dienen, einerseits „um zu verhindern,

dass die Führer in den Augenblicken radikaler Krise abweichen“, andererseits um die Massen in ihrem Bildungsniveau insgesamt zu heben. Darin liegt Gramscis Hoffnung einer „stark zentralisierten“ demokratischen Partei, die er als notwendig erachtet, „um die Demokratie im Staat zu erringen“ (GH. 2, S. 289).

Gramscis „organische“ Intellektuelle, gedacht als organisch gewachsene organisationale Führungskader vereinigen in sich „capo“ und „gregari“ und besitzen somit ähnliche vermittelnde Funktionen wie Webers „Parlamentarier“ (vgl. Weber 1972, S. 842 ff.). Sie alle sollen für einen uneingeschränkten Austausch von Eliten und Basis mittels Informationen sorgen, womit gleichermaßen der Größenwahn an der Spitze verhindert werde, wie auch die Apathie an der Basis. Von den Führungsspitzen verlangt er, in Form einer permanenten Selbstreflexion „das Problem der Bildung einer ehrlichen und uneigennütigen Bürokratie“ zu stellen, „die ihre Funktion nicht missbraucht, um sich von der Kontrolle durch das repräsentative System unabhängig zu machen.“ (GH. 8, S. 976) Letzten Endes halten also, und darin sind sich affirmative wie kritische Auseinandersetzungen mit Gramscis Parteitheorie einig, die Führer die Fäden in ihren Händen (vgl. Sassoon 1989; Femia 1981).

Gramsci bemerkt, wie Hierarchien Strukturen ausbilden, wodurch das Wissen der Führungskader um organisatorische Zusammenhänge von dem Verstehen und dem Empfinden der Subalternen abgetrennt wird. Gelingt es den an gesellschaftlicher Emanzipation orientierten Kadern diese Erfahrungen organisch in das „Programm“ einzubinden, sieht er auch Chancen für eine grundsätzliche Veränderung der fortwährenden Teilung in Regierende und Regierte (Vgl. GH 15, S. 1714). Von dieser Teilung sei zunächst auszugehen, ihr gesteht er eine Realität zu, an der sich auch revolutionäre Gruppen zu orientieren haben. Gramsci betont zwar, dass die verschiedenen Gruppen, die einen Führungsanspruch erheben, auch unterschiedliche Methoden in der Organisation ihrer Lebensweise und Ausarbeitung ihrer Kultur hervorbringen, nur können auch Gruppen, die sich kritisch und nicht affirmativ auf das Prinzip von Regierenden und Regierten beziehen – und diese Teilung folglich als historisch reversibel erachten –, sich dem Führungsprinzip nicht entziehen. So polemisiert Gramsci gegen „Antiparteien“ oder Gruppen, die der Parteipolitik grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, „in Wirklichkeit“ seien auch sie, „die sogenannten ‘Individualisten’ Parteimenschen, nur dass sie ‘Parteichefs’ von Gottes Gnaden oder

der Torheit ihrer Gefolgsleute sein wollen.“ (ebd., S. 1715) Es ist somit kaum verwunderlich, dass sich bei Gramsci kaum Stellen finden, in denen er die Mechanismen oder die Prozesse genauer untersucht, die zur Entstehung alternativer Formen politischer „Kooperation“ führen können, geschweige denn in der „Unorganisiertheit“ von Widerständen und Kämpfen selbst Potentiale für umfassendere Veränderungen zu entdecken. Historisch bedeutende Veränderung bedarf eines „guten“ Plans sowie eines organischen Verhältnisses zur Bewegung der Masse, wobei er dem „guten“ Plan, der Organisiertheit, sichergestellt und initiiert von Organisationseliten, den Vortritt gibt. Die Eroberung der Staatsmacht scheint unausweichlich. Mit Sehnsucht blickt Gramsci zuweilen auf seine quasi-syndikalistische Betriebsrätephase zurück, erwähnt jedoch nirgends, ob z.B. solchen Räten oder Gewerkschaften eine Führungsposition zugestanden werden könnte, die nicht mit dem Parteienstaat in Einklang stünden (vgl. Levy 1986, S. 542-43).

Hierbei gilt es jedoch zu bedenken, dass Gramsci, wenn er über Staat, Parteien, Schulen, Gewerkschaften oder Fabriken nachdachte, immer einen größeren, die Einzelorganisationen übersteigenden zivilgesellschaftlichen Kontext bzw. den gesamten Komplex der „Superstrukturen“ vor Augen hatte. Diesen Komplex begreift er als Ensemble „der gemeinhin ‘privat’ genannten Organismen“, die mit denjenigen der „politischen Gesellschaft des Staates“ die Hegemonie einer herrschenden Gruppe sicherstellen (GH 12, S. 1502). Über diesen Komplex werden die Grenzziehungen zwischen privat und öffentlich selbst zum Gegenstand der Herrschaftsausübung. „Sie ermöglicht es, bestimmte Interessen als bloß partikularistisch zurückzuweisen und den Zugang zu allgemeinverbindlichen Entscheidungen zu blockieren.“ (Demirović 2007, S. 27) Anstatt hier jedoch die Organisationsform selbst kritisch in den Blick zu nehmen, für die dieser Aspekt der Herrschaftsausübung geradezu charakteristisch ist, akzeptiert Gramsci diese als „taken for granted“, stilisiert und vitalisiert sie zum Organismus, zu einem für alle Klassen gleichermaßen zu beanspruchenden Medium zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Damit akzeptiert er stillschweigend auch die Verlaufsform der Kämpfe und Konflikte. Diese kommen anscheinend an der Organisationsform nicht vorbei, so dass die Widersprüche zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen Kapital und Lohnarbeit nur noch als Widersprüche der Überbauten ins Gesichtsfeld treten. In der Organisation einen Modus zu erkennen, den

sich die bürgerliche Klasse geschaffen hat, um die gesellschaftlichen Kämpfe von der „Basis“ abzukoppeln und um in einer spezifischen, systemerhaltenden Logik zu „verwalten“ oder zu „befrieden“ kann nicht mehr Gegenstand einer kritischen Untersuchung werden. Im Gegenteil: Durch den unkritischen Bezug auf die „privat‘ genannten Organismen“ wird eine Offenheit und Durchlässigkeit als Gewährleistung der Demokratie im Staat suggeriert, die wiederum den hierarchisch, disziplinierenden Charakter der Kampforganisationen im „Stellungskrieg“ legitimiert (vgl. GH. 13, S. 1545).

V.

„In der modernen Welt hat sich die (...) Kategorie der Intellektuellen unerhört erweitert. Das bürokratisch-demokratische Gesellschaftssystem hat beeindruckende Massen ausgeformt, die nicht alle durch die gesellschaftliche Notwendigkeit der Produktion gerechtfertigt sind, wenngleich sie durch die politischen Notwendigkeiten der herrschenden grundlegenden Gruppen zu rechtfertigen sind.“ (GH. 12, S. 1503) Dies ist ein zentraler Ausgangspunkt von Gramscis Intellektuellentheorie, in dem sich zweierlei ankündigt: zum einen die enorme Anzahl von Intellektuellen, der immense Zuwachs modernen, standardisierten Wissens und die damit zusammenhängende Spezialisierung, die das „bürokratisch-demokratische“ System erfordert und die durch spezielle Ausbildungsstrukturen hervorgebracht werden muss, zum anderen die *politische Bedeutung* der Intellektuellen, der Gramsci zufolge nicht mit einer soziologischen Methode beizukommen ist, da sie den Schematismus und die Abstraktifizierung des modern-bürokratischen Wissens nur reproduzieren würde (vgl. Sassoon 1989, S. 93). Wohl wissentlich darum, dass „einige schematische und abstrakte Formen“ bei der Analyse der Intellektuellen kaum zu vermeiden sind, versucht Gramsci seine „Theorie“ mit kulturgeschichtlich orientierten „literarischen Formen“ zu ergänzen (vgl. GH. 12, S. 1499). Wann immer Gramsci über (positivistische) Soziologie nachdachte, erkannte er in ihr „Pseudo-Gesetze“ und „Tautologien“, die das Handeln der Akteure erstarren ließen und somit auch einen bürokratischen Blick beförderten (vgl. Levy 1988, S. 537).

Die Kategorie der Intellektuellen fasst Gramsci in einem speziellen Verständnis der Marxschen Kritik der Arbeitsteilung, die

zwischen der geschlechtlichen Arbeitsteilung, der Arbeitsteilung von Stadt und Land sowie der von materieller und geistiger Arbeit unterscheidet (vgl. Marx-Engels-Werke 1972, Bd. 3, S. 50). Für Marx umschließt letztgenannte Form der Arbeitsteilung weitere drei Unterformen: Zum einen die Trennung von Kopf- und Handarbeit, zum anderen die Trennung auf funktionale, beruflich fixierte Tätigkeitsbereiche, und schließlich die gesellschaftliche Teilung in Klassen. Der Teilung in Kopf- und Handarbeit kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, wie sie die verschiedenen Bereiche der Arbeitsteilung aufeinander bezieht und ineinander verdichtet: „Die Teilung der Arbeit wird erst wirklich Teilung von dem Augenblicke an, wo eine Teilung der materiellen und geistigen Arbeit eintritt.“ (ebd.) Hier stehen die unmittelbaren Produzenten denjenigen gegenüber, die über gesellschaftlich anerkanntes, relevantes Wissen verfügen, sei es in der Produktion oder im kulturellen Bereich. Das bedeutet nicht, dass nur Kopfarbeiter über Wissen verfügen, jedoch sind sie es, die auf jene gesellschaftlichen Positionen verteilt sind und somit auch diese Positionen für andere versperrt halten, von denen aus erst definiert wird, was als Wissen gesellschaftliche Relevanz erhält. Dieses Wissen umfasst für Marx spezifische Planungs-, Führungs-, Koordinations-, Bildungs- oder Forschungsaufgaben (vgl. Demirović 2007, S. 54).

Weit mehr als Marx erkannte Gramsci, dass diese Tätigkeiten in modernen kapitalistischen Gesellschaften vornehmlich in organisationalen Kontexten ausgeübt werden und somit auch ein standardisierendes, normalisierendes Wissen zutage fördern. In diesen hoch institutionalisierten Kontexten wird nicht nur das Herrschaftswissen produziert oder angewandt, das zu Aufrechterhaltung und Kontrolle des unmittelbaren Produktionsprozesses wie auch staatlicher Funktionen dient, zudem werden organisationale Relevanzsysteme geschaffen und reproduziert, die darüber entscheiden, welche gesellschaftlichen Probleme oder Aufgaben mit welchen Mitteln angegangen oder behandelt werden (vgl. Türk et al. 2002, S. 37). Ausschluss findet hier in Form der Anerkennung organisierten, legitimen Wissens statt, gleichzeitig aber auch über die organisierte Blockierung der Positionen zur Wissensbestimmung: Den auf ausführende Tätigkeiten reduzierte Produzenten wird erschwert oder gar verunmöglicht, die Positionen der Wissensbestimmung einzunehmen. Gleichzeitig bestimmen die Herrschenden den konkreten Handlungsmodus, zu verstehen als eine historisch-spezifische

Konfiguration der Arbeitsteilung, die ihnen hilft, „dieses Wissensmonopol und die Trennung von Kopf- und Handarbeit auf höherer Stufenleiter zu reproduzieren.“ (Demirović 2007, S. 54) Innerhalb dieses Handlungsmodus, den wir „Organisation“ nennen wollen, werden gesellschaftlich und sozial-strategisch bedeutende Entscheidungen getroffen, durch welche die Produktion und Zirkulation wesentlicher gesellschaftlicher Güter und Ressourcen reguliert wird (vgl. Türk et al. 2002, S. 44).

Organisation ist jener Modus, über den es gelingt, dass organisational vermittelte Arbeitsteilung nicht als gesellschaftliches Verhältnis, sondern als technische, rationale, ökonomisch effiziente oder funktionale Anordnung von Arbeitskräften, als Bestandteil der Produktivkraft, in Erscheinung tritt. Marx selbst ist in dieser Hinsicht nicht immer eindeutig, wie er zeitweise herrschaftskritische Argumente mit einer produktivistischen Lesart der Arbeitsteilung vermengt: „Die Arbeit der Oberaufsicht und Leitung, soweit sie aus dem gegensätzlichen Charakter, aus der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit entspringt und daher allen auf dem Klassengegensatz beruhenden Produktionsweisen mit der kapitalistischen gemeinsam ist, ist auch im kapitalistischen System unmittelbar und unzertrennbar verquickt mit den produktiven Funktionen, die alle kombinierte gesellschaftliche Arbeit einzelnen Individuen als besondere Arbeit auferlegt.“ (MEW 25, S. 399) Um ein kritisches Verständnis von Organisation zu gewinnen, ist es notwendig diese reale „Verquickung“ von herrschaftlichen, leitenden, kontrollierenden oder „unproduktiven“ Arbeiten *analytisch* von „produktiven“, aus Kooperationsverhältnissen herrührenden Arbeitszusammenhängen, die eine organisational konstruierte Einheit grundsätzlich übersteigen, zu unterscheiden. Es handelt sich hier um eine spezifische, nicht zuletzt auch ideologiekritisch zu untersuchende Form der Aneignung, um einen Trennungsmodus, der sich nicht als Summe und Einheit einzelner, hierarchisch gegliederter Teile verstehen lässt, sondern vielmehr als Resultat und Transformationsaggregat der Teilung von geistiger und körperlicher Arbeit, mittels der die herrschende Klasse und die von ihnen abgestellten Funktionäre, Kontrolleure und Kopfarbeiter unter dem Verweis auf eine Gesamtkombinatorik Leitungs- und Kommandofunktionen mit produktiven Zusammenhängen verquicken können. Wie Klaus Türk feststellt, würden die Kritiker der Arbeitsteilung von Adam Smith, über Karl Marx bis hin zu Harry Braverman – und Antonio Gramsci wäre hier hinzu-

zuzählen – der „Fiktion der Arbeitsteilung“ insofern erliegen, wie sie allesamt von der „Schließung des ‘Funktionskreises instrumentellen Handelns‘“ träumen und so Arbeitsteilung lediglich anhand des Kriteriums der „Zersplitterung“ kritisieren können (vgl. dazu exemplarisch Marx, MEW 3, S. 66). Anzuknüpfen sei aber an der „Pointe der Kritik der Teilung von Kopf- und Handarbeit“, wie sie nicht nur eine Trennung geistiger von körperlicher Arbeit meint, sondern vor allem eine Kritik der „Verselbstständigung und Ermächtigung organisierender Gewalt“. Damit liege „die Programm Gewalt in den Händen der Organisationsspitze“ ebenso wie die wissensbasierte „Codierungsmacht der Outputs organisierter Ko-Operation.“ (Türk 1995: 202) In diesen Zusammenhängen generiertes Wissen ist insofern Herrschaftswissen, wie es das gesellschaftliche Tun (vgl. Holloway 2002), soziale, kooperative Verbindungen aufteilt, begrifflich trennt, individualisiert, auf pseudo-neutrale Einheiten verteilt, ihnen einen Objektcharakter verleiht, real und ideell rekombiniert und somit Effizienzvorstellungen dort generiert, Neutralität dort suggeriert, wo herrschaftliche und produktive Zusammenhänge voneinander zu unterscheiden wären. Zu suchen ist folglich nach „historischen Trennungsformen, die zu einer Verselbstständigung und Ermächtigung des Kopfes gegenüber der Hand, der derivativ-dispositiven Funktionen gegenüber unmittelbar produktiver Arbeit“ führen (Türk 1995, S. 129).

An dieser Nahtstelle gilt es Herrschafts-, Führungs-, Planungs- oder Organisationswissen immer auch vor dem Hintergrund seines „Scheiterns“ zu begreifen, da unaufhörlich die „strukturelle Widerständigkeit“ der lebendigen Arbeit einen Strich durch die Rechnung des Planungsdenkens zieht (vgl. Burawoy 1983, S. 509). Lebendige Arbeit und der Eigensinn der Subalternen entzieht sich – nicht nur strikter – hierarchischer Planung und stellt das von den Kopfarbeitern produzierte Wissen und deren Betriebsstrukturen im Sinne einer praktischen Kritik permanent in Frage. Sie soll zwar organisiert werden, bleibt aber letztlich unorganisierbar. Gleichzeitig versuchen Unternehmer, Manager, Ingenieure, Funktionäre oder Gewerkschaftsvertreter an dieser Stelle alle Probleme als rein technische, neutrale Probleme zu behandeln, greifen zum „Wohle der Organisation“ normalisierend und befriedend in die Konflikte ein, wodurch die darin sich ankündigenden Klassenkonflikte verdrängt werden (vgl. Riechers 2009, S. 446). Eine emanzipatorische Politik und Theorie, die sich an der Überwindung des Kapitalismus und der

Abschaffung der Trennung von Kopf- und Handarbeit orientiert – und der Strategie der Eroberung der Staats- oder Organisationsmacht kritisch gegenüber steht – scheint angesichts der „Hybris“ des Kopfes, die im „beständigen Ansinnen einer deduktivistischen Planungspraxis“ zum Ausdruck kommt (Türk 1995, S. 31), besser an den „proletarischen Erfahrungen“ und deren nicht-organisationalen Vermittlungszusammenhängen anzuschließen (vgl. Lefort; Gabler 2009).

Auch Gramsci neigt dazu, herrschafts- und organisationskritische Argumente vor dem Hintergrund produktivistischer Annahmen zu relativieren. Dies kommt insbesondere in seiner Bewunderung des Taylorismus' zum Ausdruck, den er vermittelt durch fordistische Gesellschaftsstrukturen als fortschrittlich und insofern „rational“ gegenüber anderen Produktionsweisen begreift. Die Gewaltförmigkeit der Herausbildung des hierfür benötigten „dressierten Gorillas“, wie Frederick Taylor den fordistischen Arbeitertypus nannte, erkannte Gramsci sehr wohl, nur belegt er diese „Dressur“ mit Ambivalenzen. Auch hier neigt Gramsci dazu organisationale Herrschaft, Disziplinierung und autoritäre Rationalisierung vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Bildungsprozesses zu legitimieren (vgl. GH. 22, S. 2063-2101), die vor allem mittels der Initiative von „organischen“ Intellektuellen sich der Teilung von Regierenden und Regierten entledigen kann. „In der Kritik der schlimmen Zustände in den eigenen Reihen unerbitterlich und scharfsichtig, sofern nicht die die Lohnarbeiter treffenden Konsequenzen des Produktivismus, der Produktion um der Produktion willen, gemeint sind, die er als zwangsläufige Erziehungsmaßnahmen im eigenen Land wie im Pjatiletka-Rußland begrüßt, scheint Gramsci, *für den Lohnarbeiter und andere Proletarier stets subalterne Massen ohne geschichtliche Initiative sind*, einem 'plebejischen, unideologischen Grundverhalten' Marxismus treibender Intellektueller (...), wenig abgewinnen zu können.“ (Riechers 2009, S. 319, Herv. P.S.) Begünstigt wird dieses Verständnis, wie er Fragen von manueller und geistiger Arbeit weniger auf Organisation im engeren Sinne bezieht, sie nicht historisch spezifiziert (vgl. Türk et al. 2002), sondern sich vorwiegend auf die Tätigkeit und Funktion von Intellektuellen bei der „Organisierung der Kultur“ und der Reproduktion des Staates konzentriert. Ein solches Verständnis setzt Organisation immer schon voraus und kann nicht mehr deutlich machen, wie Organisation Teil der bürgerlichen Herrschaftsform

ist, die zwar immer wieder zur Disposition steht, durch spezifische Unterscheidungspraktiken, denen die Arbeitsteilung von Kopf- und Handarbeit zugrunde liegt, stets hergestellt und reproduziert werden muss, aber letztlich eine institutionalisierte Form darstellt, in der sich diese Arbeitsteilung wesentlich verselbstständigt hat und sich gerade dadurch der Beherrschung durch Intellektuelle entzieht.

Für Gramsci sind zunächst einmal alle Menschen „Intellektuelle“, gleichzeitig, so schränkt er ein, haben aber nicht alle Menschen in der Gesellschaft die „Funktion von Intellektuellen“. Aus dieser Sicht bilden „sich historisch spezialisierte Kategorien zur Ausübung der intellektuellen Funktion, sie bilden sich in Verbindung mit den gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere aber in Verbindung mit den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen, und sie erfahren besonders weitgehende und komplexe Ausformungen in Verbindung mit der herrschenden gesellschaftlichen Gruppe.“ (GH. 12, S. 1500) Jede Gesellschaftsklasse, die sich bildet, schaffe sich, „weil sie eine wesentliche Funktion innerhalb der Welt ökonomischer Produktion innehat (...) zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewusstsein der eigenen Funktion nicht allein auf ökonomischem, sondern auch auf gesellschaftlichem und politischem Gebiet verleihen.“ So ruft „der kapitalistische Unternehmer den Techniker der Industrie auf den Plan, den Wissenschaftler der politischen Ökonomie, den Organisator einer neuen Kultur, eines neuen Rechts usw.“ Für Gramsci stellt der Unternehmer gleichsam eine „höhere gesellschaftliche Form“ dar, „die bereits durch eine gewisse technische und leitende (also intellektuelle) Fähigkeit charakterisiert ist: außer auf dem Gebiet seiner eigenen Tätigkeit und Initiative muss er eine gewisse Fähigkeit auf anderen Gebieten haben, zumindest auf den Nachbargebieten der ökonomischen Produktion (er muss Organisator von Menschenmassen, ein Organisator des ‘Vertrauens’ der Sparer in seinem Bereich, der Käufer seiner Waren sein).“ (zit.n. Riechers 2009, S. 324-325) „Es ist festzustellen, dass die ‘organischen’ Intellektuellen, die jede neue Klasse mit sich selbst schafft und in ihrer fortschreitenden Entwicklung heranbildet, meist ‘Spezialisierungen’ von Teilaspekten der ursprünglichen Tätigkeit des neuen gesellschaftlichen Typs sind, den die neue Klasse ins Licht gerückt hat.“ (GH. 12, S. 1497) Gramsci entwirft hier ein allgemeines gesellschaftstheoretisches Modell der Eroberung und Aufrechterhaltung von Klassenherrschaft mittels Hegemoniegewinnung durch „organische Intellek-

uelle“. Vor Augen hat er jedoch das „bürokratisch-demokratische“, kapitalistische Gesellschaftssystem, in dem es der Bourgeoisie auf spezielle Art und Weise gelingt ihre Lebensweise und die der ihr unterworfenen Klassen im unmittelbaren Produktionsprozess wie auch außerhalb der Fabrikture zu organisieren. Hierfür bedarf es historisch neuartiger Strategien der Delegation und Rekrutierung. Es müssen diejenigen professionellen Intellektuellen ausfindig gemacht werden und Positionen im Betrieb sowie in der organisierten Zivilgesellschaft einnehmen, von wo aus Kontrolle ausgeübt und Konsens bearbeitet werden kann.

Der grundsätzliche Irrtum des Intellektuellen besteht laut Gramsci im Glauben, „man könne wissen ohne zu verstehen und besonders ohne zu fühlen und leidenschaftlich zu sein“. (GH. 11, S. 1490) Organischen Intellektuellen legt Gramsci folglich nahe, eine „Gefühlsverbindung“ mit den Massen einzugehen, Wissenschaft und Alltagsverstand zu vermitteln, denn bei Abwesenheit einer solchen Vermittlung würden sich die Verbindungen auf rein „bürokratische Beziehungen“ reduzieren. Angesichts der ausgewachsenen „Bürokratisierung“, die Gramsci offensichtlich vor Augen hatte, erscheint dies als eine kaum zu bewältigende Mammutaufgabe, zumal dies eine die Organisationsgrenzen übersteigende Aufgabe darstellt. Die Zahl der intellektuellen Tätigkeit hat sich im Zuge der Entwicklung des „bürokratisch-demokratischen Gesellschafts-systems“ enorm vergrößert, was sich an der Zunahme der Organisationen in der Zivilgesellschaft ebenso ablesen lässt (vgl. Türk et al. 2002, S. 194), wie an „der Zahl der Intellektuellen, die in der Staatsverwaltung, im Produktionssektor, in Einrichtungen im Bereich der Massenkultur und in Institutionen, die eben die Fähigkeiten ausbilden, die von dem sich entwickelten kapitalistischen System benötigt werden.“ (Sassoon 1989, S. 93) Angesichts dieser „organisationalen Verhärtung der Welt“ (Adorno 1972, S. 444) erscheinen die Versuche kritischer Intellektueller, „Gefühlverbindungen“ mit den Massen herzustellen mehr als aussichtslos. Durch Organisationen werden gesellschaftliche Widersprüche objektiv vermittelt. Über sie lässt sich keine „Volksverbundenheit“ herstellen (vgl. Riechers 1970, S. 179). Denken allein fügt die sachlich, objektiv vermittelten Widersprüche nicht zusammen, die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit ist eine gesellschaftlich, wesentlich durch Organisationen hergestellte, vermittelte und sichergestellte. Dies erkannte Marx schon, wenn es sagt: „Die Verwandlung der

persönlichen Mächte (Verhältnisse) in sachliche durch die Teilung der Arbeit kann nicht dadurch wieder aufgehoben werden, daß man sich die allgemeine Vorstellung davon aus dem Kopfe schlägt, sondern nur dadurch, daß die Individuen diese sachlichen Mächte wieder unter sich subsumieren.“ (MEW 3, S. 74)

Die Widersprüche des unmittelbaren Produktionsprozesses eigentlich vernachlässigend besteht Gramsci darauf, dass die Hegemonie der Fabrik „entspringt“, die „zu ihrer Ausübung nur eine minimale Menge professioneller Vermittler der Politik und der Ideologie“ benötigt (GH. 22, S. 2069). Diese berühmt gewordene Formulierung Gramscis wird gemeinhin so ausgelegt, dass die industriellen Lohnabhängigen, denen eine Avantgardefunktion zugesprochen wird, „mit Hilfe einer Partei ein engmaschiges Netz aus Verbindungen zu den am weitesten verstreuten und isolierten Lohnabhängigen knüpfen“ müssen, und falls erforderlich, den „hybriden“ Teilen der Klassen Bündnisse anbieten (Riechers 2009, S. 442). Um hegemonial zu werden, muss es – nach dieser Sicht – der Arbeiterklasse gelingen, die eigenen „korporativen Interessen“ zu überwinden, um so auch die Interessen anderer untergeordneter Gruppierungen zu integrieren (vgl. H 4, S. 496). Zur Hegemonie der Arbeiterklasse und zur Überwindung des Kapitalismus komme es, wenn „die zuvor aufkeimenden Ideologien ‘Partei’ werden, zur Konfrontation kommen und in den Kampf eintreten, bis eine einzige von ihnen (...) dazu tendiert (...) sich durchzusetzen, sich über den gesamten gesellschaftlichen Bereich zu verbreiten, wobei sie über die Einheitlichkeit der ökonomischen und politischen Ziele hinaus auch die intellektuelle und moralische Einheit bewirken, alle Fragen, um die der Kampf entbrannt ist, nicht auf die korporative, sondern auf eine ‘universale’ Ebene stellt und so die Hegemonie einer grundlegenden gesellschaftlichen Gruppe über eine Reihe untergeordneter Gruppen herstellt.“ (GH. 13, S. 1561) Für Christian Riechers entwickelt Gramsci hier ein Modell, das eine universelle Geltung für den Aufstieg subalternen zur herrschenden Klasse beansprucht, insofern jedoch zu historisieren und zu relativieren wäre, wie es mehr oder weniger dem Modell einer bürgerlichen Revolution entspricht. Gramsci zeige hier soziale Veränderungen an, „in deren Verlauf weder die Klassengesellschaft sich auflöst, noch der nationalstaatliche Rahmen gesprengt wird.“ (vgl. Riechers 1970, S. 202) Dieser Einschätzung ist beizupflichten, wie Gramsci zudem in der Organisation ein allgemeines, für alle Klassen gleichermaßen

zur Verfügung stehendes Mittel der Interessenartikulation begreift und dadurch Organisation als bürgerliche Herrschaftsform, als wesentlichen „Kitt der Superstrukturen“ aus dem Blick verliert. Das Problem der Organisation wird von Gramsci so auf ein Problem der eingeschränkten Weltsicht der Organisationseliten verkürzt, die ihre korporativen Interessen lediglich nicht zu überschreiten verstehen. „Sektiererisches Denken ist, wenn man nicht genau zu sehen vermag, dass die politische Partei nicht allein die technische Organisation der Partei selbst ist, sondern der gesamte aktive gesellschaftliche Block, dessen Führer, weil notwendiger Ausdruck, die Partei ist.“ (Gramsci zit. n. Riechers 1970, S. 216) Die politische Organisation gilt somit als strategisch steuerbar – hin zum Ziel der Hegemoniegewinnung –, als „technisch“ handhabbar, genauso wie es von den taylorisierten, kapitalistischen Betrieben vorgeführt werde. Die intellektuelle Arbeit in der Partei oder in Gewerkschaften kann deshalb gleichermaßen „taylorisiert“ werden, um den „Autodidakten die Studiendisziplin anzugewöhnen“, um „den von der Rhetorik erzeugten Hang zur Weitschweifigkeit, zur Phrasendrescherei und zur Scheinlogik zu bekämpfen.“ (GH. 12, S. 1515) Hier gewinnt die Aussage, die Hegemonie entspringt der Fabrik, nun eine andere Bedeutung: „Der Betrieb hat aufgrund seiner tiefgreifenden ‘Rationalisierung’ im Innern fast alle kapitalistischen Merkmale verloren; durch seine materiellen Strukturen und seine ‘fordisierten’ Arbeiter bietet er ein Modell für die Planungsmaßnahmen auf den unterschiedlichen Ebenen.“ (Riechers 2009, S. 442) So erkennt Gramsci im „Techniker der Fabrik“, in den Angestellten der wissenschaftlichen Betriebsführung, die objektiv zwischen Kapital und Wissenschaft vermitteln, auch keine wesentliche „politische Funktion“. Ihre „politische Funktion“ besteht wenn dann darin, die Teile der fragmentierten und wissenschaftlich erfassbaren Gefühls- und Erlebniswelten der Subalternen nach oben, zu den Organisationseliten zu schaufeln, so dass diese einem Modell-T gleich kapitalistische oder, wie im Falle politischer Funktionäre revolutionäre, das Wissen der Eliten und Gefühle der Subalternen gleichermaßen berücksichtigende strategische Pläne schmieden können. Mario Tronti polemisiert deshalb zurecht gegen Gramsci, wenn er sagt, dass der „organischste“ Intellektuelle der Arbeiterklassen schon heute der ist, „der die Arbeiterklasse studiert, der also, der die infamste bürgerliche Wissenschaft in die Praxis setzt, die es jemals gegeben hat, die Industriesoziologie,

das Studium der Bewegungen der Arbeiter für Rechnung des Kapitalisten.“ (Tronti 1974, S. 217f.) Wenn es aber, wie Gramsci sagt, „keine Organisation ohne Intellektuelle“ gibt (vgl. GH. 11, S. 1385), beinhaltet im Umkehrschluss die Kritik der Organisation immer auch die „Weigerung, Intellektueller zu werden“ (Tronti 1974, S. 217), Wissen nach oben zu schaufeln und somit organisatorische, d.h. herrschaftssichernde Funktionen zu übernehmen.

VI.

Grundsätzlich anerkennt Gramsci die Dialektik, die Marx schon als den „Kreis der Bürokratie“, aus dem niemand „herauspringen“ kann, beschrieben hat. Sie beruhe auf einer Hierarchie des Wissens, wonach die „Spitze“ den „unteren Kreisen die Einsicht ins Einzelne“ zugestehe, wogegen „die unteren Kreise der Spitze die Einsicht in das Allgemeine zutraut.“ Nur, so fährt Marx fort, „täuschen sie sich wechselseitig“ (MEW 1, S. 250). Im funktionalen Verständnis von Gramsci ist diese Form der wechselseitigen Täuschung nur begrenzt kritisierbar, wie sie als grundsätzlich „technisch“ handhabbar gedacht wird und der darüber (asymmetrisch) hergestellte Konsens vorwiegend als zwischenzeitliche Synthese von Kämpfen betrachtet wird und weniger als Ausdruck der Notwendigkeit der herrschenden Klassen, über eine permanente, organisational vermittelte Konsensbearbeitung das an sich prekäre und strukturell umkämpfte Verhältnis zu subalternen Klassen aufrechtzuerhalten.

Über Konsensbildung versucht die herrschende Klasse sicherzustellen, dass die subalternen Klassen einerseits an ihrem Alltagsverstand und ihren Gewohnheiten festhalten, andererseits ihre subalterne Rolle „akzeptieren“, indem sie die Führungsfähigkeit und Initiative der Herrschenden, wie auch ihre Begriffe und Rationalitätsvorstellungen anerkennen. „Die bürgerlichen Wissensformen bestehen vor allem im *savoir-faire*, im professionellen Wissen darüber, wie Wissen eingesetzt wird. Entsprechend besteht der von professionellen Intellektuellen organisierte Konsens der subalternen Gruppen darin, die bestehenden Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, also die Abspaltung der populären Wissens Elemente aus internen Motiven für plausibel zu halten und die Kooptation der Intellektuellen der subalternen Klassen aktiv und aus eigener Initiative zu tragen und ein ‘gutes’ und ‘legitimes’ Wissen und eine

hohe Kultur anzuerkennen. Aktiver Konsens bedeutet zudem, dass es sich hier nicht um ein Bewusstseinsphänomen handelt, sondern um die Ausbildung alltäglicher Gewohnheiten und Denk- und Wahrnehmungsmuster, die die Regelmäßigkeit einer Lebensweise und stabile Erwartungshorizonte konstituieren.“ (Demirović 1992, S. 134) So wird Konsensbildung von Gramsci eigentlich materialistisch und nicht mentalistisch gedacht, wobei im Begriff des Konsens nicht deutlich wird, an welchen Stellen im Alltag, sei es im Betrieb oder sei es in der Sphäre der Reproduktion oder Kultur dieser Konsens trotz oder gerade wegen der „aktiven“ Teilnahme der Subalternen und der Widersprüche, die in den Produktionsverhältnissen wie auch in den „Überbauten“ vorherrschen, immer wieder – aufgrund eigener Vernunftskriterien – aufgekündigt wird. Einigkeit besteht weitgehend darüber, dass der Konsens sich über verschiedene Kompromissbildungen, sei es zwischen den führenden Klassen, sei es zwischen diesen und den beherrschten, sei es in komplexen Verbindungen mit alliierten Schichten in verschiedenen Institutionen materialisiert. Uneinigkeit besteht wiederum darin, was hier unter „Institutionen“ genau zu verstehen ist, welche staatlichen oder zivilgesellschaftlichen institutionellen Formen Konsens auf welche Weise materialisieren. Aus Sicht eines unspezifischen Organisationsbegriffs ist es die Vervielfältigung der institutionellen Formen und der regulativen Mechanismen, die gegenüber einem umfassenden Angriff auf das Kapitalverhältnis Barrieren schafft. Opposition und Widerstand erscheinen hier als durch diese Formen und Mechanismen gleichermaßen fragmentiert, desorganisiert und kanalisiert (vgl. Jessop 1988, S. 154). Aus Sicht eines kritischen, historisch spezifizierten Organisationsbegriffs erscheint Opposition und Widerstand, der sich über die Organisationsform artikuliert, wiederum als fragmentiert, gerade weil er organisiert ist, als kanalisiert, gerade weil Organisation selbst eine Kerninstitution des Kapitalismus darstellt und diese hierdurch reproduziert wird.

Akzeptieren wir die „Institution der Organisation“ als neutrale, ubiquitäre oder politisch ambivalente Form der Regulation menschlichen Handelns (vgl. Türk 1997, S. 124-176), wird es schwierig, die spezifische Form der „Organisierung“ des Konsens kritisch zu hinterfragen, setzt Konsensbildung Organisation und Arbeitsteilung immer schon voraus, wird diesem Modus von Kopf- und Handarbeit eine politisch-soziale (Parteien, Gewerkschaften, Sozialverbände), kulturelle (Schule, Universität, Medien) oder ökonomische (Un-

ternehmen) Effizienz oder Rationalität unterstellt, die herrschaftskritisch zu hinterfragen wäre. Dass Organisation ein Modus ist, der mit Hilfe professioneller Intellektueller entwickelt wurde und unaufhörlich hegemonial reproduziert werden muss, um soziale Kämpfe zu befrieden oder beherrschbar zu machen, fällt aus dem Gesichtskreis der Betrachtung. Intellektuellen als Organisatoren kommt wesentlich jene Ausgabe zu, die „Erfolge“ von Kämpfen, von Bildungsprozessen oder von geschaffenen Gebrauchswerten auf eine „gute“ Organisation oder Betriebsführung zurückzuführen. Piven und Cloward konnten allerdings zeigen, dass beispielsweise die Erfolge der Industriearbeiter in den USA der 1930er Jahre nicht auf die Macht der Gewerkschaften zurückzuführen sind, sondern gerade daher rühren, wie es „unorganisierten“ Teilen der Arbeiterschaft gelang, institutionelle Erschütterungen auszulösen. „In Wirklichkeit verfügten die Fabrikarbeiter über ihren größten Einfluss, erzwangen sie die wesentlichsten Konzessionen der Regierung während der ersten Jahre der Großen Depression — *bevor sie sich in Gewerkschaften organisiert hatten*. Ihre Macht beruhte nicht auf Organisation, sondern auf ihrer Fähigkeit, die Wirtschaft zu erschüttern. Streiks, Demonstrationen und Fabrikbesetzungen breiteten sich Mitte der dreißiger Jahre vorwiegend trotz der bestehenden Gewerkschaften aus, und nicht weil es sie gab.“ (Piven/Cloward 1986, S. 118, Herv. i. Orig.) Aus dieser Sicht sind es die Intellektuellen der Gewerkschaften, ihre Funktionäre und „organizers“ (vgl. Berger/Meyer in diesem Band), die die Erfolge der unorganisierten, aber sehr wohl koordinierten Widerständigen umwidmen, die konkrete Geschichte der unorganisierten Kämpfe „von unten“ in eine ideelle Organisationsgeschichte „von oben“ umschreiben, wonach letztlich die „erschütternde Macht“ (vgl. Piven in diesem Band) aus der Organisationsspitze und nicht aus ihrer unorganisierten Basis herrührt. Diese Form der Mythenproduktion findet sich aber nicht nur in gewerkschaftlichen oder parteipolitischen Zusammenhängen. Als „Rationalitätsmythos“, der mit der Organisationsform unweigerlich verbunden ist, findet sich dieser auch in Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern oder Unternehmen (vgl. Türk 1995, S. 201). Mit Gramsci lässt sich nun sagen, dass auch für die Mythenproduktion und Fassadenbildung intellektuelle Schichten benötigt werden, korporativ verpflichtete Kopfarbeiter, deren vorrangiges Ziel der Schutz und die Aufrechterhaltung der Organisation ist – auch oder gerade weil sie für ihre Löhne sorgt.

Organisation kann mit Gramsci als spezifischer, moderner Modus der Konfiguration von Kopf- und Handarbeit ausgelegt werden. „Organische“ oder vielmehr „organisatorische Intellektuelle übernehmen in diesem Zusammenhang nicht nur hegemoniale Funktionen, sondern auch Funktionen, mit denen Organisationen ihre Herrschaft absichern und somit auch die Kerninstitutionen der kapitalistischen Gesellschaftsformation reproduzieren. Sie entwickeln Effizienzkriterien und Zurechenbarkeiten, die sie in organisationale Umwelten einschreiben, sie helfen mit, diese Trennungen zu konstituieren, Organisationen übersteigende Kooperationszusammenhänge auszublenken und sind an der sozialen Konstruktion der Organisation als juristische Person (vgl. Coleman 1986) wesentlich beteiligt. Gesellschaftlich legitimierte Organisationsziele werden erst mittels organisationaler Intellektueller in Notwendigkeiten der organisatorischen Gliederung übersetzt: es werden Hierarchien gerechtfertigt oder Umstrukturierungen vorgenommen, die an der wesentlichen Arbeitsteilung und „Ordnung“ nichts ändern. Zusätzlich werden von ihnen die wesentlichen Abstraktionsprozesse der modernen Gesellschaft vollzogen und vorangetrieben. Sie sind jene Akteure, die es ermöglichen, dass politische Parteien bestimmte Bedürfnisse in „Interessen“ transformieren, dass Wissenschaftsorganisationen Erfahrungen und Erkenntnisse in wissenschaftssprachlich formatierte Theorien verwandeln, dass Schulen Fähigkeiten als formale Bildungskategorien fassen, dass Gerichte Lebenssachverhalte als juristisch-formale Tatbestände darstellen können, dass mass mediale Organisationen Ereignisse auf Nachrichtenform bringen. „Stets handelt es sich um hochgradig kontrollierte Subsumtionsprozesse, deren ‘terms of trade’ in den Händen organisationaler Funktionsebenen liegen.“ (Türk 1996, S. 58) Als Intellektuelle sind diese – leichter unter das Kapital subsumierbaren – Lohnabhängigen neben der Konsensbearbeitung an den entscheidenden Selektionsprozessen beteiligt: nur das, was über mächtige Organisationen und ihre Intellektuellen formuliert wird, kann in die politischen Arenen eingehen und bestimmen, was als *organisations- und hegemoniefähig* zu gelten hat und zivilgesellschaftlich verhandelt werden kann.

Einer Organisationskritik erweitert um eine Kritik der organisatorischen Intellektuellen kann es nicht darum gehen, in der Beanspruchung der Organisation als bürgerliche Herrschaftsform Anknüpfungspunkte für eine emanzipatorische Politik zu suchen. Vielmehr geht es darum, alternative Formen in Erwägung zu ziehen

(vgl. Parker et al. 2007), in denen die Angehörigen der Arbeiterklasse oder subalternen Gruppen sich in den Kämpfen bilden ohne vermittels Organisationen zu Intellektuellen zu werden. Diese Formen müssen der Struktur ihres Lebens, ihren Erfahrungswelten, dem Ablauf sowie dem Wissen dieser Kämpfe entsprechen, so dass sie auch weniger anfällig für die Einflussnahme der herrschenden Eliten sind. „Schließlich sind die bürokratisierten Massenorganisationen keine Erfindung der Linken, sondern vielmehr Nachahmungen von Organisationsformen, die in eben jener bürgerlichen Gesellschaft bestehen, die sie zu verändern sucht.“ (Piven/Cloward 1986, S. 16)

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1972): Soziologische Schriften I, Frankfurt am Main.
- Althusser, Louis (1978): „The Crisis of Marxisms“, in: *Marxism Today*, Julie, S. 215-227.
- Anderson, Perry (1979): Antonio Gramsci. Eine kritische Würdigung, Berlin.
- Braverman, Harry (1977): Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/New York.
- Buci-Glucksmann, Christine (1981): Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie, Köln.
- Burawoy, Michael (1983): Fabrik und Staat in Kapitalismus und Sozialismus, in: *Das Argument*, 140, 508-524.
- Burisch, Wolfram (1973): Organisation als Ideologie, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz.
- Castoriadis, Cornelius (1980): Sozialismus oder Barbarei. Analysen und Aufrufe zur kulturevolutionären Veränderung, Berlin.
- (1984): Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie, Frankfurt am Main.
- (2007): Vom Sozialismus zur autonomen Gesellschaft. Über den Inhalt des Sozialismus. Ausgewählte Schriften Band 2.1, Lich.
- Clegg, Stewart R./Higgins, Winton (1987): Against the Current: Organizational Sociology and Socialism, in: *Organization Studies*, Vol. 8, Heft 3, S. 201-222.
- Coleman, James S. (1986): Die asymmetrische Gesellschaft, Weinheim/Basel.
- Demirović, Alex (1992): „Regulation und Hegemonie. Intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation“, in: Ders., Hans-Peter Krebs, Thomas Sablowski (Hrsg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster, S. 128-157.

- (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster.
 - (2007): Nicos Poulantzas: Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie, Münster.
 - (2009): „Rätedemokratie und das Ende der Politik“, in: *Prokla*, 39. Jahrgang, Nr. 2, Juni 2009, S. 181-206.
- Femia, Joseph (1981): Gramsci's Political Thought, Oxford.
- Foucault, Michel (1990): Gespräch zwischen Yoshimoto Takaaki und Michel Foucault in Tokyo 1978, in: *kulturrevolution*, Nr. 22, Januar, 1990, S. 8-17
- Gabler, Andrea (2009): Antizipierte Autonomie. Zur Theorie und Praxis der Gruppe „Socialisme or Barbarie“ (1949-1967), Hannover.
- Gramsci, Antonio (1991 ff.): Gefängnishefte, kritische Gesamtausgabe, Hamburg.
- Heydebrand, Wolf (1977): Organizational Contradictions in Public Bureaucracies: Towards a Marxian Theory of Organization, in: *The Sociological Quarterly*, Vol. 18, No. 1, Special Issues: Organization Analysis: Critique and Innovation (Winter, 1977), S. 83-107.
- Hillmann, Günter (1970): Die Befreiung der Arbeit. Die Entwicklung kooperativer Selbstorganisation und die Auflösung bürokratisch-hierarchischer Herrschaft, Hamburg.
- Holloway, John (2002): Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen, Münster.
- Krätke, Michael (1999): „Bürokratie“, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 2, Hamburg, S. 406-430.
- Lefort, Claude (1979): „L'expérience prolétarienne“, in: Ders., *Éléments d'une critique de la bureaucratie*, Paris, S. 71-97.
- Levy, Carl (1988): „Max Weber und Antonio Gramsci“, in: Wolfgang Mommsen; Wolfgang Schwentker (Hg.), *Max Weber und seine Zeitgenossen*, Göttingen, S. 524-553.
- Mandel, Ernest (2000): Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie, Köln.
- Marx-Engels-Werke, 1972.
- Michels, Robert (1970): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart.
- Parker, Martin/Fournier, Valérie/Reedy, Patrick (2007): *The Dictionary of Alternatives. Utopianism and Organization*, London/New York.
- Perrow, Charles (2000): „An Organizational Analysis of Organizational Theory“, in: *Contemporary Sociology*, Vol. 29, Nr. 3 (Mai 2000), S. 469-479.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1986): *Aufstand der Armen*, Frankfurt am Main.

- Riechers, Christian (1970): Antonio Gramsci. Marxismus in Italien, Frankfurt am Main.
- (2009): Die Niederlage in der Niederlage. Texte zu Arbeiterbewegung, Klassenkampf, Faschismus, Münster.
- Sassoon, Anne Showstack (1986): „Volk, Intellektuelle und spezialisiertes Wissen“, in: Die „Linie Luxemburg-Gramsci“. Zur Aktualität marxistischen Denkens, Hamburg, S. 90-106.
- Spicer, André/Böhm, Steffen (2007): „Moving Management: Theorizing Struggles against the Hegemony of Management.“, in: *Organization Studies*, No. 28, S. 1667-1698.
- Tilly, Charles (1998): Durable Inequality, Berkeley/Los Angeles/London.
- Tronti, Mario (1974): Arbeiter und Kapital, Frankfurt am Main.
- Türk, Klaus (1995): „Die Organisation der Welt“. Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft, Opladen.
- (1996): Einblicke in die Soziologie der Organisation. Kurseinheit 1: Organisationen in der modernen Gesellschaft, Hagen.
- /Lemke, Thomas/Bruch, Michael (2002): Organisation in der modernen Gesellschaft. Eine historische Einführung, Wiesbaden.
- Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen.
- Wolf, Harald (1999): Arbeit und Autonomie. Ein Versuch über Widersprüche und Metamorphosen kapitalistischer Produktion, Münster.

Frances Fox Piven

Kann Macht von unten die Welt verändern?

Althergebrachte Sichtweisen auf das Phänomen der Macht erklären nicht, warum politischer Protest an der gesellschaftlichen Basis manchmal Reformen hervorbringt, in denen sich die Bedürfnisse der Protestierenden widerspiegeln. Ich möchte daher eine Theorie der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit formulieren, die diese Tatsache erklärt. Im Gegensatz zu konventionellen Sichtweisen bin ich der Ansicht, dass die Globalisierung zu größeren Chancen für diese Form der Macht der kleinen Leute führt.

Ich habe einen Großteil meiner Karriere damit verbracht, über die Rolle von Protestbewegungen, die Reformen anstoßen, nachzudenken – Reformen, die die Lebensbedingungen von Menschen am unteren Rand der amerikanischen Gesellschaft erträglicher gestaltet haben. Und ich habe die meiste Zeit meines Lebens als politische Aktivistin – die wahre Quelle meines Lebensglücks – mit diesen Bewegungen zusammengearbeitet. In diesem Vortrag möchte ich auf diesen Erfahrungen aufbauen und die Form von Macht untersuchen, die entsteht, wenn soziale Bewegungen in den USA und anderswo zu Kräften sozialen Wandels werden. Ich denke, dass die Frage, wie Macht von den unteren Rängen der Gesellschaft her ausgeübt wird, niemals so wichtig war wie heute. Sie wird in letzter Instanz entscheiden, ob eine andere Welt möglich ist.

Protestbewegungen haben in der Geschichte Amerikas eine große Rolle gespielt – auch wenn die Geschichte der amerikanischen Politik in der Regel ohne sie erzählt wird. Dies trifft besonders für die großartigen Momente zu, in denen auf sozialen Ausgleich abzielende Reformen unsere Gesellschaft menschlicher gemacht haben – von der Gründung der Republik über die Sklavenemanzipation bis zum Aufstieg des „New Deal“ und der Gesellschaftsordnung der „Great Society“ hin zu den Bürgerrechtsgesetzen der 1960er etc. In den Jahren bis zum Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges haben amerikanische Eliten, die unter der britischen Herrschaft immer unruhiger wurden, ein Bündnis mit den Menschen „out-

of-doors¹ oder dem zeitgenössischen Mob geschlossen. Ohne die Unterstützung des Gesindels hätten sie den Krieg gegen England nicht gewinnen können.² Die Eliten zahlten für dieses Bündnis den Preis, dass sie sich nachgiebiger gegenüber radikal-demokratischen Ideen zeigen mussten, die den Menschen ein Recht auf Selbstbestimmung zusprachen. Zudem waren die Androhung der Störung durch den Mob und seine radikal-demokratischen Überzeugungen in die Bestimmungen der neuen Verfassungen der einzelnen Staaten eingeschrieben. Weniger sichtbar fanden sie auch in die neue Bundesverfassung Eingang, die die Rechte und die Repräsentation der kleinen Leute ansprach – Bedingungen, auf die man eingehen musste, um die Unterstützung der kleinen Leute für die neue Bundesregierung zu gewinnen.

Sicherlich, dieser Vorgang war kompliziert. Der Mob besaß während der revolutionären Periode eine gewisse Macht, weil die Macht des Staates durch den sich verschärfenden Konflikt zwischen den kolonialen Eliten, der britischen Krone und den britischen Handelsinteressen, die am Hof ein großes Gewicht besaßen, geschwächt war. Die große Entfernung der Kolonien zu den Verwaltungsapparaten und Streitkräften des Mutterlandes sowie die Fragmentierung der Kolonialverwaltung verringerten seine Macht zusätzlich. Zudem wurden die durch die Revolution erreichten Elemente einer Wahl- und Repräsentativdemokratie von der Klientel- und Stammespolitik, die sich in den Parteien des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, eingehegt. Trotzdem war selbst eine eingeschränkte Wahldemokratie manchmal dabei hilfreich, die auf Gewalt und Wohlstand basierende Macht abzuschwächen – zumindest wenn neue Protestwellen schlichtende Erwidern der gewählten Führer zur Folge hatten.

Oder nehmen Sie die merkwürdigen und manchmal fanatischen Gegner der Sklaverei als Beispiel. Die Kühnheit und Sturheit, mit der sie am Ziel der sofortigen Emanzipation der Sklaven festgehalten

1 Als „the people out-of-doors“ bezeichnete man im Großbritannien des 18. Jahrhunderts diejenigen, die nicht an Entscheidungen im Parlament teilnehmen konnten. Die Parlamentarier bezeichneten sich selber manchmal als „the people indoors“ [Anm. d. Übersetzers].

2 Diese Tatsache ist mittlerweile weitgehend unumstritten, die entscheidende Veröffentlichung war in diesem Zusammenhang vermutlich Becker (1909) (siehe auch: Bailyn 1965; Bridenbaugh 1955; Morgan 1956; Raphael 2001; Schlesinger 1955; Young 1999).

haben, zerschmetterte die sektionalen Kompromisse zwischen den sklavenhaltenden Südstaaten und den freien Nordstaaten, die 1789 die nationale Einheit möglich gemacht hatten. Die Aktivisten der Abolitionismus-Bewegung waren in den Kirchengemeinden eines größtenteils protestantischen Landes verwurzelt. Ihre aufwühlenden Reden teilten die großen Glaubensrichtungen und ebneten so den Weg für die Fragmentierung der intersektionalen Parteien des Systems der Drittparteien und trieb die wütenden Südstaaten schlussendlich in die Sezession. Die Erfolge der Anti-Sklaverei-Bewegung kann man nicht bestreiten. Die Regierung in Washington begann einen Krieg, um die Einheit des Landes zu erhalten, der zur Emanzipation der Sklaven führte. Weil die Repräsentanten der Südstaaten durch die Sezession ohne Einfluss waren, konnte der Kongress zum Ende des Krieges den 13., 14. und 15. Verfassungszusatz verabschieden.

Ein anderes Beispiel: Betrachten Sie einmal die Massenstreiks der Arbeiterbewegung in den 1930ern. Diese Streiks haben das Grundgerüst eines Betriebsverfassungssystems erstritten, das es zumindest eine Zeit lang vielen ArbeiterInnen ermöglichte, in was wir als „Mittelklasse“ bezeichnen, aufzusteigen und organisierten Arbeitern in der Auto-, Stahl- und Gummiindustrie sowie im Bergbau zu Respekt und Selbstachtung verhalf (Metzgar 2000). Oder die schwarze Freiheitsbewegung, deren außergewöhnlicher Mut, sich dem System der Apartheid in den Südstaaten entgegenzustellen, auf lange Sicht dazu führte, dass die Regierung Gesetze veranlasste, die die Versprechen der Rekonstruktionszeit verwirklicht haben. Oder denken Sie an die Proteste gegen Armut in den 1960ern, die eine Ausweitung der amerikanischen Sozialprogramme erzwangen, so dass die USA fast wie eine Art sozialdemokratisches Land auszusehen begonnen haben. Oder die Bewegung gegen den Krieg in Vietnam und hier besonders die protestierenden GIs, die schließlich den Krieg in Südostasien an ein Ende brachte und uns das sog. „Vietnam-Syndrom“ hinterließ, das zumindest für eine gewisse Zeit amerikanische Militäreinsätze im Ausland verhinderte. Oder die Frauen- und Schwulenbewegung und ihre Erfolge im Kampf für ihre Rechte und bei der Transformation des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens Amerikas.

Es ist überflüssig zu betonen, dass diese Protestierenden niemals 'einfach nur' erfolgreich waren. Ihre Forderungen wurden notwendigerweise angepasst und feingschliffen, um in bereits bestehende

institutionelle Arrangements und mächtige Interessen, die mit eben diesen Institutionen verbunden waren, eingepasst zu werden. Außerdem wurden die Erfolge, die diese Proteste erreicht hatten, in der Folge zurückgestutzt (was, obwohl es niemals anerkannt wird, ein weiterer Beweis dafür ist, wie wichtig diese Bewegungen dafür waren, Reformen anzustacheln). Nichtsdestotrotz, auch wenn wir diese Rückschläge außen vor lassen, haben die durch Protestbewegungen angestoßenen Reformen Spuren hinterlassen. Bis heute existiert ein repräsentatives Wahlsystem, die Besitzklaverei wurde nicht wiederhergestellt, das Apartheidsystem in den Südstaaten ist demontiert. Zwar wird der Arbeiterbewegung gerade eine Reihe von Niederlagen zugefügt, aber Gewerkschaften existieren weiterhin und könnten in der Zukunft erneut eine wichtige Rolle spielen.

Nun, wie kam es zu diesen Siegen? Was haben die Protestbewegungen getan, um diese schlichtenden Erwidierungen zu erzwingen? Weder die Forschung zu sozialen Bewegungen noch diejenige zur politischen Geschichte Amerikas können eine befriedigende Antwort auf diese Frage geben. Wenn soziale Bewegungen erwähnt werden, werden sie als 'störend' bezeichnet, was so etwas wie 'lärmend', 'undiszipliniert' oder sogar 'gewalttätig' zu meinen scheint. Selbstverständlich produzieren Protestbewegungen Lärm, wenn sie versuchen ihre Forderungen zu kommunizieren, sei es durch Slogans, Transparente, Possen, Kundgebungen und Demonstrationen und wenn die Bedingungen günstig sind, erlangen sie ein wenig Einfluss auf Wahlen. Was aber vielleicht wichtiger ist: die großen Menschenansammlungen, die Gesänge und die Transparente steigern die Moral der Aktivisten. Diejenigen Proteste, die in die amerikanische Geschichte eingegangen sind, sind immer auf erbitterte Gegner gestoßen, die man mit Worten alleine niemals hätte überwältigen können. Und noch eine Anmerkung zur Gewaltfrage: Auch wenn sie manchmal zur Verteidigung genutzt wurde, haben amerikanische Proteste Gewalt und die damit verbundenen strategischen Risiken immer vermieden.

Auch wenn ich diese Bewegungen als „störend“ bezeichnet habe, möchte ich an dieser Stelle den Begriff der „Macht der gegenseitigen Abhängigkeit“ [interdependent power] benutzen und zwar nicht, weil ich meine Leser besänftigen möchte, sondern weil dieser Begriff auf die soziologische Basis der Kraft der Störung hinweist. Ich möchte die Bedeutung dieser Form von Macht für die Analyse von sozialen Bewegungen und ihren Einfluss auf die Politik aufzeigen,

womit ich die Allokation von materiellen und kulturellen Vorteilen bezeichne, die direkt oder indirekt auf Entscheidungen von Regierungen zurückgehen. Ich möchte außerdem argumentieren, dass die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit auch in anderen institutionellen Feldern von Bedeutung ist. Dies ist offensichtlich in der Ökonomie aber auch, zum Beispiel, in der Familie, in der Kirche oder in lokalen Gemeinschaften der Fall. Vermutlich ist es so, dass diese Muster der Herrschaft, die in anderen vorherrschen, Konsequenzen für die Kämpfe um die Macht besitzen, die wir als Politik bezeichnen. Zum Schluss möchte ich die Aussichten für das Hervortreten der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit als Agent der Transformation in der zeitgenössischen Politik in den USA und in anderen Staaten betrachten. Das Potential für die 'Macht von unten', muss uns als Soziologen interessieren, denke ich. Aber sind unsere intellektuellen Traditionen und unsere Institutionen geeignet, eine solche Untersuchung angemessen durchzuführen?

Eine erweiterte Theorie der Macht³

Soziologen haben sich schon zahlreiche Gedanken über das Konzept der „Macht“ gemacht. Ich möchte die vielen, sehr interessanten, Debatten über eine Definition des Begriffs „Macht“ gerne zugunsten eines bekannten, an Max Weber orientierten Verständnisses zurückstellen. Ich betrachte „Macht“ als die Fähigkeit eines Akteurs, die Handlungen eines oder mehrerer anderer Akteure auch gegen ihr Widerstreben zu beeinflussen. Teilweise nennt man dies die Nullsummenannahme: die Erfolge eines Akteurs werden auf Kosten eines anderen erreicht. Es ist – in den Worten von Anthony Giddens (1984) – Macht als Herrschaft und als Eigenschaft sozialer Interaktion.⁴ Diese Lesart war besonders bei Soziologen einflussreich, die während des Verblässens des Parson'schen Paradigmas in den 1960ern anfangen, sich für Konflikte zu interessieren.

3 Ich führe dieses Argument zusammen mit Richard Cloward in unserem Aufsatz „Rulemaking, Rulebreaking and Power“ (2005) weiter aus.

4 Für Giddens ist das Verhältnis von Macht und Konflikt jedoch davon abhängig, ob eine Form von Widerstreben gebrochen werden muss.

Theoretiker, die dieser Sichtweise anhängen, beschäftigt folgende Frage: Wer besitzt Macht und warum? In der Regel geben sie als Antwort, dass dies von den Machtressourcen oder den Grundlagen, mit denen ein Akteur den Willen der anderen zu beugen imstande ist, abhängen würde. Max Weber jedoch hat diese Frage vermieden und argumentiert, dass man Machtressourcen nicht generell bewerten könne, sondern dass sie von spezifischen Umständen abhängig seien. Da diese Position die Möglichkeit verneint, dass man die Verteilungsmuster von Macht im sozialen Leben analysiert, schien sie für viele Forschende nicht zufriedenstellend zu sein. Stattdessen haben Konflikttheoretiker ausufernde Listen mit Dingen und Eigenschaften, die einem Akteur die Fähigkeit geben, andere zu beeinflussen, erstellt. Macht wird mittlerweile als auf persönlichen Fähigkeiten, technischer Expertise, Geld oder der Kontrolle über die Möglichkeit des Geldverdienens, Ansehen oder dem Zugang zu Ansehen, breiter Unterstützung oder der Fähigkeit eine breite Unterstützung zu mobilisieren basierend, betrachtet. Randall Collins (1975: 60-61) fasst diese Sichtweise zusammen:

Man schaue nach den materiellen Dingen, die Interaktion beeinflussen: physische Orte, Kommunikationsmodi, Waffenlieferungen, Mittel für ein öffentlichkeitswirksames Auftreten, Werkzeuge, Güter. Man schätze die relativen Ressourcen, die jedem Individuum zur Verfügung stehen, ab: ihr Potential physischen Zwang auszuüben, ihren Zugang zu anderen Personen als Verhandlungspartner, ihre sexuelle Attraktivität, ihren Vorrat an Mitteln, um emotionale Solidarität zu erzeugen ebenso wie die oben erwähnten physischen Vereinbarungen ... Die Ressourcen für Konflikte sind komplex.

Collins' Kriterien sind weithin bekannt und unterscheiden sich nicht besonders von Dahls (1961: S. 226) durch den „gesunden Menschenverstand“ vorgegebene Liste von „allem, was man dazu benutzen kann, die spezifischen Entscheidungen oder Strategien eines anderen Individuums zu beeinflussen.“⁵ Mills (1956: 9, S. 23)

5 Andere Forscher haben versucht, diese Ressourcen nach einem Unterscheidungsprinzip zu klassifizieren. Giddens (1984) unterscheidet zwischen „allokativen Ressourcen“ (Kontrolle über materielle Güter und die Kräfte der Natur, die man zu ihrer Produktion nutzbar macht) und „autoritativen Ressourcen“ (Kontrolle über die Aktivitäten von Menschen). Etzioni (1968: 357-59) unterscheidet zwischen utilitaristischen Ressourcen und materiellen Anreizen, durch Zwang funktionierende Ressourcen, mit denen man körperliche und

fügt den wichtigen Punkt hinzu, dass die „wirklich Mächtigen“ diejenigen sind, die in wichtigen Institutionen „die Führungspositionen besetzen“, weil solche Institutionen die Basis für große Konzentrationen von Ressourcen bilden.⁶ Es scheint Einigkeit darüber zu herrschen, dass eine Form von Ressourcen genutzt werden kann, um eine andere zu erwerben, da Ressourcen „übertragen, gesammelt, neu verortet und getauscht“ sowie investiert werden können.⁷ Zusammengefasst sind Machtressourcen also die Eigenschaften oder Dinge, die ein Akteur benutzen kann, um einen anderen Akteur zu etwas zu zwingen oder zu bewegen.⁸ Ich werde diese Perspektive von nun als „Machtressourcenansatz“ bezeichnen.

Der reine Wildwuchs der Aufzählung von Machtressourcen, egal ob Geld, Popularität, breite Unterstützung oder ausreichend verfügbare Zeit, wurde manchmal als die Grundlage betrachtet, für eine geraume Unbestimmtheit in der Verteilung von Macht zu argumentieren.⁹ Irgendeine Ressource besitzt schließlich jeder, so das Argument der Pluralisten, und diejenigen, die kaum etwas besitzen, sind zumindest viele. Typischerweise sind jedoch diejenigen Eigenschaften und Güter, die von Forschern als Schlüssel-

physische Gewalt ausüben kann, sowie normative und symbolische Belohnungen und Drohungen. Tilly (1978: 69) besitzt einen eher ökonomischen Einschlag, wenn er die „die Produktionsfaktoren des Ökonomen betont: Land, Arbeit, Kapital und vielleicht auch technisches Expertenwissen“. Mann (1994) identifiziert ökonomische Macht, die auf materiellen Ressourcen basiert, militärische Macht, die auf physischem Zwang basiert, ideologische Macht und politische Macht, die auf einem territorialen Verwaltungsapparat basiert.

- 6 „Macht“, schreibt Domhoff (2007: 97), dessen Werk in der von C.Wright Mills begründeten Tradition der „Machtstruktur“ steht, ist „in Organisationen und nicht in Individuen verkörpert.“
- 7 Diese Beschreibung habe ich von Oberschall (2007: 97) übernommen; die gleiche Argumentation findet man mit anderen Begriffen bei Dahl (1961: 227). Das eher offensichtliche Argument, dass Reichtum, Status und Macht nur jeweils Mittel zum Erwerb der anderen Ressourcen sind, wurde ursprünglich von Max Weber formuliert und wird von Wrong (1979: 229) kritisch diskutiert.
- 8 Von dieser verschiedene und weiter ausgeführte Aufzählungen von Ressourcen kann man bei Lasswell und Kaplan (1950: 83-92) finden.
- 9 Dahl (1961: 226), zum Beispiel, beginnt seine eigene Liste mit „Kontrolle über die Zeit eines Individuums.“ Nach dieser Argumentation sollte man also erwarten, dass Arbeitslose einen beträchtlichen Einfluss ausüben können.

Ressourcen angesehen werden, nicht breit verteilt, sondern an der Spitze der sozialen Hierarchie konzentriert. Daraus folgt, dass auch Macht an dieser Spitze konzentriert ist. Die Argumentation ist vollkommen überzeugend: Reichtum, Ansehen und die Mittel für physischen Zwang sind allesamt stabile Grundlagen, um andere zu beherrschen. Da diese Eigenschaften und Güter – was unbestritten sein dürfte – über die soziale Stellung verteilt werden, folgt daraus, dass diejenigen Menschen, die eine höhere soziale Stellung innehaben, unvermeidlich auch mehr Macht besitzen und Menschen mit niedrigerer sozialer Stellung weniger. Anders ausgedrückt, da die Ressourcen, die die Grundlage für das effektive Ausüben von Macht bilden, geschichtet sind, ist auch die Macht geschichtet und diejenigen, die bereits über größere Macht verfügen, häufen auch mehr Macht an.

Dieses Verständnis darüber, wer Macht besitzt und warum, dient die meiste Zeit einem deutlich erkennbaren Zweck. Die Reichen und diejenigen in hohen Positionen, inklusive denen, die Armeen und die Polizei kontrollieren, siegen üblicherweise in jedem Wettbewerb mit denjenigen, die keins dieser Dinge besitzen – aber nicht immer. Manchmal gelingt es Menschen ohne Güter, hohem sozialen Status oder Reichtum, institutionelle Veränderungen zu erzwingen, die Bedürfnisse und Sehnsüchte von Menschen, die sich in der sozialen Ordnung weiter unten befinden, zumindest unscharf reflektieren. Die aufständischen Massen, die im späten Mittelalter die Städte belagerten, haben die ersten Fürsorgesysteme erzwungen (De Swaan 1988; Hill 1952; Jutte 1994; Lis/Soly 1979; Piven/Cloward 1971). Während der Industrialisierung Europas und der USA haben streikende ArbeiterInnen erreicht, dass Bestimmungen über den Arbeitsschutz errichtet wurden. Diejenigen, die in der afro-amerikanischen Befreiungsbewegung engagiert waren, haben den weißen Mob und in der Vergangenheit lebende Politiker herausgefordert und so den Wandel in der Gesetzgebung und der Anwendung von Recht erreicht, der die amerikanische Rassentrennung zerschmettert hat. Eine Masse gewöhnlicher Menschen hat den Grenzsoldaten der DDR die Stirn geboten und die sagenumwobene Berliner Mauer wortwörtlich in Stücke geschlagen. Und erst vor kurzem haben die Straßenblockaden der *piquetero*-Bewegung in Argentinien die Regierung dazu gezwungen, die erste Arbeitslosenunterstützung in der Geschichte Lateinamerikas in die Wege zu leiten. Dies hat dazu beigetragen, einen weitaus größeren Aufstand anzustoßen, der eine

Reihe von Präsidenten zu Fall gebracht hat (Auyero 2005; Sitrin 2006, S. 8-16). Aymaras aus dem bolivianischen Hochland haben zwei Regierungen zu Fall gebracht und das momentan herrschende Regime hat erste Schritte unternommen, um Gas und Öl zumindest teilweise zu verstaatlichen. Warum also sind Menschen, ohne das, was wir normalerweise Macht nennen, in der Lage überhaupt einen Kampf zu gewinnen?¹⁰

Die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit

Ich möchte daher annehmen, dass es eine andere Form von Macht gibt, die nicht auf Ressourcen, Dingen oder Eigenschaften basiert, sondern die ihre Wurzeln in den sozialen und kooperativen Beziehungen hat, in die Menschen durch die Tugend des sozialen Lebens eingebunden sind. Wir sollten Gesellschaften als durch ein Netzwerk kooperativer Beziehungen zusammengesetzt betrachten, das teilweise institutionalisiert ist und durch das Paarung und Reproduktion, die Sozialisierung des Nachwuchses und die Allokation und Durchsetzung von staatlicher Autorität organisiert wird.¹¹ Soziales Leben ist kooperatives Leben und im Prinzip besitzen alle Menschen, die zu diesen kooperativen Systemen beitra-

10 Forscher von sozialen Bewegungen zeigen in der Regel eine tiefe Ambivalenz, wenn sie sich mit diesem Thema beschäftigen. Einerseits zeigen die meisten amerikanischen Forscher von sozialen Bewegungen eine große Sympathie für die Bewegungen und betrachten sie als eine Form der Politik. Andererseits gibt es kaum Studien über die Auswirkungen sozialer Bewegungen auf die Politik oder über die Dynamik dieser Erfolge. Vielleicht liegt dies teilweise daran, dass Bewegungsforscher unsicher über die theoretischen Grundlagen von Bewegungsmacht sind (siehe dazu z.B. Amenta/Halfmann/Young 1999; Burstein/Einwohner/Hollander 1995; Cress/Snow 2000; Guigni 1998; McAdam/McCarthy/Zald 1988). Selbstverständlich sind Generalisierungen gefährlich und auch zu meiner Generalisierung gibt es bedeutende Ausnahmen (z.B. Gamson 1975; Goldstone 1980; Gurr 1980; Tarrow 1994). Empirische Studien über die Bürgerrechtsbewegung versuchen ebenfalls, zu allgemeineren Schlussfolgerungen über ihre Ergebnisse zu gelangen, auch wenn Analysen der detaillierten Mechanismen, durch die Proteste zu Resultaten in der Gesetzgebung geführt haben, im Allgemeinen Mangelware sind (siehe dazu z.B. Andrews 2001).

11 Michael Manns (1994: 38) Vorschlag, dass wir „Gesellschaften als föderative, sich überlagernde und überschneidende Geflechte begreifen statt als simple Gesamtheiten“, ergänzt dieses Verständnis von Macht.

gen, eine potentielle Macht über andere, die davon abhängig sind. Diese Form der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit ist nicht an der Spitze der Gesellschaft konzentriert, sondern potentiell breit gestreut. Auch Menschen, die keine der Werte oder Eigenschaften besitzen, die wir normalerweise mit Macht in Verbindung bringen würden, tun Dinge, von denen andere abhängig sind.¹² Sie reinigen die Toiletten, bauen Kohle ab oder hüten die Babies. Selbst wenn sie arbeitslos oder untätig sind, beziehen sich andere auf sie, um den Normen eines bürgerlichen Lebens gerecht zu werden.

Stabile kooperative Netzwerke werden zwangsläufig durch die Regeln und Ideen beherrscht, die wir Institutionen nennen. Und Institutionen werden ebenfalls zu Orten der Auseinandersetzung und des Ausübens der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit. Allerdings wird dies dann nicht offensichtlich, wenn wir einen Blick auf das Soziale haben, der zu deterministisch ist. Institutionen sind janusköpfig: sie tragen dazu bei die Identitäten und Ziele von Menschen zu prägen und sie sozialisieren Menschen zur Konformität mit den institutionellen Regeln, auf denen der Alltag basiert. Wie Dennis Wrong (1979) schon vor einiger Zeit argumentiert hat, fahren die Menschen weiterhin damit fort, andere Ziele als diejenigen, die ihnen von den Regimen des institutionellen Lebens vorgegeben werden, zu verfolgen. Dies mag damit zu tun haben, dass sie durch Facetten menschlichen Verlangens angetrieben werden, die sich der Sozialisierung entziehen, oder weil sie diversen institutionellen Umgebungen ausgesetzt sind, die andere Ziele verfolgen.¹³ All dies ist nicht kontrovers, denke ich. Meine entscheidende Annahme ist jedoch, dass gerade weil Menschen unterschiedliche (und umstrittene) Ziele verfolgen und weil sie gleichzeitig soziale und kooperative Wesen sind, sie unvermeidlich versuchen werden ihre Beziehungen mit anderen im Verfolgen dieser Ziele zu nutzen – auch wenn sie auf Opposition treffen. Wichtiger noch, *institutionelles Leben sozialisiert Menschen zu Konformität, während gleichzeitig Institutionen den Teilnehmern von sozialen und kooperativen Tätigkeiten die Macht*

12 Die Grundlage über die Abhängigkeit der an der Spitze von denen am Boden bildet Hegels Diskussion über das Verhältnis von Herr und Knecht (siehe dazu Friedrich 1953: 399-411).

13 Sewell (1992) beschreibt den Transfer von Ideen von einer Institution in eine andere.

verleihen, zu unterschiedlichen und sich widersprechenden Zwecken zu handeln, selbst wenn sie dabei Regeln verletzen.

Daraus folgt: Während Konflikttheoretiker betonen, dass die Kapitalisten Macht über die ArbeiterInnen besitzen, weil sie die Investitionen und die Arbeitsgelegenheiten, die durch Investitionen geschaffen werden, kontrollieren (und weil sie Schlägertrupps, das Militär, die Presse oder die Gerichte aufbieten können), zeigt uns der Fokus auf die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit, dass Arbeiterinnen potentiell ebenfalls Macht über die Kapitalisten besitzen, weil sie die Fließbänder, von denen die Produktion abhängt, besetzen. Genauso besitzen Grundbesitzer zwar die Felder, die von ihren Pächtern bewirtschaftet werden, ohne die Pächter lägen die Felder jedoch brach. Die staatlichen Eliten können zwar auf die Autorität des Gesetzes und die Kraft des Militärs zurückgreifen, aber sie sind von den wählenden Massen abhängig. Ehemänner und Ehefrauen, Priester und ihre Gemeindemitglieder, Herren und Knechte – sie sind alle von dieser Dynamik betroffen. Beide Seiten dieses Verhältnisses besitzen das Potential die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit zu mobilisieren und zumindest im Prinzip die Möglichkeit, dadurch Macht über andere auszuüben, indem sie sich sozialer Kooperation entziehen oder mit diesem Entzug drohen.

Tatsächlich ist es so, dass die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit in vielem, was wir üblicherweise über „Macht von unten“ denken, implizit ist. In der zeitgenössischen Ära beziehen wir uns normalerweise auf zwei wirkmächtige Theorien um die zeitweise Ausübung der Macht der kleinen Leute zu erklären; Theorien, die bereits vielfach in den Argumenten von Intellektuellen und dem Volksglauben eingeschrieben sind. Die eine ist die einfache Theorie von politischer Demokratie, wie sie sich seit dem 17. Jahrhundert entwickelt hat. Einfache Leute können Macht über die Eliten des Staates über gewählte, repräsentative Institutionen ausüben, die zwischen der Bürgerschaft und dem Staat vermitteln. Die Leute, oder zumindest ein Großteil von ihnen, besitzen Stimmen. Periodisch wiederkehrende Wahlen, in denen diese Stimmen verbucht werden, machen politische Funktionäre von Mehrheiten im Volk abhängig, falls sie in staatlichen Machtpositionen bleiben wollen. Wahlen binden daher Führer an die Wähler, auf die sie sich verlassen müssen um die Kontrolle über die Regierung zu behalten. Diese Wahl bedeutet, dass gewöhnliche Leute Macht haben, zumindest ein wenig Macht, weil politische Eliten von ihnen abhängig sind.

Die andere große Theorie, die sowohl in intellektuellen und in populären Variationen existiert, ist eine Theorie der Arbeitskraft, die am eloquentesten von Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* formuliert wurde. Die Entwicklung des Kapitalismus, so das Argument, bedeutete den Aufstieg von Industrien, die auf Massenproduktion basierten und zu einer großen Anzahl von FabrikarbeiterInnen führten, auf deren Arbeitskraft diese Industrien angewiesen waren. Da die Fabrikproduktion auf sie angewiesen war, können ArbeiterInnen Einfluss durch Streiks, durch „Stilllegen!“ ausüben. Mehr noch, das Wachstum der massenproduzierenden Industrien erhöht die Anzahl der ArbeiterInnen, die diese Macht besitzen, kontinuierlich. Dieses Wachstum generiert eine Solidarität zwischen den ArbeiterInnen, selbst wenn die Erfahrung der Massenproduktion immer größere Spaltungen zwischen Kapital und Arbeit hervorbringt und dadurch das Kapital zum Ziel des Zorns der Arbeiter wird. Die Macht der ArbeiterInnen drückt sich zusätzlich in der Gründung von Gewerkschaften und einem Spektrum von Arbeitnehmerrechten, die in Gesetzen und Verordnungen verkörpert sind, aus.¹⁴

Die Bedeutung der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit damals und heute

Die episodische und komplexe Geschichte der Ausweitung von politischen Rechten und von Arbeiterrechten in Europa, den USA, Lateinamerika und an anderen Orten kann man als Geschichte der Reaktionen von Staaten auf die Mobilisierung sowohl der Macht der kleinen Leute durch die Entwicklung von repräsentativen Wahlinstitutionen und die Macht, die ihnen durch den Arbeitsplatz in der Industrie zugewiesen wurde, beschreiben. Jede Form von Macht kann die jeweils andere Form beeinflussen. Streiks am Arbeitsplatz wird eher beschwichtigend begegnet werden, wenn staatliche Eliten davon absehen Gewalt zu benutzen, um die Streikenden zu unterdrücken, weil sie sich über den Widerhall bei sympathisierenden Wählergruppen Sorgen machen. Selbstverständlich ist aber auch das Gegenteil der Fall. Wenn Eliten sich sicher genug fühlen, das Militär zu bemühen, ist es weniger wahrscheinlich, dass Streiks er-

¹⁴ Steve Wright (2000) nennt dies die strukturelle Macht von ArbeiterInnen. Diese Idee wird von Beverly Silver (2003) weiter ausgeführt.

folgreich sind, wie die Geschichte der niedergeschlagenen Streiks in den USA des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts demonstriert (Piven und Cloward 1977).

Es ist aber nicht nur das Gewaltmonopol des Staates, das die Arbeitermacht von der Macht der Stimmzettel abhängig machen kann. Mit den Massenstreiks der 1930er wurden die Zugeständnisse gegenüber der organisierten Arbeiterschaft erzwungen, die sich im „Wagner Act“ verkörpert haben, aber in den folgenden Jahrzehnten war es der Einfluss der organisierten Arbeiterbewegung, die zumindest einen Teil dieser Erfolge verteidigen half. Die außergewöhnliche Mobilisierung bei Wahlen und durch Lobbying, die amerikanischen Gewerkschaften in den letzten Jahren unternommen haben, sind offensichtlich ein Versuch, den Einfluss, der durch die Macht der Stimmzettel erreicht wurde, in einer Zeit wiederzuerlangen, in der die Arbeitermacht im Niedergang begriffen ist. In der gleichen Weise kann die Geschichte des Wohlfahrtsstaates als eine Geschichte der aufeinanderfolgenden Zugeständnisse erzählt werden, die Eruptionen sowohl der Arbeitermacht als auch der Macht der Stimmzettel nötig machten. Ich glaube sogar, dass diese Geschichte unzulässig vereinfacht wird, wenn eher widerspenstige Ausdrücke der Macht der kleinen Leute ignoriert werden. Nichtsdestotrotz steckt ein Körnchen Wahrheit in dem Blick aufs Ganze, der die ökonomische Sicherheit für ArbeiterInnen und Arme durch Sozialhilfe und Hilfsprogramme als den Preis beschreibt, den die politischen und ökonomischen Eliten für die Integration und Zusammenarbeit von großen Teilen der Bevölkerung zahlen und der durch die periodischen Ausbrüche von demokratischer Macht und Arbeitermacht nötig wurde.

Globalisierung

Trotzdem, so könnten Sie sagen, das ist lange her und das Spiel ist nicht mehr das gleiche. Unsere Welt ist durch den Komplex von Entwicklungen, den wir Globalisierung nennen, verändert worden. Vor der Globalisierung, womit ich die neoliberale Globalisierung meine, haben wir zumindest genügend Sicherheit gehabt, dass unsere Regierung Reformen umsetzt, falls sie durch das Zusammenspiel von Arbeitermacht und einer Politik der Stimmzettel nur stark genug unter Druck gesetzt würde. Ebenfalls konnten wir uns sicher sein, dass ArbeiterInnen und ihre Gewerkschaften die Geschäftspolitik von Unternehmen mäßigen können.

Heute dagegen ist die Fähigkeit von Regierungen, entscheidende Marktakteure, einschließlich multi-nationaler Unternehmen und internationaler Investoren, zu kontrollieren, durch die Mobilität des Kapitals geschwächt worden, während eine Beschleunigung des Welthandels gleichzeitig die weltweite Konkurrenz um immer billigere Arbeitskraft angeregt hat. Sind wir also ohne den besänftigenden Einfluss von demokratischer Macht und Arbeitermacht zu einer Zukunft verdammt, die durch rücksichtslose, gierige Geschäftsleute und politische Führer und der daraus resultierenden steigenden Ungleichheit und Plünderung der Umwelt bestimmt wird? Ich denke, nicht. Ich bin sogar gewissermaßen optimistisch, was unsere Zukunft angeht, weil ich glaube, dass die Ressourcen der Macht, die in der Vergangenheit Reformen erzwungen haben, durch die Globalisierung überhaupt nicht geschmälert worden sind.

Im Prinzip wächst die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit durch Zentralisierung und Spezialisierung. Das hat den offensichtlichen Grund, dass mit der fortschreitenden Arbeitsteilung die kooperativen Netze sowohl immer weitreichender als auch verflochtener werden und das kooperative Projekt sowohl mehr als auch stärker voneinander verschiedene Beiträge einer größeren Anzahl immer unterschiedlicherer Menschen benötigt.¹⁵ Globalisierung meint genau dies: eine gesteigerte Spezialisierung und Integration in komplexe und weitreichende Systeme der Kooperation und gegenseitigen Abhängigkeit, die das Potential besitzt, dass die Macht der kleinen Leute ebenfalls weitreichender und für mehr Menschen verfügbar wird. Die Indizien deuten an, dass das Potential der Macht der kleinen Leute weit über die spezifischen institutionellen Orte hinausgeht, die unsere Vorstellungen von demokratischer Macht und Arbeitermacht geprägt haben.

Den Großteil der Weltgeschichte über hatten von der Außenwelt isolierte Dorfbewohner kaum Einfluss auf weit entfernte imperiale Zentren. In den letzten Jahren haben indigene Hochlandbewohner wiederholt die Straßen nach La Paz blockiert, woraufhin aufeinander folgende bolivianische Regierungen gestürzt und multinationale Energiefirmen sowie die gesamte Welt auf sie aufmerksam geworden

15 Emile Durkheim [1930] (1992: 86) hat dieses Argument über das, was er als „eine Grundlage der sozialen Ordnung“ des 19. Jahrhunderts bezeichnete, zuerst formuliert.

sind. Auf die gleiche Weise hatten die Proteste – Geiselnahmen von Angestellten und die Sprengung von Öl- und Gasförderstätten – von Mitgliedern der Ogoni und Ijaw aus dem an Öl reichen Nigerdelta gegen die ruinösen Plünderungen von internationalen Ölfirmen eine massive Reduktion der Ölproduktion sowie einen Anstieg des Ölpreises als Konsequenz (Mouawad 2007a, 2007b). Diese Proteste wurden weltweit wahrgenommen und dienten in anderen Regionen mit großen Ölvorkommen als Vorbild. In Nigeria, Ecuador, Bolivien und Venezuela gab es Kämpfe um Öl, in Peru und Chile stand Kupfer im Mittelpunkt. Als Anfang Mai 2007 peruanische MinenarbeiterInnen in den Streik traten, erreichten die Kupferpreise in New York den höchsten Stand seit 11 Monaten (Munshi 2007). Während die meisten Menschen sich des weiten Nachhalls von multinationalen Investoren und Währungsspekulanten schmerzhaft bewusst sind, spielen viele gewöhnliche Menschen eine wichtige Rolle in den komplexen und zerbrechlichen Tauschvorgängen, die die neoliberale Globalisierung konstituieren – und gerade weil sie diese Rolle spielen, besitzen sie potentiell Macht.

Die Beobachtungen legen eine andere Betrachtungsweise der neoliberalen Globalisierung nahe, als es das übliche Gerede vom Niedergang der demokratischen Macht und der Arbeitermacht tut. Nur um sicher zu gehen – die Globalisierung hat die Möglichkeiten von Investoren enorm erweitert, sich aus jedem Verhältnis mit einer bestimmten Gruppe Menschen zurückzuziehen. Mit einem einzigen Mausklick kann Kapital in andere Teile der Welt verlagert werden, wo die Löhne und Kosten niedrig sind. Aber die gleichen Verhältnisse, die den Rückzug leichter machen, schaffen neue und fragilere gegenseitige Abhängigkeiten. Outsourcing hat zwei Seiten. Einerseits verringert es die Abhängigkeit der Arbeitgeber von einheimischen Arbeitskräften, andererseits bindet es Arbeitgeber an viele andere Arbeiter und weit verstreute sowie ausgeweitete Produktionsabläufe. Diese Abläufe sind im Gegenzug wiederum an komplexe Systeme elektronischer Kommunikation und an Transportsysteme gebunden, die ihrerseits wieder enorm anfällig gegenüber Störungen sind. Die alte Idee, dass ArbeiterInnen in der Logistik an den Knotenpunkten der industriellen Produktion eine große potentielle Arbeitermacht besitzen, kann man in einem gewissen Sinne groß schreiben. Viele ArbeiterInnen, auch diejenigen, die das weit verzweigte Transportsystem in Funktion halten, diejenigen, die an all den Punkten in den erheblich ausgeweiteten Produktionsketten

sitzen und diejenigen in den „Just-In-Time“-Produktionssystemen, die durch das Internet hervorgebracht wurden, besitzen potentiell auch die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit.

Und das gilt nicht nur für ArbeiterInnen. In einem mittlerweile in China und Indien weithin bekannten Szenario haben sich Bauern in letzter Zeit geweigert, ihr Land zu verkaufen, damit in einer 'besonderen Wirtschaftszone' (SEZ) südlich von Kalkutta ein Petro-Chemie-Werk gebaut werden kann. Sie haben die indischen Behörden dazu gezwungen, den Plan, der dazu dienen sollte, ausländische Investoren anzulocken, zumindest für einen Moment zu den Akten zu legen. Im Zuge des Konflikts wurden vierzehn Bauern getötet. Trotzdem hat der Führer der muslimischen Gruppe, die die Proteste angeführt hat, triumphierend erklärt: „Wir haben der Regierung eine Lektion erteilt, die sie so schnell nicht vergessen wird.“ (Page 2007).

Zehntausende ähnlicher Bauernproteste in China und die daraus hervorgehenden blutigen Zusammenstöße haben Gerüchten zufolge die Nationalregierung dazu gebracht, 90.000 Untersuchungen einzuleiten und 'Ordnungsstrafen' gegenüber einigen Regionalverwaltungen einzuleiten, die Bauern und Haushalte umsiedeln, weil sie gierig nach neuen Investitionen sind (Cheng 2007). China hat ebenfalls geplant, illegale Bauprojekte mit höheren Bußgeldern zu bestrafen. Alles in allem hat die viel kolportierte Zahl von 74.000 Massendemonstrationen, die es offiziell 2004 in China gab, eine neue Besorgnis über soziale Ungleichheit in den Führungskreisen Chinas und einige neue staatliche Programme, die Ungleichheiten mildern sollen, ausgelöst.¹⁶

Es ist bemerkenswert, welche Kreise lokale Proteste ziehen können. Als Menschen aus der argentinischen Stadt Gualeguaycho die internationale Brücke zwischen Uruguay und Argentinien blockiert haben, wollten sie damit gegen den Bau einer Papierfabrik protestieren, die ihrer Meinung nach die Umwelt verschmutzen würde und dem Tourismus und Fischfang entlang des Rio Uruguay schaden würde. Die Fabrik sollte von einem finnischen Unternehmen mit Hilfe eines Kredites der Weltbank gebaut werden. Die Proteste

16 Daniel Bell (2007: 21) schreibt dazu: „Im Oktober 2006 hat sich zum ersten Mal seit 25 Jahren eine Plenarsitzung des ZKs der Kommunistischen Partei spezifisch mit der sozialen Frage beschäftigt (...) und einen Wandel von einer Ökonomie des ungezügelten Wachstums hin zu einem nachhaltigeren Modell, dass die soziale und ökonomische Gleichheit steigern würde [signalisiert].“

haben nicht nur die Fabrik, sondern auch die gesamte Wirtschaft Uruguays ins Wanken gebracht. Gleichzeitig zeigten sie die Kluft zwischen den Ländern des Mercosur auf, haben internationale NGOs auf den Plan gerufen und den spanischen König Juan Carlos dazu bewogen, sich als Vermittler ins Spiel zu bringen.¹⁷

Das Problem der Strategie

Trotzdem, die Manifestierung der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit ist keine leichte Aufgabe. Ich bin zwar der Ansicht, dass diese Machtform stärker geworden sein mag, aber sie hat es schon in der Vergangenheit gegeben und auch damals war sie schon weit verbreitet. Doch die „guten Dinge“, die man erreichen könnte, wenn man die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit einsetzt, sind nicht in dem gleichen Maße verbreitet, weil die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit in der Regel latent bleibt. Die Manifestierung von der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit setzt typischerweise voraus, dass Menschen die Regeln brechen, mit denen die Institutionen, an denen sie teilnehmen, überwacht werden und sei es nur, weil diese Regeln dazu erdacht wurden, um diese Form der Macht zu regulieren. Die Menschen müssen sich organisieren, müssen sich Wege ausdenken miteinander abgestimmt zu handeln, zumindest insofern ein abgestimmtes Handeln nötig ist, um ihre Macht effektiv werden zu lassen. Die einhegenden Effekte anderer Beziehungen, sei es mit der Familie, der Kirche oder der Partei müssen unterdrückt oder überwunden werden. Die protestierende Gruppe muss also die Fähigkeit besitzen, die Unterbrechung von kooperativen Beziehungen, von denen sie abhängig ist, auszuhalten.

Damit die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit unter neuen Vorbedingungen manifest werden kann, muss man Strategien entwickeln, um all diese Hindernisse zu bewältigen.¹⁸ Im Laufe der Zeit wird ein bestimmtes Set an Strategien bekannt und verfügbar

17 Siehe dazu auch die Berichterstattung von Benedict Mander in der *Financial Times*. Mander war während der ersten Monate des Jahres 2007 in Montevideo vor Ort (siehe auch *Futures and Commodity Market News* 2007).

18 Solche Strategien müssen in Beziehungen gegenseitiger Abhängigkeit sowohl von unten als auch von oben entwickelt werden. Aus Gründen, auf die ich an anderer Stelle ausführlicher ausgehe, sind dominante Gruppen in einer besseren Position, um ihre Strategien zu

– fast wie ein Skript, auf das man in nachfolgenden Konflikten zurückgreifen kann. Aber ein Wandel der institutionellen Arrangements, wie er zu Zeit stattfindet, verlangt nach neuen Strategien. Die Manifestierung der potentiellen Macht muss solange warten, bis neue Strategien erdacht worden sind. Dieser Prozess wird dadurch erschwert, dass die strategischen Skripte, die in der Vergangenheit Probleme gelöst haben, ein langes Nachleben führen. Diese Skripte leben fort, weil sie sich in Erinnerung und Gewohnheiten eingepägt haben, durch die Rückbesinnung auf vergangene Siege verstärkt werden und von Organisationen und Führern, die in früheren Konflikten gefangen sind, ständig wiederholt werden.¹⁹ Zusammengefasst lässt sich sagen, dass Globalisierung nicht bedeutet, dass die Macht der kleinen Leute zerstoßen ist (d.h. es ist nicht der Fall, dass dominante Gruppen nicht mehr auf untergeordnete Gruppen angewiesen sind), sondern, dass neue Strategien geschaffen werden müssen, um die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit von unten zu mobilisieren und einzusetzen. Und es gibt tatsächlich Hinweise darauf, dass genau dies gerade geschieht.

Als erstes möchte ich über den Regelbruch sprechen. Ich habe bereits angemerkt, dass die Institutionen, die das Potential für die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit erzeugen, auch die Regeln, Ideen und Routinen erzeugen, um die Manifestierung dieser Macht zu behindern. Nur um sicher zu gehen: Regeln sind ein grundsätzlicher Ausdruck unseres kollektiven Lebens, die Menschen gegen das vollkommen Unerwartete abschirmen, das kollektive Wissen destillieren und die komplexen Formen von Kooperation ermöglichen, auf denen eine Gesellschaft basiert. Aber Regeln sind auch ein Machtinstrument und das Erschaffen von Regeln ist eine Strategie, durch die dominante Gruppen, indem sie auf die gesamte Palette ihrer Machtressourcen zurückgreifen, untergeordnete Gruppen davon abhalten können, die spezielle, in der gegenseitigen Abhängigkeit liegende Macht zu benutzen. Diese Regeln gestehen dominanten Gruppen einen großen Spielraum zu, aber beschränken die Tätig-

adaptieren und dadurch unter veränderten Bedingungen Vorteile zu erzielen (siehe dazu Piven und Cloward 2005).

19 Dieses Argument ist auch von anderen Beobachtern vorgebracht worden. Jasper (1997) spricht zum Beispiel davon, dass Gruppen eine Tendenz dazu besitzen, aus einer großen Bandbreite an verfügbaren Taktiken eher bekannte und nur beschränkt übertragbare Formen auszuwählen.

keiten von untergeordneten Gruppen in kooperativen Verhältnissen. Denken Sie nur an die lange Geschichte von Gesetzen, die ArbeiterInnen an ihre Arbeitgeber gebunden haben – die feudalen Gesetze, die den Vasallen dazu zwangen, auf dem Land des Herren zu arbeiten; das „Statute of Laborers“ von 1349; Gesetze, die Landstreicherei und Betteln verboten haben; die vielfältigen Gesetze über Diebstahl und Betrug; die Gesetze, die ArbeiterInnen verboten haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren oder in den Streik zu treten (und die heute in der Form von Tarifvertragsverpflichtungen und Gesetzen, die Streiks im öffentlichen Dienst verbieten, weiter bestehen). In all diesen Fällen stabilisiert das Schaffen von Regeln bestehende Macht dadurch, dass die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit von unten unterdrückt wird. Selbstverständlich können diese Regeln in den Fokus von Streitigkeiten geraten und der Wandel von Regeln existiert nicht nur als Einsatz von Machtressourcen, sondern auch als Antwort auf die Reaktion auf Mobilisierungen von unten. Manche Regeln können eine Form des Kompromisses darstellen und gleichzeitig die Ausübung der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit von unten legitimieren und beschneiden (z.B. Gesetze, die Bedingungen für einen rechtmäßigen Streik festlegen). Weil diese Regeln jedoch herrschende Machtungleichheiten reflektieren, hängt die Verwirklichung der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit häufig von der Fähigkeit der Menschen ab, sich den existierenden Regeln und den herrschenden Interpretationen, die sie rechtfertigen, zu widersetzen.

Im Laufe der Zeit werden diese Regeln mit Tiefeninterpretationen des sozialen Lebens verknüpft, die Konformität trotz der aus ihr resultierenden Machtungleichheiten rechtfertigen. Die Stärke der Interpretationen, die wir mit einer durch den Markt beherrschten Globalisierung assoziieren, wird jedoch vermutlich geringer werden, weil diese Arrangements neu sind und weil sie den traditionellen sozialen Arrangements und den Ideen, die sie traditionellerweise legitimieren, übergestülpt werden. Anders ausgedrückt: Der Konflikt mit Traditionen hält Alternativen für die Menschen bereit. Denken Sie nur daran, wie häufig soziale Bewegungen eine Auseinandersetzung damit begründen, dass die Handlungen und die Politik, gegen die sie protestieren, nicht gerechtfertigt sind, weil sie traditionelle Gesetze und Gebräuche verletzen.²⁰

20 Im April 2007 hielten beispielsweise eine Reihe von indigenen Selbstversorgergemeinschaften im Norden Guatemalas eine „Consulta Po-

Zweitens muss man das Problem berücksichtigen, dass die gegenseitige Abhängigkeit – das Potential für eine Macht von unten – in Anbetracht der Definitionen der herrschenden Klasse erst einmal erkannt werden muss. Diese Definitionen werten die Beiträge von dominanten Gruppen zum sozialen Leben auf und löschen die von untergeordneten Gruppen möglicherweise sogar aus. Ökonomische und politische gegenseitige Abhängigkeiten sind in dem Sinne real, dass sie reale Auswirkungen in der materiellen Basis des sozialen Lebens und bei der Ausübung von Zwang haben. Aber sie sind auch kulturelle Konstruktionen. Den finanziellen Anteilen von Ehemännern zum Familienleben wurde immer eine größere Bedeutung eingeräumt als der Arbeit von Ehefrauen im Haushalt; das Unternehmerkapital wird höher bewertet als die produktive Arbeit der ArbeiterInnen usw. Bevor Menschen dazu tendieren, ihre Mitarbeit als eine Strategie der Machtausübung zurückzuziehen, müssen sie den großen Anteil erkennen, den ihre Mitarbeit bei der Paarung oder in ökonomischen, politischen und religiösen Beziehungen spielt.

Dieser Schritt in der Mobilisierung der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit hängt davon ab, inwieweit die Leute die sozialen Beziehungen, in die sie eingebunden sind, verstehen. Die Entwicklung der Industriearbeiterbewegung in Europa und Nordamerika hing von einer Subkultur der ArbeiterInnen ab, die genau diesen Punkt betonten. ArbeiterInnen waren für das ökonomische Wachstum unerlässlich. „It is we who plowed the prairies, built the cities where they trade, dug the mines and built the workshops, endless miles or railroad laid“, wie es im alten Arbeiterlied „Solidarity Forever“ heißt.

Die neue *laissez-faire*-Doktrin, mit der eine marktbasierende Globalisierung gerechtfertigt wird, kann man als die Wiederbelebung einer Form von Naturgesetzlichkeit betrachten, durch die die Macht der ArbeiterInnen ausgelöscht wird, weil man sie auf den Marktwert reduziert. Wie der *laissez-faire* des 19. Jahrhunderts nimmt sie an, dass auf den Markt gerichtete Kalkulationen unvermeidlich überlegen sind und warnt vor den potentiell gefährlichen Konsequenzen des Einmischens in die Dynamik der Märkte oder in die „Geset-

pular“ ab, auf der über zwei Fragen entschieden werden sollte: der Bau des Xalala-Staudamms, der die Umsiedlung von 18 lokalen Gemeinden zur Folge gehabt hätte und über die Erlaubnis im Departamento Quiché nach Öl zu suchen. Die Consulta ist eine traditionelle Form der Entscheidungsfindung; 91 Prozent stimmten mit „Nein“ (s. Kern 2007).

ze“ des Marktes. Andererseits hat die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch multinationale Unternehmen eine Eruption von Protesten im gesamten globalen Süden bewirkt – vielleicht gerade deshalb, weil abstrakte Argumente über Märkte und das Gesetz des Marktes durch die fassbare Realität der gewohnheitsmäßigen Nutzung des Landes und ihrer traditionellen kulturellen Rechtfertigung wettgemacht werden.

Drittens tragen viele Individuen zu den anhaltenden ökonomischen und politischen Aktivitäten bei und diese multiplen Beiträge müssen koordiniert werden, um die Macht der Störung effektiv zu mobilisieren. ArbeiterInnen, DorfbewohnerInnen, Gemeindemitglieder oder Konsumenten müssen gemeinsam handeln, bevor der Entzug ihrer Mitarbeit einen störenden Effekt auf die Fabrik, die Kirche oder den Händler hat. Dies ist das alte Problem des Aufbaus von Solidarität, der Organisation für ein gemeinsames Handeln, mit dem ArbeiterInnen, WählerInnen und Einwohner konfrontiert werden, wenn sie versuchen ihren Einfluss über diejenigen einzusetzen, auf die sie wegen ihrer Arbeitskraft, ihrer Stimmen oder ihrem Einverständnis in den normalen Mustern des bürgerlichen Zusammenlebens angewiesen sind. (Einer der Vorteile, die Kapitalisten immer gegenüber den ArbeiterInnen hatten, ist einfach der, dass Kapitalisten sich nicht unbedingt organisieren müssen, um ihre Macht der gegenseitigen Abhängigkeit auszuüben.)

Wie bereits öfters ausgeführt wurde, können die sozialen Beziehungen, die durch einen stabilen institutionellen Kontext geschaffen werden, ein großes Stück dazu beitragen, das Problem der Koordination zu lösen. Die klassisch-marxistische Analyse der Arbeitermacht hat immer argumentiert, dass die Solidarität der ArbeiterInnen in den Minen und Fabriken des Industriekapitalismus entstanden ist, die Menschen in einem gemeinsamen Umfeld zusammenbrachten, in dem sie gemeinsame Sorgen und gemeinsame Gegner identifizieren konnten.

Mittlerweile geht aber – zumindest in den Mutterländern des Industriekapitalismus, durch die dieses Argument inspiriert wurde – die Anzahl an Minen- und IndustriearbeiterInnen zusammen mit ihrer sagemumwobenen Macht zurück, weil Firmen ihre Produktion in die Niedriglohnländer des globalen Südens verlagern. Strategen in den klassischen Gewerkschaften suchen nach Wegen, diese Schwäche dadurch wieder wettzumachen, dass sie Arbeitskämpfe über nationale Grenzen hinweg koordinieren. Auch wenn

ein Großteil dieser Aktivitäten die Form von Absichtserklärungen und Wunschdenken angenommen zu haben scheint, gibt es auch Anzeichen für Bündnisse, die substanziellerer Art sind.²¹

Die gerade entstehenden neuen sozialen Bewegungen sind noch stärker lokal verwurzelt als die alten Gewerkschaften des Industriezeitalters und sie scheinen mehr mit der sozialen Organisation von Dörfern gemeinsam zu haben. Barrington Moore (1965, S. 470-74) hat argumentiert, dass auf den Dörfern jene Solidarität generiert wurde, die Menschen in die Lage versetzte, sich gegen die Härten, die mit dem Niedergang des *ancien regime* verbunden waren, zu wehren. Die neuen lokalen Gruppen könnten jedoch einen Vorteil besitzen, der den europäischen Dorfbewohnern während des Übergangs vom Feudalismus zum Handelskapitalismus verwehrt geblieben ist.

Diese Bewegungen sind miteinander und mit einem Publikum auf der ganzen Welt in Netzwerken, die auf dem Internet basieren, verbunden. Für ihre Kampagne nutzten die militanten Ijaw und Ogoni im nigerianischen Flussdelta Telefone, die nur zwei oder drei Dollar kosteten, und der offizielle Sprecher der „Bewegung für die Emanzipation des Niger-Deltas“ (MEND), auch bekannt als Jomo Gbomo, kommunizierte mit ausländischen Journalisten per E-Mail (Junger 2007). Während der Proteste in Chiapas, die 1992 begannen, nutzten die Zapatisten ebenfalls das Internet, und die Proteste fanden Widerhall bei indigenen Menschen auf der gesamten Welt. Shefner (2007) kommt zu dem Schluss, dass diese Proteste dazu beigetragen haben, dass sich eine breite Demokratiebewegung in Mexiko katalysierte, obwohl ihr direkter Einfluss begrenzt war. Gleichzeitig entwickeln sich neue Organisationsformen, die den

21 Die International Association of Machinists und die International Metalworkers Federation gaben im April 2007 bekannt, dass sie eine Vereinbarung über die Gründung einer „Global Union Alliance“ geschlossen haben, die ArbeiterInnen von Boeing in den USA, Kanada, Australien, Deutschland, Italien, Schweden und Japan vertreten sollte. Die Stahlarbeiter haben vor kurzem Verhandlungen zum Zusammenschluss von zwei der größten Gewerkschaften Großbritanniens angekündigt (Meyerson 2007). Die Service Employees International Union hegt ebenfalls internationalistische Pläne, die eine Strategie betonen, in der starke Gewerkschaften in einem Land ihre Verhandlungsmacht oder ihr Vermögen dazu benutzen, multinationalen Firmen das Recht auf Organisierung für ArbeiterInnen in anderen Ländern abzurufen (Larner 2003). (Für eine nüchterne Einschätzung siehe Moody 1997 und Piven und Cloward 2000).

informellen Charakter der Arbeitsplätze in einem Großteil des globalen Südens berücksichtigt. Diese Gruppen vermeiden es, sich gegen eine große Anzahl kleiner Unternehmen zu organisieren, sondern bevorzugen Kampagnen, die Regierungen dazu auffordern, verbindliche Regeln für den Arbeitsplatz zu schaffen. Dies ist ein deutlich erkennbares Bemühen darum, das Zersplittern ihrer Anliegen zu vermeiden, das bei Organisationsversuchen im informellen Sektor wahrscheinlich auftreten würde.

Wie eine Vielzahl dieser Beispiele nahelegt, kann es der Fall sein, dass zuviel Aufheben um die Solidarität, die von einer grundlegenden und bereits vorher vorhandenen sozialen Organisation geschaffen wurde und um die „Organisation“ von Bewegungen an sich gemacht wird. Diesen Gedanken habe ich zusammen mit Richard Cloward (Piven/Cloward 1992) an anderer Stelle ausgeführt: „Aufstände benötigen weniger eine ausgefeilte Organisation als eine große Anzahl von Menschen, Nähe und ein wenig Kommunikation. Die meisten Formen menschlicher Niederlassungen ... stellen diese strukturellen Voraussetzungen bereit.“²² Ein Straßenmob kann sich schnell bilden und dabei die Vorteile von öffentlichen Versammlungen, Straßenmärkten, Hinrichtungen oder einfach nur die Enge von Straßen als Vorteil nutzen. Und auch wenn sich die Teilnehmer nicht persönlich kennen, sind sie wahrscheinlich in der Lage, die gemeinsamen Zeichen von Klassen-, Gruppen- oder lokaler Identität innerhalb der Menschenmenge zu deuten.

Viele der Proteste gegen die neoliberale Globalisierung besitzen diese Eigenschaften von spontan gebildeten Menschenmengen oder Mobs. Adolfo Gilly hat vor kurzem die Proteste in Lateinamerika folgendermaßen kommentiert: „Diese Bewegungen bestehen aus jungen Leuten, von denen viele informell beschäftigt sind. Sie haben keine Gewerkschaften von ihren Vätern geerbt, sie leben in Slums anstatt in Dörfern oder den traditionellen Stadtvierteln der Arbeiterklasse. Sie müssen sich auf andere Weise organisieren. Und

22 Während die Unfähigkeit der organisierten Arbeiterbewegung in den USA in der Regel auf den sinkenden Anteil der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen an den Gesamtbeschäftigten zurückgeführt wird, haben die Gewerkschaften in Frankreich einen ähnlichen Rückgang erfahren, können aber trotzdem einen großen Einfluss auf die französische Politik ausüben, weil sie in der Lage sind, eine große Anzahl an Menschen zu mobilisieren.

sie haben mehr Freiheiten als wir hatten!“²³ Marina Sitrin (2006, S. 31) schreibt über die Proteste in Argentinien im Jahr 2001: „Es war ein Aufstand ohne Führung, weder durch die etablierten Parteien noch durch eine frisch aufgestiegene Elite. (...) Die Menschen wussten, wo und warum sie demonstrierten, sie waren einfach wütend auf das von Menem aufgebaute, prototypisch neoliberale System.“ Die Ortsverbände der neuen Students for a Democratic Society, die in letzter Zeit hier in den USA aufgetreten sind, zeigen eine ähnliche Tendenz (Phelps 2007). Die Gruppe ist bewusst antibürokratisch und anti-hierarchisch, ohne eine nationale Führung und diese Abwesenheit von zentralisierter Kontrolle macht einen Teil ihrer Anziehungskraft aus. Die globalisierungskritische Bewegung hat die Organisationsformen, die man mit der Arbeiterbewegung assoziiert, im Allgemeinen scharf abgelehnt und sich stattdessen für eine spontanere Form der direkten Aktion, die manchmal „Horizontalismus“ genannt wird oder für unverbindlichere Methoden, um kollektive Aktionen als „Räder und Speichen“ [„spokes and wheels“] anstatt als Organisationspyramide zu koordinieren und zu kommunizieren, entschieden.

Viertens, wenn Leute versuchen, die Macht der Störung oder die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit auszuüben, müssen sie über Wege nachdenken, um das Aussetzen der kooperativen Beziehung, von der sie abhängen, auszuhalten und jeglichen Vergeltungsmaßnahmen, die sie erleiden, zu widerstehen. Dies ist für TeilnehmerInnen an Aktionen wie Massenaufmärschen oder Unruhen, die in der Regel nur von kurzer Dauer sind und in denen die TeilnehmerInnen vermutlich anonym bleiben, nicht so wichtig. Aber wenn ArbeiterInnen streiken, müssen sie in der Regel dennoch ihre Familien weiter ernähren und ihre Miete bezahlen. Konsumenten, die Güter oder Dienstleistungen boykottieren, müssen dann normalerweise eine zeitlang ohne diese auskommen. Menschen könnten eventuell sogar mit der Drohung eines Endes der Beziehung konfrontiert werden, die häufig durch die Störung provoziert wird. Ehemänner, die aufsässigen Ehefrauen begegnen, könnten damit drohen, diese zu verlassen; Arbeitgeber, die sich streikenden ArbeiterInnen gegenüber sehen, könnten mit der Verlagerung der Produktion oder dem Austausch

23 Ich reproduziere Gillys Aussagen hier anhand meiner Notizen einer Podiumsdiskussion während des Left Global Forum, die am 11. März 2007 in der Cooper Union in New York City stattfand.

von Arbeitskräften drohen, usw. Selbst Randalierer riskieren, dass ihre Partner die kooperativen Beziehungen beenden, wie es zum Beispiel kleine Unternehmen taten, die in den 1960ern die Slums während der amerikanischen Aufstände in den Ghettos verließen.

Die Kämpfe um natürliche Ressourcen in Lateinamerika und Afrika, die durch lokale Proteste ausgelöst wurden, scheinen weniger Wiederhall dieser Art zu finden. Sicherlich, die Geldströme aus dem Ausland könnten geringer werden, aber da ein Hauptanliegen der Protestierenden in der Regel darin besteht, dass sie nur in geringem Ausmaß von diesen Geldströmen profitieren werden, könnte diese Suspensierung nur ein geringer Nachteil sein. Und wenn die Investitionen von außerhalb in natürliche Ressourcen von einer Flut von Exporten begleitet werden, die die einheimische Industrie überflutet, könnte die Abschreckung sogar letztendlich einen Gewinn darstellen.²⁴ Auf jeden Fall dürfte es über kurz oder lang auch andere Interessenten für diese Ressourcen geben. In Afrika und Südamerika sind tatsächlich auch schnell chinesische Kaufinteressenten in Erscheinung getreten.²⁵

Fünftens, wie bereits zuvor angemerkt, ist das soziale Leben kompliziert und politische Aktionen nehmen ihre Form innerhalb einer Matrix von sozialen Beziehungen an. Diejenigen, die die Macht der Störung mobilisieren, müssen die Beschränkungen hinter sich lassen, die ihnen typischerweise durch ihre vielfältigen Beziehungen mit anderen vorgegeben sind, zum Beispiel wenn potentiell aufständische Bauern durch die Androhung religiöser Exkommunikation oder wenn kämpfende ArbeiterInnen durch Verpflichtungen gegenüber der Familie zurückgehalten werden. Englische Methodistenprediger haben im frühen 19. Jahrhundert

24 Momentan strömen beispielsweise chinesische Produkte nach Afrika und löschen so einheimische ProduzentInnen aus (Polygreen and French 2007). Dieses Muster erinnert an die Zerstörung der indischen Textilindustrie im 19. Jahrhundert durch eine Flut britischer Importe.

25 Aufgrund von Druck durch Menschenrechtsgruppen und Schikanen durch lokale Aufständische haben sich in den 1990ern die meisten westlichen Ölfirmen aus dem Sudan zurückgezogen. Stattdessen haben chinesische, malaysische und indische Firmen ihren Platz eingenommen (Moro 2007). Die asiatischen Firmen werden vermutlich aber mit den gleichen Protesten konfrontiert werden. In Äthiopien wurde im April 2007 ein von Chinesen betriebenes Ölfeld durch die Ogaden-Befreiungsfront (ONLF) gestürmt (Gettleman 2007).

die furchteinflößende Drohung des „ewigwährenden Schmorens in der Hölle“, die Maschinenstürmer ereilen würde, vor ihren Gemeindemitgliedern heraufbeschworen. Unter gewissen Umständen können jedoch vielfältige Beziehungen die Kampfansage durch die Macht der Störung begünstigen.²⁶ Die Kirche, auch wenn sie normalerweise Gehorsam gegenüber weltlichen Autoritäten predigt, kann jedoch manchmal, vielleicht auch nur um die Loyalität von unzufriedenen Gemeindemitgliedern nicht zu verlieren, Aufständische ermutigen, wie es zum Beispiel bei der Solidarnosc in Polen, der Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten und in Chiapas geschehen ist, wo Bischoff Samuel Ruiz und seine Diözese den beginnenden Aufstand der Indigenen unterstützt haben.

Schlußfolgerungen

Nachdem ich all dies gesagt habe, möchte ich betonen, dass ich nicht die baldige Morgendämmerung einer weltweiten Demokratie oder des weltweiten Sozialismus vorhersagen möchte. Stattdessen glaube ich, dass uns ein Zeitalter voll Chaos und Unsicherheit bevorsteht. Zudem hat die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit wie alle Formen der Macht auch eine dunkle Seite und diese dunkle Seite hat ihr schon immer innegewohnt. Die hungrigen und durch Seuchen geprägten Massen, die die Bürger des spätmittelalterlichen Europas in Angst und Schrecken versetzt haben, waren keine Vordenker der Aufklärung, ebenso wenig wie es die Selbstmordattentäter sind, die durch einen aufständischen Islam hervorgebracht wurden. Selbst die Kämpfe der Western Federation of Miners hatten eine dunkle Seite, wenn die Bergarbeiter die Gewalt des Staates und der Bergbauunternehmen mit ihrer eigenen bekämpft haben. Trotzdem, die ungehorsamen Bewegungen von unten, die durch die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit angetrieben werden, tragen zumindest die Hoffnung in sich, dass die Bedürfnisse und Träume der Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten ihre Spuren in den neuen Gesellschaftsformen hinterlassen werden, die

26 Kalyvas benutzt in seiner Diskussion von Bürgerkriegen eine interessante Analogie: „[Bürgerkriege] sind keine binären Konflikte, sondern komplexe und vieldeutige Prozesse, die einen augenscheinlich massiven, aber dennoch variablen Mix von Identitäten und Handlungen nähren.“

wir herbeisehnen. Selbstverständlich wird der Prozess der Reform kompliziert sein und seine Resultate werden nicht nur durch die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit, sondern auch durch die komplexen institutionellen Strukturen, die wir erben, durch das kulturelle Gedächtnis und die konzentrierten Machtressourcen von sich verherrlichenden Eliten geprägt sein. Nachdem ich all dies gesagt habe, möchte ich hinzufügen, dass ohne den mäßigenden Einfluss von sozialen Bewegungen von unten und die Macht der gegenseitigen Abhängigkeit, die sie ausüben, unsere Zukunft verhängnisvoll sein wird.

Wir Soziologen müssen einen Beitrag dazu leisten, dass der Macht der gegenseitigen Abhängigkeit Vorschub geleistet wird. Unsere soziologische Beschäftigung hat uns mit dem Werkzeug ausgestattet, die zeitgenössischen Muster der gegenseitigen Abhängigkeit, die unsere Welt zusammenhalten, zu beobachten. Wir können diese Muster auf eine Art beschreiben, die aufzeigt, was die Mehrheit der Menschen dieser Welt zum sozialen Leben beiträgt und wir können die Kosten, die diese Mehrheit unter der neoliberalen Globalisierung zu tragen hat, benennen. Wir können unsere traditionellen Beschäftigungen mit Institutionen dazu nutzen, dass sie uns aufzeigen, dass die aufsässigen Handlungen von Bewegungen dadurch verständlich werden, dass Regeln nicht nur ein grundlegendes Postulat des sozialen Lebens sind. Sondern dass sie die Machtungleichheit in unserer Gesellschaft reflektieren und gerade weil sie dies tun, können sie die Manifestierung der Macht von unten unterdrücken. Zuletzt ist es für Soziologen vernünftig, ja sogar unvermeidbar, dass unsere Arbeit durch eine moralische Verbindlichkeit geleitet wird. Zumindest sind wir den Grundvoraussetzungen eines gesellschaftlichen Wohlergehens verpflichtet, das durch steigende Ungleichheit und Unsicherheit, durch Krieg und durch die Zerstörung unserer Umwelt untergraben wird.

Literatur

- Agarwala, Rina (2006): „Struggling with Informality: A New Class Movement in India.“ In: *Critical Asian Studies* 38(4):419-45.
- Amenta, Edwin, Drew Halfmann, and Michael P. Young. (1999); „The Strategies and Contexts of Social Protest: Political Mediation and the Impact of the Townsend Movement in California.“ In: *Mobilization* 4(1):1-23.
- Andrews, Kenneth (2001): „Social Movements and Policy Implementation.“ In: *American Sociological Review* 66:71-95.

- Auyero, Javier. (2005): „Protest and Politics in Contemporary Argentina.“ Pp. 250-68. In: *Argentine Democracy: The Politics of Institutional Weakness*, edited by S. Levitsky and M. V. Murillo. University Park, PA.
- Bailyn, Bernard (1965): *Pamphlets of the American Revolution, 1750–1776*. Cambridge.
- Becker, Carl L. (1909): *The History of Political Parties in the Province of New York*. Madison.
- Bell, Daniel A. (2007): „From Marx to Confucius.“ *Dissent* spring: 20-28.
- Bouneaud, Helene (2007): „Small Numbers, Big Power: The Paradox of the French Labor Movement.“ *New Labor Forum* 16(1): 69–77.
- Bridenbaugh, Carl (1955): *Cities in Revolt: Urban Life in America, 1743–1776*. New York.
- Burstein, Paul, Rachel L. Einwohner, and Jocelyn A. Hollander (1995) „The Success of Political Movements: A Bargaining Perspective.“ Pp. 275-95. In: *The Politics of Social Protest: Comparative Perspectives on States and Social Movements*, edited by J. C. Jenkins and B. Klantersmans. Minneapolis
- Cheng, Eva (2007): „Eviction Resisters Test Property Rights.“ *Maya 7, Green Left, China*: www.greenleft.org.au/2007/708/36761.
- Collins, Randall (1975): *Conflict Sociology: Toward an Explanatory Social Science*. New York.
- Cress, Daniel M. and David A. Snow. (2000) „The Outcomes of Homeless Mobilization: The Influence of Organization, Disruption, Political Mediation, and Framing.“ In: *American Journal of Sociology* 105(4):1063-1104.
- Dahl, Robert (1961): *Who Governs? Democracy and Power in an American City*. New Haven.
- De Swaan, Abram (1988): *In Care of the State*. New York.
- Domhoff, G. William. (2007): „C. Wright Mills, Power Structure Research, and the Failures of Mainstream Political Science.“ In: *New Political Science* 29(1): 97.
- Durkheim, Emile [1933] (1964): *The Division of Labor in Society*. New York.
- Etzioni, Amitai (1968): *The Active Society: A Theory of Societal and Political Processes*. New York.
- Friedrich, Carl J., ed.(1953): *The Philosophy of Hegel*, Modern Library Edition. New York.
- Futures and Commodity Market News. (2006): „Uruguay/Argentina: Pulp Mill Protest Again Blocks Bridges.“ November 22. <http://news.tradingcharts.com/futures/5/0/86216005.html>.
- Gamson, William A (1975): *The Strategy of Social Protest*. Homewood.

- Gettleman, Jeffrey (2007): „Ethiopian Rebels Kill 70 at Chinese-Run Oil Field.“ In: *New York Times*, April 25.
- Giddens, Anthony. (1976): *New Rules of Sociological Method: A Positive Critique of Interpretive Sociologies*. New York.
- Giugni, Marco G. (1998): „Was It Worth the Effort? The Outcomes and Consequences of Social Movements.“ In: *Annual Review of Sociology* 24: 371-93.
- Goldstone, Jack A. (1980): „The Weakness of Organization.“ In: *American Journal of Sociology* 85: 1017-42.
- Gurr, Ted Robert (1980): „On the Outcomes of Violent Conflict.“ Pp. 238-94. In: *The Handbook of Political Conflict*, edited by T. R. Gurr. New York.
- Hill, Christopher (1952): „Puritans and the Poor.“ In: *Past and Present* 2 November:32-50.
- Jasper, James (1997): *The Art of Moral Protest*. Chicago.
- Junger, Sebastian (2007): „Blood Oil.“ *Vanity Fair*, February.
- Jutte, Robert (1994): *Poverty and Deviance in Early Modern Europe*. New York.
- Kalyvas, Stathis N. (2003): „The Ontology of ‘Political Violence’: Action and Identity in Civil Wars.“ In: *Perspectives on Politics* 1(3): 475-95.
- Kern, Kimberly (2007): „Ixcan, Guatemala says NO to Xalala Dam.“ In: *Upside Down World*, May 2: http://upsidedownworld.org/main/index2.php?option=com_content&task=view&id=719&It.
- Lasswell, Harold and Abraham Kaplan (1950): *Power and Society*. New Haven.
- Lerner, Stephen (2003): „An Immodest Proposal: A New Architecture for the House of Labor.“ In: *New Labor Forum* 12(2): 9-30.
- Lis, Catharina and Hugo Soly (1979): *Poverty and Capitalism in Pre-Industrial Europe*. Atlantic Highlands.
- Mann, Michael(1986): *The Sources of Social Power: A History of Power from the Beginning to A.D. 1760*. Cambridge, UK.
- McAdam, Doug, John D. McCarthy, and Mayer Zald (1988.): „Social Movements.“ Pp. 695-737. In: *Handbook of Sociology*, edited by N. Smelser. Beverly Hills, CA.
- Metzgar, Jack (2000): *Striking Steel: Solidarity Remembered*. Philadelphia, PA.
- Meyerson, Harold (2007): „Unions Gone Global.“ *American Prospect*, April 26, A Web Exclusive: <http://www.prospect.org/web/page.www?section=root&name=ViewWeb&articleId=12724>.
- Mills, C. Wright (1956): *The Power Elite*. New York.
- Moody, Kim (1997): *Workers in a Lean World: Unions in the International Economy*. New York.

- Moore, Barrington (1965): *The Social Origins of Dictatorship and Democracy*. Boston.
- Morgan, Edmund S (1956): *The Birth of the New Republic, 1763–1789*. Chicago.
- Moro, Leben Nelson (2007) „Over a Barrel.“ In: *New Internationalist* 401:June:18-19.
- Mouawad, Jad (2007a) „Nowadays Angola is Oil’s Topic A.“ In: *New York Times*, March 20.
- 2007b. „Growing Unrest Posing a Threat to Nigerian Oil.“ In: *New York Times*, April 21.
- Munshi, Millie (2007): „Copper Futures Climb on U.S. Economic Data, Peruvian Strike.“
Bloomberg.com, May 6: www.bloomberg.com/apps/news?pid=20601086&sid=aF8jlc5ySYw&refer=latin_am.
- Oberschall, Anthony (1973): *Social Conflict and Social Movements*. Englewood Cliffs.
- Page, Jeremy (2007): „Farmers Put India’s Growth in Doubt as They Win Battle of the Boom Zones.“ In: *The Times*, London, March 19.
- Phelps, Christopher (2007): „The New SDS.“ In: *The Nation*, April 16, pp. 11-14.
- Piven, Frances Fox and Richard A. Cloward (1971): *Regulating the Poor: The Functions of Public Welfare*. New York.
- (1977): *Poor People’s Movements: How They Succeed, Why They Fail*. New York.
- (1992): „Normalizing Collective Protest.“ Pp. 301-25. In: *Frontiers in Social Movement Theory*, edited by A. D. Morris and C. Mueller. New Haven.
- (2000): „Power Repertoires and Globalization.“ In: *Politics and Society, Special Issue, Strikes! Past and Present* 28(3):413-30.
- (2005): „Rulemaking, Rulebreaking, and Power.“ Pp. 33–35. In *Handbook of Political Sociology*, edited by T. Janoski, R. Alford, A. Hicks, and M. A. Schwartz. New York.
- Polgreen, Lydia and Howard W. French (2007): „China’s Trade with Africa Carries a Price Tag.“ In: *New York Times*, August 21.
- Raphael, Ray (2001): *A People’s History of the American Revolution: How Common People Shaped the Fight for Independence*. New York.
- Schlesinger, Arthur M. (1955): „Political Mobs in the American Revolution.“ In: *Proceedings of the American Philosophical Society* 99:244-50.
- Sewell, William H. (1992): „A Theory of Structure: Duality, Agency and Transformation.“ In: *American Journal of Sociology* 98(1): 1-29.
- Shefner, Jon (2007): „Rethinking Civil Society in the Age of NAFTA: The Case of Mexico.“ In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 610:182–201.

- Silver, Beverly (2003): *Forces of Labor: Workers' Movements and Globalization since 1870*. Cambridge, UK.
- Sitrin, Marina (ed.) (2006): *Horizontalism: Voices of Popular Power in Argentina*. Oakland.
- Tarrow, Sidney (1994): *Power in Movement: Social Movements, Collective Action and Politics*. New York.
- Tilly, Charles (1978): *From Mobilization to Revolution*. Reading.
- Wright, Erik Olin (2000): „Working-Class Power, Capitalist-Class Interests, and Class Compromise.“ In: *American Journal of Sociology* 105(4):957–1002.
- Wrong, Dennis (1979): *The Oversocialized Conception of Man*. New Brunswick.
- Young, Alfred, (ed.) (1976): *The American Revolution: Explorations in the History of American Radicalism*. De Kalb.

Armin Stickler

Organisation und soziale Bewegung Zur Kritik der bewegungswissenschaftlichen Institutionalisierungsdebatte

In der Einleitung ihrer bedeutenden Analyse der US-amerikanischen „Poor Peoples’s Movements“ fassen Frances Fox Piven und Richard A. Cloward Ende der 1970er Jahre die ideologische Grundhaltung derjenigen zusammen, die den Aufbau von formal strukturierten Massenorganisationen als Königsweg der Verwirklichung von Bewegungszielen ansehen. Demnach ermöglichen formale Organisationen *erstens* die Koordinierung der politischen und ökonomischen Ressourcen einer großen Zahl von Menschen, die einzeln weitgehend machtlos wären, erlauben *zweitens* den intelligenten und strategischen Einsatz dieser Ressourcen im politischen Kampf und gewährleisten *drittens* die zeitliche Kontinuität von Mobilisierung (Piven/Cloward 1986, S. 19). Auch heute klingen diese drei Annahmen noch allzu vertraut. In aktuellen Debatten über die richtige politische Strategie und das große „Was tun?“ tauchen sie fast unweigerlich auf – sei es im gewerkschaftlichen Spektrum in der Debatte des „Organizing“, unter Erwerbslosengruppen, im Selbstverständnis von Nichtregierungsorganisationen oder in der Linken anhand der Frage des Nutzens und der Notwendigkeit einer linken Partei. Neben einem Mangel an historischer Analyse, den bereits Piven/Cloward beklagen, ist die Überzeugung von der strategischen Notwendigkeit formaler Organisation für soziale Bewegungen auch der bis in die Sozialwissenschaften hineinreichenden, untertheoretisierten Fassung von Organisation geschuldet. Dieses organisationssoziologische Defizit führt im Ergebnis zu der nahezu unausrottbaren Vorstellung, Organisationen seien neutrale Instrumente gesellschaftlicher Strukturierung und Interessenartikulation.

Zumindest in den sozialen Bewegungen selbst, so ließe sich hiergegen einwenden, ist es gleichwohl ein alter Hut, dass Fragen politischer Inhalte nicht losgelöst von jenen der Organisation zu

betrachten sind. Auch kann sicherlich festgestellt werden, dass die Organisationsfrage spätestens seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts fester Bestandteil der Gesellschaftskritik wie der Debatten um Form und Inhalt politischer Kämpfe war. Die Debatten und Praktiken sozialer Bewegungen gingen nämlich in der Regel nicht in der Propagierung ihrer speziellen Themen und *issues* auf, sondern beinhalteten an prominenter Stelle immer wieder auch die eigenen Kooperationsstrukturen und brachten damit die Frage nach der adäquaten Form einer sozialen Bewegung und von „Politik“ insgesamt aufs Tapet. Insbesondere innerhalb der *neuen* sozialen Bewegungen war die Diskussion um innere Vermachtungsprozesse und wie diese zu verhindern seien bis in die 1990er Jahre hinein virulent. In den seltensten Fällen waren diese Debatten konstruktiv, sodass sich die Positionen oft unversöhnlich gegenüberstanden.

Wurde das Verhältnis von Organisation und sozialer Bewegung innerhalb der sozialen Bewegungen und ihrer „Begleitforschung“ diskutiert, so waren die Debatten in der Regel höchst voraussetzungsvoll und interessengeleitet. Sie waren zudem von der holzschnittartigen Polarisierung in Reformorientierung einerseits und radikale Gesellschaftsänderung andererseits überlagert. Unter diesen Bedingungen war nicht zu erwarten, dass allgemein geteilte wissenschaftliche Kriterien zur Bestimmung des Verhältnisses von Organisation und sozialer Bewegung gefunden wurden. Zudem wird auch prinzipiell nur schwerlich Einigkeit darüber zu erzielen sein, was denn nun radikale Gesellschaftsveränderung und Herrschaftsminimierung von reformorientierten Konzepten abgrenzt, wo also die Wasserscheide zwischen emanzipatorischer kollektiver Praxis und zivilgesellschaftlicher Herrschaftsmodernisierung anzusiedeln sei.

Es scheint so, als habe die Unterscheidung zwischen „radikal“ und „reformorientiert“ in letzter Zeit an Brisanz und Bedeutung für die Praxis sozialer Bewegungen verloren. Dies kann sicherlich in vielerlei Hinsicht als Fortschritt gewertet werden, der unproduktive Grabenkämpfe überwindet und den Blick auf andere Konfliktlinien verschiebt. Insbesondere die sogenannte globalisierungskritische Bewegung seit Ende der 1990er Jahre propagiert Kooperationsweisen und inhaltliche Dialogformen, die auf Einschluss statt Ausschluss, auf Pluralität statt Exklusivität zielen (Andretta et al. 2003). Dass Fragen der Struktur und speziell der Vermachtung innerhalb von sozialen Bewegungen heute in den Hintergrund gedrängt und kaum

mehr Gegenstand systematischer Untersuchungen sind¹, hat aber gleichwohl wenig damit zu tun, dass dort egalitäre, kooperative und herrschaftsarme Beziehungen inzwischen durchgesetzt sind. Vielmehr scheint es so, dass sich erneut bestimmte inhaltliche Positionen und spezifische Formen des Politik-Machens manifestiert haben, während andere aus den sozialen Bewegungen herausgedrängt oder bedeutungslos wurden. Es bleibt daher der Verdacht, dass bestimmte Regeln und Kooperationsweisen – und hier vor allem „Organisation“ – inzwischen derart institutionalisiert sind, dass sie als unhinterfragbar und nicht diskutierbar gelten.

Der folgende Beitrag rekapituliert das Verhältnis von sozialer Bewegung und formaler Organisation am Beispiel der Institutionalisierungsdebatte(n) der Bewegungsforschung. Hierbei fällt zunächst auf, dass sich die teilweise sehr heterogenen Ansätze innerhalb der Bewegungswissenschaften nicht zu einer einheitlichen Beschreibung verdichten lassen. Gleichwohl lässt sich die Dominanz eines bestimmten Verständnisses des Verhältnisses von sozialer Bewegung und Organisation rekonstruieren. Im Anschluss daran wird mit dem organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus eine bisher in der Bewegungswissenschaft kaum beachtete Theorierichtung vorgestellt, die durch ihren differenten Organisations- und Akteurbegriff das Potenzial für ein anderes Verständnis des Verhältnisses von Organisation und sozialer Bewegung besitzt.²

Die „Organisationsfrage“ der Bewegungswissenschaft

Die Bewegungsforschung beschäftigt sich vornehmlich damit, wie soziale Bewegungen zustande kommen, von welchen Themen sie

-
- 1 Dies korrespondiert mit einem allgemein geringen Widerhall von sozialen Bewegungen und Protest zumindest in der deutschen wissenschaftlichen Debatte. Während die Beschäftigung mit sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen in den 1980er Jahren boomte, ist seitdem das Interesse für die Frage, wie Politik von unten organisiert wird und unter welchen Bedingungen sie Einfluss auf gesellschaftliche Veränderungen nehmen kann, in der universitären Forschung und Lehre sowie bei wissenschaftlichen Kongressen deutlich gesunken (Teune 2008, S. 532).
 - 2 Die Darstellung bleibt im Folgenden kursorisch. Vgl. für weiterführende Hinweise und eine explizite Herleitung unter Berücksichtigung der Diskurse zu Nichtregierungsorganisationen und Global Governance: Stickler (2005).

bestimmt sind, welche Entwicklungsstufen sie durchlaufen, wie ihre Strukturen aussehen und aus welchen sozialen Gruppen sie wie ihre Mitglieder rekrutieren. Einen genauen und reflektierten Begriff von ihrem Gegenstand „soziale Bewegung“ hat sie dabei erst spät und meist in Abgrenzung zu anderen sozialen Phänomenen entwickelt.

So kann in den Sozialwissenschaften lange Zeit von einem „beliebigen und inflationären Gebrauch des Begriffs ‘Bewegung‘“ (Stöss 1984, S. 549) gesprochen werden. Gerade in den Anfängen der Bewegungsforschung ist der Bewegungsbegriff dabei größtenteils unreflektiert von den untersuchten Akteuren übernommen worden (Förch 1995, S. 26). Die positive Aufladung und Attraktivität des Bewegungsbegriffs, die sich u.a. aus dessen Assoziation mit „Massenhaftigkeit, Kraft und Dynamik“ (Rucht 1994, S. 76) herleitet, übertrug sich somit auf die wissenschaftliche Beschäftigung. Die Aufwertung und Verbreitung des Bewegungsbegriffs hat auch jenseits wissenschaftlicher Beschäftigung bis heute zugenommen, wobei der Begriff unter den „jeweils historisch dominanten Bewegungsformationen in spezifischer Weise semantisch und assoziativ aufgeladen“ (Roth/Rucht 2008a, S. 637) wurde. Schon 1973 resümiert Allerbeck in seiner Untersuchung zu den Studentenbewegungen Ende der 1960er Jahre die identitätsstiftende Funktion des Bewegungsbegriffs: „Das Beiwort Bewegung ist attraktiv. Es bringt sprachlich eine Konfrontation dynamischer Kräfte mit einer erstarrten Ordnung zum Ausdruck. Organisationen, die sich Bewegung nennen, wachsen damit verbal über sich hinaus“ (Allerbeck 1973, S. 37).³

Das Zitat macht zudem deutlich, dass nicht alles, was soziale Bewegung genannt wird, auch eine soziale Bewegung darstellt. Die Selbstbeschreibungen von Akteuren als soziale Bewegung sind von einer soziologischen Kategorie der Bewegung zu differenzieren. Bis heute wird diese Selbstverständlichkeit in der Bewegungsforschung zwar bisweilen eingefordert, nicht aber konsequent durchgehalten. Oft wird die Selbstbeschreibung der Akteure übernommen und damit gleichsam „verdoppelt“.

3 In der deutschen Sozialwissenschaft war der Bewegungsbegriff seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die 1960er Jahre hinein allerdings mit der „Hypothek“ der nationalsozialistischen Bewegung belastet. Erst mit der Abgrenzung alter von neuen sozialen Bewegungen konnte sich die Bewegungsforschung davon lösen (Klein 2003, S. 13).

Im deutschsprachigen Raum ist die Definition von Raschke (1991, S. 32f) weit verbreitet und anerkannt, nach der soziale Bewegung als ein mobilisierender kollektiver Akteur gefasst wird, „der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“. An dieser Definition fällt zunächst auf, dass der sozialen Bewegung ein Akteurstatus verliehen wird. Sie ist also nicht passiver Ausdruck gesellschaftlicher Wandlungstendenzen, nicht nur Medium des sozialen Wandels, sondern greift aktiv mit dem Ziel der Veränderung in den Lauf der Dinge ein. Hierbei ist soziale Bewegung als Akteur nicht durch eine spezifische Organisationsform charakterisiert, sondern setzt sich aus einer „Vielfalt von Tendenzen, Organisationen und Aktionsansätzen“ zusammen (ebd.).

Das Merkmal der geringen Rollenspezifikation verweist unmittelbar auf den Unterschied von sozialen Bewegungen zu formaler Organisation. Im Kontrast zu „Organisation“ zeichne sich eine soziale Bewegung nämlich durch eine vergleichsweise geringe Ausdifferenzierung und Festschreibung von Rollen aus. Gleichwohl sei ihr Rollendifferenzierung nicht fremd. Es ließen sich zum Beispiel Kader, Aktive und Sympathisanten unterscheiden. Auch Arbeitsteilung und Machtprozesse fänden in sozialen Bewegungen statt, seien aber durch ihre Informalität gekennzeichnet.

Zwar sei eine soziale Bewegung keineswegs durch Nicht-Organisation gekennzeichnet: „Organisation ist aber nicht das Entscheidende an der Bewegung. (...) Das Besondere der sozialen Bewegung liegt gerade in der Wechselwirkung zwischen den Bewegungs-Organisationen und den fluiden Teilen der Bewegung“ (ebd., S. 38). Wegen ihrer Mittelposition zwischen schwacher Strukturiertheit und organisatorischer Verdichtung könnten soziale Bewegungen deshalb als „halbstrukturiert“ bezeichnet werden.

Ganz allgemein gilt für die sozialwissenschaftliche Begriffsbildung von sozialer Bewegung, dass diese in intensiver Auseinandersetzung mit dem Organisationsbegriff erfolgt. Für den Bewegungsbegriff ist die Abgrenzung zu „Organisation“ konstituierend, wobei das Verhältnis zwischen Organisation und Bewegung selten als bloßer Gegensatz, sondern fast durchgängig als Teil-Ganzes-Beziehung gedacht wird. Dies heißt allerdings nicht, dass der Gegensatzcharakter von Organisation und sozialer Bewegung verloren

geht. So wird weithin mit „sozialer Bewegung“ Wandel, Dynamik und Reform assoziiert, während „Organisation“ mit Kontinuität, Starrheit und Konservatismus konnotiert ist.

Eine soziale Bewegung ist durch ihre Überschüssigkeit, ihr Nicht-Aufgehen im Konzept der Organisation, bestimmt: „Die Organisation definiert nicht die Bewegung, sondern die soziale Bewegung ist immer mehr als die Organisationen, die sie umfasst“ (ebd., S. 32). Im Gegensatz zu etwa Interessenverbänden und Parteien stellen soziale Bewegungen demnach keine durchformalisierten Gebilde dar: „Oft schließen sie Organisationen ein, etwa Ausschüsse, Koordinationsbüros, Geschäftsstellen; aber sie selber sind keine Organisationen“ (Rucht/Neidhardt 2001, S. 540). Inzwischen gilt innerhalb der Bewegungsforschung als Konsens, dass Organisationen für den Fortbestand von sozialen Bewegungen entscheidend seien, da sie ein gewisses Maß an Kontinuität gewährleisten und als „strukturelles Rückgrat“ (Janett 1997, S. 146) fungieren: „Bewegungen sind keine Organisationen; Sie benötigen jedoch Organisationen, um sich zu bewegen. Ohne das stetige Wirken von mehr oder weniger dauerhaften Bewegungsorganisationen aller Art sind erfolgreiche Mobilisierungen eher unwahrscheinlich“ (Roth/Rucht 2008, S. 25).

Die Organisations- und Entscheidungsstruktur einer sozialen Bewegung wird als dezentral beschrieben. Demnach genießen die einzelnen Gruppen innerhalb einer Bewegung ein hohes Maß an Autonomie und bilden untereinander einen nur losen Zusammenhang. In der Regel gäbe es kein organisatorisches Zentrum, welches verbindlich über Programmatik und Strategie entscheiden könne. Zwar rängen mehrere Organisationen um Einfluss, doch repräsentiere in der Regel keine einzelne Gruppe oder Organisation „die“ Bewegung. Soziale Bewegungen seien intern nicht funktional differenziert, denn es fehle ihnen die eindeutige „Hierarchie, die im Stande wäre, die Zweckrichtung der Bewegung zu spezifizieren und darauf bezogene Organisations- und Ablaufpläne von oben nach unten durchzusetzen“ (Neidhardt 1985, S. 195). Die einzelnen organisationalen und nicht-organisationalen Einheiten innerhalb der sozialen Bewegungen seien zudem oft selbst nicht stark strukturiert oder formalisiert.⁴

4 Dies wird vornehmlich in Hinblick auf die neuen sozialen Bewegungen formuliert. Für die Arbeiterbewegung hingegen werden durchaus

Für Rucht (1982, S. 275) zeichnen sich soziale Bewegungen dadurch aus, dass sie „im Vergleich zu Verbänden, Betrieben, Anstalten, Parteien oder Kirchen einen relativ geringen Institutionalierungsgrad und keine geregelte Mitgliedschaft“ haben, also typische Merkmale formaler Organisation *nicht* aufweisen. Dieser Unterschied liegt auch für Stöss (1991, S. 394) auf der Hand, da soziale Bewegungen nicht wie Organisationen über eine hierarchische Binnenstruktur, Mitgliedschaft, Arbeitsteilung, hohe Rollenspezifikation und eine feste Abgrenzung gegenüber der Umwelt verfügen.

Den letzten Punkt, das Argument unklarer Systemgrenzen, stellt insbesondere Neidhardt (1985, S. 195) in den Vordergrund, der ebenfalls soziale Bewegung von Organisation abgrenzt. Mangels klarer Mitgliedschaftszuschreibungen seien soziale Bewegungen nicht eindeutig von ihrer Umwelt abgrenzbar. So könne man zwar „zwischen *Aktivisten, Teilnehmern, Unterstützern* und *Sympathisanten* unterscheiden und die ersten Kategorien den Bewegungen, die anderen beiden ihrer Umwelt zurechnen; aber es ist schwer mit dieser Unterscheidung klare Personenzuordnungen und genaue Größenbestimmungen zu verbinden“ (Rucht/Neidhardt 2001, S. 540).

Entscheidend am Merkmal der mangelnden Abgrenzbarkeit von sozialen Bewegungen ist aber meines Erachtens ein anderer Punkt: Soziale Bewegungen sind nicht adressierbar. Lediglich Organisationen (und Individuen) besitzen Adressierbarkeit. So kann man sich an einzelne Organisationen wenden, die man einem diffus bleibenden Bewegungszusammenhang zurechnet. Man kann aber nicht *die* Bewegung kontaktieren. Sie besitzt weder Postanschrift noch E-Mail-Adresse. Indem der sozialen Bewegung gleichwohl ein Akteurstatus zugemessen wird, wird in der politischen Praxis und in einem überwiegenden Teil der Bewegungswissenschaft aber (gleichsam durch die Hintertür) suggeriert, eine Adressierbarkeit von sozialer Bewegung sei gegeben. Der sozialen Bewegung wird derart ein ontologischer Status verliehen.

Wie gesehen entwickelt die Bewegungsforschung ihren Begriff von sozialer Bewegung zum einen in Abgrenzung zum Begriff der Organisation. Zum anderen beschreibt sie Organisationen als für soziale Bewegungen unverzichtbar, insbesondere was ihre Dauerhaftigkeit und damit ihre definitorische Unterscheidbarkeit von

durchstrukturierte und bürokratisierte Massenorganisationen als typisch erachtet.

bloßen Protestepisoden angeht. Organisationen gelten derart als „natürliche“ Elemente sozialer Bewegungen.

Institutionalisierungsdebatte (1): Ver-Organisierung als Vermachtung und Infizierung sozialer Bewegungen

Die inneren Strukturmerkmale sozialer Bewegungen, insbesondere das Verhältnis zwischen der Bewegung und ihren Organisationen, wurden (und werden) zumindest innerhalb der bundesdeutschen Bewegungsforschung zum großen Teil im Rahmen der Institutionalisierungsdebatte diskutiert. In ihr wird verhandelt, wie sich soziale Bewegungen im Laufe der Zeit entwickeln und wie diese Entwicklung zu bewerten ist. In der Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung wird die Frage nach dem Verhältnis von Bewegung und Organisation „dynamisiert“. Es geht nun um die Prozesshaftigkeit der Entwicklung, konkret um den Prozess der Ver-Organisierung und Vermachtung sozialer Bewegungen.

Zwar werden in der Bewegungswissenschaft für die Entwicklung sozialer Bewegungen bisweilen auch zyklische Modelle formuliert.⁵ Häufiger finden sich aber lineare Modelle zur Beschreibung und Erklärung eines „typischen Verlaufs sozialer Bewegungen“ (Mayreder 1925). Für diesen „klassischen‘ Blick auf das Schicksal sozialer Bewegungen“ (Roth/Rucht 1991, S. 22) entwickeln sich soziale Bewegungen von einem fluiden und wenig geformten Ausgangszustand relativ kontinuierlich zu festeren Formen. Mit zunehmender Verbreitung organisationaler Muster bürokratisiert sich demnach eine soziale Bewegung immer mehr, bis sie ihren Bewegungscharakter gänzlich verliert und die bloße Bestanderhaltung der Bewegungsorganisati-

5 Vgl. vor allem die Arbeiten von Tarrow über Mobilisierungswellen (Tarrow 1991; 1994). Für einen knappen Überblick über Versuche, soziale Bewegungen mit zyklischen Modellen zu beschreiben, vgl. Rucht/Blattert/Rink (1997, S. 42ff). Zyklische Modelle sind nicht als strikte Gegenmodelle zu Institutionalisierungsannahmen zu begreifen. Sie machen eher unspezifische Angaben zum Aufkommen und Abebben sozialer Bewegungen, statt ausdrücklich auf deren organisationale Strukturiertheit sowie auf Prozesse der Institutionalisierung einzugehen. Institutionalisierung gilt diesen Ansätzen dann als ein Phänomen, welches jeweils zum Ende eines Mobilisierungszyklus auftritt.

onen in den Vordergrund tritt.⁶ Eingang in die Literatur hat dieses Theorem unter den Überschriften Oligarchisierung, Bürokratisierung oder Institutionalisierung von sozialen Bewegungen gefunden.

Die Oligarchisierungsthese ist initial mit Robert Michels' Hauptwerk „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ von 1911 verknüpft (Michels 1989). Am Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung des Kaiserreichs und ihrer Entwicklung hin zur Sozialdemokratie samt Massenpartei entwickelte Michels seine These vom oligarchischen Formwandel sozialer Bewegungen qua Organisation. Dieser Formwandel spiegele aber lediglich eine allgemeine gesellschaftliche Tendenz wider. So folge sämtliches „menschliches Gruppenleben“ einem „ehernen Gesetz der Oligarchisierung“, welchem sich selbst Bewegungen mit libertärer Ausrichtung nicht entziehen könnten. Den Hauptschlüssel zum Verständnis der Oligarchisierungsprozesse sieht Michels in formaler Organisation, die die dauerhafte Herausbildung „elitärer“ Strukturen erst ermögliche.

Aufbauend auf Max Webers Überlegungen zur Veralltäglichen von Charisma (Weber 1980, S. 142-148) nimmt Michels eine typische Entwicklung sozialer Bewegungen an. Demnach werde die Politik einer sozialen Bewegung in ihrem Anfangsstadium stark von charismatischen Führungspersönlichkeiten geprägt. In dem Maße, wie eine soziale Bewegung nun in einer Gesellschaft Fuß fasse, d.h. eine ökonomische und soziale Basis in ihr finde, stehe sie zunehmend vor der Aufgabe, Führungscharisma zu veralltäglichen. Dies geschehe durch die Installation bürokratischer Strukturen in den entstandenen Bewegungsorganisationen. Innerhalb dieser bürokratischen Strukturen hätten die Funktionärseliten ein Interesse am Fortbestand „ihrer“ Organisation, da nur dies ihre innerorganisatorische und gesellschaftliche Position gewährleisten könne. Es ergebe sich eine enge Koppelung zwischen den individuellen materiellen Interessen der Organisationseliten und der Stärke der Organisationen, in denen diese Eliten ihren Lebensunterhalt verdienten. Ursprüngliche ideelle Ziele würden dabei für partikulare Interessen und die Stabilisierung von Herrschaftsansprüchen instrumentalisiert. Das Machterhaltungsinteresse der Eliten sei also, so die Argumentation von Michels, prinzipiell unabhängig und häufig

6 Diese These ist laut Rucht/Blattert/Rink (1997, S. 38) nicht nur im sozialwissenschaftlichen Rahmen außerordentlich stark verbreitet, sondern hat gar den Charakter einer „Alltagstheorie“ angenommen.

auch gegenläufig zum Interesse an der Verwirklichung der Ziele einer sozialen Bewegung. Es werde zusätzlich gestützt durch die zunehmende Akzeptanz der jeweiligen Funktionsträger durch die bisherigen Eliten in Politik und Gesellschaft. Auf Seiten der Funktionsträger wachse so die Überzeugung einer besonderen professionellen Berufung oder Qualifizierung. Innerhalb der Organisation reproduziere sich ein Experten-Laien-Verhältnis.

Eine soziale Bewegung macht laut Michels in diesem Prozess hauptsächlich drei Wandlungsprozesse durch. Auf der Ebene der allgemeinen Ziele ergebe sich erstens eine Tendenz zum Konservatismus. Mit zunehmender Organisationsförmigkeit einer sozialen Bewegung würden sich deren Ziele immer mehr dem herrschenden gesellschaftlichen Konsens anpassen. Damit hänge zweitens das speziellere Ziel der Erhaltung der Organisation zusammen. Die Propagierung der politischen Organisationsziele diene nun lediglich noch als Mittel, den Erhalt der Organisation zu sichern. Konkret schließe dies Anstrengungen zur Sicherung der Mitgliederbasis und der materiellen Mittel ein. Diese Anstrengungen bekämen gegenüber der Verfolgung politischer Ziele prioritäre Bedeutung. In den klaren Worten von Michels (1989, S. 347): „So wird die Organisation aus einem Mittel zum Zweck zu einem Selbstzweck.“ Schließlich sei drittens Oligarchisierung selbst zu nennen. Als Nebenfolge der Konzentration von Macht in den Händen weniger ergibt sich dabei laut Michels, dass einfache Mitglieder ihr Engagement aufgeben und sich zurückziehen.

Michels' Ansatz ist in der Folge aufgegriffen und verfeinert worden. Einflussreich war die Studie von Rosa Mayreder (1925), die die Michels'schen Annahmen stärker an den Gegenstandsbereich soziale Bewegung (statt Partei) koppelte und die am empirischen Beispiel der Frauenbewegung den „typischen Verlauf sozialer Bewegungen“ nachzuzeichnen suchte. Sie unterscheidet zwischen drei Entwicklungsstufen. In einer ersten ideologischen Phase formuliere eine soziale Bewegung relativ „unberührt von der Außenwelt, die zahllose Beschränkungen, Schwierigkeiten und Verwicklungen mit sich bringt, (...) die Lehre einer neuen Ordnung in ihrer reinsten Form“ (ebd., S. 10). Die Träger der Bewegung zeichnen sich hier durch ein hohes Maß an Begeisterung und Opferbereitschaft aus.

In einer zweiten organisatorischen Phase würden die hehren Bewegungsziele realpolitisch heruntergebrochen. Die gesellschaftliche Anerkennung der Bewegung und die Verwirklichung konkreter

Ziele stünden nun im Vordergrund. Aus dem Alltag der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern ergebe sich jetzt der Zwang zur Organisationsbildung. Den Trägern der Bewegung werde diszipliniertes Verhalten abverlangt. Die vermehrten Außenkontakte und die Notwendigkeit taktischer Verhaltensweisen begünstigten die Herausbildung und Stärkung von Führungskadern in den Bewegungsorganisationen. Hiermit setze die dritte, als machthaberisch oder imperialistisch bezeichnete Phase ein, in der die Machtbehauptung zum Selbstzweck werde. Mayreder macht das Michels'sche Konservatismusargument stark und sieht am Ende des Prozesses den Tod der Bewegung: „Mit der Erlangung der Macht endet die soziale Bewegung als solche; denn sie verliert die Tendenz, das Herrschende, zu dem sie nun gehört, zu verändern“ (Mayreder 1925, S. 44). Mayreder idealisiert dabei deutlich den Anfangszustand sozialer Bewegung als „Ordnung in reinster Gestalt“.

In der Nachfolge von Michels und Mayreder wurde das Oligarchisierungstheorem unter dem normativ weniger aufgeladenen Begriff der Institutionalisierung sozialer Bewegungen von der Bewegungsforschung adaptiert, verfeinert und variiert. Nun entstehen elaborierte Stufenmodelle, die verschiedene Etappen der Karriere sozialer Bewegungen identifizieren. Zwar unterstellen diese Modelle nicht mehr die apodiktische Zwangsläufigkeit eines ehernen Gesetzes, doch bleibt der Gedanke erhalten, dass sich die Institutionalisierung auf einem „natürlichen“ Evolutionspfad entwickelt. Für gewöhnlich werden eine erste Phase der Formierung und Identitätsbildung, eine zweite heiße Phase der Polarisierung und Massenmobilisierung sowie drittens eine Phase der Veralltäglichsung, Professionalisierung und Institutionalisierung voneinander unterschieden.

Will man die dargestellten Ansätze würdigen, so ist sicherlich zuvorderst deren herrschaftstheoretische Relevanz herauszustellen. Auch wenn uns der Ansatz Robert Michels' heute sehr holzschnittartig vorkommt, so gibt er doch wichtige Hinweise zum Verständnis von in Organisationen wirkenden Herrschaftsmechanismen. Zudem verweist Michels auf die externen Folgen formaler Organisation, wenn er diese mit dem Rückgang spontaner Protest- und Artikulationsformen in Verbindung setzt. Die Herausbildung dominanter organisationsförmiger Strukturen im Rahmen sozialer Bewegungen kann derart als Disziplinierungsprozess der Bewegungsmitglieder gefasst werden. Durch die Organisationsform selbst ergeben sich

so systemintegrative Effekte. Auf der Ebene des Zielwandels von (Bewegungs-) Organisationen ist bis heute Michels' These nicht entkräftet, dass formale Organisationen dazu tendieren, die eigentlichen substantiellen Ziele durch operative Ziele zu ersetzen, in deren Folge die organisationale Funktions- und Überlebensfähigkeit zum eigentlichen Ziel wird und die ursprünglichen thematischen Ziele nur insofern verfolgt, d.h. ausgewählt, verworfen oder umdefiniert werden, als sie für das übergeordnete Überlebensziel von Relevanz sind. Folgt man der Michels'schen Argumentation, ergibt sich für soziale Bewegungen somit eine dilemmatische Situation. Demnach erlangen soziale Bewegungen dauerhaften Einfluss in Richtung ihrer Ziele nur durch den Aufbau starker Organisationen. Andererseits führen die Eigenlogiken der formalen Organisation tendenziell zur Preisgabe dieser Ziele. Eine soziale Bewegung als Bewegung kommt derart zum Erliegen.

Kritisch ist festzuhalten, dass die dargestellten linearen Modelle über die Entwicklung sozialer Bewegungen einen naiv-emphatischen Bewegungsbegriff transportieren. Sie können daher als Infizierungstheorien sozialer Bewegungen zusammengefasst werden. Ihr gemeinsames Merkmal ist, dass sie ein Unschuldsmodell sozialer Bewegung entwerfen, in dem deren Beginn als rein und unverdorben dargestellt wird. Der Gang der Argumentation ist dann derart, dass diese zunächst „unschuldigen“, hehren Zielen verpflichtete, in ihren internen Strukturen herrschaftsarme soziale Bewegung von der machtdurchsetzten Außenwelt und ihren Konzepten („Organisation“) kooptiert, verdorben und infiziert wird, wobei die Dimensionierung in ein Außen und ein Innen der Bewegung nicht weiter hinterfragt wird. Zudem werden informelle Herrschaftsstrukturen analytisch als nicht sonderlich relevant erachtet.

Da aber auch die an den Bewegungen partizipierenden Individuen nicht außerhalb der Gesamtgesellschaft stehen, sondern durch diese „Umwelt“ zutiefst geprägt und strukturiert sind, ist zu erwarten, dass sie permanent und zu jeder Zeit auch innerhalb des Bewegungskontextes herrschaftliche Strukturen reproduzieren (wenngleich ihr Anspruch ein anderer sein mag). Und dies gilt, so muss man den Infizierungstheorien entgegenhalten, sowohl in Bezug auf formelle als auch informelle Strukturen, auf frühe als auch späte Phasen. Noch einen Schritt weitergehend ist die implizite Annahme, bei sozialen Bewegungen handele es sich um soziale Phänomene, die von außen die Gesamtgesellschaft beobachten, kritisieren und

zu verändern trachten, grundsätzlich zu kritisieren. Empirisch und logisch haltbar ist wohl nur eine Immanenzperspektive, die soziale Bewegungen als Teil der Gesamtgesellschaft begreift.⁷

Die Zwangsläufigkeit und Systematizität der beschriebenen stufentheoretischen Entwicklungsmodelle sozialer Bewegungen ist von vielen Autoren, insbesondere vor dem Hintergrund des Aufkommens der *neuen* sozialen Bewegungen, relativiert, kritisiert und bezweifelt worden. Ihr empirisch begründetes Argument lautet, dass sich nicht alle Bewegungsorganisationen gleich entwickeln (della Porta/Diani 1999, S. 147-150). Zwar bürokratisierten sich in der Tat viele Organisationen, differenzierten sich intern und ließen sich in ein umfassendes System der Interessenrepräsentation integrieren. Es gäbe jedoch auch Organisationen, welche erfolgreich Bürokratisierungstendenzen widerstehen. Zudem sei der Tatsache Rechnung zu tragen, dass viele Bewegungsorganisationen keine lange Lebensdauer hätten, da ihnen die Loyalität entzogen wurde. Sie wurden von den Bewegungsmitgliedern dann lediglich als ein zeitlich begrenztes Mittel zum Zweck erachtet. Es gelinge einer Bewegungsorganisation in diesem Fall nicht, dauerhaft Ressourcen für ihren Bestand zu mobilisieren. Schließlich wird angeführt, dass auch auf der Ebene der Zieltransformation eine Entwicklung zum Konservatismus nicht zwangsläufig gegeben sei. Manche Bewegungsorganisationen würden sich im Laufe ihrer Entwicklung gar radikalieren bzw. radikalere Neugründungen induzieren.

Es ist empirisch offen, ob diese Relativierungen widerlegen, dass sich die jeweilige soziale Bewegung bzw. ihre formal organisierten Teile als Ganzes nicht gleichwohl institutionalisieren. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis von Olejniczak (1999, S. 410f) interessant, die nach einer quantitativen Untersuchung der Dritte-Welt-Bewegung zu dem Ergebnis kommt, dass Institutionalisierungstendenzen vornehmlich durch Neugründungen von Bewe-

7 Dies ist am eindringlichsten von Luhmann (1997, S. 847-865) in Bezug auf Protest bzw. Protestbewegungen formuliert worden. Für Luhmann sind Protestbewegungen eine Form der gegen sich selbst gerichteten Beschreibung der Gesellschaft in der Gesellschaft, eine Form der sich selbst kommunikativ alarmierenden Gesellschaft. Hierbei tun die Protestbewegungen allerdings bei ihren Beschreibungen so, als wäre eine Beschreibung von außen möglich. Luhmann begreift die Funktion der sozialen Bewegungen hingegen als „Immunsystem der Gesellschaft“ (Luhmann 1987, S. 549).

gungsorganisationen mit professionalisierter Organisationsstruktur induziert werden, während viele ältere und kleinere Gruppen sich kaum professionalisieren.⁸

Institutionalisierungsdebatte (2): Soziale Bewegung *als* Institution

In den bisher dargestellten Ansätzen der Institutionalisierungsdebatte wurde Institutionalisierung mit der Abnahme dessen, was soziale Bewegungen als Bewegungen auszeichnet, gleichgesetzt. In Abgrenzung zu dieser Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung wird seit Ende der 1980er Jahre versucht, einen „Perspektivwechsel“ (Roth 1989) vorzunehmen, der die dichotomische Gegenüberstellung von Institution und Bewegung durch eine Fassung von „sozialer Bewegung *als* Institution“ (Roth/Rucht 1991; Rucht/Blattert/Rink 1997) bzw. der Vorstellung einer „institutionalisierten Bewegung“ (Roth 1989; 1994) überwindet. Der Ansatz formuliert damit das Gegenteil der stufentheoretischen Annahmen Michels', Mayreders und ihrer Nachfolger, die in Institutionalisierung stets das Ende der Bewegungen nahen sahen. Er kann als Institutionalisierungsdebatte zweiter Ordnung bezeichnet werden.

Die deutschen Bewegungsforscher Roland Roth und Dieter Rucht sehen in der Institutionalisierung einer Bewegung nicht automatisch ihr Ende gekommen. Institutionalisierung wird zwar als ein Prozess fortgesetzter Differenzierung gefasst, in dessen Verlauf sich Professionalisierung ebenso entwickelt wie eine Formalisierung der Bewegungsinfrastruktur. Institutionalisierung ist in dieser Lesart aber eben nicht gleichzusetzen mit Bürokratisierung, Vermachtung und Oligarchisierung. Eine apriorische Bewertung des Prozesses wird von den Autoren abgelehnt. Der benutzte Institutionalisierungsbegriff „ist somit auch frei von zumeist negativ besetzten Konnotationen (wie Entfremdung, Entpersonalisierung, Freiheitsverlust)“ (Rucht/Blattert/Rink 1997, S. 56). Ob es im Zuge von Institutionalisierung zu negativen Folgen komme, sei empirisch offen. Auch ein Zielwandel von Bewegungen lasse sich nicht zwingend damit assoziieren (ebd., S. 47).

8 Vgl. ähnlich Milke/Montuelle/Wahl (1997, S. 10ff).

Institutionalisierung wird mit der Etablierung und gesellschaftlichen Verankerung eines „Bewegungssektors“ (Zald/McCarthy 1987) gleichgesetzt. Damit ist gemeint, dass eine „relativ stabile infrastrukturelle Basis einer Gruppe ideologisch verwandter Bewegungen“ (Rucht/Blattert/Rink 1997, S. 46) existiert. Von einem Bewegungssektor kann nur dann die Rede sein, wenn sich „sporadische Proteste auf zumindest niederem Niveau verstetigt haben und von eigenen Netzwerken und Strukturen getragen werden, welche Mobilisierung und Aktion auf Dauer stellen“ (ebd., S. 46f). Der Bewegungssektor stellt einen Sektor nichtkonventionellen Handelns dar, der sein eigenes Repertoire, seine eigenen Ressourcen und Einflusschancen besitzt. „Er entfaltet sich in Opposition und im Wechselspiel zur institutionellen Politik, ohne darin je aufzugehen“ (Roth/Rucht 1991, S. 23f).

Bewegungspolitik gilt als institutionalisiert, wenn sie als selbstverständliche und eigensinnige Form politischen Handelns breite Anerkennung genießt (Roth 1994, S. 184). Bewegungspolitik habe sich dann verbreitert, professionalisiert und trivialisiert. Eine derart entwickelte und konsolidierte Bewegungsinfrastruktur fungiert dann als Bestandsgarantie von Bewegungspolitik. Die Institutionalisierung von sozialen Bewegungen ist daher erstrebenswert: „Kommt es zu keiner Institutionalisierung als einer notwendigen Voraussetzung für eine kontinuierliche und strategiefähige politische Intervention, so folgt daraus ein Bedeutungsverlust der Bewegung und ihres Anliegens“ (Rucht/Roose 2001, S. 262).

Das Wirken der neuen sozialen Bewegungen in den letzten Jahrzehnten, so die Einschätzung, hat in der Bundesrepublik einen neuen „Politiktypus“ entstehen lassen, der aus dem Spektrum der verschiedenen politischen Formen nicht mehr wegzudenken ist – unabhängig davon, ob einzelne Teilbewegungen überleben oder nicht (Roth 1989, S. 34). Der Ansatz des Bewegungssektors negiert dabei nicht die Differenz zwischen Bewegung und formaler Organisation. Aber: „Erst wenn letztere die Bewegung als Ganzes zu steuern und kontrollieren vermag, entsteht ein neues Gebilde, das nicht mehr die Bezeichnung soziale Bewegung verdient“ (Rucht/Blattert/Rink 1997, S. 47).

Institutionalisierung wird als herausragende Leistung gerade der neuen sozialen Bewegungen interpretiert, welche zur gesellschaftlichen Demokratisierung entscheidend beitrage. Soziale Bewegungen mit ihren inzwischen professionalisierten Organisationen und ei-

ner solide verankerten, netzwerkartigen Infrastruktur werden als neue Institutionen der Zivilgesellschaft begriffen, die sich zwischen Markt und Staat bewegen.

Die Debatte um Bewegung *als* Institution markiert in der Tat einen Paradigmenwechsel. Er berührt insbesondere die Umkehrung und Redefinition dessen, was als Erfolg und was als Scheitern von sozialen Bewegungen zu betrachten ist.⁹ Es fällt auf, dass die Konstatierung eines Bewegungssektors tendenziell mit der Dethe-matisierung und Vernachlässigung der internen Strukturen dieses Sektors einhergeht, insbesondere zwischen dessen organisierten und dessen eher fluiden Teilen. Zwar liegt zumindest mit der Arbeit von Rucht, Blattert und Rink (1997) zu den sogenannten „alternativen Gruppen“ in Berlin und Leipzig auch eine empirische Bestandsauf-nahme eines Bewegungssektors vor. Diese soll aber vornehmlich die These, dass ein Bewegungssektor überhaupt existiert, untermauern. Dominanzstrukturen innerhalb des Bewegungssektors werden je-denfalls in der Studie nicht an zentraler Stelle thematisiert. Die Fragestellung nach einem möglichen Auseinanderklaffen des Bewe-gungszusammenhangs und seiner formal organisierten Teilen gerät aus dem Blick oder wird als nicht wesentlich erachtet. So gesehen findet nicht nur eine Umkehrung der Intention der Michels'schen Thesen statt. Sie werden gleichsam als Ganzes entsorgt.

Zwar überwindet die neuere Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung die frühe, sehr schematische und normative Fassung des Institutionalisierungsproblems, doch hat sie die Ten-denz, durch die harmonisierende Theoriefigur des Bewegungssek-tors, innerhalb dessen die unterschiedlichen Kooperationsformen miteinander interagieren, Aspekte von Macht und Herrschaft aus den Augen zu verlieren. Sie hat zudem keinen ausgeführten Begriff von formaler Organisation und der mit ihr verbundenen Prozesse. Es drängt sich die Frage auf, warum nach dem „Erfolg“ sozialer Bewegungen trotzdem so eigentümlich wenig Bewegung ist.

Betrachtet man die Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung als Ganzes, so kann ihre Entwicklung als Hinwendung von einfachen (Michels, Mayreder) zu komplexen (Rucht/Roth)

9 Vgl. etwa ein Zitat von Thilo Bode (2001, 54), ehemals Geschäftsführer von *Greenpeace Deutschland*: „Die Umweltbewegung als soziale Bewe-gung im klassischen Sinne existiert nicht mehr. Die Ursache dafür ist ihr Erfolg.“

Modellen und Annahmen interpretiert werden. Sie hat sich dabei allerdings davon entfernt, Fragen von Macht und Herrschaft an prominenter Stelle zu diskutieren. Während die Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung von einem „ehernen Gesetz“ der Oligarchisierung und Bürokratisierung sozialer Bewegungen ausgeht, sieht die Institutionalisierungsdebatte zweiter Ordnung in dem Institutionalisierungsprozess sozialer Bewegungen die erfolgreiche demokratische Transformierung moderner Gesellschaften. Die Institutionalisierungsdebatte ist somit insgesamt geprägt durch den Übergang von herrschaftskritischen Modellen zu Erklärungsansätzen, die Herrschaft nicht mehr zentral thematisieren und die eine Bürokratisierung von Bewegungsorganisationen nur noch als eine Möglichkeit unter vielen in Betracht ziehen. Dies lässt sich auf die Strategien sozialer Bewegungen übertragen: Während die frühe Institutionalisierungsdebatte einen allgemeinen Trend von konfliktiven zu kooperativen Politikformen annimmt, stellt diese Matrix im Rahmen der späteren Institutionalisierungsdebatte lediglich einen Möglichkeitsraum unter vielen dar.

Wie gesehen postuliert die Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung einen romantisierenden Bewegungsbegriff. Demnach ist eine soziale Bewegung zunächst herrschaftsarm strukturiert, also „unschuldig“, um dann im Institutionalisierungsprozess „verdorben“ zu werden, was einer Infizierungs- und Sklerosierungsthese gleichkommt. Während die Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung aber die Rolle formaler Organisation noch explizit problematisiert und Organisationen eine (zwangsläufige) Eigenlogik unterstellt, sieht die zweite Institutionalisierungsdebatte in formalen Organisationen neutrale und effektive Werkzeuge für je spezifische Ziele. Zwar wird Organisationen im Bewegungskontext eine zentrale Bedeutung bei der Interessenvertretung und -repräsentation zugeschrieben. Die Kategorie der Organisation wird aber kaum mehr einer grundlegenden theoretischen Reflexion unterzogen. Organisationen erscheinen derart als neutrale Werkzeuge der Interessenartikulation und nicht als historisch besondere Artikulationsformen von Kooperation. Die zweite Institutionalisierungsdebatte ist daher organisationssoziologisch unterbestimmt und kann als „organisationsvergessen“ gekennzeichnet werden.¹⁰ „Formale Organisation“ als strukturierendes

10 Dies gilt auch für die Variante, die die Institutionalisierung von sozialen Bewegungen als Veralltäglichung von Bewegungsdiskursen be-

Prinzip wird nicht (mehr) systematisch thematisiert, geschweige denn kritisiert. Auf die organisationskritischen Traditionen im Anschluss an Michels wird lediglich als Folie der Abgrenzung zurückgegriffen. Stattdessen wird mit dem Konzept des Bewegungssektors die Nivellierung eines kategorialen Unterschiedes zwischen sozialen Bewegungen und ihren formal organisierten Teilen betrieben.

Ein Effekt dieser Sichtweise ist eine naturwüchsige Geschichtsschreibung, die Geschichte von ihrem Ende her betrachtet, etwa aus der Sicht der gewandelten Gesellschaft der Bundesrepublik, die sich durch soziale Bewegungen modernisiert hat (vgl. Birke 2007, S. 8). Beim historischen Blick auf die Entstehungsgeschichte unserer heutigen „Bewegungsgesellschaft“ erscheinen dann „unorganisierte“ Proteste – wenn überhaupt – als ephemere.

Die zweite Institutionalisierungsdebatte erlebte Ende der 1990er Jahre im Gewand der Debatte über Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine Renaissance. In dieser Lesart werden NGOs als Produkte der Transnationalisierung von sozialen Bewegungen gesehen. Sie seien das „transnationale Pendant zu den lokalen Selbsthilfegruppen und neuen sozialen Bewegungen“ (Brunnengräber 1998, S. 70), bildeten eine „globale Opposition“ und seien die „Speerspitze sozialer Bewegungen“ (Take 2002, S. 12). Soziale Bewegungen mit ihren inzwischen professionalisierten Organisationen und einer solide verankerten, netzwerkartigen Infrastruktur werden als neue Institutionen der (internationalen) Zivilgesellschaft begriffen, die sich zwischen Markt und Staat bewegen. Insbesondere im Umfeld der Vereinten Nationen bilde sich eine „NGO-Community“ heraus, welche als institutionalisierter Bewegungssektor im internationalen Rahmen begriffen wird.

Analog der Argumentation der neueren Institutionalisierungsdebatte wird die Institutionalisierung und Professionalisierung von sozialen Bewegungen begrüßt, da die Anerkennung ihrer Repräsentanten eine grundlegende Veränderung des bisherigen Institutionensystems widerspiegeln. Wie gesagt, die Argumentation wiederholt sich: Soziale Bewegungen würden so selbst zu einer Institution wer-

greift (Eder 1999). Der dort gelegte Schwerpunkt auf das Entstehen neuer Politikmodelle (Governance) verweist darauf, wie sich Gesellschaften durch die Existenz sozialer Bewegungen verändern (sprich: modernisieren). Nicht thematisiert wird aber auch hier, dass der Zugang zu der Bühne der Verhandlungssysteme über die Organisationsform gesteuert wird.

den. Am Institutionalisierungsgrad sozialer Bewegungen, letztlich also an der Herausbildung und Etablierung eines NGO-Sektors, lasse sich somit die Demokratisierungs- und Modernisierungsfähigkeit von Gesellschaften ablesen. NGOs sind demnach ein fester Bestandteil von Bewegungsnetzwerken bzw. Ausdruck einer organisatorischen Bewegungsinfrastruktur auf internationaler Ebene (Finger 1994; Smith/Chatfield/Pagnucco 1997).

Bürokratisierungs- und Oligarchisierungstendenzen seien in diesem Prozess des *scaling up* zwar zu bedauern. Sie seien aber nun mal ein notwendiges Übel. Es sei nicht einsichtig, warum Professionalisierung und Effizienzsteigerung für bewegungsnahe NGOs ein Tabu sein sollten. Im Gegenteil müssten NGOs im Interesse der Erhöhung ihrer Durchsetzungsfähigkeit beides anstreben (Schrader 2000, S. 59). Im Übrigen sei die Struktur der NGOs im Vergleich zu anderen international agierenden Akteuren immer noch durch flache Hierarchien und Offenheit geprägt, was durchaus noch auf ihre Herkunft aus den neuen sozialen Bewegungen schließen lasse.

Insbesondere der Verweis auf die NGO-Debatte macht deutlich, dass die zweite Institutionalisierungsdebatte im Kern recht simplen Aggregierungsannahmen folgt. Menschen haben demnach bestimmte Interessen, schließen sich zu Gruppen zusammen, diese Gruppen vernetzen sich zu sozialen Bewegungen, daraus verdichten sich Repräsentationskerne namens Bewegungsorganisationen oder NGOs, die die Bewegungrepräsentieren. Aus der amorphen Masse einer sozialen Bewegung entwickeln sich also im Zeitverlauf (und beschleunigt durch Transnationalisierungsprozesse) organisierte Kerne, die in ihrer Gesamtheit einen Bewegungssektor in der (Zivil-) Gesellschaft respektive eine „internationale NGO-Community“ formieren. Die Bewegungsbelange verschaffen sich derart relativ ungebrochen auf höherer, gar globaler Ebene Gehör und werden qua Organisation „politikfähig“ und auf Dauer gestellt. Mit poststrukturalistischem Vokabular könnte man dies als „große Erzählung“ fassen.¹¹

11 Die in der US-amerikanischen Bewegungswissenschaft entwickelte Ressourcen-Mobilisierungstheorie (Zald/McCarthy 1987) kann derart interpretiert werden, dass sie gegen die hier dargestellten Aggregierungsannahmen argumentiert. In der RM-Theorie wird die besondere Bedeutung von Organisationen für die Herausbildung von sozialen Bewegungen hervorgehoben. Bewegungsorganisationen sind derart keine verdichteten Repräsentationskerne einer sozialen Bewegung, sondern umgekehrt lässt sich soziale Bewegung als Folge von

Die Bewegungsorganisationen selbst werden dabei vornehmlich als souveräne Akteure gefasst, die sich rational zwischen verschiedenen Wahlmöglichkeiten entscheiden können. Vorherrschend ist ein am Leitbild des methodologischen Individualismus orientiertes Akteurverständnis. Die strategisch-politische Ausrichtung von Bewegungsorganisationen wird derart zu einem voluntaristischen Problem (v)erklärt.

Das Organisationsverständnis des soziologischen Neoinstitutionalismus

Im Folgenden werden mit dem soziologischen Neoinstitutionalismus und der an diesem anschließenden „Kritik der politischen Ökonomie der Organisation“ zwei Ansätze skizziert, welche ein anderes Verständnis von Organisation und sozialer Bewegung induzieren und sich insbesondere gegen die dargestellten Aggregierungsannahmen in Stellung bringen lassen.

Der soziologische Neoinstitutionalismus¹² hat sich aus organisationstheoretischen Fragestellungen heraus entwickelt und dekonstruiert die Vorstellung der klassischen Managementlehre von der Organisation als neutrales Instrument zur effizienten Steuerung von kollektiven Aktivitäten. In Abgrenzung zu diesem Effizienzargument werden organisationale Strukturen als durch kulturelle Praktiken der Gesellschaft geprägt interpretiert.

Bedeutend in unserem Zusammenhang (und im Gegensatz zu den dominanten Annahmen der Bewegungswissenschaft) ist die grundsätzliche Skepsis, mit der der Neoinstitutionalismus die Freiheitsgrade rational handelnder Akteure bestimmt. Für den Neoinstitutionalismus erscheinen die Akteure und ihre Strategien selbst als institutionelle Effekte. Es sind demnach nicht so sehr die Akteure, die Gesellschaft konstituieren, sondern umgekehrt: Die

Organisationshandeln interpretieren. Die RM-Theorie folgt dabei allerdings einem Organisationsbegriff, der ebenfalls Organisationen recht neutral als zweckrationale Akteure betrachtet. Eine Fassung von Organisation als Institution, als Einschränkung des Möglichkeitsraums kollektiven Handelns, kommt ihr nicht in den Sinn.

12 Vgl. einführend die Sammelbände: Powell/Di Maggio (1991); Meyer (2005); Greenwood et al. (2008); zusammenfassend: Hasse/Krücken (1999); Walgenbach/Meyer (2008); kritisch und weiterführend: Türk (2000); Stickler (2005: S. 280-323).

moderne Gesellschaft konstituiert den Akteur, der Rollen ausfüllt und vorgegebene Skripte umsetzt, indem er sich der vorherrschenden Form der Rationalität unterwirft (Walgenbach/Meyer 2008, S. 130). In Abgrenzung zu methodologisch-individualistischen Wahlhandlungstheorien, die *a priori* einen zweckrationalen Akteur, sei es nun das Individuum, eine Organisation oder einen Staat, annehmen, sehen die Neoinstitutionalisten die Existenz und den Charakter der Akteure selbst als sozial konstruiert und problematisierungswürdig an. Handlung ist in diesem Sinne primär „die Inszenierung übergreifender institutioneller Drehbücher und nicht das Produkt intern erzeugter, autonomer Entscheidungen, Motive und Zwecke“ (Meyer/Boli/Thomas 2005, S. 18).

Für Organisationen gilt, dass ihre formale Strukturiertheit und Zweckrationalität als spezifisch moderne, gesellschaftlich institutionalisierte Muster der Handlungsorientierung und Situationsdeutung begriffen werden müssen. Rational-formale organisationale Strukturen müssen vor allem deswegen inkorporiert werden, weil sie in der Moderne als legitim und effizient gelten. Organisationen sind daher nicht zuvorderst effiziente Mittel der Kooperation menschlichen Handelns. Ihre Aufgabe besteht hingegen darin, Legitimationsanforderungen zu bewältigen. Organisationen gestalten ihre Strukturen entsprechend den Erwartungen und Anforderungen der sozialen Umwelt, um sich auf diese Weise Legitimität zu verschaffen. So zwingt der in modernen Gesellschaften existierende Mythos der Rationalität Organisationen, „Rationalitätsfassaden“ zu errichten, um ihrem Handeln Legitimität zu verleihen (Meyer/Rowan 1977). Veränderungen in der formalen Struktur von Organisationen sind also weniger durch Wettbewerb oder durch Effizienzerfordernisse, sondern durch Regeln, Erwartungen und Anforderungen der sozialen Umwelt zu erklären.

Von den Neoinstitutionalisten werden nicht die reflektierten und intentionalen Aspekte des Handelns, sondern die unreflektierten und routinetaften Anteile hervorgehoben (DiMaggio/Powell 1991a, S. 14). In diesem Sinne kann nur bedingt davon gesprochen werden, dass Akteure in institutionellen Kontexten im eigentlichen Sinne „handeln“. Vielmehr geht es um Formen des routinetaften Vollzugs, des nicht-kreativen Aufführens und Nachahmens („enactment“). Erst in der Abweichung von vorgegebenen *scripts* und institutionellen Vorgaben vollführen Akteure „Handlungen“. Beispielsweise handelt in Bezug auf die Institution des Begrüßungs-

handschlags eher derjenige, der sich diesem verweigert (Jepperson 1991, S. 148f). Erst in einer solchen Differenz Erfahrung kann dem Akteur der Herrschaftsaspekt der Institution als objektivierte Einschränkung seiner Handlungsoptionen ins Bewusstsein treten. Institutionen treten einem Akteur in der Regel eben nicht als Gegenstand in der Welt objektiv gegenüber, sondern strukturieren schon dessen Vermögen, wie Gegenstände und Kontexte überhaupt geschnitten und konturiert werden. Das Institutionelle geht somit als Handlungskorridor in die Wirklichkeitskonstruktion der Akteure, von Individuen und Organisationen, ein.

Der institutionelle Kontext, in dem Organisationen agieren, muss zunehmend als Weltkultur gedacht werden. In neueren Arbeiten wird daher mit dem *world polity*-Ansatz eine makrosoziologische Präzisierung vorgenommen, die die globale Diffusion westlicher Kultur und Strukturmuster in fast alle Winkel der Erde konkret analysieren will (Meyer 2005). Dabei wird unter *world polity* zunächst sehr allgemein eine breite kulturelle Ordnung mit expliziten Ursprüngen in der westlichen Gesellschaft (vgl. Meyer 1987, S. 41) verstanden. John W. Meyer identifiziert drei dominante Struktur- bzw. Akteurformen im globalen Rahmen, die zur institutionellen Formierung einer Weltgesellschaft beitragen und deren Interessen in universalistischen *terms* verfasst sind: der Staat als zentrale Organisationsform, formale Organisationen als grundlegende Einheiten und das rationale Individuum als Handlungsträger (Meyer 1980). Durch die weltkulturelle Dominanz dieser drei dominanten Akteurformen werden andere soziale Einheiten wie Stämme, Clans, Familien, ethnische Gruppen oder Gemeinschaften entwertet (Meyer 2005, S. 124). Staat, formale Organisation und Individuum legitimieren sich hingegen gegenseitig als „ordnungsgemäße Akteure“.

Die Globalität des Rationalisierungsprozesses wird in zweifacher Hinsicht behauptet. Zum einen lässt sich beobachten, dass Definitionen, Prinzipien und Ziele weltweit in ähnlicher Weise kognitiv konstruiert werden. Die Existenz, die generelle Natur und die Ziele von Staaten, Schulsystemen und transnationalen Konzernen sind beispielsweise überall bekannt und sind im Durkheimschen Sinne „soziale Tatsachen“. Hierbei ist es unerheblich, ob sie erwünscht sind oder nicht. Westliche Rationalität ist zweitens in dem Sinne global, dass sie überall für anwendbar gehalten wird. Weltkulturelle Modelle beanspruchen universelle Gültigkeit und werden auch als universell gültig wahrgenommen (Boli/Thomas 1999, S. 19).

Für sämtlich Formen von Akteuren gilt, dass sie sich dieser Gültigkeit immer weniger entziehen können: „to an ever increasing degree, all sorts of actors learn to define themselves and their interests from the global cultural and organizational structures in which they are embedded“ (Boli/Thomas 1999, S. 4). Institutionen im Weltmaßstab sind also in noch stärkerer Weise durch ihren Fremdsetzungscharakter markiert und emergieren nicht aus lokalen Interaktionen heraus. „The structural isomorphism that characterizes actors, interests, and behavior in the world polity operates increasingly via ‘top-down’ rather than ‘bottom-up’ processes“ (Boli/Thomas 1999b, S. 5).

Der Neoinstitutionalismus entwickelt eine zum methodologischen Individualismus differente Akteurkonzeption. Er geht davon aus, „dass die Vorstellung (und Realität) autonom handlungsfähiger Individuen, Nationalstaaten und Organisationen ein historisches Konstrukt ist, das in einem engen Zusammenhang mit der Herausbildung der Weltgesellschaft steht“ (Ramirez 2001, S. 358). Insbesondere Meyer und Jepperson (2005) wehren sich vehement gegen die die Sozialwissenschaften dominierenden „realistischen Ansätze“, welche den modernen Akteur als zweckrational voraussetzen und Akteurschaft als eine letztendlich naturgegebene Bedingung von Sozialität behandeln. Im scharfen Gegensatz zu diesen ontologisierenden Ansätzen vertreten sie einen konstitutionstheoretischen, phänomenologisch-konstruktivistisch argumentierenden Ansatz, der – in Anlehnung an etwa Foucault – den Akteur als eine historisch-gesellschaftliche und andauernde kulturelle Konstruktion begreift. „‘Akteure’ sind Agenten größerer Realitäten und größerer gedachter Wahrheiten: Sie sind zu einem wesentlichen Teil Monaden eines umfassenden kulturellen Projekts. Daher verherrlichen sie Ideale mobilisierter Agentschaft und lassen sich auf das groß angelegte kollektive Handeln ein, das die moderne Gesellschaft auszeichnet“ (Meyer/Jepperson 2005, S. 68f). Insgesamt lassen sich mindestens vier Bedingungen formulieren, denen Akteure genügen müssen, um als legitime Akteure anerkannt zu werden. Sie müssen *erstens* (möglichst gut) eine Agentschaftsqualität ausbilden, müssen *zweitens* dialogbereit und offen für Beratung und Expertise sein, müssen sich *drittens* der Organisationsform bedienen und müssen *viertens* in Netzwerke mit anderen Akteuren eingebunden sein.

Zusammenfassend analysiert der Neoinstitutionalismus Globalisierung unter einer kulturtheoretischen Perspektive als einen Prozess der weltweiten Verbreitung westlicher Institutionen, insbesonde-

re der Organisationsform. Organisation repräsentiert dabei kein technisch-funktionales Instrument zur Lösung oder Bearbeitung konkreter gesellschaftlicher Probleme, sondern ist als Verkörperung der modernen westlichen Rationalität zu begreifen. Die globale Verbreitung der Organisationsform ist also nicht auf ihre konkrete Problemlösungskapazität zurückzuführen, sondern darauf, dass erst die Annahme der Organisationsform den Handlungspraxen der gesellschaftlichen Akteure die zu ihrer gesellschaftlichen Geltung notwendige Legitimität verleiht. Weltgesellschaft ist für den neoinstitutionalistischen *world polity*-Ansatz ein hochgradig institutionalisiertes System struktureller und kultureller Regeln. Dessen Herrschaftsförmigkeit sieht der Neoinstitutionalismus in dem restringierenden und fremdgesetzten Charakter von Institutionen begründet. Alternative Möglichkeiten der Konstruktion und Strukturierung gesellschaftlicher Wirklichkeit kommen erst gar nicht zu gesellschaftlicher Relevanz.

Die strukturelle Dominanz formaler Organisation

Die Arbeiten von Klaus Türk (1995; 1999; 2000; Türk/Lemke/Bruch 2002) bauen auf dem Neoinstitutionalismus auf. Sie verfolgen eine konsequente Historisierung des Organisationsbegriffs und liefern eine herrschaftskritische Lesart des organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus.

Organisation gilt diesem Ansatz nicht als politisch neutraler und ubiquitärer Modus effizienter Koordination von Kooperation, sondern als eine historisch besondere, eben für die Moderne typische Form der herrschaftlichen Konfigurierung gesellschaftlicher Praxis. In der Organisationsform interagieren und verschmelzen Dispositive der Ordnung (als okzidentaler Rationalitäts-, Disziplinierungs- und Normalisierungsdiskurs), des Gebildes (als rechtlich abgestützte institutionelle Form) und der Vergemeinschaftung (als Prozess sozialer Integration und Schließung). Organisationen sind in die Gesellschaft eingebettet. Sie sind keine geschlossenen, „selbstbezüglichen“ Systeme, sondern figurative Konstrukte, die ihrerseits gesellschaftliche Strukturierungen hervorbringen. Die Herrschaftsqualität organisationaler Strukturen äußert sich vornehmlich durch „Konfigurierung, Konditionierung, Formatierung, Restringierung, Initiierung etc. bestimmter Kommunikation, rückkoppelnd zwingende Beobachtung der Gesellschaft und die

vermittels all dieser Prozesse erzeugten Strukturbildungen“ (Türk 1999, S. 76). Diese Prozesse potenzieren Herrschaft, statt sie zurückzudrängen. Formale Organisierung produziert neue (Kollektiv-) Identitäten und Kooperationsformen, ist also im Sinne Foucaults „produktive Macht“, und beruht auf der kontinuierlichen Konditionierung, Restringierung und Zerstörung anderer Formen von Subjektbildung und Kooperation. Organisationen erheischen mittels dieser institutionell produzierten „Normalformen“ (Link 1998) eine quasi erfahrungsunabhängige Plausibilität. „Organisationen sind deshalb nicht als technisch-funktionale Instrumente zur besseren Bewerkstelligung kollektiver Aufgaben zu verstehen, sondern als Manifestationen einer die Welt zunehmend umspannenden universalistisch-rationalistischen Ideologie. Dies führt nun nicht nur zur Organisierung, sondern darüber hinaus zu rationalistisch legitimierten institutionellen Komplexen, zu denen z.B. auch Professionalisierung, Definitionen legitimer Interessen und Akteure, Wissenschaft usw. gehören“ (Türk 2000, S. 136).

Der Ansatz begreift das Organisationsverhältnis als dominantes gesellschaftliches Muster der Formierung und Regulation sozialer Kooperationen. Die organisationale Aggregation von Interessen avanciert in der Moderne dabei zum ausschließlich legitimierten Typus des Politischen. Entgegen den Aggregierungsvorstellungen der Pluralismustheorie, die unter Interessenorganisationen Kollektive von Menschen mit gleichen Orientierungen versteht, sind Interessen nicht vorgängig vorhanden, sondern sie formieren sich erst qua Organisierung im gesellschaftspolitischen Raum. Die Kennzeichnung von Interessenorganisationen als assoziative Selbstorganisation von Menschen zur kooperativen Erledigung gemeinsamer Belange ist daher ein Euphemismus (Türk/Lemke/Bruch 2002, S. 129f). Organisationen verkörpern hingegen institutionelle Muster gesellschaftlichen Handelns zur Realisierung gemeinschaftlicher bzw. korporativer Interessen. Organisationen aggregieren in einem soziologisch gehaltvollen Sinne daher nicht Menschen, sondern Interessen (ebd., S. 276).

Die Auftrennung in einen institutionellen und einen nichtinstitutionellen Bereich ist die typische Form von Herrschaft in der Moderne. Hierbei produziert die Organisationsform die gesellschaftlich folgenreiche Unterscheidung zwischen einem institutionellen und einem diesen entgegengesetzten Bereich. Organisationale Herrschaft greift dabei auf die Basis realer, sich in lokalen Kontexten

vollziehender menschlicher Praxis, die das zu organisierende Material bildet, zu. Dieser materielle Lebensprozess wird von Türk als dialektischer Widerpart mit dem Begriff Ko-Operation bezeichnet. Moderne gesellschaftliche Realität ist immer das Zusammen- und Gegeneinanderwirken der Logik der Organisation und der Ko-Operation. Ko-Operation meint dabei gerade nicht gelungene Kooperation, sondern gilt als Sammelkategorie für alle Akte der tatsächlichen Handlungsverflechtungen zwischen Subjekten. In ihr können aber dennoch keimhafte Erfahrungen von Nicht-Herrschaft gemacht werden.

Schluss

Soziale Bewegungen unterliegen wie alle sozialen Vergemeinschaftungen überwiegend den dominanten Vorstellungen von Rationalität und Universalismus, haben ähnliche Akteurdefinitionen. Gerade bezogen auf das Verhältnis von sozialer Bewegung und Bewegungsorganisation respektive NGO entwickeln die vorgestellten Organisationstheorien aber ein besonderes Potential, welches Ver-Organisation wieder als einen Vermachtungsprozess sozialer Bewegungen fassen kann, ohne den simplen Oligarchisierungsannahmen der ersten Institutionalisierungsdebatte anheim zu fallen. Die verbreitete Vorstellung, formale Organisationen seien „effiziente Sozialgebilde“, die auch für soziale Bewegungen unumgänglich seien, lässt sich derart als institutionelles Phantasma dechiffrieren. Kontingente, nichtorganisationale Kooperationsformen werden so tendenziell zerstört, bestenfalls aber diskreditiert oder desymbolisiert.

Selbstverständlich ist das Verhältnis von Organisation und sozialer Bewegung logisch als eine Teil-Ganzes-Beziehung strukturiert. Ohne soziale Bewegungen ihrerseits als herrschaftsfrei und „unschuldig“ zu imaginieren, sind sie aber soziale Gebilde, die noch nicht gänzlich vom Prinzip formaler Organisation durchzogen sind. Sie sind „schwimmende Formen“ (Türk 1999, S. 57) menschlicher Ko-Operation, die sich in Bezug auf die Ordnungs-, Gebilde- und Vergemeinschaftungsdimensionen durch ihre (zumindest partielle) Uneindeutigkeit auszeichnen.

Soziale Bewegungen bieten kein Modell für eine herrschaftsfreie Gesellschaft, können aber Orte sein, an denen lokal situierte Individuen in Ansätzen Möglichkeiten haben, Differenzenerfahrungen

zur „normalen“ Gesellschaft und zu institutionellen Kontexten zu machen. Sie können die reale, wenn auch subjektive Erfahrung bieten, einmal „außerhalb“ der Macht gestanden zu haben. Prinzipiell kommt es dank dem Einwirken sozialer Bewegungen zu einer Entdinglichung von vormals für unverrückbar gehaltenen Deutungskonfigurationen. Hierzu entwickeln soziale Bewegungen meist eigene „framings“ des jeweils bearbeiteten Themas. Soziale Bewegungen können sich zudem gegen die Art und Weise wenden, wie Konflikte normalerweise ausgetragen werden, beziehen sich also tendenziell auf diese Konfliktsysteme selbst. Soziale Bewegungen erfüllen noch nicht zur Gänze die genannten Merkmale ordnungsgemäßer, moderner Akteure. Sie können partiell die „Störungsgrenzen der Normalität“ (Link 1998) überschreiten.

Entgegen diesen *potentiellen* Möglichkeiten von sozialen Bewegungen wirken große Bewegungsorganisationen und NGOs durch ihren expliziten Rekurs auf „formale Organisation“ homogenisierend und behindern kontingente Formen von Ko-Operation. Sie sind gleichzeitig Produzent und Produkt der Generierung legitimer Praxisformen, von Akteur- und Realitätskonzeptionen. Diese werden „zunehmend nach westlichen, universalistischen rationalen Vorstellungen über die adäquate Funktionsweise der modernen Gesellschaft homogenisierend fremdstrukturiert. Dies geht mit der institutionellen Normalisierung, Standardisierung, Uniformisierung – vor allem Organisierung – sozialer Praxisformen einher“ (Schäfer 2000, S. 367).

Nur diejenigen Akteure, die sich der Organisationsform bedienen, sich mit anderen Organisationen vernetzen sowie „dialogische Verfahren“ implementieren, können dauerhaft politische Relevanz generieren. Dies kann als herrschaftlicher Prozess interpretiert werden, der kontingente Artikulationsformen von Protest und nichtorganisatorische Kooperationsformen invisibilisiert, delegitimiert oder ephemeralisiert. Bewegungsorganisationen (und NGOs) sind daher nicht nur intern herrschaftlich strukturiert, sondern tragen maßgeblich zur Verankerung und Modernisierung der weltgesellschaftlichen Rationalitäts- und Legitimitätsstruktur bei und befördern eine „Homogenisierung von Praxis“. Sie treten als Normalisierer von Irritationen auf, die zuvor durch Protest und soziale Bewegungen symbolisiert worden sind.

Soziale Bewegungen und die in ihnen agierenden Subjekte sind dabei keine Opfer. Im Gegenteil: sie selbst tragen zur weltweiten

Durchsetzung von formaler Organisation entscheidend bei. Durch Prozesse der Ver-Organisation binden sie diejenigen Segmente der Gesellschaft herrschaftsförmig ein, die sich bislang eher einem anarchischen, „wildwüchsigen“ „grassroot-Prinzip“ verpflichtet gefühlt haben.

Nochmals: Soziale Bewegungen werden hier nicht als herrschaftsfrei konzipiert. Sie sind auch nicht per se emanzipativ. Anliegen dieses Beitrags ist es aber in der Tat, den Blick wieder darauf zu lenken, was formale Organisation von Bewegung unterscheidet. Der Fokus richtet sich somit wieder verstärkt auf die Eigendynamik organisierter Interessen. Eine solche Analyse macht es zumindest schwierig, davon auszugehen, Organisationen seien neutrale Hüllen, welche nun für ganz unterschiedliche Inhalte „angewendet“ werden könnten. Es ist zwar prinzipiell empirisch offen, ob Bewegungsorganisationen durch einen verstärkten Bezug auf die Praxis sozialer Bewegungen und durch die Ausbildung einer umfassenderen Staats- und Gesellschaftskritik emanzipative Potentiale entwickeln und damit zu „dienenden Intellektuellen“ (Gramsci) werden können. Die hier vorgetragenen Gedanken stimmen allerdings skeptisch. Sehr wahrscheinlich lassen sich die konkreten Verflechtungen mit der diskursiv-symbolischen Umwelt und die Beschränkungen der organisationellen Formbestimmtheit nicht voluntaristisch überspringen.

Es kommt für emanzipative Praxis deshalb vornehmlich darauf an, gegenhegemoniale Diskurse zu formieren und Alternativen zum Prinzip formaler Organisation zu entwickeln. Dies kann allerdings nur mit einer gehörigen Portion sozialer Phantasie gelingen. Die Entwicklung möglichst herrschaftsfreier Kooperationszusammenhänge könnte aber eine lohnende Aufgabe zukünftiger sozialer Bewegungen sein. Für emanzipatorische, an Herrschaftsminimierung interessierte Kräfte verschiebt sich das Terrain auf das Aufspüren und Stärken derjenigen ko-operationalen Handlungsweisen, welche sich gegen die geschilderten institutionalisierten Zumutungen sperren (und gleichzeitig in sich herrschaftsarm strukturiert sind). Erste Hinweise und Suchrichtungen lassen sich bereits im Bewegungshandeln auffinden und benennen (Queer-Politiken, Strategien des Postfeminismus und des Postkolonialismus, Kommunikationsguerilla, Politik der Subversion). Insgesamt scheint es zunächst um eine Politik der Irritation zu gehen, da nur durch Irritationen Gesellschaft (substantiell in Hinblick auf Herrschaftsminimierung) veränderbar erscheint. Es geht also um die Frage, wann wird Gesellschaft irritiert und wann nicht.

Für die Bewegungswissenschaft bedeutet das zunächst, dass sie ihre Aufmerksamkeitshaltung verschieben und den Fokus (wieder) weg von den organisierten Formen des Bewegungshandelns hin zu informellen Formen kollektiver Auflehnung legen müsste. Hier kann man viel von der Herangehensweise der eingangs erwähnten Bewegungsaktivisten und -forscher Frances Fox Piven und Richard A. Cloward lernen, die stets dem Protest und dem vorgeblich „Unpolitischen“ eine größere Bedeutung als der Interessenvertretung durch professionalisierte Organisationen zugemessen haben.

Literatur

- Allerbeck, Klaus R. (1973): *Soziologie radikaler Studentenbewegungen*, München.
- Andretta, Massimiliano et al. (2003): *No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung*, Frankfurt a.M.
- Birke, Peter (2007): Die Protestbewegungen und die „kulturelle Revolution“ der 1960er Jahre in der bundesdeutschen Historiographie. *Montage und Realität*, in: *Sozial.Geschichte*, (22), S. 7-30.
- Bodo, Thilo (2001): *Umweltpolitik ist inzwischen Gesellschaftspolitik* (Interview), in: *Politische Ökologie*, (19), H. 72, S. 54-55.
- Boli, John/Thomas, George M. (Hg.) (1999): *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*, Stanford.
- Brunnengräber, Achim (1998): Über die Unzulänglichkeiten kosmopolitischer Demokratie in einer transnationalen Welt, in: *Peripherie*, H. 71, S. 69-92.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario (1999): *Social Movements. An Introduction*, Oxford.
- DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. (Hg.) (1991): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago.
- (1991a): Introduction, in: Dies. (Hg.): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago, S. 1-38.
- Eder, Klaus (1999): Dialog und Kooperation. Zur Zähmung der Bewegungsgesellschaft, in: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.): *Neue Soziale Bewegungen*, Wiesbaden, S. 28-46.
- Finger, Matthias (1994): *Environmental NGOs in the UNCED Process*, in: Princen, Thomas/ders. (Hg.): *Environmental NGOs in World Politics*, London/New York, S. 186-213.
- Förch, Michael (1995): *Zwischen utopischen Idealen und politischer Herausforderung. Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M. u.a.

- Greenwood, Royston/Oliver, Christine/Sahlin, Kerstin/Suddaby, Roy (Hg.) (2008): *The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism*.
- Hasse, Raimund/Krücken, Georg (1999): *Neo-Institutionalismus*, Bielefeld.
- Janett, Daniel (1997): Vielfalt als Strategievorteil. Zur Handlungskompetenz von Nicht-Regierungs-Organisationen in komplexen sozialen Umwelten, in: Altvater, Elmar et al. (Hg.): *Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft*, Münster, S. 145-173.
- Jepperson, Ronald L. (1991): Institutions, Institutional Effects, and Institutionalism, in: DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. (Hg.): *The new Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago, S. 143-163.
- Klein, Ansgar (2003): Bewegungsforschung: Quo vadis? Ein Überblick zu Entstehung, Ausprägung und Forschungsstand, in: *Vorgänge*, H. 4, S. 12-21.
- Link, Jürgen (1998): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*, 4. Auflage, Göttingen.
- Luhmann, Niklas (1987): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a.M.
- (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Mayreder, Rosa (1925): *Der typische Verlauf sozialer Bewegungen*, Wien/Leipzig.
- Meyer, John W. (1980): The World Polity and the Authority of the Nation-State, in: Bergesen, Albert (Hg.): *Studies of the Modern World System*, New York, S. 109-137.
- (2005): *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*, Frankfurt a.M.
- /Boli, John/Thomas, George M. (2005): *Ontologie und Rationalisierung im Zurechnungssystem der westlichen Kultur*, in: Meyer, John W. (2005): *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*, Frankfurt a.M., S. 17-46 [zuerst: 1987].
- /Jepperson, Ronald L. (2005): *Die „Akteure“ der modernen Gesellschaft: Die kulturelle Konstruktion sozialer Agentschaft*, in: Meyer, John W. (2005): *Weltkultur*, Frankfurt a.M., S. 47-84 [zuerst: 2000].
- /Rowan, Brian (1977): Institutionalized Organizations. Formal Structure as Myth and Ceremony, in: *American Sociological Review*, (83), S. 340-363.
- Michels, Robert (1989): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, Stuttgart [zuerst: 1911].
- Milke, Klaus/Montuelle, Denis/Wahl, Peter (1997): *„Die Tyrannei der Ökonomie“. Perspektiven der Finanzierung Entwicklungspolitischer Inlandsarbeit*, Studie im Auftrag des Ausschusses für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik der EKD (ABP), Bonn.

- Neidhardt, Friedhelm (1985): Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen, in: Hradil, Stefan (Hg.): Sozialstruktur im Umbruch, Opladen, S. 193-204.
- Olejniczak, Claudia (1999): Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland, Wiesbaden.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1986): Aufstand der Armen. Frankfurt a.M. [zuerst: 1977].
- Ramirez, Francisco O. (2001): Frauenrechte, Weltgesellschaft und die gesellschaftliche Integration von Frauen, in: Heintz, Bettina (Hg.): Geschlechtersoziologie, Wiesbaden, S. 356-374.
- Raschke, Joachim (1991): Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 31-39.
- Roth, Roland (1989): Neue soziale Bewegungen als politische Institution. Anregungen für einen theoretischen Perspektivwechsel, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Sonderh., S. 33-51.
- (1994): Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution, Köln.
- /Rucht, Dieter (1991): Die Veralltäglicung des Protests, in: Dies. (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M.
- /Rucht, Dieter (2008): Einleitung, in: Dies. (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a.M., S. 9-36.
- /Rucht, Dieter (2008a): Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz, in: Dies. (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt a.M., S. 635-668.
- Rucht, Dieter (1982): Neue soziale Bewegungen. Oder: Die Grenzen bürokratischer Modernisierung, in: Hesse, Joachim Jens (Hg.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, Opladen, S. 272-292.
- (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen, Frankfurt a.M./New York.
- /Blattert, Barbara/Rink, Dieter (1997): Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands, Frankfurt a.M./New York.
- /Neidhardt, Friedhelm (2001): Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen, in: Joas, Hans (Hg.): Lehrbuch der Soziologie, Frankfurt a.M./New York, S. 533-556.
- /Roose, Jochen (2001): Zur Institutionalisierung von Bewegungen. Umweltverbände und Umweltprotest in der Bundesrepublik, in: Zimmer, Annette/Wessels, Bernhard (Hg.): Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen, S. 261-290.
- Schäfer, Monika (2000): Globalisierung als Herrschaft. Eine Auseinandersetzung mit dem makrosoziologischen Neoinstitutionalismus von Meyer et al., in: Soziale Welt, (51), 355-376.

- Schrader, Lutz (2000): NGOs – eine neue Weltmacht? Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Politik, Potsdam.
- Smith, Jackie/Chatfield, Charles/Pagnucco, Ron (1997): Social Movements and World Politics. A Theoretical Framework, in: Dies. (Hg.): Transnational Social Movements and Global Politics, New York, S. 59-77.
- Stickler, Armin (2005): Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Global Governance, Bielefeld.
- Stöss, Richard (1984): Vom Mythos der „neuen sozialen Bewegungen“. Neun Thesen und ein Exkurs zum Elend der NSB-Forschung, in: Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th. (Hg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen, S. 548-559.
- (1991): Parteien und soziale Bewegungen. Begriffliche Abgrenzung – Volksparteien – Neue soziale Bewegungen – DIE GRÜNEN, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, 3., überarb. und erw. Aufl., Frankfurt a.M., S. 392-414.
- Take, Ingo (2002): NGOs im Wandel. Von der Graswurzel auf das diplomatische Parkett, Wiesbaden.
- Tarrow, Sidney (1991): Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (43), S. 647-670.
- (1994): Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics, Cambridge.
- Teune, Simon (2008): „Gibt es so etwas überhaupt noch?“ Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen, in: Politische Vierteljahresschrift, (49), S. 528-547.
- Türk, Klaus (1995): „Die Organisation der Welt“. Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft, Opladen.
- (1999): Organisation und moderne Gesellschaft. Einige theoretische Bausteine, in: Edeling, Thomas/Jann, Werner/Wagner, Dieter (Hg.): Institutionenökonomie und Neuer Institutionalismus, Opladen, S. 42-80.
- (2000): Organisation als Institution der kapitalistischen Gesellschaftsformation, in: Ortmann, Günther/Sydow, Jörg/Türk, Klaus (Hg.): Theorien der Organisation, Opladen, 2. Auflage, S. 124-176.
- /Lemke, Thomas/Bruch, Michael (2002): Organisation in der modernen Gesellschaft. Eine historische Einführung, Wiesbaden.
- Walgenbach, Peter/Meyer, Renate (2008): Neoinstitutionalistische Organisationstheorie. Stuttgart.
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5., revidierte Aufl., Tübingen [zuerst: 1921].
- Zald, Mayer N./McCarthy, John D. (1987): Social Movements in an Organizational Society, New Brunswick.

Wolfram Schaffar

Widerständige ländliche Bewegungen und die „Kunst, nicht regiert zu werden“¹

Einleitung

Eine Reihe von Autorinnen und Autoren datieren den Beginn des Bewegungszyklus, der als globalisierungskritische oder *global justice*-Bewegung bezeichnet wird², auf das Jahr 1994, als im lakandonischen Urwald im äußersten Südwesten Mexikos die „Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung“ (EZLN) mit einer offenen Rebellion gegen die neoliberale Politik der mexikanischen Regierung antrat (Brand/Ceceña 2000, Brand/Hirsch 2004, Sommier et al. 2008, Goodman 2009, Reitan 2007).

Diese zentrale Rolle für die globalisierungskritische Bewegung verdanken die Zapatisten jedoch nicht nur dem Thema, das sie aufgriffen, in dem sie das Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) als Datum für ihren Aufstand wählten, sondern in hohem Maß auch der Faszination, die von der ungewöhnlichen Organisationsstrategie³, dem Bezug auf indigene

-
- 1 Scott, James (2009): *The Art of Not Being Governed*. New Haven: Yale University Press.
 - 2 Weitere Namen sind *Anti-Globalisierungs-Bewegung* oder im romanischen Sprachraum *movimiento altermundista* bzw. *mouvement altermondialiste*. Goodman (2009) sieht seit dem Aufgreifen von Problemen im Zusammenhang mit dem Klimawandel seit 2008 einen neuen, qualitativ anderen Bewegungszyklus entstehen.
 - 3 Klaus Türk und Michael Bruch reservieren die Bezeichnung „Organisation“ für eine historisch-spezifische Form der Strukturierung von Kooperation (Türk 1995, Bruch/Türk 2005, Bruch 2010, Bruch in diesem Band). Unter diesem Organisationsbegriff lassen sich kapitalistische Unternehmen, Parteien, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Vereine gleichermaßen subsumieren. Bei der Behandlung der Zapatisten und den weiteren in diesem Beitrag angesprochenen Bewegungen wird implizit davon ausgegangen, dass sie nicht dieser Form entsprechend strukturiert sind. D.h. in Sinne

Elemente und den symbolischen Protestformen ausging. Von Autoren wie John Holloway wurden die Zapatisten als Beispiel herangezogen, wie jenseits parteiförmiger Organisation eine „Anti-Macht“ aufgebaut werden kann, um „die Welt [zu] verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ (Holloway 2002). Diese Gedanken trafen auf starke Resonanz bei den globalisierungskritischen Gruppen des Nordens, die sich seit Mitte der 1990er Jahre oftmals in Abgrenzung zu früheren Parteiprojekten oder gewerkschaftlicher Organisation in netzwerkartigen Strukturen zu sammeln begannen (vgl. Brand/Hirsch 2004).

Die Zapatisten in Mexiko sind kein isoliertes Phänomen. Anders als in den Industrieländern des Nordens entstehen in ländlichen Gebieten in Ländern des Südens immer wieder Bewegungen armer und marginalisierter Kleinbauern, von denen einige durch ihren Bezug zu lokalen, indigenen Traditionen und durch eine charakteristische Organisationsform auffallen, aus der sie eine besondere Widerständigkeit zu schöpfen scheinen (vgl. Brand/Sekler 2009, Martínez-Torres/Rosset 2010). Neben den Zapatisten in Mexiko wären für Lateinamerika die indigenen Bewegungen in Bolivien und Ecuador zu nennen (Zibechi 2009, Ströbele-Gregor 2009). Der Bewegung der Aymara in Bolivien kommt hierbei eine besondere Rolle zu: Ihr Zentrum liegt in der Stadt El Alto, d.h. es handelt sich nicht im engeren Sinn um eine ländliche Bewegung. Wegen ihrer charakteristischen Organisationsstruktur werden sie jedoch auch in engem Zusammenhang mit den Zapatisten gesehen (Zibechi 2009)⁴. In Asien sind als einschlägige ländliche Bewegungen u.a. die Neuen Bauernbewegungen in Indien zu erwähnen, deren Analyse zu einer breiten Debatte geführt hat (Brass 1995, Hoering 2009), sowie in Thailand das *Forum der Armen* (Prapart 1998, Baker

von Türk und Bruch wäre es falsch, im Fall der Zapatisten von einer modernen „Organisationsstruktur“ zu sprechen. Da ich mich jedoch mit Scott (2009) auf einen Ansatz stütze, der sich nicht deckungsgleich in die Terminologie von Türk und Bruch übersetzen lässt, folge ich dem Alltagssprachlichen Gebrauch und verwende das Wort „Organisation“ und alle Ableitungen nicht in diesem spezifischen Sinn. Wenn ich Organisation in der Bedeutung von Türk und Bruch meine, schreibe ich „zentralistische“, „partieförmige“ oder „gewerkschaftliche Organisation“, in Abgrenzung zu „flacher“, „spontaner“, „unhierarchische Organisation“ der Zapatisten

4 Zibechi (2009, S. 21) spricht von „städtischem Zapatismus“.

2000, Missingham 2003, Pye 2005, 2009, Somchai 2006) oder das *Inpaeng*-Netzwerk (Baker 2007, Kaufmann 2007).

Auch diese Bewegungen dienen und dienen städtischen widerständigen Bewegungen als Kooperationspartner der sich zunehmend transnational vernetzenden sozialen Bewegungen (Hoering 2009, Pye 2010). Gleichzeitig zogen diese Bewegungen gerade wegen ihrer Machtabstinenz (im Sinne Holloways) und durch ihren positiven Bezug auf lokale Traditionen die Kritik von parteiförmig organisierten, internationalistisch orientierten Bewegungen auf sich (Brass 1994b, 2005, Boron 2003).

Ziel dieses Beitrags ist es, mit dem *Forum der Armen* in Thailand eine ländliche Bewegung zu diskutieren, die – mit Ausnahme von Pye (2009) und Reuber (1999) – in der Literatur und unter sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum bisher wenig Beachtung fand. Unter Bezug auf die Debatten zu Bewegungen in Indien und Lateinamerika soll das *Forum der Armen* unter organisationstheoretischer Perspektive diskutiert werden, wobei der Schwerpunkt auf der Frage liegt, in wie weit die charakteristische Organisationsform der Bewegungen mit deren sozialer Basis zusammen hängt, und wie der auffällige Bezug zu indigenen Traditionen erklärt werden kann. Über die im Titel dieses Beitrags zitierte Arbeit von Scott (2009) soll eine inhaltliche Brücke zu den organisationskritischen Arbeiten von Türk und Bruch vorbereitet werden (Türk 1995, Bruch/Türk 2005, Bruch 2010, Bruch, dieser Band). Die empirische Grundlage dieses Beitrags ist neben den hier zitierten Arbeiten ein Workshop, den der Autor mit Oliver Pye im Frühjahr 2006 in Bangkok mitgestaltet hat, und in dem mit Vertreterinnen und Vertretern des *Forums* über die Frage einer Parteigründung diskutiert wurde, sowie die Teilnahme an einem Strategietreffen des *Forums* im März 2008 in Phibul Mangsahan (Isan).

Das *Forum der Armen* in Thailand

Von 25. Januar bis 2. Mai 1997 wurde Bangkok zum Schauplatz eines bis dahin beispiellosen Protests: Über 20.000 Kleinbauern und Kleinfischer aus dem Norden und Nordosten des Landes protestierten gegen die Folgen von Infrastrukturmaßnahmen, mit denen die Regierung seit den 1980er Jahren die Nord- und Nordost-Gebiete zu entwickeln versuchte. Unter dem Dach des 1995 gegründeten *Forums der Armen* (engl. Assembly of the Poor)

hatten sich landesweit verschiedene Netzwerke und Gruppen zusammengeschlossen: Kleinbauern und Kleinfischer, die durch Dammbauprojekte ihrer Lebensgrundlage beraubt worden waren, Kleinbauern, die mangels Landtiteln zugunsten von Plantagen von ihrem Land vertrieben worden waren. Daneben waren auch städtische Gruppen vertreten, z.B. Slumbewohner und Arbeiterinnen und Arbeiter, die von Berufskrankheiten betroffen waren. Insgesamt zählten sich etwa 36.000 Familien aus verschiedenen Regionen Thailands zum *Forum der Armen*; den Schwerpunkt bildeten jedoch Bauern und Kleinfischer aus dem Norden und dem Nordosten des Landes (Missingham 2003, S. 43ff).

Auf einem freien Gelände gegenüber dem Regierungssitz errichteten die Protestler ein „Dorf der Armen“, wo sie 99 Tage lang ausharrten und in dieser Zeit den Premierminister und Minister verschiedener Ressorts zu Verhandlungen über ihre Probleme und zu weitreichenden Zugeständnissen zwangen. Dazu hatten die Gruppen insgesamt 125 Problemfälle aufgelistet und jedes dieser Anliegen wurde direkt durch die betroffene Gruppe selbst vertreten. Für den Zeitraum der Proteste hatten sie sich allerdings untereinander verpflichtet, nicht eher auseinander zu gehen, bis alle Anliegen gelöst sind. Dabei ließen sie sich nicht mit unverbindlichen Zusagen von Regierungsbeamten abspeisen, sondern bestanden darauf, direkt mit dem Premierminister zu verhandeln und die Ergebnisse schriftlich festzuhalten und per Unterschrift besiegeln zu lassen.

Proteste von verschiedenen sozialen Gruppen waren und sind in Thailand, das oft als Land mit einer starken und aktiven Zivilgesellschaft bezeichnet wird, nichts Außergewöhnliches. Besonders in den 1990er Jahren, nachdem das Militär durch massive Proteste zeitweise aus der Politik vertrieben wurde, kam es zu einer Blüte von sozialer Mobilisierung und Demonstrationen verschiedenster Art (Pasuk/Baker 2002). Auch im Norden und Nordosten (Isan) hatten bereits andere Bauernorganisationen verschiedentlich zu Protesten mobilisiert: allen voran das *Forum der Kleinbauern im Isan* (Small Scale Farmers' Assembly of Isan, SSFAI), das über eine große Zahl formeller Mitglieder und eine zentralistische Organisationsstruktur Verhandlungs- und Mobilisierungsmacht aufgebaut hatte. Seit Beginn der 1990er Jahre organisierte das *Forum der Kleinbauern* in den Provinzen Protestmärsche, verhandelte mit Verwaltungsbeamten und Politikern und betrieb umfangreiche Lobbyarbeit (Somchai 2006, S. 86ff.).

Die Proteste des *Forums der Armen* jedoch hoben sich in mehrererlei Hinsicht von den anderen Protesten ab, was die Dauer, den Protestort, die Beharrlichkeit und den Erfolg angeht. Insbesondere aber unterschied sich das Forum der Armen durch seine charakteristische Organisationsstruktur: Das Netzwerk verfügte nur über einen skeletthaften organisatorischen Apparat und hatte keine hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für organisatorische Aufgaben und für die Pressearbeit verließ man sich auf die Hilfe von sympatisierenden Akademikerinnen und Akademikern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anderer NGOs. Von den Entscheidungsgremien wurden NGOs jedoch förmlich ausgeschlossen.

Um eine gleichmäßige Dauer des Protests zu gewährleisten, teilten sich die Demonstranten in Gruppen ein und durch ein spezielles Rotationssystem wechselten alle zwei bis drei Wochen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Wer erschöpft war, kehrte nach Hause zurück und wurde durch andere ersetzt (Somchai 2006, S. 159, Prapart 1998, S. 158). Ebenso wurde der Nachschub an Nahrungsmitteln organisiert und für die Dauer der Proteste eine komplette dörfliche Infrastruktur aufgebaut. Dezentral und in spontan koordinierter Arbeitsteilung wurde die Verantwortung für Sicherheit, Medienarbeit und Public Relations, ein kontinuierliches Bühnenprogramm zur Bildung und Unterhaltung und vieles mehr geregelt.

Der Argwohn gegenüber zentralistischen Organisationsformen schlug sich auch in der kollektiven politischen Führung des *Forums der Armen* nieder: Alle Entscheidungen wurden gemeinschaftlich in der Versammlung der *Pho Kbrua Yai*, wörtlich „Küchenchefs“ getroffen, die aus 260 Repräsentantinnen und Repräsentanten der verschiedenen Problemgruppen bestand. Während der Demonstration trafen sie sich täglich, um die Verhandlungsfortschritte zu debattieren. Die Kommunikation und Rückbindung aller Informationen an die einzelnen Protestler wurde von den *Kaen Nam*, den Verbindungsleuten zu den einzelnen Orten und Dörfern wahrgenommen. So führten die Repräsentantinnen und Repräsentanten die Verhandlungen in unmittelbarer Rückkopplung mit den Betroffenen unter Wahrnehmung eines imperativen Mandats (Missingham 2003, S. 121ff).

Der Erfolg war außergewöhnlich: Während des Protestzeitraums zwang das *Forum der Armen* die Minister und den Premier zu 38 Verhandlungen, erwirkten neun Kabinettsresolutionen und brachten drei Gesetzesinitiativen auf den Weg, die u.a. die Vertreibung von Kleinbauern aus neuerlich ausgewiesenen Naturschutzgebieten

verboten und Arbeitsschutz regelten. Darüber hinaus erreichten sie Zugeständnisse bei Kompensations- und Unterstützungszahlungen im Umfang von 4,6 Milliarden Baht (damals 170 Millionen US Dollar bzw. 250 Millionen Deutsche Mark).

Hinsichtlich der angestoßenen Gesetzesinitiativen schätzt Prudhisan (1999, S. 269), die Proteste hätten die Machtbalance in Thailand zugunsten der Armen verschoben. Baker (2000, S. 23) wertet die Zugeständnisse als Bruch mit den Gesetzen und Prozeduren, die gewöhnlich die arme Bevölkerung strukturell benachteiligten. Das Erreichte sei in der thailändischen Geschichte beispiellos (Pasuk/Baker 2002, S. 411).

Obwohl der Erfolg des Protests nur kurz währte und schon wenige Monate später eine neue Regierung alle Vereinbarungen wieder zurücknahm, avancierte das *Forum der Armen* zu einem der einflussreichsten Akteure unter den sozialen Bewegungen Thailands, um deren Solidarität sich in den folgenden Jahren immer wieder andere Bewegungen bemühten.

Die demokratische egalitäre Führung und Willensbildung ist in den folgenden Jahren beibehalten worden, hat jedoch nicht mehr eine Gegenmacht (oder besser: Anti-Macht) aufbauen können, um den staatlichen Stellen ähnliche Zugeständnisse abzutrotzen oder substanzielle Alternativen zu bilden (Somchai 2006). D.h. der Protest von 1997 blieb ein singuläres, wenngleich nachhaltig wirkendes Ereignis. In der politischen Konfrontation, die 2006 mit den Massenmobilisierungen gegen Premier Thaksin Shinawatra ihren Anfang nahm und sich bis zur bürgerkriegsähnlichen Konfrontation im Jahr 2010 steigerte, spielt das *Forum der Armen* keine eigenständige Rolle. Allerdings wirkt das *Forum* nach, einerseits insofern als Organisationsfragen auch innerhalb der beiden derzeitigen Blöcke *Gelb-* vs. *Rot-Hemden* im Zusammenhang mit der Frage von Parteigründungen stark diskutiert werden; andererseits insofern als dass die Protestform der symbolischen Belagerung von Gelb- und Rothemden aufgegriffen und radikalisiert wurde – z.B. in Form der Flughafenbelagerung durch die Gelbhemden im Winter 2008 und die Besetzung der Geschäftsviertel um die Ratchaprasong-Kreuzung durch die Rothemden 2010 (Schaffar 2010).

In den Protestformen und der dabei eingesetzten Organisationsstrategie wird die kritische Haltung des *Forums der Armen* gegenüber dem Staat deutlich: Die basisdemokratischen kollektiven

Entscheidungsstrukturen auf der Mikroebene, das Verbot von Parteifunktionären, Funktionen in der Bewegung wahr zu nehmen, sowie das Beharren darauf, unter Umgehung aller formellen institutionalisierten Partizipationskanäle nur direkt mit dem Premier zu verhandeln, drückt das Misstrauen gegen etablierte staatliche Strukturen und gegen partei- oder gewerkschaftsförmige Strukturen politischer Repräsentation aus. Hier ist eine deutliche Parallele zu den Organisationsformen der Zapatisten in Mexiko (Pye 2009) und der Aymara in El Alto in Bolivien zu erkennen.

Beide Bewegungen sind durch Proteste und Kampagnen bekannt geworden, bei denen sie die Staatsmacht mit anti-staatlichen Organisationsmethoden herausgefordert haben: Die Zapatisten durch einen (symbolisch) bewaffneten Aufstand seit 1994, der in einen langen Verhandlungsprozess um regionale Autonomie, die Anerkennung von indigenen Rechten etc. mündete, und dessen Ergebnisse schließlich im – später gescheiterten – Abkommen von San Andrés zwischen den Zapatisten und dem mexikanischen Staat festgehalten wurden. Bei der Konfrontation kamen sie jedoch nicht nur mit dem Staat als Akteur, sondern auch mit den staatlichen Formen in Konflikt, die sie ablehnten (und aus dieser Ablehnung eine besondere Verhandlungsmacht schöpften).

„Alle ihre Praktiken [der Zapatisten, Anm.d.A.] sind anti-staatlich in dem Sinne, daß sie niemals die Verhaltensformen akzeptiert haben, die der Staat vorgab. So kreisten zum Beispiel während der Friedensverhandlungen 1994 in San Cristóbal und in San Andrés viele Konflikte darum, daß die Zapatistas die Spielregeln, die die Staatsvertreter ihnen aufzwingen wollten, einfach nicht akzeptierten.“ (John Holloway in Brand 2001).

Ebenso verhält es sich mit der indigenen Bewegung der Aymara in El Alto. Ihre Proteste stehen in einer Reihe mit Aufständen in Bolivien wie dem Wasserkrieg von Cochabamba und anderen Protestereignissen. Die Aymara beehrten 2003 mit tagelangen Straßenkämpfen und Blockaden gegen die Privatisierung der Gasversorgung auf, stürzten schließlich die Regierung und trugen zu einem fundamentalen Regierungswechsel bei. Wie auch das *Forum der Armen* beruhte die Proteststrategie auf einer bewusst nicht-hierarchischen Organisationsform, in der sich einzelne autonome Gruppen spontan und zeitlich befristet koordinierten:

„Ihre militärische Organisation [der Aymara, Anm.d.A.] ist so anti-staatlich, wie man es sich nur vorstellen kann. Noch antistatlicher als

die zapatistische. Denn es ist eine Konföderation der Gemeinschaften [...]. Es gibt kein zentrales Kommando und keinen Generalstab. Die Befehlsgewalt wird jeden Tag neu ausgehandelt und hängt von den verschiedenen kommunitären Blöcken ab, die gekommen sind.“ (Zibechi 2009, S. 145).

Der Zusammenhang zwischen sozialer Basis und Organisationsform

Bis in die 1990er Jahre wurden politische Proteste in Thailand als von der städtischen Mittelschicht getragene Konflikte gesehen⁵. Zentrale historische Protestereignisse waren in den 1970er Jahren Studentenproteste, im Zuge derer 1973 das Militär zurückgedrängt und eine kurze Phase der zivilen Demokratie eingeleitet wurde. Nach der Niederschlagung einer weiteren Protestwelle von Studenten im Oktober 1976 ergriff das Militär erneut die Macht und viele Studierende flohen in den Dschungel und schlossen sich der kommunistischen Partei an, die im Nordosten des Landes einen Guerilla-Kampf führte. Die meisten der politisierten Studierenden nutzen jedoch später ein Amnestiegesetz, kehrten in das gesellschaftliche Leben zurück und setzen ihr politisches Engagement über die Gründung von NGOs fort, deren Zahl im Verlauf der 1980er Jahre in Thailand sprunghaft anstieg und als NGO-Boom in die politische Geschichte Thailands einging. Schließlich etablierten die Pro-Demokratieproteste von 1992, die in den Augen zahlreicher Analysten von der städtischen Mittelschicht aus den Geschäftsvierteln Bangkoks getragen wurden und die das Militärregime zugunsten einer zivilen Regierung zurückdrängten, Thailand als Lehrbuchbeispiel der Modernisierungstheorie (Laothammatas 1993).

Dem gegenüber war mit dem *Forum der Armen* ein Akteur auf der politischen Bühne erschienen, der sich völlig von den früher wahrgenommenen Akteuren unterschied: sowohl von seiner unübersehbar ländlichen Basis, von seiner internen Organisation – kei-

5 Diese Sichtweise ist die bis heute dominante, auch wenn sie umkämpft ist. So z.B. bei den Demokratiedemonstrationen 1992, die gemeinhin als Mittelklassenbewegung dargestellt wird. Gegen diese Interpretation stellt Somsak (1993) die Rolle der Gewerkschaften heraus, Pye (2005) die Rolle der ländlichen Bewegungen und Ji Giles (1999) führt eine alternative Klassenanalyse an.

ne NGO-artig, gewerkschaftlich oder parteiförmig straffe Organisation – und seiner Proteststrategie – Dauerprotest als symbolische Belagerung des Regierungssitzes. Die Organisationsstrategie wurde daher von Anfang an in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen aufgegriffen: Standardwerke wie Prapart (1998) diskutieren das *Forum* unter dem Paradigma der Neuen Sozialen Bewegungen und führen seinen Erfolg in der Folge US-amerikanischer Politikzyklus-Forschung auf die Faktoren, „neue Organisationsform“ (Netzwerk) neben „politischer Gelegenheitsstruktur“ und Allianzen mit der Mittelklasse zurück. Missingham (2003) stellt als Anthropologe die internen Organisationsformen ins Zentrum seiner Untersuchung und sieht hier eine neue basisdemokratische Praxis entstehen, die das Potenzial habe, die thailändische Zivilgesellschaft jenseits von NGO-geprägten Formen des politischen Engagements zu demokratisieren (Missingham 2003:173ff.).

Baker (2000) eröffnet schließlich einen Diskussionsstrang, das *Forum* unter Bezugnahme auf andere ländliche Widerstandsbewegungen des globalen Südens zu analysieren. In seiner Arbeit stellt er das *Forum der Armen* den Neuen Bauernbewegungen in Indien gegenüber – eine Debatte, die Somchai (2006) ebenfalls aufgreift. Pye (2009) wiederum erkennt weitreichende Parallelen zu den Zapatisten, mit dem Unterschied, dass das *Forum* nicht die gleiche internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnte. Bei der Einschätzung der verschiedenen ländlichen Bewegungen betrachten die Autoren in unterschiedlicher Gewichtung Parameter, wie die soziale Basis der Bewegung, die gesellschaftliche Analyse und den Inhalt ihrer Forderungen, die gewählten Protestformen und die Organisationsform der Bewegungen. Bei der Frage, in welchem Zusammenhang die Parameter zueinander stehen, insbesondere bezüglich der Frage, inwieweit die Organisationsform in einem systematischen Zusammenhang zur sozialen Basis der Bewegung und den Produktionsverhältnissen, in denen sich die Träger der Bewegung finden – kurz: ihrer Klassenstruktur – zusammenhängt, sind die Darstellungen jedoch uneinheitlich bzw. kommen zu konträren Ergebnissen.

Am deutlichsten wird dieser Widerspruch in der Darstellung von Baker (2000) selbst. Die Debatte um neue Bauernbewegungen geht auf eine Konferenz 1993 zurück (dokumentiert in Brass (1994a) und Brass (1995)) und wurde in den folgenden Jahren im *Journal of Peasant Studies* weitergeführt. Hier wurden erstmals

zahlreiche Bauernbewegungen, die in Indien seit den 1970er Jahren zu einem politischen Faktor wurden, unter dem Muster der Bewegungsforschung analysiert. Parallel zu den in der westlichen Bewegungsforschung etablierten Kategorien von Neuen Sozialen Bewegungen vs. alter Arbeiterbewegung sehen Lindberg (1994), Omvelt (1994) und Brass (1994a,b) auch im ländlichen Bereich einen Paradigmenwechsel (für eine Zusammenfassung vgl. Hoering 2009). Die „alten“ ländlichen Bewegungen agierten weitgehend als Massenorganisationen kommunistischer Parteien und thematisierten von einer materialistischen Analyse ausgehend an zentraler Stelle die Landfrage (Landreform, Pachtverhältnisse) – mithin den Zugang zu Produktionsmitteln. Da hier ein Klassenbegriff den Ausgangspunkt für den politischen Kampf bildete, und die Partei die Organisationsform der Wahl war, radikale Forderungen nach sozialem Wandel vorzubringen, werden diese Bewegungen als ländliches Pendant zu den Arbeiterbewegungen gesehen.

Die ländlichen Bewegungen, die sich seit den 1970er Jahren in Indien als regionale Machtfaktoren herausbildeten, setzten sich in mehrerlei Hinsicht von diesen alten Bewegungen ab. Sie wurden getragen von einer neuen Schicht von Landwirten, die im Zuge der Entwicklungsoffensive der *Grünen Revolution* entstanden war. Mithilfe von staatlichen Subventionen, anfänglichen Preisgarantien und einem Paket aus ertragreicherem Saatgut, Bewässerung, Dünger und Pestiziden trieb die indische Regierung die Durchsetzung kommerzieller Landwirtschaft voran und so entstand ab Mitte der 1960er Jahre eine neue Schicht von mittelständischen marktorientierten Bauern (Hoering 2009:61ff). Die Probleme dieser neuen Bauern waren nicht so sehr der fehlende Zugang zu Land, sondern – ebenso existenziell – die starken Schwankungen der Weltmarktpreise, die Abhängigkeit von Saatgutfirmen, Degradierung von Ackerland durch die intensive Nutzung etc. Als neu erschienen die Bewegungen dieser Bauern wegen ihrer Organisationsform, die auch als Folge der neuen sozialen Basis und damit einhergehenden Analyse angesehen wurde: Nicht mehr eine parteiförmige Organisierung mit klarer Mitgliederstruktur und Entscheidungshierarchie, sondern netzwerkartige kampagnenzentrierte Allianzen verschiedener Akteure, die strategische Zusammenarbeit mit städtischen Mittelschichten/NGOs, die sich z.B. für Umweltthemen engagierten, prägten das Erscheinungsbild der neuen Bauernbewegungen. Über Themen wie die Ablehnung genmanipulierten Saatguts schlossen sich Bewegung-

gen wie die *Karnataka Raiya Ryota Sangh* (KRRS, Karnataka State Farmers' Association) über patchwork-artige Vernetzungen und Allianzen der globalisierungskritischen Bewegung an und wurden so wichtige Akteure in den Kampagne gegen das von der WTO durchgesetzte Patentregime (TRIPs), thematisierten Biopiraterie und andere Probleme der globalisierten industriellen Landwirtschaft (Hoering 2009, S. 58ff.). Gegen die Weltmarktorientierung des indischen Staates, die als Fortschreibung kolonialer Ausbeutungsverhältnisse angeprangert wurde, diente als ideologischer Bezugspunkt eine Rückbesinnung auf das „wahre Indien“ (Bharat) und seine lokalen Traditionen. Unter Berufung auf ghandianische Vorstellungen autonomer Dorfrepubliken, die basisdemokratisch organisiert und politisch und wirtschaftlich unabhängig sind, verschränkten sich in den neuen Bauernbewegungen die gesellschaftliche Analyse mit Vorstellungen alternativer politischer Organisationsformen. Byres fasst dies folgendermaßen zusammen: „We have four senses in which a new phenomenon is suggested: agency had passed from ‘peasants’ to ‘farmers’; the central focus of rural agitation had shifted from land to prices; the essential agitational form was a non-party one; and distinctive, novel methods of agitation were employed.“ (Byres 1995, S. 2).

Die Debatte um die neuen Bauernbewegungen entzündet sich größtenteils an der Einschätzung, in wie weit sie als fortschrittlicher politischer Akteur gesehen werden können: Veltmeyer (1997) attestiert den von den neuen Bauernbewegungen vorgebrachten Problemen eine verdeckte materialistische Grundlage und das Potenzial, neben den von ihnen vorgetragenen „single issues“ auch emanzipatorische (Klassen-)Politik vorantreiben zu können. Brass (1994ab) jedoch sieht besonders in der Orientierung auf lokale Traditionen eine Form von Populismus, der es der städtischen Bourgeoisie erlaubt, Kasten- und Klassenunterschiede auf lokaler Ebene auszublenden und die ländliche Bevölkerung und ihre Ablehnung globalisierter Wirtschaftskreisläufe für die Verteidigung eines nationalen Akkumulationsprojekts zu instrumentalisieren (Brass 1994a, S. 8). In einer Arbeit von 2005 spitzt er seine Kritik zu und erkennt auch bei den Zapatisten in der Tendenz der Indigenisierung einen Zug, der strategisch gefährlich ist, da er eine internationalistische Solidarisierung anhand von Klassenzugehörigkeit verhindert und anschlussfähig ist für konservative, rückwärtsgewandte soziale Bewegungen und Ideologien (Brass 2005).

Baker unternimmt eine Analyse des *Forums der Armen* in Thailand vor dem Hintergrund dieser Debatte. Er erkennt in Thailand ebenfalls eine soziale Schichtung bei der ländlichen Bevölkerung: Weniger als klar unterscheidbare Klassen, sondern vielmehr auf einem Kontinuum finden sich auf der einen Seite Bauern, größtenteils in den erst jüngst urbar gemachten, entlegenen Gebieten des Nordens und Nordostens, die über keinen Landtitel verfügen und meist auf Subsistenzniveau wirtschaften. Diesen Bauern stehen auf der anderen Seite die weitgehend in das System kommerzieller Landwirtschaft integrierten Bauern der Zentralebene gegenüber, die eher als ländlicher Mittelstand eingeordnet werden können (Baker 2000, Pasuk/Baker 2002).

Seit der Niederlage der kommunistischen Partei in Thailand und dem Scheitern früherer radikaler Bauernorganisationen, die wie z.B. die *Samakkitham*-Bewegung in Allianz mit den Kommunisten arbeiteten (Somchai 2006, S. 40f), hatten sich Bauern aus allen Schichten seit Ende der 1980er Jahre im *Forum der Kleinbauern im Isan* (Small Scale Farmers' Assembly of Isan, SSFAI) organisiert. Das *Forum der Armen* entstand als eine Abspaltung vom *Forum der Kleinbauern des Isan* (Small Scale Farmers Association of Isan, SSFAI) und Baker sieht in dieser Spaltung die politische Formierung unterschiedlicher sozialer Schichten: Während die mittelständischen Bauern im *Forum der Kleinbauern* zurückblieben und als zentralistisch organisierte Vereinigung eine Lobbystrategie verfolgten, hätten sich im *Forum der Armen* die ärmeren marginalisierten Bauern zusammengeschlossen, die von der Vertreibung aus neu ausgewiesenen Wiederaufforstungsgebieten bedroht und durch Infrastrukturprojekte ihres Landes beraubt waren. Folglich thematisierten die im *Forum der Armen* zusammengeschlossenen Bauern als zentrales Problem die Landfrage⁶, die sie durch radikalere Protestformen wie dem Belagern des Regierungssitzes zu lösen versuchten. In dieser Art identifiziert Baker das *Forum der Armen* bezüglich der Forderungen und der Radikalität als alte Bauernbewegung im Sinne von Brass.

6 Das Forum formulierte zwar keine Forderung nach einer umfassenden Landreform. Ich interpretiere jedoch die Forderung nach Kompensation für enteignetes Land und den Kampf gegen die Ausweisung aus neu eingerichteten Naturschutzgebieten als Konflikte um die Landfrage im Sinne von Brass (1994a).

Bei dieser Zuordnung bleibt jedoch offen, wie es zu den Organisationsformen kommt: Warum wählten die mittelständischen Bauern im *Forum der Kleinbauern* eine zentralistische Organisation und das *Forum der Armen* eine neue, völlig dezentralisierte Organisationsform? Bei Brass erscheint der Zusammenhang genau andersherum: Hier sind es die Landlosen, die in organisatorischer Allianz mit kommunistischen Parteien die Land- und Machtfrage stellen, während die Neuen Bauernbewegungen eher dem Paradigma der Neuen Sozialen Bewegungen folgen und eine netzwerkartige Struktur und symbolische Protestformen wählen. Die Pluralität der Anliegen – neben ökonomischen auch Fragen von Umweltschutz, Geschlechter- und Identitätsfragen – spiegelt sich in der dezentralen offenen Struktur, in der kampagnenorientierte zeitlich begrenzte Allianzen zwischen ansonsten autonom arbeitenden Gruppen eingegangen werden.

In diesem Zusammenhang ist die Arbeit von Somchai (2006, S. 91-93, 128-133) interessant: Er folgt in seiner Untersuchung dem Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz und weist jedweden Zusammenhang zwischen den ökonomischer Basis und der Organisationsform zurück. Das ist z.T. auf seine theoriebedingte generelle Skepsis gegenüber kritisch-materialistischen Erklärungen zurückzuführen – seine Daten geben dennoch einen wichtigen Hinweis. Er verfolgt verschiedene ländliche Bewegungen über einen längeren Zeitraum und stellt fest, dass sowohl im *Forum der Armen* als auch im Forum der Kleinbauern Bauern verschiedener Einkommensschichten und lokaler Produktionsverhältnisse vertreten waren.

Die Organisationsform einer Gruppe aus den lokalen Produktionsverhältnissen ihrer Mitglieder herzuleiten, ist dennoch eine gängige Gedankenfigur und wird z.B. auch von anderen Autoren in Bezug auf die Zapatisten und die Aymara angenommen: Nach Washbrook (2005) und Solís (2005) werden die Zapatisten von Landlosen, indigenen Landarbeitern oder durch Ausweisung von Schutzgebieten zu illegalen Siedlern erklärten Bauern getragen. Diese prekären Produktionsverhältnisse spiegeln sich in Forderungen nach Land und Autonomie – “Tierra y Libertad” – wider, und die von den Zapatisten in den autonomen Gebieten vorgenommene Landumverteilung ist radikal im Sinne der alten Bauernbewegungen Indiens. Ihre Organisationsform jedoch ist geprägt von der Zurückweisung zentralistischer Organisation, vom Einsatz symbolischer Protestformen und der Orientierung auf indigene Alternativen zur

globalisierten Wirtschaft: Merkmale, die in Indien als typisch für neue Bauernbewegungen identifiziert wurden. Ein ähnliches Bild ergibt die Betrachtung der Aymara in El Alto. Zibechi (2009) argumentiert, dass die soziale Basis dieser Bewegung der der Zapatisten entspricht – mit dem Unterschied, dass es sich nicht um landlose Bauern, sondern um arbeitslose Minenarbeiter handelt, die in die Stadt migriert sind und dort im informellen Sektor arbeiten. Auf dieser Grundlage setzt er die ökonomische Situation der Aymara in El Alto mit denen der Indigenen in Chiapas gleich und leitet daraus die Entstehung einer kommunitären Organisierung ab, wie sie sonst nur in ländlichen Räumen existiere (Zibechi 2009, S. 43ff).

Zwischenresümee

Obwohl viele Autorinnen und Autoren die Organisationsform von Bewegungen mit den Produktionsverhältnissen ihrer Mitglieder zusammendenken, ergibt sich kein kohärentes Bild: Als Trägerinnen und Träger der Bewegungen finden wir so unterschiedliche Gruppen wie mittelständische Bauern in Indien, Landlose und Landarbeiter in Chiapas, Subsistenzbauern und von Infrastrukturmaßnahmen bedrohte Kleinbauern in Isan, und schließlich ehemalige Minenarbeiter in Bolivien, die im städtischen informellen Sektor ein Auskommen suchen. Dabei werden im Fall Indiens die charakteristischen Organisationsformen genau mit einer Gruppe zusammengebracht, die sich durch ihre Einbindung in kapitalistische Formen der landwirtschaftlichen Produktion auszeichnet, während in den anderen Beispielen die Gedankenfigur vorherrscht, dass nicht-kapitalistische, informelle Produktionsweisen, die als Antwort auf eine besonders prekäre ökonomische Situation entstehen, mit der besonderen Form solidarischer Organisierung einhergehen.

Andere Quellen der Organisationsstruktur: Lokalismus und Ethnizität

Was die Bewegungen jenseits der unterschiedlichen ökonomischen Situation ihrer Mitglieder gleichermaßen verbindet, ist eine Orientierung auf lokale, indigene Zusammenhänge. Dieser Bezug ist auf zwei Ebenen augenfällig: Einerseits werden die innovativen Organisationsformen, die sich bei den Protesten als besonders

widerstandsfähig erwiesen haben, mit indigenen Bezeichnungen belegt. Es wird suggeriert, dass es sich um traditionelle Organisationsformen handelt. Darüber hinaus tragen die Bewegungen grob gesprochen eine Analyse vor, die die Lösung der Probleme in einer Abkehr von globalen wirtschaftlichen Zusammenhängen und einer (Rück-)Orientierung auf lokale Traditionen, soziale Gemeinschaften und lokaler wirtschaftlicher Unabhängigkeit propagiert. D.h. hier spielt die Orientierung auf indigene Traditionen als Vision der Problemlösung eine utopische, in die Zukunft gerichtete Rolle.

Die Orientierung der neuen Bauernbewegungen in Indien auf ghandianische Traditionen und auf die Vorstellung des wahren vorkolonialen Indien (Bharat) habe ich bereits erwähnt. Bei den Zapatisten in Mexiko und den Bewegungen in Bolivien und Ecuador ist die Indigenisierung der Organisationsstruktur ebenso belegt (Ströbele-Gregor 2009). Besonders bekannt wurden die 2003 unter der Bezeichnung *Caracoles* („Schneckenmuschel“) eingerichteten administrativen Zentren in den zapatistisch verwalteten Gebieten in Chiapas, in denen *Juntas de Buen Gobierno* („Räte der guten Regierung“) arbeiten.

In El Alto orientieren sich die Nachbarschaftsvereinigungen an den politischen und sozialen Praktiken der indigenen Dorfgemeinschaften *ayllu*. Zibechi sieht in dieser *ayllu*-Denkweise die Grundlage für die massenhafte und anti-staatliche Mobilisierung während der Aufstände. Gleichzeitig dient die Orientierung an den indigenen Organisationsformen als Vision für den Aufbau eines Aymara-Staats⁷ (Zibechi 2009, S. 137).

Bezüglich des *Forums der Armen* sind beide Aspekte der Orientierung auf indigene lokale Traditionen augenfällig: Die politische Ausrichtung des Forums ist maßgeblich von der Schule des Lokalismus geprägt. Somchai (2006, S. 62ff.) charakterisiert diese Denkrichtung als eine von zwei konkurrierenden politischen Orientierungen, die in den sozialen Bewegungen Thailands kontrovers diskutiert wurden. Dabei stand die marxistisch ausgerichtete Schule der Politischen

7 Die Redeweise von einem Aymara-Staat ist, wie Zibechi (2009) ausführt, in diesem Zusammenhang irreführend, da eine Konföderation von autonomen Gemeinschaften angestrebt wird. „Staat“ im Sinne einer zentralistisch verwalteten politischen Einheit wird ja gerade abgelehnt.

Ökonomie, die eine klassisch marxistische Analyse vortrug, den Vertretern des Lokalismus oder der *Community Culture* gegenüber, die als Antwort auf die Verwerfungen des Kapitalismus eine Rückkehr zu kleinteiligen, subsistenzbasierten Wirtschaftszusammenhängen auf der Dorfebene propagierten. „Die Antwort liegt im Dorf“ mit seiner lokalen Weisheit, indigener Kultur, traditionellen Anbautechniken und buddhistischen Werten, fasst Somchai (2006, S. 64) das Credo der Lokalisten zusammen⁸.

Jenseits der politischen Analyse ist die Orientierung des *Forum der Armen* an lokalen Traditionen auch deutlich an der Symbolik der Proteste und den Organisationsstrategien während der Mobilisierung zu erkennen: Mehr noch als den organisatorischen Neuerungen misst Baker den Erfolg der wirkmächtigen Symbolik der Proteste zu: Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen der Unruheprovinz Isan interpretierte die Zentralregierung den Marsch auf die Hauptstadt als existenzielle Bedrohung. Nicht nur war Isan als Rückzugsort der kommunistischen Partei und Schauplatz eines jahrelangen Guerillakriegs noch frisch in Erinnerung. Seit der Eingliederung der Provinz in den thailändischen Staat Ende des 19. Jahrhunderts gingen von hier immer wieder Rebellionen aus, bei denen die Aufständischen drohten, Bangkok zu überrennen. Das bedrohlichste Ereignis war dabei der Aufstand der *Heiligen Männer* von 1902, eine von charismatischen politischen Führern angeführte Rebellion, die erst durch den Einsatz der Armee beendet werden konnte und mehrere hundert Opfer unter den Aufständischen forderte (Somchai 2006, S. 24ff)⁹. In den „Sturm auf Bangkok“ des

8 Vgl. Thongchai (2008) für eine kritische Aufarbeitung der Schule der Lokalisten. Bemerkenswert ist, dass die zentralen Vertreterinnen und Vertreter der *Community Culture*-Schule ehemalige Studierende sind, die nach dem Putsch von 1976 zeitweise in den Dschungel geflohen waren, um sich dem Guerilla-Kampf der Kommunistischen Partei anzuschließen, später jedoch auf der Grundlage eines Amnestiegesetzes als NGO-Gründer politisch aktiv wurden. In einem Vortrag während der AkG-Konferenz 2006 haben Oliver Pye und der Autor die These vertreten, dass die Erfahrung der Niederlage parteiförmig organisierter Oppositionsbewegungen in verschiedenen Ländern zur Hinwendung zu alternativen, hierarchiefreien Organisationsformen geführt hat.

9 Die ungebrochene Angst der Zentralthailänder und Bangkokker vor den „wildem Horden aus dem Nordosten“ zeigte sich auch in der pejorativen Berichterstattung und im unverhältnismäßig gewalttätigen

Forums der Armen waren jedoch explizit friedliche Symbole eingebettet, um ein militärisches Eingreifen abzuwenden: an der Spitze der Umzüge wurden Bilder des Königs und der Königin getragen und Frauen tanzten wie bei einer religiösen Prozession vorweg.

Zusätzlich zu dem von Baker herausgestellten Symbolismus zeigt sich in den Organisationsstrukturen auf der Mikro-Ebene ein Rückgriff auf traditionelle Elemente: Das Lied „Forum der Armen“, die Hymne der Bewegung, wurde von einem *Mo Lam*-Sänger vorgelesen. Diese Musikgattung – eine Art gesungener Epos zwischen Liedvorführung und Theateraufführung – wird von fahrenden Sängern im Nordosten gepflegt und dient durch eingeflochtene Textfragmente auch als Kommunikationsmittel und zur politischen Mobilisierung. Es waren genau diese Art fahrende Sänger, die schon für die große Revolte der *Heiligen Männer* 1902 mobilisierten¹⁰.

Mit den *Kaen Nam*, den Mittelsmännern und -frauen griff das Forum auf eine dörfliche Organisationsstruktur jenseits der durch die Dorfvorsteher gegebenen staatlich sanktionierten Strukturen zurück, und als Treffpunkt für *Pho Khrua Yai*-Treffen und andere Koordinierungstreffen nutzten die Gruppen den örtlichen Tempel, – ebenfalls wegen seines Status als nicht-staatlichen, traditionellen Ort für Treffen der Dorfgemeinschaft. Treffen werden mit einer Zeremonie des *Bai Si Su Kwan* beendet, einer quasi-religiösen Zeremonie, bei der die Seelen angerufen und mit kleinen Baumwollbändchen um das Handgelenk festgehalten werden (Missingham 2003, S. 187). Pasuk/Baker (2002, S. 69) erklären diese Zeremonie als Ritus, der die egalitäre dörfliche Sozialstruktur untermauert. Volkstümlich-religiöse Zeremonien wurden darüber hinaus auch bei den Demonstrationen in Bangkok abgehalten, wie z.B. das Weißen der Protestbühne durch heiliges Wasser.

Zwischenresümee

Die hier betrachteten Bewegungen verbindet, dass die charakteristischen Organisationsformen mit den ländlichen Regionen, in

Vorgehen der Sicherheitskräfte während des Aufstands der Rothemden im März und April 2010.

10 Vgl. Somchai (2006, S. 28), Pasuk/Baker (2002), sowie zur Kommunikations- und Mobilisierungsstrategie ländlicher Bewegungen Pye (2005, S. 199ff).

denen die Bewegungen entstanden sind, und den dortigen indigenen Kulturen in Verbindung stehen: Nicht nur wird als Alternative zur Einbindung in globale kapitalistische Strukturen eine Rückbesinnung auf traditionelle, indigene Produktionsweisen propagiert. Die Orientierung „Zurück zum Dorf“ spiegelt sich auch in der Organisationsweise bei politischen Protestereignissen. In dieser Hinsicht gleichen sich die betrachteten Bewegungen in frappierender Weise: Prinzipien wie eine möglichst flache Hierarchie, Ämterrotation zur Vermeidung von Amtsmissbrauch und eine Aufsplitterung in autonom handelnde Kleingruppen, die nur zeitlich begrenzt für einen bestimmten Zweck kooperieren, finden sich bei allen Bewegungen.

Was sich jedoch nicht unmittelbar erschließt, ist der Zusammenhang zwischen der ideellen Orientierung auf eine dörfliche Gemeinschaft (und der dortigen flachen Hierarchie) als Utopie einer besseren Welt und dem Einsatz von basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen als Kampfmittel bzw. als eine für die Konfrontation mit dem Staat geeignete robuste Organisationsstrategie.

Die Kunst, nicht regiert zu werden

Scott eröffnet in seinem Buch *The Art of Not Being Governed – An Anarchist History of Upland Southeast Asia* eine neue Perspektive auf Organisationsformen und bietet dabei einen Ansatz, gerade die widerständigen Bewegungen aus den ländlichen Gebieten in einen größeren historischen und geographischen Zusammenhang zu stellen.

Durch seinen Ansatz ist es möglich, die unterschiedlichen Ebenen der Orientierung auf indigene Traditionen – Utopie und Kampfmittel – zusammen zu denken.

Sein Ansatz führt weiterhin zu einer systematischen Erklärung des Zusammenhangs zwischen Produktionsverhältnissen und Organisationsstruktur. Dabei kehrt er das Verhältnis um: nicht die Ökonomie (die Produktionsverhältnisse der Träger einer Bewegung) bedingt deren Organisationsform, sondern umgekehrt: die Produktionsweise ist eine Folge der Organisationsform, und diese ist aus strategischen Gründen bewusst gewählt.

Scott stellt die gesamte Geschichte, gesellschaftliche Entwicklung und Genese von Kultur als Folge der Dynamik von Staats-

bildungsprozessen dar und gibt damit der Geschichtsschreibung eine organisationstheoretische Wendung. Zentrales Moment der Dynamik ist die Spannung zwischen einerseits den Anstrengungen des Staates, seine Bewohner in den Staat einzugliedern, zu verwalten und so den Zugriff über Arbeits- und Kriegsdienst und Steuern zu gewährleisten, und andererseits den Strategien der Menschen, sich dieser Einverleibung in den Staat z.B. durch Flucht zu entziehen. Die historischen und ethnologischen Quellen, auf die er seine Untersuchung stützt, reichen von Berichten von chinesischen Verwaltungsbeamten der Qing-Dynastie, die sich über die Schwierigkeit der Verwaltung der südlichen Bergregionen beklagen, Aufzeichnungen von britischen Kolonialbeamten, die von der Unmöglichkeit berichten, die Bergvölker ins Kolonialreich einzubinden, bis hin zu Ethnologen, die von der ethnischen Vielfalt der Bergregionen Südostasiens beeindruckt waren. Seine Thesen formuliert Scott jedoch so allgemein, dass er auch beansprucht, regionen- und kulturunabhängig eine Grunddynamik der sozialen und politischen Entwicklung der Menschheitsgeschichte zu erfassen.

Ethnologen haben seit langem die Sozialstruktur in Südostasien durch die Dichotomie zwischen Tal- und Bergbewohnern charakterisiert (Leach 1954). In den Tälern finden wir integrierte Staaten mit ausdifferenzierten Staatsapparaten und mit einer ausgeprägten sozialen Stratifizierung, die die Gesellschaft in Aristokraten, Beamte und Untertanen verschiedener Klassen unterteilt. Zentrale Beispiele sind die historischen Staaten in den Ebenen und Flusstälern des Irrawaddy, des Chao-Praya und des Mekong wie Pagan, Pegu, Sukhothai, Ayutthaya, Angkor und andere. Von den Untertanen werden neben Steuern auch Arbeits- und Kriegsdienste abverlangt. Die Staaten legitimieren ihr politisches System über die aus dem indischen Kulturkreis entlehnte Staatsideologie, in der sich abstrakte religiöse mit politischen Vorstellungen treffen, und die durch einen ideologischen Apparat durch Tempelbauten, Kulthandlungen abgesichert wird. Es handelt sich um Schriftkulturen, die sich auf z.T. Jahrtausende alte Traditionen berufen.

Demgegenüber zeichnen sich die Ethnien der Bergregionen durch ihre flache soziale Hierarchie, egalitäre Gesellschaften, große kulturelle und religiöse Diversität sowie Animismus aus. Die Kulturen sind orale Kulturen, und es finden sich kleinste Sprachgemeinschaften, die zu genetisch verschiedenen Sprachfamilien gehören, auf engstem Raum nebeneinander. Scott führt diese Dichotomie auf

eine einzige Dynamik zurück – auf den Versuch der Staaten den Zugriff auf die Bevölkerung zu sichern auf der einen, und den Widerstand der Bevölkerung, die sich durch Flucht in die Berge und andere Mittel dem Zugriff des Staats entzog, auf der anderen Seite.

Ökonomische Grundlage für Staatsprojekte in Südostasien ist nach Scott der Nassreisianbau, der auf geringem Boden einen hohen Ertrag bringt. Wegen der mangelnden Transportmöglichkeiten waren die Herrscher eines Staates, der sich um eine Stadt herum bildete, darauf angewiesen, dass die ökonomische Grundlage in leicht erreichbarer Nähe zur Hauptstadt und in einer für Steuer-schätzer leicht zu erfassenden Art erbracht wurde. Das standardisierte Nassreisfeld genügte diesen Anforderungen in perfekter Weise: standardisierte quadratische Felder, Kanalsysteme, über die die Felder bewässert und gleichzeitig kontrolliert werden¹¹. Diese Anbaumethode hatte jedoch den Nachteil, dass sie arbeitsintensiv war und folglich Menschen zu einer wertvollen Ressource der Staatsprojekte wurden. Als Monokultur war sie darüber hinaus anfällig für Schädlinge und die dichte Besiedlung begünstigte die Ausbreitung von Krankheiten. Tempelbauten, Kanalanlagen, Handel, kriegerische Auseinandersetzungen mit Nachbarstaaten (bei denen es weniger um die Eroberung von Land als vielmehr um den Raub vom Menschen ging) verlangten den im Staat lebenden Menschen viel ab. Nüchtern betrachtet waren laut Scott die Lebensbedingungen als Untertan eines solchen Staates nicht besonders attraktiv.

Ein zentrales Problem der Staaten bestand daher darin, Staatsvolk zu rekrutieren, und – und das ist eine der zentralen Thesen bei Scott – bei der Stange zu halten. Denn da der gesamte südostasiatische Raum unterbesiedelt war, und die Staatsprojekte aus logistischen Gründen auf die Ebenen beschränkt waren, bot sich den Menschen immer die Möglichkeit, sich dem Zugriff des Staates durch Flucht in die Berge zu entziehen. Hier sieht Scott den Ursprung für die Bevölkerung der Berge und aus dieser Genese leitet er die charakteristischen Eigenarten dieser Ethnien ab.

Scott stellt damit das historische Selbstverständnis der Nationalstaaten Südostasiens auf den Kopf: In Thailand, Burma/Myanmar, Kambodscha aber auch in China werden gewöhnlich

11 Der bürokratische Apparat, der über den Zugriff auf Bewässerungssysteme die Bevölkerung kontrollierte, war für Wittfogel (1957) der Ausgangspunkt seiner Überlegungen zur hydraulischen Despotie.

die Bergvölker¹² als Überbleibsel der „ursprünglichen“, noch nicht kultivierten Gesellschaften gesehen, als primitive Kultur und als Vorstufe zu der verfeinerten Kultur der Staaten im Tal. Diesem Bild von ursprünglich/barbarisch versus kulturell stellt er die These entgegen, dass die Besiedlung der Berge und die Ausprägung der dortigen Kultur in einem dialektischen Prozess der Auseinandersetzung mit den Staaten im Tal stattfand, und er erklärt alle Eigenschaften der Bergvölker – vom Brandrodungsfeldanbau als dominante landwirtschaftliche Produktionsweise bis zur flachen sozialen Hierarchie – als strategisch gewählte soziale Formen, die dem Ziel dienen, sich dem Staat zu entziehen und einen Zugriff des Staates zu unterbinden.

So erklärt Scott die vorherrschende Anbaumethode, den Brandrodungsanbau, und die Wahl von Wurzelfrüchten wie Maniok (Kassava), Süßkartoffeln und Yamswurzel: Ständig wechselnde und räumlich weit gestreute Felder werden von den Bergvölkern angelegt, um sich dem Zensus der Steuerschätzer zu entziehen. Anstatt Weizen oder Trockenreis anzubauen, werden Wurzelfrüchte bevorzugt, die unsichtbar im Boden verbleiben, nicht gelagert werden müssen (und damit ebenso vor Steuerschätzern verborgen werden können). Die Bevölkerung im Tal wiederum baut Reis an, weniger, weil diese Frucht besonders gut schmeckt oder bessere Ernährungseigenschaften hat, sondern weil er sich standardisiert abmessen und gut lagern lässt und weil damit Handel getrieben werden kann.

Das Nomadentum und die kleinteilige politische Struktur (Clanstruktur) erklärt Scott ebenso als Strategie der Zurückweisung des Staates. Ohne festen Wohnort können die Menschen nicht als Untertanen erfasst und zu Diensten herangezogen werden. Eine möglichst kleinteilige Struktur verhindert, dass beim Zugriff des Staates auf eine Gruppe die gesamte Großgruppe unterworfen wird. Aber auch innerhalb der Dörfer und Clans kommt es zu Strukturen, die den Zugriff des Staates verhindern helfen. Ein Beispiel: Leach (1954) hat in seiner Untersuchung der sozialen und politischen Organisation der Kachin in den Bergregionen Nord-Burmas/Nord-Myanmars sog. *Gumlao*-Dörfer identifiziert, die besonders staatsfeindliche Strukturen zeigten und die schon der britischen Kolonialverwaltung als Orte auffielen, aus denen der Staat verbannt zu sein scheint. „In

12 Mit dem Begriff „Bergvölker“ nehme ich die Diktion der Talbewohner auf, wie z. B. Thailändisch *chao khao*.

einem Gumlao-Dorf, das praktisch eine kleine Republik darstellt, ist der Häuptling, unabhängig davon, wie wohlmeinend er auch sein mag, nicht in der Lage, die Aktionen der Dorfbewohner zu kontrollieren“, zitiert Scott einen Kolonialbeamten und fährt fort: „Diese Gebiete stellten einen Hort hartnäckiger Anarchie von egalitären Mini-Republiken dar, die schwierig zu unterwerfen, und schon gar nicht zu regieren waren.“ (Scott 2009, S. 215). Zentral für das Argument von Scott ist es, auf die Genese der *Gumlao*-Organisation hinzuweisen: Diese Dörfer entstanden entweder durch Revolutionen, durch die ein Häuptling abgesetzt wurde, oder durch die Emigration von Bewohnern aus hierarchisch strukturierten Dörfern, die nach einer anderen Lebens- und Organisationsform suchten. In ähnlicher Weise sind die Lisu, eine weitere Ethnie in Nordburma/Nord-Myanmar und Nordthailand, in die ethnologische Literatur durch die Vielzahl an Legenden eingegangen, die von der Ermordung von Dorfoberhäuptern handeln (Durrenberger 1983).

Scott geht noch weiter und führt das Phänomen ethnischer Diversität als solches auf die gleiche Dynamik zurück: Eine Vielfalt an Sprachen und Religionen und die Eigenschaft der Schriftlosigkeit (und damit auch Geschichtslosigkeit) sieht er als Vorkehrung gegen die Einverleibung in einen Staat. Er bekennt sich bei dieser Interpretation zu einem radikalen Konstruktivismus: Ethnizität und ethnische Differenzierung sei eine bewusst gewählte Strategie, sich durch möglichst breit gestreute Diversität der bürokratischen Erfassung und Eingliederung in einen Staat zu entziehen. In dieser Art verfolgt Scott die gesamte historische Entwicklung auf eine einzige Dynamik: den Staatsbildungsprozess, den er implizit als Selbstläufer, als selbstläufige Macht der Geschichte darstellt.

Obwohl Scott sich selbst nicht so verortet, kann sein Buch auch als postkoloniale Studie gelesen werden, insofern er eine radikale Re-Interpretation der Quellen der kulturellen „Zentren“ vornimmt und die Perspektive auf die Peripherie verschiebt:

Wenn z.B. die Quellen der Reiche in China und Südostasien von Barbaren in den Bergen sprechen und sich selbst als Hochkultur darstellen, interpretiert er das als den Ausdruck eines starken Abgrenzungsbedürfnisses der Talkultur, ja als ein ideologisches Konstrukt im Zusammenhang des Staatsprojekts, durch das die Bevölkerung durch die Dämonisierung des Anderen bei der Stange gehalten werden sollte. Scott re-interpretiert damit nicht einfach Quellen, er dreht die Sichtweise komplett um: Die, die keine Stimme

haben (weil die Bergvölker keine schriftlichen Quellen und keine Monumente hinterlassen haben) bringt er zum sprechen und gesteht ihnen im Kulturbildungs- und Staatsbildungsprozess eine ebenso aktive Rolle zu, wie den Trägerinnen und Trägern der sog. Hochkulturen selbst. Dadurch, dass er ihre Sprachlosigkeit als selbst gewählte Strategie interpretiert, spricht er ihnen ein hohes Maß an Agentschaft zu.

Ogleich Scott die Bergregionen Südostasiens als weltweit größtes Rückzugsgebiet sieht, in dem sich über Jahrhunderte hinweg die Dynamik der Staatsflucht entfaltete und die Kunst, nicht regiert zu werden, zu einer hohen Blüte gelangte, verweist er durch verschiedene Beispiele anderer Regionen und Kontinente auf den universellen Charakter und die globale Geltung seiner Darstellung. Berber in Nordafrika, Kosaken in Südrussland, und Indigene am Rande der Hochebenen Lateinamerikas, auf denen sich die Andenkulturen bildeten.

Mit der Aufteilung der Welt in Staaten sieht Scott die Dynamik jedoch erloschen: Jetzt, da keine Rückzugsorte mehr existierten, habe sich das Prinzip der staatlichen Unterwerfung und Herrschaft universalisiert. Die Kunst, nicht regiert zu werden, sei mit der Erschließung der letzten abgelegenen Bergregionen durch Infrastrukturmaßnahmen eine aussterbende Kunst (Scott 2009, S. 324ff.).

Die Organisationsstruktur des *Forums der Armen* als „Kunst, nicht regiert zu werden“

Obwohl Scotts Buch stellenweise recht schemenhaft verschiedenste Phänomene unter seine zentrale These einzuordnen versucht, eröffnet er eine neue Perspektive auf das Phänomen der heutigen ländlichen Widerstandsbewegungen und den Elementen von Ethnizität, die hierbei eine Rolle spielen. Vor dem Hintergrund der radikal konstruktivistischen Perspektive auf Ethnizität von Scott werde ich in den folgenden Abschnitten die Entstehung einiger Elemente der charakteristischen Organisationsstruktur des *Forums der Armen* nachzeichnen und dabei die These verfolgen, dass es sich um Organisationsstrategien zur Zurückweisung des Staats handelt.

Zunächst: In Thailand leben in den nördlichen Provinzen Ethnien wie die Akha, Lisu, Lahu und viele andere, die Scott als Ausgangspunkt für seine Betrachtung wählt. Einige wenige Ver-

treter dieser Gruppen haben sich unter dem Dach des *Forums der Armen* organisiert – sie sind jedoch nicht der prägende Teil der Bewegung. Die meisten der Mitglieder sind ethnische Laoten, d.h. Talbewohner, deren Kultur nicht seit Jahrhunderten durch die Techniken der Staatsverhinderung geprägt ist. Die Dynamik, um die es Scott geht, ist jedoch auch in der Geschichte der staatlichen Erschließung des Isan zu erkennen: Die Infrastrukturprojekte, vor deren Hintergrund das *Forum der Armen* entstand, waren nicht nur staatliche Entwicklungsprojekte, mit denen die entlegenen Regionen erschlossen werden sollten, sondern zeigten auch einen gewaltvollen Unterwerfungscharakter. Entwicklung diente nicht nur der ökonomischen Erschließung, sondern hatte im Nordosten immer auch einen Sicherheitsaspekt.

Pasuk/Baker (2002) unterscheiden zwei Phasen der staatlichen Expansion in die entlegenen Provinzen des Nordostens: die 1890er Jahre und 1960er Jahre. In der ersten Phase waren die Entwicklungsmaßnahmen Teil der Politik zur Nationalstaatsbildung, die der Abwehr des Zugriffs der europäischen Kolonialmächte diente. Um nicht über eine *teile-und-herrsche*-Strategie in den Einflussbereich der Briten oder Franzosen einverleibt zu werden, bedurfte es einer straffen Integration der Gebiete, d.h. einer Unterwerfung ihrer Bewohnerinnen und Bewohner unter Steuererhebung und andere Verwaltungsmaßnahmen. In den 1960er Jahren dienten die Entwicklungsmaßnahmen der Aufstandsbekämpfung und der Zurückdrängung der kommunistischen Partei. So war auch die Etablierung einer Forstverwaltung Teil eines Sicherheitskonzepts, das über eine verwaltungstechnische Integration umgesetzt wurde (Pye 2005). Entsprechend wurden die Entwicklungsmaßnahmen auch mit militärischer und paramilitärischer Gewalt durchgesetzt, wo sie auf Widerstand stießen. Allein in den 1990er Jahren wurden zahlreiche prominente Anführerinnen und Anführer von sozialen Bewegungen und Bauernbewegungen erschossen und in den ländlichen Regionen waren (und sind bis heute) staatliche sanktionierte paramilitärische Gruppen aktiv, die die widerständigen Bewegungen einschüchtern oder ihre Arbeit unterbinden sollen.

Dass die Organisationsstruktur des *Forums der Armen* eine Reaktion auf die Integrationsversuche und die gewaltvollen Unterwerfungsstrategien der Regierung war, und nicht einfach ein Rückgriff auf indigene Praktiken, wird daran deutlich, dass die zentralen Entscheidungen über die Organisationsstruktur in ei-

nem Workshop der Gründungsveranstaltung 1995 diskutiert und strategisch herausgearbeitet wurden (Somchai 2006, S. 143ff.).

„Cooperative and democratic forms of organization do not necessarily emerge ‘naturally’ or spontaneously from groups of villagers or slum dwellers. Indeed, the community organizations that constitute the Assembly emerged and developed in the face of pervasive state bureaucratic structures that extend right down into the village and cultivate a culture of bureaucratic paternalism and deference to government officials.“ (Missingham 2003, S. 175).

Zunächst waren es Sicherheitserwägungen, nicht einzelne Personen als Führungsgestalten herauszustellen und dem Zugriff staatlicher Gewalt aussetzen zu wollen. Morde an Bauernführern und Aktivistinnen und Aktivisten waren eine allgegenwärtige Gefahr, kurz vor der Gründungsversammlung des Forums der Armen war Prawien Boonngag, ein prominenter Vertreter des *Forums der Kleinbauern des Isan* ermordet worden (Somchai 2006, S. 121-122).

Daneben waren es aber vor allem die Gefahren von staatlicher Kooptierung, die kurze Zeit zuvor innerhalb des *Forums der Kleinbauern* zum Problem geworden waren. Als Antwort auf Proteste in den frühen 1990er Jahren hatte die Regierung verschiedene Fonds aufgelegt, über die Projekte zur Entschädigung und Wiederherstellung der Lebensgrundlage finanziert werden sollten. Nachdem die Bewegungen in zähem Ringen durchsetzen konnten, bei der Verwaltung des Fonds mitentscheiden zu können, wurde dem *Forum der Kleinbauern* die Etablierung einer Repräsentationsstruktur abverlangt, um in dem Verwaltungsgremium politisch legitimiert auftreten zu können. Genau diese zentralistische Struktur erwies sich als korruptionsanfällig: Die in das Gremium entsandten Repräsentanten der Betroffenen ließen sich bestechen, es kam zu Korruptionsfällen, die letztlich die gesamte Organisation nach innen schwächten und nach Außen delegitimierten (Missingham 2003, S. 195ff., Somchai 2006, S. 146ff., 169-176).

Als ein weiteres Problem erwies sich die Nähe zu politischen Parteien. Seit der Öffnung des politischen Systems nach 1992 wurden Wählerstimmen im Nordosten zu einer wichtigen Machtressource, so dass der bevölkerungsreiche Nordosten über die Mehrheit im Parlament entschied und Wahlen dort gewonnen wurden. Einzelne Führungspersönlichkeiten von sozialen Bewegungen wurden daher von politischen Parteien angeworben, Stimmenmehrheiten für

Wahlen zu organisieren. Wenn nicht direkte Korruption im Spiel war, so gerieten mindestens Sachfragen der sozialen Bewegungen in den Hintergrund und wurden von einem Machtkalkül verdrängt, das der Logik der Parteien mit ihren wechselnden Allianzen im Parlament in Bangkok folgte (Somchai 2006, S. 147-151).

Diese Erfahrungen waren es, die bei der Gründung des *Forums der Armen* zu der Strukturentscheidung führten, sich als ein Netzwerk gleichberechtigter Problemgruppen zu konstituieren, sich eine kollektive Führung zu geben und sich eine strikte Distanz zu politischen Parteien und Politikern zu verordnen (Somchai 2006, S. 157).

Eine weitere Quelle der Organisationsformen war die direkte Konfrontation mit der Staatsmacht während der Protestmärsche. Die von Baker herausgearbeitete Symbolik der Märsche auf Bangkok entstand laut Somchai (2006, S. 157-162, 111-120) eher aus Zufall in der konkreten Auseinandersetzung und nicht unter bewusstem Rückgriff auf historische Ereignisse. Das *Forum der Kleinbauern im Isan* hatte die Erfahrung gemacht, dass Demonstrationen vor dem Sitz der jeweiligen Provinzregierung wenig Erfolge bringen, da die Befugnisse eines Provinzbeamten zu begrenzt waren, um ihre Probleme mit den staatlichen Großprojekten zu lösen. Da man vor Ort nicht gehört wurde, entschieden sich die Bauern 1992 zu einem Marsch in Richtung Hauptstadt, worauf die Regierung geradezu panisch reagierte und hochrangige Beamte per Hubschrauber zu den Demonstrationen fliegen ließ, um durch Verhandlungen ihr weiteres Vorrücken zu verhindern. Als sich jedoch herausstellte, dass die Zusagen der eilig angereisten Regierungsbeamten ebenfalls nicht eingehalten wurden, beschloss das *Forum der Armen*, das Protestniveau weiter zu steigern, Bangkok symbolisch zu stürmen und den Regierungssitz zu belagern. Erst durch die panische Reaktion der Regierung bei den ersten Märschen wurde klar, welches Druckpotenzial diese Protestform barg. Und zur Protesterfahrung gehörte auch die Erkenntnis, dass spätere Märsche, die von der Regierung ignoriert wurden und kein Medienecho zeitigten, verpufften und keinerlei Wirkung zeigten.

Die Mikroorganisation der *Kaen Nam* und die arbeitsteilige Organisationsstruktur, das Rotationsprinzip zwischen den Problemgruppen in Bangkok und den Familien in der Provinz entstand im Zuge der konkreten Auseinandersetzung mit den Sicherheitskräften und als Antwort auf Versuche der Regierung, die Märsche

mit allen Mitteln zu stoppen. Ursprünglich waren die Märsche als Karawanen von landwirtschaftlichen Nutzfahrzeugen organisiert. Als die Polizei jedoch die Fahrzeuge durch Straßensperren aufhielt, verließen die Demonstranten ihre Wagen und gingen zu Fuß weiter. Da nun jedoch keine Fahrzeuge mehr zum Transport der Verpflegung bereit standen, musste die Verpflegung über rotierende Versorgungsnachschübe von den Dörfern aus geregelt werden. Gegen Provokationen der Sicherheitskräfte, die zu einer Eskalation führen sollten und eine gewaltvolle Auflösung der Märsche legitimiert hätten, wurden Sicherheitsdienste in der Nacht organisiert. Ebenfalls um Gewalteskalation zu verhindern, wurden Frauen und Kinder vorgeschickt, wenn es darum ging, die Barrikaden der Polizei zu durchbrechen (Somchai 2006, S. 111-120). Die Bezeichnung des obersten Entscheidungsorgans *Pho Khrua Yai* (Küchenchefs) schließlich mutet indigen an, ist aber als solche nicht historisch überliefert. Vielmehr handelt es sich um eine spontane Schöpfung, und ist keine feste Struktur, sondern Ort einer permanenten Selbstreflexion der Organisationsstrategie und –struktur (Missingham 2003, S. 177).

Schließlich ist auch der Rückgriff auf Mobilisierungsstrategien wie z.B. auf fahrende *Mo Lam*-Sänger und auf *Kaen Nam*, die als Boten die Kommunikation zwischen den Dörfern sicherstellten, aus der konkreten Situation erklärbar: Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die meisten Radiosender in Nordost-Thailand vom Militär kontrolliert wurden – eine Hinterlassenschaft der antikommunistischen Aufstandsbekämpfung – war der Rückgriff auf diese Kommunikationsstrategie zentraler Bestandteil der Mobilisierung unterhalb der Zugriffsmöglichkeiten des Staates.

All diese Strukturen sind schließlich bei der Organisation des *Dorfs der Armen* zum Einsatz gekommen und haben die Dauer des Protests ermöglicht und Verhandlungsstrategien der Regierung unterbinden können, mit denen die Protestler hingehalten oder gespalten werden sollten.

Bei näherer Betrachtung der Zapatisten und besonders bei den Aymara in Bolivien kommt man zu einer ähnlichen Einschätzung. Die indigen anmutende Organisationsform der Zapatisten, die oben erwähnten *Caracores* „Schneckenmuscheln“ und die *Räte der guten Regierung* sind eine Neuschöpfung der Zapatisten aus dem Jahr 2003, bei deren Errichtung die Erfahrungen des Aufstands der zurückliegenden Jahre einfluss. Was als indigene *ayllu*-Strukturen

der Aymara in El Alto bekannt wurde, ist das Ergebnis einer Re-Indigenisierung von Bergarbeitern. Durch die Einbindung Boliviens in den Weltmarkt mussten zahlreiche Minen schließen und die arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen und Arbeiter siedelten sich in der Stadt El Alto an, die organisch und ungeplant zu einer Großstadt heranwuchs. Die in El Alto entwickelten politischen Praktiken waren jedoch kein bruchloser Anschluss an alte Aymara-Traditionen, sondern vielmehr eine Neuschöpfung von Strukturen, die von der konkreten Auseinandersetzung mit staatlichen Repressionen geprägt waren.

Schluss

Die Macht des *Forum der Armen* und der anderen hier betrachteten ländlichen Bewegungen basierte auf einer widerständigen Organisationsform, die den staatlichen Zugriff aushebelte. Mit Scott kann man argumentieren, dass die politischen und sozialen Praktiken in der Auseinandersetzung mit staatlichen Strukturen entstanden und eine Zurückweisung staatlicher Integrations- oder Unterwerfungsversuche darstellen.

Wenn man jedoch Scott in seiner weitreichenden Generalisierung folgt und die Organisationsformen als ein Beispiel für widerständige Praktiken sieht, ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen für die Frage des Verhältnisses zwischen Organisationsform, ökonomischer Produktionsverhältnisse der Trägerinnen und Träger der Bewegung, und dem Bezug zu indigenen Traditionen. Die Agentenschaft, die den Bewegungen zugesprochen wird, wenn man ihre indigenisierte Organisationsstruktur als strategische Entscheidung sieht, stellt nicht nur das Selbstverständnis der Nationalstaaten in Südostasien oder die dominanten Entwicklungsdiskurse auf den Kopf, die die sog. Bergvölker und marginalisierten Kleinbauern als Opfer unvorteilhafter Anbaubedingungen und als Opfer von Unterentwicklung und Armut sehen. Auch die oben referierten Interpretationen zum Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnissen und den charakteristischen Organisationsstrukturen werden in ein anderes Licht gerückt. Nicht die Mangelökonomie der Kleinbauern oder die Beschäftigung im informellen Sektor in El Alto führt zu basisdemokratischer solidarischer Organisation des Gemeinwesens, sondern umgekehrt: Die ökonomischen Produktionsverhältnisse sind eine Folge der Entscheidung, sich nicht

regieren lassen zu wollen. Ebenso löst sich auch der Gegensatz zwischen den beiden Ebenen, auf denen die widerständigen ländlichen Bewegungen sich auf indigene Traditionen beziehen: zum einen als utopischer Lösungsansatz, zum anderen als Widerstandsstrategie. In der Sichtweise von Scott sind beide Ebenen identisch, da auch die ländliche Dorfstruktur mit ihren charakteristischen politischen und sozialen Praktiken aus einer Konfrontation mit dem Staatsprojekt entstanden ist. Die Organisationsformen erscheinen in dieser Sichtweise weniger als Rückgriff auf ein gegebenes Repertoire indigener politischer Praktiken, sondern als strategische Option, die immer wieder neu getroffen werden muss.

Abschließend sei auf zwei offene Probleme verwiesen, die sich aus der hier verfolgten Argumentation ergeben. Zunächst ist – auf theoretischer Ebene – nicht klar, inwieweit die hier diskutierte Dynamik von Staatsprojekten und indigenen Bewegungen in Ländern des Südens mit den Kategorien einer kritischen Organisationstheorie in der Folge von Türk (1995), Bruch/Türk (2005) und Bruch (2010) erfassbar ist. Während Scott beansprucht, mit seinen Thesen eine fundamentale Dynamik hinter der politischen und sozialen Entwicklung der Menschheit durch alle Zeiten und über alle Regionen hinweg zu analysieren, geht es bei Türk und Bruch gerade darum, Organisation als historisch-singuläre Entwicklung der Moderne zu thematisieren.

Darüber hinaus muss offen bleiben, wie die hier dargestellten Bewegungen politisch-strategisch einzuschätzen sind. Wenn man Scotts Thesen folgt, erscheinen die innovativen Organisationsform zunächst als reaktive und defensive Strategien. Dass hier tatsächlich eine Schwäche liegt, und die Bewegungen möglicherweise nicht auf Dauer den Herausforderungen der staatlichen Konfrontation gewachsen sind, deutet sich in den jüngeren Entwicklungen an, die beim *Forum der Armen* und den anderen hier angesprochenen Bewegungen zu beobachten sind. Das *Forum der Armen* konnte keine zusammenhängende Vision entwickeln und war ab 2001 der Umarmung von Thaksin Shinawatra schutzlos ausgesetzt, als dieser den Diskurs der regionalen Autonomie aufgriff und für seine Zwecke einer nationalistischen Entwicklungsstrategie instrumentalisierte (Pye 2009). Das Credo der Lokalisten „im Dorf liegt die Lösung“ wiederum wurde später von den konservativ-royalistischen Kräften aufgegriffen und die Abkehr vom Weltmarkt und von einer konsumorientierten kapitalistischen Lebensweise wurde als *sufficiency*

economy von der Putschistenregierung 2006 zum wirtschaftspolitischen Leitparadigma erhoben, u.a. um die arme Bevölkerung auf dem Land politisch zu befrieden (Walker 2008) und über Umwege in das neo-liberale Projekt der Bangkokener Eliten einzugliedern (Glassman 2008).

In Indien stehen Teile der Neuen Bauernbewegungen heute der Hindutva-Stömung (Hindunationalismus) nahe. So koalitiert die vom prominenten Bauernführer Sharad Anantrao Joshi gegründete *Swatantra Bharat Paksh* (Partei Unabhängiges Indien) mit hindunationalistischen Parteien wie der *Bharatiya Janata Party* (BJP) oder der *Shiv Sena*. In El Alto in Bolivien wiederum ist unter dem anhaltenden Druck der angespannten Sicherheitslage eine Verhärtung der kommunitären Selbstverwaltungsstrukturen zu beobachten, die sich in der Ausbreitung der Praxis von Lynchjustiz (Zibechi 2009, S. 124-136) und anderen Entwicklungen zeigt (Ströbele-Gregor 2008).

Insofern scheint sich zu bewahrheiten, was Brass (1994b, 2005) als Kritik an den Neuen Bauernbewegungen indigenen Bewegungen formuliert: Die Orientierung auf lokale Traditionen ist eine Gedankenfigur, die – gerade weil sie in keinem systematischen Zusammenhang mit der Analyse der Produktionsverhältnisse steht – von sozialen Kräften verschiedenster politischer Richtungen aufgegriffen werden kann.

Literatur

- Anek Laothamatas (1993): Sleeping Giant Awakens? The Middle Class in Thai Politics. *Asian Review* 7, 78-125.
- Baker, Chris (2000): Thailand's Assembly of the Poor: background, drama, reaction. *South East Asia Research*, 8:1, 5-29.
- (2007): *Thailand Human Development Report*, „Sufficiency Economy“ and Human Development in Thailand. Bangkok: United Nations Development Programme.
- Boron, Atilio A. (2003): Der Urwald und die Polis. Fragen an die politische Theorie des Zapatismus. *Das Argument* 253, 45:6 [20/10 Jahre Aufstand der Zapatisten], 796-809.
- Brand, Ulrich (2001): Gehorchend Regieren. Gespräch mit Ana Esther Ceceña und John Holloway über die zapatistische Bewegung. *iz3w – Sonderheft* [Gegenverkehr – Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus], September 2001.
- /Ceceña, Ana Esther (2000) (Hrsg.): *Reflexionen einer Rebellion. „Chipapas“ und ein anderes Politikverständnis*. Münster: Westfälisches Dampfboot

- /Hirsch, Joachim (2004): In Search for Emancipatory Politics. The Resonances of Zapatism in Western Europe. *Antipode* 36:3, 371-382.
- /Sekler, Nicola (2009): 'Post-neo-liberale' emanzipatorische Kräfte in Lateinamerika in: Olaf Gerlach, Marco Hahn, Stefan Kalmering, Daniel Kunitz, Andreas Nowak (Hrsg.): *Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika*. Berlin: Dietz, 206-226.
- Brass, Tom (1995) (Hrsg.): *New Farmers Movements in India*. London: Frank Cass.
- (1994a): The politics of gender, nature and nation in the discourse of the new farmers' movements. *Journal of Peasant Studies*, 21: 3&4, 27-71.
- (1994b): Post-script: Populism, peasants and intellectuals, or what's left of the future? *The Journal of Peasant Studies* 21:3&4, 246-286.
- (2005): Neoliberalism and the Rise of (Peasant) Nations within the Nation: Chiapas in Comparative and Theoretical Perspective. *The Journal of Peasant Studies* 32:3-4, 651-691.
- Bruch, M. (2010): Zum Projekt einer kritischen Gesellschaftstheorie aus organisationssoziologischer Sicht. in: Martin Endreß und Thomas Matys (Hrsg.): *Die Ökonomie der Organisation – die Organisation der Ökonomie*. Wiesbaden, S. 175 – 199.
- /Türk, Klaus (2005): Organisation als Regierungsdispositiv der modernen Gesellschaft. in: Wieland Jäger und Uwe Schimank (Hrsg.): *Organisationsgesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 89-123.
- Byres, T.J. (1995): Preface. in: Tom Brass, (ed.): *New Farmers Movements in India*. London: Frank Cass, 1-2.
- Ceceña, Ana Esther (2003): Das zapatistische Subversive. *Das Argument* 253, 45:6 [20/10 Jahre Aufstand der Zapatisten]: 789-765.
- Durrenberger, Paul E. (1983): Lisu: Political Form, Ideology, and Economic Action. in: McKinnon, John and Wanat Bhruksasri (eds.): *Highlanders of Thailand*. Kuala Lumpur: Oxford University Press, 215-226.
- Glassman, Jim (2008): *The „Sufficiency Economy“ as Neo-liberalism: Notes from Thailand*. Paper presented at the 10th International Conference on Thai Studies. 9-10 January 2008, Thammasat University, Bangkok.
- Goodman, James (2009): From Global Justice to Climate Justice? Justice Ecologism in an Era of Global Warming. *New Political Science* 31:4, 499-514.
- Hoering, Uwe (2009): Neue Bauernbewegungen in Indien und die Globalisierung der Agrarindustrie. in: Uwe Hoering, Oliver Pye, Wolfram Schaffar und Christa Wichterich, (Hrsg.): *Globalisierung bringt Bewegung. Lokale Kämpfe und transnationale Vernetzungen in Asien*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 52-68.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- (2003): Zapatismus als Anti-Politik. *Das Argument* 253, 45:6 [20/10 Jahre Aufstand der Zapatisten]: 810-820.
- Ji Giles Ungpakorn (1999): *Thailand: Class Struggle in an Era of Economic Crisis*, Faculty of Political Science, Chulalongkorn University.
- Kaufmann, Alex (2007): *Creating Vibrant Communities through Ecologically Sound Food Production*. Manuskript, veröffentlicht in der Konferenzdokumentation der 3. Bruttonationalglück-Konferenz, [Gross National Happiness Conference] Nongkhai und Bangkok, November 2007. [<http://www.grossnationalhappiness.com/ArticlesonGNH/gnh3.aspx>, abgerufen am 1. Januar 2011].
- Leach, Edmund (1954): *Political systems of highland Burma: A study of Kachin social structure*. Harvard University Press
- Lindberg, Staffan (1994): New farmers' movements in India as structural response and collective identity formation: The cases of the Shetkari Sanghatana and the BKU *The Journal of Peasant Studies* 21:3&4, 95-125.
- Martínez-Torres, María Elena und Peter M. Rosset (2010): La Vía Campesina: the Birth and Evolution of a Transnational Social Movement. *The Journal of Peasant Studies* 37:1, 149-175.
- Missingham, Bruce D. (2003): *The Assembly of the Poor in Thailand. From Local Struggles to National Protest Movement*. Chiangmai: Silk-worm Books.
- Omvelt, Gail (1994): 'We want the return for our sweat': The new peasant movement in India and the formation of a national agricultural policy. *The Journal of Peasant Studies* 21:3&4, 126-164.
- Pasuk Phongpaichit und Chris Baker (2002^{II}) [1995^I]: *Thailand. Economy and Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Praphat Pintobtaeng (1998): *Kanmuang bon thong thanon: 99 wan samatcha khon chon* [Politik auf der Straße: Neunundneuzig Tage Forum der Armen], Bangkok: Krirk University.
- Prudhisan Jumbala (1999): Thailand. Constitutional Reform Amidst Economic Crisis *Southeast Asian Affairs 1998*, Singapore: Institute of Southeast Asian Studies, 265-291.
- Pye, Oliver (2005): *Khor Jor Kor: Forest Politics in Thailand*. Bangkok: White Lotus.
- (2009): Die Assembly of the Poor – thailändische Zapatistas? in: Uwe Hoering, Oliver Pye, Wolfram Schaffar und Christa Wichterich, (Hrsg.): *Globalisierung bringt Bewegung*, Münster, 36-51.
- (2010): The biofuel connection – transnational activism and the palm oil boom. *Journal of Peasant Studies* 37: 4, 851-874.
- Reitan, Ruth (2007): *Global Activism*. London/New York.
- Reuber, Paul (1999): Das 'Forum der Armen' – Die Rolle neuer partizipativer Bewegungen bei aktuellen Landnutzungskonflikten in Nordost-thailand (Isan). *Die Erde* 130/1999, 189-204.

- Schaffar, Wolfram (2010): Der Aufstand, der seinen Namen nicht nennt. Die Rothemden in Bangkok. *Das Argument* 289, 52:6, 806-815.
- Scott, James (2009): *The Art of Not Being Governed*. New Haven/London.
- Solís, Daniel Villafuerte (2005): Rural Chiapas Ten Years after the Armed Uprising of 1994: An Economic Overview. *The Journal of Peasant Studies* 32:3-4, 461-483.
- Somchai Phatharathananunth (2006): *Civil Society and Democratization. Social Movements in Northeast Thailand*. Copenhagen: NIAS Press.
- Somsak Kosaisuk (1993): *Labour against the dictatorship*. Arom Pongpangan Foundation, Friedrich Ebert Stiftung and the Thai Labour Museum, Bangkok.
- Sommier, Isabelle; Olivier Fillieule und Éric Agrikolianski (Hrsg) (2008): *Généalogie des mouvements altermondialistes en Europe. Une perspective comparée*. Paris: Kathala.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2008): Kanon mit Gegenstimme – Soziale Bewegungen und Politik in Bolivien. in: Stefan Schmalz und Anne Tittor (Hrsg): *Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat*. Hamburg: VSA. 129-141.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2009): Die Ethnisierung des Politischen. Politische indigene Bewegungen in Ecuador und Bolivien. in: Olaf Gerlach, Marco Hahn, Stefan Kalmering, Daniel Kumitz, Andreas Nowak (Hrsg): *Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika*. Berlin: Dietz. 193-205.
- Thongchai Winichakul (2008): Nationalism and the Radical Intelligentsia in Thailand. *Third World Quarterly* 29:3, 575-591.
- Türk, Klaus (1995): *Die Organisation der Welt. Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Veltmeyer, Henry (1997): New Social Movements in Latin America: the Dynamics of Class and Identity. *Journal of Peasant Studies* 25:1, 139-169.
- Walker, Andrew (2008): *Sufficiency Economy, Sufficiency Democracy, and rural constitution*. [Interview with Andrew Walker in *Fah Diew Kan* 6:2 April-June 2008, englische Übersetzung erschienen im Blog *Prachatai* 09/08/2008, <http://www.prachatai.com/english/node/746>].
- Washbrook, Sarah (2005): The Chiapas Uprising of 1994: Historical Antecedents and Political Consequences. *The Journal of Peasant Studies* 32:3-4, 417-449.
- Wittfogel, Karl August (1957): *Oriental Despotism – A Comparative Study of Total Power*, New Haven: Yale University Press.
- Zibechi, Raul (2009): *Bolivien. Die Zersplitterung der Macht*. Hamburg: Nautilus.

Christian Frings

Organisationskritik im Operaismus Zum Andenken an Romano Alquati, 1935-2010

Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entwickelte sich auch die Kritik an ihrer Organisationsform. Auf systematische Weise versuchte Marx in seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ den inneren Zusammenhang zwischen einem dominant werdenden Geldsystem, der Verallgemeinerung von Lohnarbeit und der Entfremdung der Arbeit im modernen Maschinensystem, in der Fabrik, herauszuarbeiten. Um so verwunderlicher ist es, dass die von Marx entwickelte Kritik der Arbeitsorganisation in der linken, insbesondere der „marxistischen“ Arbeiterbewegung für fast hundert Jahre nahezu vollständig ausgeblendet wurde. Im folgenden soll nachgezeichnet werden, wie es ab den 1940er Jahren zu einer Wiederentdeckung dieser Kritik kam und in welcher Weise der frühe Operaismus zu Beginn der 1960er Jahre die Marxsche Kritik revitalisiert und weiterentwickelt hat.¹

1. Die fehlende Kritik der Fabrik im Arbeiterbewegungsmarxismus

Als nach dem Zweiten Weltkrieg in einigen dissidenten Strömungen des Marxismus eine neue Auseinandersetzung mit dem „unmittelbaren Produktionsprozess“ einsetzte, fiel auf, dass dieser trotz Marx' eindringlicher Beschäftigung mit ihm im ersten Band des *Kapitals* bis dahin kaum eine Rolle gespielt hatte. Castoriadis

1 Die folgenden Überlegungen stützen sich auf die von der Gruppe „Wildcat“, vormals „Karlsruher Stadtzeitung“, in den 1980er Jahren angeregte Aktualisierung des frühen Operaismus um die Zeitschriften „Quaderni Rossi“ und „Classe Operaia“ in der Zeit 1958-1965 (siehe Wildcat 1984, 1985, 1994), sowie auf die Diskussion von Texten von Panzieri, Lefort und Castoriadis mit Felix Klopotek, Malte Meyer und Peter Scheiffele.

stellte „verblüfft“ fest, dass weder Rosa Luxemburg in ihrer Akkumulationstheorie noch Lenin in seiner Imperialismusanalyse die Bedeutung der „konkreten Produktionsverhältnisse“ thematisieren (Castoriadis 2007, S. 116) In Italien sprach Danilo Montaldi davon, dass der Produktionsprozess „nach der Veröffentlichung des ersten Bandes des Kapitals von der marxistischen Bewegung praktisch vergessen worden war“ (zitiert nach Wright 2005, S. 33).

Eine einfache oder eindeutige Antwort auf die Frage nach dem Grund dieses „Vergessens“ (siehe auch Braverman 1977, S. 17ff.) wird sich nicht finden lassen, zumal Marx selber an einigen Stellen als Rechtfertigung dieses Vergessens gelesen werden kann. Im Kern geht es um die Frage, welche Bedeutung die Entwicklung des Produktionsprozesses und insbesondere des mit ihm verbundenen alltäglichen Konflikts um das „Auspumpen von Mehrarbeit“ (Marx) für den revolutionären Prozess haben. In der mehrheitlich sozialdemokratisch-marxistisch geprägten Arbeiterbewegung in Westeuropa galt der betriebliche Konflikt im wesentlichen als vorpolitisch oder rein ökonomisch und wurde eigentlich erst wahrgenommen, wenn es zu großen Streiks kam. Selbst in den berühmten Massenstreikdebatten der Vorkriegszeit, in denen die strikte Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf noch ein mal in Frage gestellt wurde, ohne allerdings das Niveau der Marxschen Kritik an den Fetischformen als begrifflicher Grundlage dieser strikten Trennung zu erreichen, war das „Ökonomische“ schon zur bloßen Verteilungsfrage um Lohn und Arbeitszeit verblasst. Die „verborgenen Stätten der Produktion“, in denen nach Marx das „Geheimnis der Plusmacherei“ zu enthüllen ist, blieben verborgen – oder wurden im Sinne von Facharbeiterstolz und „gerechter Arbeit“, die nur einen „gerechten Lohn“ will, als unproblematisch betrachtet. Und wo es kein Problem gibt, muss auch nichts „Verborgenes“ gesucht werden.

Zu dieser Ausblendung trug zudem die Spaltung zwischen marxistischen und anarchistischen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegungen bei, die sich erst nach der Niederschlagung der Pariser Kommune von 1871 verhärtete und mit der stärkeren etatistischen und parlamentarischen Orientierung des „marxistischen“ Lagers verbunden war. Während in den anarchistischen und syndikalistischen Strömungen die unmittelbare Auseinandersetzung mit dem unmittelbaren Produktionsprozess durch die Propagierung und Praktizierung von Sabotage oder direkter Aktion von Bedeutung

blieb, galt den staatssozialistischen Orientierungen der kapitalistische Produktionsprozess bereits als rationelle Veranstaltung, die nur ein wenig humanisiert und durch staatlichen Eingriff von der störenden „Anarchie des Marktes“ befreit werden müsse.

Dass dies allein dieses Ausblenden nicht hinreichend erklären kann, zeigt wiederum die kurze Konjunktur der rätekommunistischen Tendenzen nach dem Ersten Weltkrieg, die der Gestalt des Produktionsprozesses ebenfalls überraschend wenig Aufmerksamkeit schenkten (Boch 1985). Daher ist es vielleicht nicht ein mal überraschend, dass Aktivisten der Rätebewegung wie Richard Müller mit dem Abklingen der Bewegung zu Befürwortern des Taylorsystems wurden. Die Affirmation der kapitalistischen Arbeitsorganisation war also keineswegs nur ein Produkt leninistischer Realpolitik, was gerne skandalisiert wurde (Ebbinghaus 1978), obwohl sich die tayloristischen Experimente in der Wirklichkeit eher bescheiden ausnahmen (Wren und Bedeian 2004). Sie ist vielmehr im Zusammenhang mit dieser generellen Ausblendung zu sehen, die sich bis heute in die mehr oder weniger „neuen“ Kapitallektüren hinein fortsetzt, weil auch in ihnen der Produktionsprozess eine „black box“ bleibt, wie es in Randbereichen der bürgerlichen Ökonomie zumindest eingeräumt wird (Rosenberg 1995).

Die Kritik am Entfremdungscharakter der modernen Produktionsorganisation wurde damit der bürgerlichen Soziologie (Max Weber, Thönnies usw.) überlassen, die sie als unvermeidlichen Kollateralschaden der vergrößerten Reichtumsproduktion meinte hinnehmen zu müssen, oder einer den Kapitalismus schon immer begleitenden romantischen Kritik und lebensphilosophischen Theorien mit ihren Steilvorlagen für faschistoide Ideologien überlassen (siehe hierzu auch Neusüß 1978). Vielleicht war es auch die Angst vor dieser im Kern reaktionären Thematisierung der Entfremdungsproblematik, die die Arbeiterbewegung um so mehr eine affirmative Haltung zu den Produktivitätserfolgen der kapitalistischen Produktion einnehmen ließ. Hatte nicht schon Marx die Perspektive des Kommunismus vor allem mit der Entwicklung der Produktivkräfte verbunden?

Und schließlich kam auch die enorme Kluft zwischen marxistischer Intelligenz und unmittelbaren ProduktionsarbeiterInnen zum Tragen. Die wenigen Intellektuellen der Arbeiterbewegung, die bildungsgeschichtlich nicht aus der Bourgeoisie stammten, waren handwerkliche Arbeiter, und der Sozialdemokratie gelang

es erst im Zuge der beginnenden „Befestigung“ (Goetz Briefs) der Gewerkschaften am Ende des 19. Jahrhunderts einen Fuß in die Großbetriebe zu bekommen, die bis dahin nicht zu ihrer stabilen Rekrutierungsbasis gehörten. Selbst wenn diese frühen Massenarbeiter in den Häfen, Bergwerken und ersten Großfabriken sozialdemokratisch wählten, verfolgten sie im Betrieb ihre eigene Logik der alltäglichen Auseinandersetzung, was immer wieder zu Konflikten mit den Großorganisationen der Arbeiterbewegung führte (siehe beispielhaft hierzu Grüttner 1984, Boch 1985), was die Sozialdemokratie wiederum in der Ansicht bestärkte, dass es sich um vor- oder unpolitische Konflikte handele, die einer Entwicklung zur Revolution nur im Wege stehen würden.

2. Marx in Detroit

So verwunderlich und erklärungsbedürftig das Ausblenden des Produktionsprozesses in den marxistischen Arbeiterbewegungen Westeuropas im 19. Jahrhundert, so überraschend ist auch die Rückbesinnung auf seine Kritik und die in ihm liegende Sprengkraft ausgerechnet in den USA – einem Land in dem der Marxismus in den Klassenkämpfen nie eine große Rolle gespielt hat. Die kleine dissidente *Correspondence*-Gruppe um C.L.R. James und Raya Dunayevskaya, die *Johnson-Forest-Tendency*, hatte 1947 eine Broschüre mit dem Titel „The American Worker“ herausgegeben, in deren ersten Teil ein junger Automobilarbeiter minutiös die alltägliche Arbeitssituation in der Fabrik von General Motors, die konkreten Phänomene der Entfremdung und das Verhalten der Arbeiter beschreibt (Romano und Stone 1947, Boggs 1998, S. 64ff., Gabler 2009, S. 134ff.). Die Unterwerfung unter die Diktate der Hierarchie wird als irrational und produktivitätshemmend erfahren und die AutorInnen machen im Verhalten und den Diskussionen der Arbeiter eine Tendenz des Protests und das Ziel einer selbstverwalteten Arbeitsorganisation aus. Im zweiten, theoretischen Teil der Broschüre setzen sie sich mit der neuen industriesoziologischen Forschung um Elton Mayo, dem sogenannten *human-relations*-Ansatz auseinander, der seit Ende der 20er Jahre im Dienste des Kapitals in die Binnenstrukturen der Arbeiterautonomie im Produktionsprozess vorzudringen versuchte. In Westeuropa wurde der Text schnell aufgegriffen: Die von Castoriadis mitgegründete Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie* übersetzt ihn in

ihren ersten, ab März-April 1949 erscheinenden Ausgaben; Danilo Montaldi, einer der Inspiratoren des frühen Operaismus in Italien (siehe Wildcat 1994) übersetzt den französischen Text wiederum ins Italienische für die Ausgabe Februar-März 1954 von *Battaglia Comunista* und schreibt einleitend, sie bringe „fundiert und mit viel Nachdruck eine Idee [zum Ausdruck], die nach der Veröffentlichung des ersten Bandes des Kapitals von der marxistischen Bewegung praktisch vergessen worden war: die Idee nämlich, dass der Arbeiter, bevor er Anhänger einer Partei oder militanter Revolutionär oder Subjekt einer zukünftigen sozialistischen Macht ist, vor allem ein Wesen ist, das in der Fabrik und unter kapitalistischen Produktionsbedingungen lebt. Und es ist somit die Produktion, in der sich die Revolte gegen die Ausbeutung und die Fähigkeit zum Aufbau einer höheren Gesellschaftsform entwickeln – zusammen mit der Solidarität mit anderen Arbeitern und dem Hass auf die Ausbeutung und die Ausbeuter, sei es in Gestalt der klassischen Bosse oder der unpersönlichen Bürokraten der Gegenwart und Zukunft“ (zitiert nach Wright 2005, S. 33f.).

Zwei wesentliche Elemente des Operaismus sind hier schon präsent: die konkrete Untersuchung der Arbeitssituation und die produktive Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Industrie-soziologie. Warum geht diese Wendung gerade von den USA aus? Der Operaismus wird selber später immer wieder auf diese Fragestellung zurückkommen mit der programmatischen Formulierung von Tronti im Nachwort zur zweiten Auflage von „Arbeiter und Kapital“ – „Marx in Detroit“ (Tronti 1972; zur empirischen Begründung dieser These siehe Arrighi und Silver 1984): Da sich in den USA, und insbesondere in Detroit als dem Zentrum der modernen Massenproduktion in der Automobilindustrie, die von Marx analysierte Tendenz der „reellen Subsumtion“ und eine dem Begriff des Kapitals stofflich adäquate Produktionsstruktur am weitesten entwickelt hatte, nahm hier auch der Konflikt und Klassenkampf die modernsten und in die Zukunft weisendsten Züge an – nicht als sozialistische Ideologie oder einer in Institutionen erstarrten Arbeiterbewegung, wie sie in Westeuropa vor der Barbarei der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hilflos kapitulierte hatten, sondern als ein hartnäckiger und nicht stillzulgender Konfliktherd im Herzen des konzentrierten und hoch organisierten Kapitals.

Am Zusammenhang zwischen der besonderen Konfliktualität in den zunächst nur in den USA entwickelten Massenindustrien

und der Neuorientierung der Industriesoziologie ließe sich dies im Detail nachzeichnen. Die New-Deal-Politik Roosevelts scheiterte in doppelter Hinsicht. Nicht ihre Konjunkturprogramme führten aus der Krise, die sich in einem zweiten Anlauf ab 1937/38 wieder verschärfte, sondern der Kriegseintritt – und ebenso wenig gelang es der neuen Politik der Anerkennung von Gewerkschaften und staatlich garantierten Schlichtungsverfahren den alltäglichen Konflikt auf Abteilungebene stillzulegen, der sich im ständigen Aufflammen von wilden Streiks, den *wildcats*, ausdrückte, sogar während des für die Zeit des Kriegs von den Gewerkschaften erklärten Streikverzichts (Brecher 1975, Glaberman 1980). In der Praxis war der Taylorismus schon vor dem Ersten Weltkrieg daran gescheitert, dass seine Methoden die Produktivität nicht steigern konnten, sondern nur Konflikte provozierten (Edwards 1981). Konsequenterweise verabschiedete sich die neue und in dieser Weise nur in den USA entwickelte Industriesoziologie daher von dem utilitaristischen und atomistischen Menschenbild Taylors, das Mayo als die „Hordenhypothese“ bezeichnete, entdeckte die „Gruppe“ im Produktionsprozess und betonte den „kooperativen“ Charakter jeder modernen Produktion (Mayo 1945). In mystifizierter Weise thematisierte sie damit das, was Marx als den grundlegend neuen Charakter der gesellschaftlichen oder vergesellschafteten Arbeit als Grundlage der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise ausgemacht hatte.

Und sie etablierte eine neue Forschungsmethode: An die Stelle der bloßen Befragung trat die unmittelbare Beteiligung oder Beobachtung bis hin zu ethnographischen Methoden der Feldforschung in der Fabrik. Man näherte sich den ArbeiterInnen an ihren „verborgenen Stätten“, wie Urwaldforscher die Geheimnisse der letzten Amazonasindianer zu erkunden versuchen – und entdeckte dabei tatsächlich eine verborgene Welt, die nach ganz eigenen und schwer zu durchschauenden, von den dort anzutreffenden Wesen sorgsam vor dem äußeren Blick verborgen gehaltenen Regeln funktionierte (Roethlisberger und Dickson 1939, Mayo 1945). Die tatsächliche Kooperation und Produktion, die zwar im Ergebnis zu den gewünschten oder geplanten Resultaten führte, funktionierte in ihrem Inneren ganz anders, als es die offiziellen Vorschriften und Regeln vorsahen – hinter der „formellen“ steckte eine „informelle“ Organisation der Arbeit und die vorgebliche Rationalität der formellen Organisation erwies sich vor diesem Hintergrund als „Rationalitätsfassade“ (siehe den klassischen Aufsatz von Bensman und Gerver

1963 sowie die Studien von Donald Roy, auf die sich Castoriadis (2007) stark bezog; Roy war ein Unikum in dieser akademischen Landschaft, dessen Rolle zwischen soziologisierendem Arbeiter und arbeitendem Soziologen uneindeutig schillerte; siehe den Nachruf von Burawoy 2001). Im Kontext dieser Gruppen- und Kooperationsforschung wird auch die Untersuchung des *wildcats* zu einem Dauerbrenner der Industriosozologie in den 1950er Jahren (z.B. Gouldner 1954). Diese Phase wich aber ab den 60er Jahren anderen Tendenzen, in deren Verlauf die tatsächlichen Arbeiterinnen und Arbeiter, ihre untergründigen Verhaltensweisen und kollektiven Bezüge nicht zuletzt unter dem Einfluss „marxistischer“ soziologischer Einflüsse wieder aus dem Blickfeld der Industriosozologie verschwanden, was Ida Harper Simpson 1989 zu der Frage brachte, wo bloß die Arbeiter geblieben seien (Simpson 1989).

Diese neuartige Erschließung der Orte, an denen nach Marx das ganze Geheimnis der Mehrwertproduktion, also der Existenzfähigkeit des Kapitalismus schlechthin, zu lüften sei, musste für aufmerksame Marxisten eine unmittelbare Herausforderung darstellen. Aber aus noch zwei anderen Gründen rückte die Entfremdung und Unterwerfung in der Produktion für diejenigen in den Mittelpunkt, die trotz Nachkriegsboom an ihrer Kritik des Kapitalismus festhalten wollten. Erstens schien der Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und politischer Radikalisierung mit dem keynesianischen Versprechen eines krisenfreien Wirtschaftsaufschwungs nach dem Krieg ausgehebelt. Die im 19. Jahrhundert von den Marxisten bemühte Gegenüberstellung von Rationalität der Produktion und Irrationalität des Markts versagte angesichts der vorzeigbaren Erfolge der angeblich geplanten Konjunktur einer gemischten Ökonomie. Und zweitens konnte die tatsächlich geplante Ökonomie nach Ostberlin 1953 und Ungarn/Polen 1956 nicht mehr als Ausdruck und Ziel des revolutionären Klassenkampfes gedacht werden. Insbesondere die ungarische Rätebewegung führte zu einer tiefen Krise aber auch Erneuerung der sozialistischen oder kommunistischen Strömungen in Europa – aus dem dramatischen Niedergang des alten Kommunismus in England geht die „Neue Linke“ hervor. *Socialisme ou Barbarie* hatte schon dem ostdeutschen Aufstand von 1953 einige Aufmerksamkeit geschenkt und die ungarische Rätebewegung genau analysiert. Im italienischen Operaismus wird daher unmittelbar eine Brücke geschlagen zwischen den neuen Tendenzen in den Klassenkämpfen in Ost und West: „... so wie

es auch in Polen und Ungarn gerade die jungen Arbeiter sind, die wieder vom lästigen 'alten' Marx sprechen“ (Alquati 1974, S. 98).

3. Bürokratie gegen Arbeiter

Ausgehend von den Erfahrungen und Versuchen in den USA entwickelte in den 1950er Jahren *Socialisme ou Barbarie* ein eigenes Konzept der Arbeiteruntersuchung, die „témoignages“, und gelangte in kritischer Verarbeitung der Befunde der amerikanischen Industriosozologie zu einer eigenständigen Kritik des kapitalistischen Produktionsprozesses und seiner Irrationalität (siehe vor allem den Text „Über den Inhalt des Sozialismus III“ von Castoriadis aus dem Jahr 1958, in Castoriadis 2007: 187ff.; zum Bezug des Operaismus auf SoB siehe Wright 2005 und Wildcat 1994). Gerade in den Texten von Alquati (1974) findet sich vieles wieder, was Castoriadis schon 1958 herausgearbeitet hatte: die Zentralität des Konflikts zwischen Leitenden und Ausführenden in der Produktion, die Irrationalität der kapitalistischen Organisation im Hinblick auf die Gebrauchswertproduktion und die Hervorhebung der immer schon gegebenen Kollektivität und Kooperation im Arbeitsprozess, die einerseits für die Produktion erforderlich ist, zugleich aber auch einen vor jeder formellen politischen Organisierung liegenden Ausgangspunkt des Widerstandes und des tendenziellen Anspruchs auf Selbstverwaltung der Produktion darstellt.

Um diese Punkte gegenüber der marxistischen Orthodoxie stark zu machen, hatte Castoriadis aber hier bereits seine generelle Abkehr von der Marxschen Analyse angedeutet, die später zum Tragen kommen wird in seiner Zurückweisung des Wertbegriffs. Er macht den Hauptgrund für die marxistische Ignorierung des Produktionsprozesses in Marx' Ziel eines „Reichs der Freiheit“, das nur jenseits der Produktion liegen könne, aus (Castoriadis 2007, S. 117ff., S. 192). Damit werde die Frage einer radikalen Veränderung der unmittelbaren Produktion ignoriert und die Entfremdung als unvermeidliche Begleiterscheinung hingenommen. In seinem Konzept der Arbeiterselbstverwaltung besteht das Ziel darin, die Produktion selbst zu vermenschlichen oder zu befreien. Castoriadis nimmt damit faktisch die Position von Fourier ein, gegen den sich Marx richtet, wenn er betont, dass die Arbeit selbst nie reines Spiel werden kann (MEW 42, S. 625), und in diesem Zusammenhang ein „Reich der Freiheit“ jenseits irgendwelcher produktiven Zwänge fordert. Was

Castoriadis umtreibt, ist verständlich: Die orthodoxe Lesart hatte auch diese Aussage als Legitimierung ihrer Affirmation der kapitalistischen Produktionsweise genutzt. Aber indem er kurzschlüssig das theoretische Argument von Marx mit der politisch-praktischen Haltung einer sich mehr und mehr integrierenden Sozialdemokratie in eins setzt, übersieht Castoriadis den Begründungszusammenhang bei Marx: Für Marx ist es gerade der Konflikt im unmittelbaren Produktionsprozess, der die Produktivitätsentwicklung vorantreibt und damit die Perspektive eines „Reichs der Freiheit“ eröffnet (und nicht wie in den meisten marxistischen Lesarten die Konkurrenz: „Das Hereinkommen der Maschinerie zu entwickeln aus der Konkurrenz und dem von ihr ausgelösten Gesetz der Reduktion der Produktionskosten ist leicht. Es handelt sich hier darum, sie aus dem Verhältnis des Kapitals zur lebendigen Arbeit, ohne Rücksicht auf andres Kapital zu entwickeln.“ MEW 42, S. 668). Insofern ist für ihn der Produktionsprozess das zentrale Feld des Konflikts und der Klassenbildung, aber aufgrund seiner Kritik der abstrakten Arbeit und einer Gesellschaft, in der Reichtum an dieser Arbeit gemessen wird – statt an der Nichtarbeit, der freien Zeit, der Muße (MEW 42, S. 604) –, sieht er das grundlegende Ziel nicht darin, nur einen Arbeitsprozess zu humanisieren, der immer noch vom Zwang des Überlebens bestimmt ist, sondern diesen Zwang zurückzudrängen.

Während Castoriadis unter Bezug auf rätekommunistische Selbstverwaltungsvorstellungen aus der industriesoziologischen Entdeckung der informellen Arbeitsorganisation die Keimzellen der neuen Gesellschaft herauslesen will und im Zuge dessen die Frage der Produktivkraftentwicklung zurückstellen muss, nehmen die Operaisten diese Thematisierung des unmittelbaren Produktionsprozesses auf – verbinden sie aber mit einer erneuten bzw. erneuerten Lektüre des „lästigen alten Marx“, um in seiner Analyse eine radikalere Kritik des Produktionsprozesses und Ansatzpunkte für ein neues begriffliches Konzept von Klassenbildung als Klassenzusammensetzung freizulegen. Dabei lösen sie sich von der Vorstellung der Arbeiterselbstverwaltung, in der sie mehr und mehr die Reste einer alten von Facharbeitern und Handwerkern geprägten Arbeiterbewegung erkennen (Wright 2005, S. 62ff., Bologna 1973), und verbinden die praktische Haltung der Ablehnung und Zurückweisung der Arbeit, die sie im jugendlichen Proletariat der Massenarbeiter entdecken, mit Marx' Theorie der relativen Mehrwertproduktion, in der sie die materialistische Begründung eines Reichs der Freiheit

jenseits der Arbeit finden – „Kampf gegen die Arbeit!“ (Tronti 1974, S. 233ff.) wird ihre theoretische und praktische Lösung.

4. Die operaistische Marx-Lektüre

Neben den beiden bereits genannten Elementen der Untersuchung und des kritischen Aufgreifens der Industriosozologie bildete die völlig neue und die orthodoxe Sichtweise umkehrende Marxlektüre den dritten Impuls des frühen Operaismus. „Man erörtert genau, ob diese Marxschen Kategorien in einer politischen Praxis wieder lebendig gemacht werden können ..., ob sie es erlauben, die Ausbeutung in angemessenen Begriffen zu fassen. ... Am Anfang steht die Entdeckung, daß das *Kapital*, wie im allgemeinen die Werke von Marx, den Arbeiterstandpunkt repräsentiert ..., daß das *Kapital* nicht so ein Topfkuchen ist, der eine objektive Theorie der kapitalistischen Entwicklung enthält, sondern eine Wissenschaft des Klassenantagonismus, der in allen Phasen der kapitalistischen Entwicklung lebendig ist.“ (Toni Negri, im Interview 1979, Balestrini und Moroni 2002, S. 32f.)

Zur Art und den einzelnen Befunden dieser neuen Marxlektüre liegen keine ausführlicheren Protokolle vor. Mario Tronti brachte sie 1965 in „Arbeiter und Kapital“ in eine stringente, aber zugleich schon philosophisch-abstrakte Form (Tronti 1974), spricht allerdings relativierend von „ersten Thesen“. Wer den Text mit den Fabrikuntersuchungen von Romano Alquati in den *Quaderni Rossi* und in *Classe Operaia* vergleicht (siehe Alquati 1974, Wildcat 1985), wird feststellen, dass Tronti in den letzten Kapiteln viele der konkreten Befunde auf eine abstrakte theoretische Ebene hebt. Taktisch und theoretisch brillant hatte Raniero Panzieri in der ersten Ausgabe der *Quaderni Rossi* 1961 mit seinem Artikel „Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus“ (Pozzoli 1972, S. 14-32) die Orthodoxie angegriffen, indem er dicht am Text des *Kapitals* argumentierend daran erinnert, dass erstens das Kapital kein Ding, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis ist, dass seine Produktivkraft nur verdinglichte Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit ist, und dass zweitens alle konkreten Formen der Arbeitsorganisation zugleich Formen der despotischen Autorität des Kapitals sind. Im Unterschied zu vielen anderen, auch dissidenten Strömungen des Marxismus nahm der frühe Operaismus, geschult an Lukács und der Frankfurter Schule, die Kritik der Fetischfor-

men und der Mystifikationen gesellschaftlicher Verhältnisse ernst – verband sie aber mit einer Theorie des Klassenkampfes und der Entmystifizierung im Produktionsprozess selber.

Ausgehend von der Wertformanalyse im ersten Band des *Kapitals*, in der Marx zeigt, wie es überhaupt dazu kommen kann, dass sich gesellschaftliche Verhältnisse als Dinge darstellen, also naturalisiert werden, betont Marx durchgehend in allen drei Bänden, dass das Kapital nichts anderes ist als die verdinglichte Erscheinungsform der Kräfte und Potenzen der vergesellschafteten Arbeit – das Kapital hat keine eigene Seele: „Im Kapital wird die Unvergänglichkeit des Werts ... gesetzt ...; die Unvergänglichkeit wird gesetzt als dies einzige, was sie sein kann, Vergänglichkeit, die vergeht – Prozeß – Leben. Diese Fähigkeit erhält das Kapital aber nur, indem es als ein Vampyr die lebendige Arbeit beständig als Seele einsaugt.“ (MEW 42, S. 545) Aber Marx hat erhebliche Probleme, diesen Zusammenhang von gesellschaftlicher, kooperativer Arbeit und ihrer Verdinglichung zu dem den einzelnen Arbeiter beherrschenden Kapital im unmittelbaren Produktionsprozess nachzuzeichnen.

Es ist wichtig, die empirischen Grenzen der marxischen Analyse im Auge zu behalten, dabei aber nicht sein prinzipielles Festhalten an einer Dialektik von gesellschaftlicher Arbeit, die er in der Kategorie des „Gesamtarbeiters“ fasst, und kapitalistischem Kommando zu übersehen. Einerseits muss er zeigen können, wie die gesamte Produktivkraftentwicklung immer an den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit gebunden bleibt, wie also der Gesamtarbeiter die wahre Seele der kapitalistischen Planung und Rationalität bleibt, andererseits aber erklären, wie es im Produktionsprozess selber zu der ver-rückten Verkehrung kommt, dass sich diese Potenzen als Herrschaft des Kapitals darstellen. Dies kann nur gelingen, wenn die Entwicklungsformen dieser Gesellschaftlichkeit, denen Marx im 11., 12. und 13. Kapitel des ersten Bands des *Kapitals* nachgeht, mit der Entwicklung des Antagonismus und des Machtverhältnisses zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse verbunden werden. Dass sich Marx dessen durchaus bewusst ist, zeigt sich in der berühmten Schlusspassage zur „geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“, die oft nur verelendungstheoretisch gelesen wird: „Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert.“ (MEW 23, S. 791) Gerade hier verweist Marx aber auf die Herausbildung der „kooperativen Tendenz des Arbeitsprozesses“ und einer durch „den Mechanismus des

kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ (ebd.).

Diese Schlusspassage, die eine Theorie der Arbeitermacht *im* Produktionsprozess andeutet, und Formulierungen zur „reellen Subsumtion“, die den vereinzelt Arbeiter als bloßes Anhängsel der Maschinerie charakterisieren, scheinen jedoch unverbunden auseinanderzufallen. Gerade die These der „reellen Subsumtion“ hat daher auch zu einer Reihe von Missverständnissen eingeladen, gegen die sich die Operaisten wenden, indem sie in der konkreten Untersuchung der Fabrik (siehe vor allem den Olivetti-Text von Alquati 1974) die bei Marx nur zu ahnende Dialektik von autonomer Vergesellschaftung und Subsumtion zum Leitfaden nehmen. Als Marx zwischen 1859 und 1867 mit der Fertigstellung seiner Kapitalkritik ringt, beschäftigt er sich mehrere Jahre intensiv mit Fragen der technischen Entwicklung. Schon in den *Grundrissen* hatte er sich die Frage vorgelegt, wie sich das „stoffliche Dasein“ des kapitalistischen Produktionsprozesses, die Gestalt der Maschine und des Maschinensystems mit seiner spezifischen Arbeitsteilung und -organisation als die dem Begriff des Kapitals „adäquate Existenz“ (MEW 42, S. 592) analysieren lässt. Denn immer wenn Marx auf rein begrifflich nicht weiter zu klärende Fragen stieß, vertiefte er sich in umfassende empirischen Studien, um jeden spekulativen Charakter der Theoriebildung zu vermeiden (ausführlicher und exemplarisch am Begriff der Arbeitsteilung siehe dazu Beamish 1992): „... aber die einfachste technische Realität, wozu Anschauung gehört, ist mir schwerer wie d[ie] größten Knoten“, gesteht er 1863 seinem Freund Engels (MEW 30, S. 320).

Marx hatte nie eine Fabrik von Innen gesehen, verkehrte in London mit sozialistischen Handwerkern aber nicht mit FabrikarbeiterInnen und die theoretischen Quellen für eine Analyse der Fabrik waren dürftig: Charles Babbage, Andrew Ure, Wilhelm Schulz oder die Factory Reports. Bezeichnend ist seine Fehleinschätzung der „selfacting mule“, in der er ein wirksames „Kriegsmittel des Kapitals wider Arbeiteremeuten“ (MEW 23, S. 459) sah. Wie William Lazouck (1979) gezeigt hat, gelang es den Kapitalisten in der britischen Baumwollindustrie aber mit dem Selffaktor keineswegs, die Macht der Maschinenbediener einzuschränken – die Unternehmer blieben im Gegenteil auf deren technische und organisatorische Fähigkeiten verstärkt angewiesen, um den Produktionsprozess am Laufen zu halten. Marx hatte sich hier, vermittelt durch Ure, einfach nur auf

die Werbeprospekte des Maschinenherstellers verlassen, der seinen Kunden versprach, mit Hilfe der neuen Maschine könnten sie Lohnkosten sparen und sich die aufrührerischen Facharbeiter nebst deren Gewerkschaften vom Hals schaffen. In umgekehrter Weise irrte sich Marx gründlich, als er sich von der zu seiner Zeit gerade boomenden Einführung der Nähmaschine einen schnellen Übergang von den elendigen Verhältnissen der Heim- und Hausindustrie zur großen Industrie erhoffte (MEW 23, S. 494ff.). Die Nähmaschine wurde im Gegenteil zur technischen Basis, diese zersplitterte und die Ohnmacht der Näherinnen befestigende Organisationsform noch Jahrzehnte zu verlängern (Hausen 1978).

Diese historischen Irrtümer von Marx werden oft auf seinen angeblichen technologischen Determinismus zurückgeführt. Während die Orthodoxie in der Tat von einem mysteriösen Selbstlauf der Produktivkraftentwicklung ausgeht, aus der sich dann Produktionsverhältnisse und Organisationsformen ergeben, lässt Marx' begriffliche Entwicklung eine solche Deutung kaum zu. Denn die „reelle Subsumtion“ ist die Unterordnung und Anpassung, das „adäquat“-Werden der stofflichen Gestalt des Produktionsprozesses dem immanenten Zweck des Kapitals als maß- und endloser Selbstverwertung des Werts. Marx hat hier eine Dialektik der Reproduktion und Versteinierung von gesellschaftlichen Verhältnissen in den entsprechenden materiellen Strukturen im Sinn (siehe dazu Harvey 2010, S. 189ff.). Erst unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen und mit bestimmten Verwertungsvorstellungen kann die spezifisch kapitalistische Maschinerie, die gleichermaßen der Produktivität wie der Beherrschung der lebendigen Arbeit durch die tote Arbeit dient, ihren Siegeszug antreten (siehe Kuby 1980). Die Maschinerie stellt jeweils „erstarrte gesellschaftliche Beziehungen“ (Alquati 1974, S. 147) dar – aber erst so, als in einer dinglichen, stofflichen Gestalt versteinerte gesellschaftlichen Beziehungen, können sich die Verhältnisse tatsächlich als dingliche den unmittelbaren Produzenten aufherrschen, ist Fetischisierung dauerhaft möglich. Und auf dem jeweiligen Niveau der Kämpfe und der Reichtumsentwicklung determinieren sie dann in der Tat wiederum die Beziehungen: „Der kooperative Charakter des Arbeitsprozesses wird jetzt also durch die Natur des Arbeitsmittels selbst diktierte technische Notwendigkeit.“ (MEW 23, S. 407).

Alquati greift diese Dialektik auf und sieht klar, dass Marx noch die Mittelglieder fehlten, um sie wirklich entwickeln und darstellen

zu können: „Unter ‚Maschine‘ verstehen wir hier das ganze Bündel der in der technologischen Erneuerung erstarrten gesellschaftlichen Beziehungen. Die Arbeiter selbst treiben diese Erneuerung voran, denn der Arbeitsprozeß ist schon im voraus derart organisiert, daß die Arbeiter, die ihn entfalten, integrieren und koordinieren, gleichzeitig auch die zunehmende Erstarrung der lebendigen Arbeit in der neuen ‚Maschine‘ entfalten, koordinieren und integrieren. Das Verhältnis zwischen der Akkumulation vergangener Arbeit, der Entwicklung des Betriebes als einer Struktur von Machtverhältnissen und der erweiterten Reproduktion des auf der größten Produktivkraft der lebendigen Arbeit beruhenden kapitalistischen Despotismus ist bisher noch nie in der Dynamik des Klassenkampfes betrachtet und analysiert worden, die jenes Verhältnis erst konstituiert. Wir sind hier noch nicht in der Lage, diese Analyse durchzuführen.“ (Alquati 1974, S. 147). Aber in ihrer Lektüre des Kapitals fällt ihnen auf, dass Marx nach ihnen sucht und um die Vermittlungen ringt. Das größte Missverständnis über die Theorie der „reellen Subsumtion“ besteht darin, Marx wolle nur zeigen, wie der Arbeiter zum Anhängsel der Maschine wird, also dem, was Taylor als den „dressierten Affen“ bezeichnete. In der ganzen Entwicklung seiner Theorie der relativen Mehrwertproduktion behält Marx aber stets zwei Perspektiven im Auge: den atomisierten Arbeitskraftbesitzer und den Gesamtarbeiter, den er im 11. bis 13. Kapitel genauer als „kombinierten Gesamtarbeiter“ in seinen vielfältigen Gliederungen und Zusammensetzungen entwickelt. Schon im ersten Kapitel hatte Marx als eine Eigentümlichkeit der Wertform herausgearbeitet, dass „Privatarbeit zur Form ihres Gegenteils wird, zur Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form“ (MEW 23, S. 73). Der ganze Verkehrsprozess der Fetischisierung entspringt dieser Widersprüchlichkeit: Substanz des Werts kann nur die Totalität eines gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs von Arbeiten sein, als Wertbestimmung gilt aber nur die individualisierte und atomisierte Arbeitszeit. Insofern ist die „formelle Subsumtion“ zwar nach der einen Seite die Unterwerfung des vereinzelt Arbeiters unter das Kommando des Kapitals, aber nach der anderen Seite muss es sich um die konkreten Formen der Vergesellschaftung von Arbeit und damit des kombinierten Gesamtarbeiters handeln. Die Vorarbeiten von *Socialisme ou Barbarie* unter Anknüpfung an die Industriesozio-logie und ihre eigenen Untersuchungen ermöglichen es dem frühen Operaismus, dieses theoretische Programm von Marx weiterzuentwickeln. In allen drei Kapiteln zu Kooperation, Arbeitsteilung und

Maschinerie spürt Marx der Bedeutung des Arbeiterwiderstands für die Entwicklung der konkreten Formen der Arbeitsorganisation nach – bleibt dabei aber selber immer wieder wie im Fall der selfacting mule in den für ihn noch nicht durchdringbaren Mystifikationen der kapitalistischen Propaganda und ihrer Rationalitätsfassade stecken.

Um diese Umschlagpunkte zwischen Atomisierung und kollektiver Arbeitermacht genauer entwickeln zu können, ersetzen die Operaisten den statischen oder essentialistischen Begriff der „Arbeiterklasse“ durch „Klassenzusammensetzung“ – in bewusster Anlehnung an den nicht ganz einfach zu verstehenden Begriff der organischen Kapitalzusammensetzung von Marx. Dieser zielt nicht einfach auf die Wertzusammensetzung des Kapitals, sondern nimmt die Wertverhältnisse als Ausdruck und Reflexe stofflicher, technologischer Strukturen des Produktionsprozesses (MEW 23, S. 640). Es geht hier also darum, wie sich materielle und gesellschaftliche Verhältnisse ineinander reflektieren. In dieser Weise unterscheidet der Operaismus zwischen technischer und politischer Klassenzusammensetzung, was sich grob so übersetzen lässt, dass einer bestimmten Produktionsweise eine bestimmte Rebellionsweise entspricht (Battaglia 1997).

Zweitens, und auch hier folgen sie mehr Marx als Castoriadis, warnen sie vor einer Überbewertung aller Konflikte, die aus der Irrationalität der kapitalistischen Produktionsorganisation entspringen. Während sich bei Castoriadis in der Revolte gegen diese vom Standpunkt der Gebrauchswertsproduktion irrationale und Produktivität verschwendende Organisation bereits die Tendenz zur Selbstverwaltung andeutet, betonen die Operaisten die Funktionalität dieser Mikrokonflikte für die kapitalistische Entwicklung selbst: „Der ‚Plan‘ ist nicht objektiv vorgegeben, ebenso wenig wie die Struktur der Organisation der Produktion oder das technische Niveau des Kapitals: vielmehr strukturiert sich der Plan deutlich als ein flexibler und spezifischer Käfig, der unter dem Deckel einer objektiven Rationalität mit der Arbeiterklasse zugleich auch die Anarchie der Produktion einzuschließen versucht. Außerhalb dieses Käfigs aber bewahrt und vergrößert gerade der Kapitalist seine Handlungsfreiheit: sicher nicht als ‚freier individueller Unternehmer‘ im Rahmen von besonderen Interessen, die es nicht mehr gibt, sondern als Teil und Funktion des gesellschaftlichen Kapitals, das die Arbeit der Arbeiterklasse ausbeutet, und das sogar den lokalen antagonistischen Druck der rebellierenden Arbeiter immer wieder

zu einem Mechanismus der Modernisierung und Verwirklichung seines Käfigs macht.“ (Alquati 1974, S. 134). Dies entspricht der Analyse des Konflikts um die Arbeitszeit als dem eigentlichen Motor der kapitalistischen Dynamik im ersten Band des *Kapitals*. Der Begriff der Arbeiterautonomie erhält dadurch eine Präzisierung, weil er nun die Frage beinhaltet, wann und wie die Klasse aus diesem historischen Hamsterrad heraustreten kann, in dem sie mit ihren Kämpfen das Kapital vor sich her, aber damit auch weiterrückt.

5. Vermächtnis des frühen Operaismus

Eine allgemeine Antwort konnte und wollte der Operaismus auf diese Frage nicht geben. Er konnte es nicht, weil sich der Operaismus ab 1969, als die Fabrikkämpfe nach dem heißen Herbst bei Fiat stecken bleiben, rasant „politisierte“ und statt der Fabrik die Partei und den Umsturz thematisierte, was faktisch bereits eine Position der Schwäche reflektierte. Sergio Bologna schrieb später, die Fabrik und die Arbeiterklasse seien wieder zu „unbekannten Wesen“ geworden (zit. nach Frings 2005). Er wollte es aber auch nicht, weil ihm ein theoretisch-praktisches Projekt der Aufhebung von Theorie als abgetrennter Sphäre und der Forscher-Objekt-Beziehung vorschwebte: „Es sei daran erinnert, daß dieser experimentelle Aufsatz den Zweck verfolgte, einen ersten kritischen Ausgangspunkt für den Ansatz einer marxistischen Analyse der Fabrik zu liefern: in der einfachen Erarbeitung von Punkten für die Anwendung ‚mittelfristiger‘ Hypothesen, deren Entkräftung innerhalb der sich ausdehnenden Kämpfe (die damals an den mechanischen ‚Großbetrieben‘ vorbeigegangen waren) schließlich immer mehr zu einer Aufhebung der Trennung zwischen ‚Theorie‘ und ‚Aktion‘ auf der Ebene der Arbeiterklasse führen könnte.“ (Alquati 1974, S. 130, siehe hierzu auch die Einleitung von Wolfgang Rieland in Alquati 1974).

Heute ist selbst das Wissen um diesen Ansatz weitgehend verschüttet unter dem philosophischen Getöse eines Mainstream-tauglichen Postoperaismus, der die materialistische Analyse der Fabrik und des Antagonismus in der Produktion durch philosophische Spekulation und Ideologieproduktion ersetzt hat (siehe Battaglia 1997, Wright 2005, S. 189, Frings 2005). Aber schon damals blieb das konkrete Projekt minoritär, wie Alquati im Vorwort zur Neuherausgabe einiger Schriften aus dieser Zeit 1974 schrieb: „Im übrigen

könnte man dieser Anthologie den Titel ‚Fünf Jahre Einsamkeit‘ geben, denn ich habe immer wieder bestimmte Vorschläge gemacht, auf die es in jenem Augenblick fast kein Echo gab. Jahrelang habe ich anderen eine Untersuchung über die Zusammensetzung der Arbeiterklasse vorgeschlagen, und zwar aus dem Innern der Bewegung heraus und funktional für ihre subjektive Organisierung, aber dieser Vorschlag interessierte damals fast niemanden. So bilden die Texte eine Art Tagebuch, mal ein persönliches, mal eines der Gruppe. Der Diskurs windet sich in der Mitte zwischen Abstraktem und Konkretem, er erreicht die angestrebte Konkretheit im politischen Handeln nicht: sicher aus Mangel an politischen Instrumenten, die den Notwendigkeiten von Organisierung der Bewegung, in der man sich angesiedelt hatte, entsprochen hätten, aber auch aus Mangel an Linie. Deshalb oszilliert er zwischen den historischen Institutionen der Arbeiterbewegung und dem Versuch einer autonomen politischen Organisierung der Arbeiterklasse.“ (Alquati 1985, S. 17).

Im akademischen Rahmen entwickelte sich ab Mitte der 1970er Jahre die sogenannte *labour-process*-Debatte im Anschluss an das 1974 erschienene Buch von Braverman (1977), die auf ihre Weise eine Rückkehr auch der marxistischen Diskussion zum Produktionsprozess markierte. Aber wie sehr diese Debatte auch unser Verständnis des kapitalistischen Produktionsprozesses in vielen einzelnen Fragen bereichert haben mag, sie war im marxistischen Diskurs der Endpunkt und nicht der Beginn der Wiederentdeckung der „verborgenen Stätten der Produktion“. Bewusst oder unbewusst hatte Braverman 1974 der allgemeinen Stimmung einen theoretischen Ausdruck gegeben, die vom „Wiederaufleben des Klassenkonflikts“ (Crouch und Pizzorno 1978) in den 1960er Jahren geprägt war: Sein Buch kann als Beleg für die These einer politischen Vereinheitlichung der „dequalifizierten“ Massenarbeit zum revolutionären Subjekt verstanden werden. Das Buch und die auf es folgende Debatte signalisierten, dass die Frage nach der Brisanz des Produktionsprozesses jetzt auch in der akademischen Welt angekommen war. Aber spätestens seit 1980, mit der traumatischen Niederlage der Fiat-Arbeiter in Turin, hatten die Kämpfe in Europa und den USA ihre Sprengkraft verloren, und in mehreren Wellen neuer theoretischer Moden wandte sich die akademische Welt zunehmend von der Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem, was an den „verborgenen Orten“ geschah, und der Umwälzung des großen Ganzen ab und verlor sich in drittmitteltauglichen Fragestellungen.

In ihrer Neulektüre von Marx und der Rekonstruktion seiner Kritik als Theorie des Klassenantagonismus hatte der Frühoperaismus viel Wert darauf gelegt, den Zusammenhang zwischen Erkenntnisfortschritten und der praktisch-politischen Entfaltung des Klassenantagonismus herauszuarbeiten (siehe dazu vor allem Tronti 1974). Sie folgten damit der schon für Hegel und Marx selbstverständlichen erkenntnistheoretischen Maxime, dass jede entmystifizierende Theorie die Bedingungen ihrer eigenen Möglichkeit beinhalten muss, um nicht neue Mystifikationen zu produzieren. In diesem Sinn ist es kein irgendwie theoretisch aufzuhaltender Verlust, dass dieser fruchtbare Ansatz zu einer materialistischen Kritik der Fabrik wieder von der theoretischen Bildfläche verschwunden ist. So wie in den 1950er und 1960er Jahren Marx neu gelesen werden musste, um den Faden des Klassenantagonismus wieder freizulegen, so wird auch erst im Kontext neuer Dimensionen des Antagonismus in der modernen Produktion dieser Ansatz wieder neu gelesen werden können.

Literatur

- Arrighi, Giovanni, und Beverly J. Silver (1984): „Labor Movements and Capital Migration: The United States and Western Europe in World-Historical Perspective“, in: C. Bergquist (Hg.): *Labor in the Capitalist World-Economy*, Beverly Hills, CA, S. 183-216.
- Alquati, Romano (1974): *Klassenanalyse als Klassenkampf. Arbeiteruntersuchungen bei FIAT und OLIVETTI*. Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang Rieland, Frankfurt a.M.
- (1975): *Sulla FIAT e altri scritti*, Mailand.
- (1985): „Einführung zur Neuherausgabe der Texte“ in *Sulla FIAT e altri scritti*, Mailand 1974, deutsche Übersetzung in Wildcat: *Thekla Nr. 6: Arbeiteruntersuchung bei FIAT*, Karlsruhe, S. 15-27, <http://wildcat-www.de/thekla/06/t06alqua.htm> (abgerufen am 1.12.2010).
- Balestrini, Nanni, und Primo Moroni (2002): *Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien*, Berlin.
- Battaglia, Roberto (1997 [1980]): „Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter – einige Bemerkungen über die ‘neue Klassenzusammensetzung’“, in: *Wildcat-Zirkular* Nr. 36/37.
- Beamish, Rob (1992): *Marx, Method and the Division of Labor*, Urbana und Chicago.
- Bensman, Joseph, und Israel Gerver (1963): „Crime and Punishment in the Factory: the Function of Deviancy in Maintaining the Social System“, in: *American Sociological Review*, vol. 28 (4), S. 588-598.

- Boch, Rudolf (1985): *Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914*, Göttingen.
- Boggs, Grace Lee (1998): *Living for Change. An Autobiography*, Minneapolis und London.
- Bologna, Sergio (1973): „Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Theorie der Partei an den Anfängen der Rätebewegung“, in: Sergio Bologna und Massimo Cacciari: *Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage*, Berlin, S. 9-52.
- Braverman, Harry (1977 [1974]): *Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß*, Frankfurt a.M. und New York.
- Brecher, Jeremy (1975): *Streiks und Arbeiterrevolten. Amerikanische Arbeiterbewegung 1877 bis 1970*, Frankfurt a.M.
- Burawoy, Michael (2001): „Donald Roy – Sociologist and Working Stiff“, in: *Contemporary Sociology*, Vol. 30 (5) S. 453-458.
- Castoriadis, Cornelius (2007 [1958]): „Über den Inhalt des Sozialismus III“, in: Cornelius Castoriadis: *Vom Sozialismus zur autonomen Gesellschaft, Ausgewählte Schriften Band 2.1*, Hrsg. von Michael Halbrodt und Harald Wolf, Lich, Hessen, S. 187-242.
- Crouch, Colin, und Alessandro Pizzorno (Hg.) (1978): *The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968*, 2 Bde., London.
- Ebbinghaus, Angelika (1978): „Taylor in Rußland“, in: Bergmann, Jansen und Klein (Hg.): *Autonomie im Arbeiterkampf. Beiträge zum Kampf gegen die Fabrikgesellschaft*, Hamburg: Association, und München: Trikont, S. 143-164.
- Edwards, Richard (1981 [1979]): *Herrschaft im modernen Produktionsprozeß*, Frankfurt a.M. und New York. (Originalausgabe: *Contested Terrain. The Transformation of the Workplace in the Twentieth Century*, London).
- Frings, Christian (2005): „Das Herz der Bestie – ein unbekanntes Wesen. ArbeiterInnenmacht und die Zukunft des Operaismus“, in: *analyse & kritik*, Nr. 500, http://www.akweb.de/ak_s/ak500/07.htm (abgerufen am 1.12.2010).
- Gabler, Andrea: *Antizipierte Autonomie. Zur Theorie und Praxis der Gruppe „Socialisme ou Barbarie“ (1949-1967)*, Hannover 2009.
- Glaberman, Martin: *Wartime Strikes. The Struggle against the No-Strike Pledge in the UAW during World War II*, Detroit 1980.
- Gouldner, Alvin W. (1954): *Wildcat Strike*, Yello Springs, Ohio.
- Grüttner, Michael (1984): *Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafendarbeiter 1886-1914*, Göttingen.
- Harvey, David: *A Companion to Marx's „Capital“*, London: Verso 2010.
- Hausen, Karin (1978): „Technischer Fortschritt und Frauenarbeit. Zur Sozialgeschichte der Nähmaschine“, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Vol. 4, S. 148-169.

- Kuby, Thomas (1980): „Über den gesellschaftlichen Ursprung der Maschine“, in: Freimut Duve (Hg.): *Technologie und Politik*, Nr. 16, Reinbek bei Hamburg, S. 71-101.
- Lazonick, William (1979): „Industrial Relations and Technical Change: The Case of the Self Acting Mule“, in: *Cambridge Journal of Economics*, vol. 3 (3), S. 231-262.
- Marx-Engels-Werke (MEW) 1972.
- Mayo, Elton (1945): *The social problems of an industrial civilisation*, Boston: Harvard Univ. (deutsch: *Probleme industrieller Arbeitsbedingungen*, Frankfurt a.M.: Verlag der Frankfurter Hefte, 1949).
- Neusüß, Christel (1978): „Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation“, in: *Prokla* Nr. 31, S. 75-113.
- Pozzoli, Claudio (Hg.) (1972): *Spätkapitalismus und Klassenkampf. Eine Auswahl aus den „Quaderni Rossi“*, Frankfurt a.M.
- Rieland, Wolfgang (1977): *Organisation und Autonomie. Die Erneuerung der italienischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt a.M.
- Roethlisberger, Fritz J., und William J. Dickson (1939): *Management and the Worker. An Account of a Research Program Conducted by the Western Electric Company, Hawthorne Works, Chicago*, Cambridge, Mass..
- Romano, Paul, und Ria Stone: *The American Worker*, New York 1947, <http://libcom.org/history/american-worker-paul-romano-ria-stone> (abgerufen am 1.12.2010).
- Rosenberg, Nathan (1995): *Exploring the Black Box: Technology, Economics, and History*, Cambridge, 1995.
- Simpson, Ida Harper (1989): The Sociology of Work: Where Have the Workers Gone? in: *Social Forces*, vol. 67 (3), S. 563-581.
- Tronti, Mario (1974 [1966]): *Arbeiter und Kapital*, Frankfurt a.M.
- (1972 [1971]): „Workers and Capital“, in: *Telos*, No. 14 (englische Übersetzung des Nachworts zur 2. Auflage von *Operai e Capitale*, Turin 1971).
- Wildcat (1984): „Taylors Alpträume. Die Fetischformen des Kapitals als Basis der Arbeitswissenschaft“, in: *Karlsruher Stadtzeitung* Nr. 33, S. 55-63, <http://www.wildcat-www.de/wildcat/33/w33alpt1.htm> (abgerufen am 1.12.2010).
- Wildcat (1985): *Thekla 6: Arbeiteruntersuchung bei FIAT*, Karlsruhe.
- (1994): „Renaissance des Operaismus?“, in: *Wildcat* Nr. 64, S. 99-110, <http://www.wildcat-www.de/wildcat/64/w64opera.htm> (abgerufen am 1.12.2010).
- Wren, Daniel A., und Arthur G. Bedeian (2004): „The Taylorization of Lenin: rhetoric or reality? in: *International Journal of Social Economics*, Vol. 31 (3), S. 287-299.
- Wright, Steve (2005 [2002]): *Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus*, Berlin.

Thomas Matys

Die Corporations-kritische Bewegung in den USA Gegenstände und Akteure einer Organisationskritik

„Defying Corporations, Defining
Democracy“. *Ritz 2001*

1. Thema und Anstoß

Das Thema dieses Beitrages ist die sich in den USA herausbildende Corporations-kritische Bewegung und die von ihr formulierte Kritik an der organisationalen Form, die sich zunächst in der ausgebildeten Rechtsform „legal person“ manifestiert.

Der Begriff der Corporation ist – so wie er heute vor allem im angelsächsischen Raum in dieser Form verwendet wird – erklärungsbedürftig. Eine einfache Übersetzung ins Deutsche birgt das erste Problem: Korporationen waren im Mittelalter in Europa als nach innen gerichtete, nur auf die internen Ziele und Zwecke beschränkte Assoziationen, die rein um die optimale Verwirklichung dieser Ziele im Sinne und zum ausdrücklichen Vorteil ihrer Mitglieder bemüht angelegt gewesen waren. Es handelte sich dabei bspw. um Gilden oder Zünfte. Corporations im Sprachgebrauch innerhalb der modernen Gesellschaftsformation zu verwenden, zielt dagegen auf den Begriff und das Phänomen der Organisation ab. Das Handeln von Organisationen ist stets gegen Dritte gerichtet, wir können von extroverser Herrschaftsförmigkeit sprechen (vgl. Türk 1995): Parteien verwirklichen nicht allgemein-politische Ziele einer demokratischen Gesellschaft, sondern Machtinteressen ihrer Mitglieder; Wirtschaftsunternehmungen sind keine rationalen Zweck- und Bedürfnisbefriediger, sondern Mehrwertabschöpfer eingekaufter menschlicher Arbeitssubjektivität.

Den Anstoß, sich mit obigem Thema zu befassen, ist der empirisch auffällige Sachverhalt, dass eine stetig wachsende organisationskritische Bewegung in den USA, die ich im Folgenden

Corporations-kritische Bewegung nennen möchte, das Konzept der legal person, also der Juristischen Person, welches vielen Organisationen (aber eben nicht allen) zu Grunde liegt, kritisiert, ja regelrecht bekämpft. Was kritisiert diese Bewegung? Bei aller Differenziertheit der Argumentationen lässt sich eine Hauptkritiklinie ausmachen: Die Bewegung kritisiert den Sachverhalt, dass US-amerikanische Corporations es nach einem jahrhundertlangen Kampf erreicht haben, den Personen-Status zu erhalten, welches sich für (allerdings nicht alle) Organisationen im Rechtsstatus der Juristischen Person niederschlägt. Dieses juristische Zugestehen individueller Verfassungsrechte in den USA heißt für die Corporations-kritische Bewegung konkret: Die Gewährung von Grundrechten der Zusatzartikel der US-amerikanischen Verfassung, wie bspw. Meinungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Anspruch auf Geschworenen-Jury u.a. m. (vgl. ausführlich Matys 2011), sei seitens des juristischen und politischen Systems als Pro-Corporations-Aktion erfolgt und stelle gleichsam einen „Raub von Menschenrechten“ (Hartmann 2002) dar. Dies müsse rückgängig gemacht werden. Der immer wieder genannte Bezugspunkt ist das berühmte Santa-Clara-Urteil aus dem Jahr 1886. Dabei handelt es sich eigentlich um einen Steuerfall, bei dem die Richter in einer Vorrede zur Urteilsverkündung den Corporations quasi unaufgefordert den im 14. Zusatzartikel zugesicherten Gleichheitsschutz zugesprochen hätten. Dort heißt es:

[...] Keiner der Einzelstaaten darf Gesetze erlassen oder durchführen, die die Vorrechte oder Freiheiten von Bürgern der Vereinigten Staaten beschränken, und kein Staat darf irgend jemandem ohne ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz Leben, Freiheit oder Eigentum nehmen oder irgend jemandem innerhalb seines Hoheitsbereiches den gleichen Schutz durch das Gesetz versagen. (Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika 1787, Zusatzartikel in Kraft getreten 1868, U.S. Mission to Germany)

Dieses Recht, so die Corporations-Kritiker, stehe jedoch nur natürlichen Personen, also Menschen, und nicht Corporations zu. Die vielen gerade durch die Corporations-kritische Bewegung publik gemachten und dargelegten Gerichtsfälle haben zunächst den Charakter von Einzelereignissen. Gerade deshalb kann auch an den jeweils einzelnen Fällen nicht erkannt werden, dass sie als Teil eines langwierigen und friktionsreichen Prozesses der Auftrennung zwischen einem organisationalen Zustand von Noch-Nicht-Person zu Juristischer Person rekonstruiert werden müssen.

Dieser Prozess wiederum ist nur durch seinen polit-ökonomischen Kontext verstehbar und erklärbar. Hier stelle sich die Frage nach dem Sinn des Bezugnehmens auf legal person ein: Denn die darin enthaltene Person-Semantik (lat. „persona“ bedeutet „Maske“) verweist auf die Unterscheidung einer Form. Eine organisationale Person zu kreieren heißt dann, Organisation innerhalb des legal person- bzw. „corporate personhood“-Diskurses¹ nicht als Objekt, auch nicht als eine Art von Objekten oder eine Eigenschaft von Objekten zu verstehen, sondern als eine besondere Art der Unterscheidung, die als Form mit zwei Seiten das Beobachten leitet. Der Gegenstand Organisation ist dann nicht einfach nur etwas Anderes als Mensch oder Individuum, sondern eine andere Form, mit der man Gegenstände wie menschliche Individuen beobachtet (vgl. Luhmann 1991). Was ist die andere Seite der Unterscheidung Person – Nicht-Person bzw. Organisation – Nicht-Organisation? Was wird als zur Organisation nicht zugehörig benannt? Wie wird Organisation zu einer gesellschaftlichen Form und erhält eigenen Subjektcharakter? Das sind zentrale Fragen im Rahmen der Analyse der Corporations-kritischen Bewegungen. Im Folgenden werde ich nun zunächst die zentralen auf Corporations bezogenen Kritikakteure und -gegenstände in Punkt 2 vorstellen, sodann in Punkt 3 erste Skizzen einer polit-ökonomischen Analyse darlegen. Abschließend möchte ich in Punkt 4 fragen, inwieweit die Kritik als Praxis einer kritisch-historischen Organisationsforschung hinreichend ist.

2. Kritikakteure und -gegenstände

2.1 Kritikakteure

2.1.1 Die Protagonisten Thom Hartmann und Ted Nace

Hartmann nimmt in seinem Buch „Unequal Protection. The Rise of corporate Dominance and the Theft of Human Rights“ – m. E. so etwas wie das Manifest der Anti-Corporations-Gemeinde – das oben genannte Thema auf, Corporations seien eine Erfindung des Rechts, welche durch die machtvolle (Fehl-)Verkündung

1 So nennt die Corporations-kritische Bewegung den Diskurs um die Person-Eigenschaft von Organisationen.

und (Fehl-)Rezeption des berühmten Santa Clara-Urteils von 1886 (vgl. Punkt 2.2) in die Welt gekommen sei. Dadurch sei es möglich geworden, dass Corporations einen weltweiten Verbreitungsgrad finden konnten. Er identifiziert die Corporations als „Fehler im sozialen System“ (Hartmann 2002, S. 22), der laut Hartmann dadurch entsteht, dass ein organisationaler Zweck („corporate purpose“, ebd.), also bspw. das Streben nach Profiten oder Shareholder-Dividenden, begünstigt durch Faktoren wie einer eigenen organisationalen Persönlichkeit („personhood“, ebd., S. 23), bestimmten Rechten und einer entsprechenden Größe der Organisation, völlig den Zwecken, den Werten von natürlichen Personen zuwiderlaufe. Im Grunde ist Hartmann der Auffassung, dass Organisationen als Juristische Personen („legal persons“) eine Gleichstellung mit Menschen erreicht haben. Und diese 1:1-Gleichstellung von etwas eigentlich Differentem sei, so Hartmann, „menschengemacht“ (ebd., S. 1), basiere auf dem „Raub von Menschenrechten“, wie der Buchtitel andeutet und habe zu „unequal consequences“ (ebd., S. 155) geführt: Hartmann nennt eine Reihe von staatlichen – scheinbaren – Regulierungen, die im Kern, so sein Fazit, bestimmtes korporatives Handeln durch Legalisierung legitimieren, das natürlichen Personen selbstverständlich verboten bleibt: Bspw. können Tabak-Unternehmen die Produktion ihrer gesundheitsbedrohenden Produkte durch das staatlicherseits verordnete Anbringen von Hinweisschildern auf den Produkten legitimieren. Einen weiteren Fall stellen Organisationen dar, die Giftmüll produzieren, rechtlich allerdings nicht bzgl. der Folgen, die sich aus der Giftmüllproduktion ergeben können, belangt werden können. Dies können sie deshalb nicht, weil sie die von ihnen verwendeten giftigen Bestandteile veröffentlichen, und zwar innerhalb der Richtlinien, die von staatlichen Agenturen gesetzt worden sind. Hartmann erweitert die Liste der Vorteile, die Corporations seiner Meinung nach gegenüber Menschen haben: Es herrsche eine ungleiche Besteuerung, die Verantwortung für kriminelle Handlungen sei ebenfalls unterschiedlich (es gebe auch keine Kriminalstatistiken bzgl. Corporations), denn bspw. könnten Kinderarbeit oder Gefangenearbeit von den Corporations unbehelligt genutzt werden. Auch die ungleichen Reichtumsstrukturen thematisiert Hartmann: Fast 30 Prozent der absoluten ökonomischen Aktivität werde von den Top-10-Corporations ausgefüllt. Zudem genießen Corporations Handelsvorteile (z. B. die

Möglichkeit einer Corporation, ihr Geschäft global zu organisieren). Nicht zuletzt seien, so Hartmann, die dominanten Medien-Corporations zu nennen, die durch enorme Politikbeeinflussung als Teil eines übermächtigen Lobbyismus' gekennzeichnet werden müssten (vgl. ebd., S. 157 ff.).

Die Arbeiten des US-amerikanischen Unternehmers und Autors Ted Nace liefern des Weiteren gehaltvolles historisches und empirisches Material. In seinem über 300-Seiten-starken Internet-Buch „Gangs of America – The Rise of Corporate Power and the Disabling of Democracy“ (2003) beschreibt er den Prozess der Herausbildung US-amerikanischer Corporations, beginnend von den britischen Wurzeln über die schleichende Indienstnahme der Artikel bzw. der Zusatzartikel der US-Verfassung durch die Corporations (vgl. Punkt 2.2) – und dies tut er ausführlicher und präziser als Hartmann – bis hin zur internationalen Ausweitung Corporations-induzierter Governance-Strukturen. Nace, freilich kein Organisationssoziologe, hat dennoch einige für die kritische Erforschung von Organisation wichtige empirisch grundlegende und theoretisch anregende Elemente geliefert: Historisch geht er sogar bis ins 13. Jahrhundert zurück, um die Wurzeln der modernen Corporation im britischen Empire aufzuzeigen (vgl. Nace 2003, S. 28 ff.); er stellt die ersten „gecharterten“ (= beauftragten) Organisationen in den noch jungen USA im 17. Jahrhundert dar (vgl. ebd., S. 40 ff.); er führt die erbitterten Anti-Monopol-Kämpfe des 18. Jahrhunderts auf (vgl. ebd., S. 49 ff.); Nace dokumentiert in mehreren Kapiteln die Verstrickungen von Politik und Justiz (einschließlich des Santa Clara-Falls), die den schleichenden Aufstieg der Corporations begünstigten (vgl. ebd., S.59 ff.). Globale korporative Hegemonie-Tendenzen (vgl. ebd., S. 221 ff.) beschäftigen ihn ebenso wie die sich langsam formierende Anti-Corporations-Bewegung (vgl. ebd., S. 232 ff.). Obwohl Nace die These des weltweiten Siegeszugs der Corporations von den USA ausgehend als „Gangs of America“ kennzeichnet und seine Beschreibungen historisch-empirisch informativ und anregend sind, so fehlt es doch an einer tiefergehenden organisationssoziologischen Analyse. Nace' grundlegende Positionen gleichen einer Mission, die sich nahezu nahtlos in die Forderungen der (sonstigen) Anti-Corporations-Bewegung (vgl. Punkt 2.1.2) einreihen lassen:

„ ... die Corporation als eine dynamische Technologie zu sehen, als ein quasi-lebendiges Ding, ermöglicht es uns, sie in einer vertrauten Kategorie von Problemen zu platzieren. Menschen haben eine lange

und tiefe Erfahrung mit dem formenden und erweichenden Prozess, der als „Zähmung“ bekannt ist, innerhalb dessen die nützlichen Qualitäten einer Spezies gefördert werden, während die gefährlichen beschnitten werden. Die Arbeit, die Corporations zu domestizieren, kann nicht durch ein kleines Stück Gesetzgebung ausgeführt werden, es ist nicht einmal realistisch zu glauben, dass diese [Zähmung] in einer einzelnen Generation geschehen kann. Es wird eines großen Coups in Bezug auf Gesetzgebung, einschließlich verfassungsgemäßer Änderungen, bedürfen. Es wird die Entwicklung einer klareren Sichtweise einbeziehen, dass *Rechte* ein menschliches Privileg sind und kein organisationales. Es wird das Ende einer Vorstellung einbeziehen müssen, dass mächtige Organisationen unbestimmte Existenzbedingungen genießen dürfen. Es wird die Verbreiterung der Vorstellung von menschlichen Rechten benötigen, um die verschiedenen Wechselwirkungen zwischen Menschen – als Konsumenten, als Arbeiter etc. – und Corporations zu vereinen. Es wird die Entwicklung von eindeutig notwendigen Grenzen und Schutzwallen, die das Politische als einen „humans only“-Bereich aufrechterhalten, bedürfen. Genauso bedarf es klarer Definitionen anderer „humans only“-Bereiche: Familie, Erziehung etc. Schließlich, und am wichtigsten, wird es eine tiefe Änderung einer Haltung bedürfen, einer eingebetteten Skepsis. Die Corporation ist ein mächtiges Werkzeug und das macht sie zu einem gefährlichen. Nachdem wir die Corporation domestiziert und demokratisiert haben – angenommen, uns gelingt das zu tun –, werden wir immer noch unsere Kinder warnen müssen: „Passt auf. Behaltet dieses Ding im Auge. Und vergesst niemals: es kann beißen!“ (Nace ebd., S. 267; Herv. i. Orig.)

Zusammengefasst kann Hartmann und Nace – flankiert durch die Anti-Corporations-Bewegungen – zugeschrieben werden, den Terminus *corporate personhood* bzw. den Referenzpunkt *legal person* in die Forschung eingebracht zu haben. Außer dem Aspekt allerdings, dass eine derartige stillschweigende – im Sinne einer nicht stärker gesellschaftlich skandalisierten – Person-Stellung von Organisation stattgefunden hat bzw. weiter stattfindet, findet man bei diesen Autoren wenig bis gar nichts organisationstheoretisch Ausgearbeitetes. Im Folgenden werde ich auf die Aktivitäten und Strukturen dreier zentraler Corporations-kritischer Organisationen eingehen, um damit die Arena der Corporations-Kritiker zu vervollständigen.

2.1.2 Drei zentrale Corporations-kritische Organisationen

Richtet man nun den Blick auf Corporations-kritische Organisationen, fällt zunächst auf, dass die Kritik an Corporations aus verschiedenen Richtungen kommt: Zum Einen gibt es Organisationen, bei denen Corporations-Kritik nur ein Thema unter mehreren anderen ist, wie z. B. Parteien, Verbraucherschutzorganisationen oder Friedensbewegungen². Zum Anderen gibt es aber auch Organisationen bzw. Aktivistengruppierungen, deren Gründungszweck die Kritik an Corporations war. Diese „reinen“ Anti-Corporations-Bewegungen wurden in den Jahren zwischen 1995 und 2002 gegründet.

(A) ReclaimDemocracy.org

Ich beginne mit der Organisation, deren Maxime programmatisch und zugleich typisch für die gesamte Anti-Corporations-Bewegung zu stehen scheint und bei der uns die vorn angesprochene Bürgerrechts-Position (vgl. Pkt. 2.1) förmlich begegnet – *ReclaimDemocracy.org*: Diese Organisation fordert die „Wiederherstellung bürgerlichen Einflusses auf Corporations“ (ReclaimDemocracy.org 2008). ReclaimDemocracy.org ist eine 2001 gegründete Non-Profit-Organisation. Zu den Zielen der Organisation ist den Websites Folgendes zu entnehmen³:

„[...]Wir regen Bürger dazu an, Entscheidungen über die Rolle, die Corporations in unserer Gesellschaft spielen sollten, zu treffen und Corporations auf diese Rolle zu begrenzen. Wir sind eine gemeinnützige überparteiliche, Non-Profit-(..) Organisation.“ (ReclaimDemocracy.org 2008)

2 An dieser Stelle müssen tiefer gehende Forschungen bzgl. hier nicht weiter behandelte Organisationen, die ebenfalls eine Fülle von Anti-Corporations-Aktivitäten in ihrem Repertoire haben, in den Bereich der Forschungsdesiderata verwiesen werden. Nur zwei „Einheiten“ seien hier exemplarisch genannt: Zum Einen Parteien wie die „Socialist Equality Party“ (SEP) mit ihrem Kampf gegen Unternehmensprofite oder zum Anderen so genannte „public interest groups“, wie bspw. Greenpeace USA oder „Common Cause“ (vgl. <http://www.wsws.org/>; Oldopp 2005; Hübner 1989). „Common Cause“ bspw. wurde 1970 gegründet, hatte 1989 ca. 225.000 Mitglieder und kämpfte u.a. für die Veränderung der Wahlkampffinanzierung (vgl. Hübner ebd.).

3 Sämtliche wörtlichen Übersetzungen stammen vom Verfasser.

Die Herstellung einer kollektiven Identität im Rahmen dieser Selbstbeschreibung ist durchaus mit Problemen verbunden: Die Handlungsfähigkeit von Corporations-kritischen Bewegungen hängt nämlich stark davon ab, wie gut es ihnen gelingt, eine konsistente Selbstbeschreibung gemeinsam zu entwickeln, um damit eine Koalition von Anti-Corporations-Organisationen zu bilden. Erst eine Koalition ermöglicht es, Sachverhalte in der sozialen Umwelt als ungerecht, unmoralisch etc. zu qualifizieren (vgl. Kern 2008, S. 121). Zudem wird die Organisation in die Lage versetzt, Forderungen zu stellen, Ursachen und Verantwortliche zu benennen. Dies bündelt ReclaimDemocracy.org in der Kategorie „Ziele der politischen Arbeit als Teil eines Prozesses der Demokratisierung“ (ReclaimDemocracy.org ebd.):

- Dokumentation zahlreicher Gerichtsfälle, in denen Corporations Grund- bzw. Menschenrechte zugesprochen worden sind (vgl. ausführlich Matys 2011);
- Aufhebung des Urteils des Obersten Gerichtshofs („*First National Bank of Boston v. Bellotti*“ von 1976), nachdem Corporations eine verfassungsrechtlich geschützte „freie Rede“ – bspw. in Form von Wahlkampfspenden – zusteht;
- Schutz der Bürgerrechte vor (korporativen) Anmaßungen;
- Stärkung und entschiedene Anwendung der Anti-Trust-Gesetze;
- Gesetze beseitigen, die verhindern, dass Gemeinden, Staaten und Länder Corporations nicht angemessen innerhalb ihrer Zuständigkeitsbereiche „regieren“ können;
- Stärkung und Durchsetzung der Gesetze gegen korporative Kriminalität.

Die Hauptaktivitäten von ReclaimDemocracy.org umfassen laut eigener Angabe umfangreiche Agenda-Setting-Politik zu allen Themen, die mit Corporate Personhood, Corporate Accountability, Bürgerrechte, Rechte von Corporations, Basisdemokratie und einer Bevorteilungspraxis von Corporations in Verbindung stehen sowie die Schaffung einer hierzu nötigen Darstellungs- und Kommunikationsplattform. Letzteres umfasst ein Ressourcen-Pooling, die Bereitstellung eines „virtuellen Dachs“ für lokale Organisationen, einen Newsletter und andere Vernetzungs- und Unterstützungsaktivitäten.

(B) The Program on Corporations, Law and Democracy
(POCLAD)

Das „*Program on Corporations, Law and Democracy*“ (POCLAD) ist ein moderner „think tank“, bestehend aus Schriftstellern, Pädagogen, Aktivisten, ehemaligen Mandatsträgern, Direktoren von Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechtsorganisationen sowie Gewerkschaftsführern und Wissenschaftlern (vgl. POCLAD 2008). Gegründet wurde POCLAD 2004. Diese Gruppe ist ein Projekt des „Council on International and Public Affairs“ (CIPA), einer 1954 gegründeten Non-Profit-Organisation, die sich für Menschenrechte, Bildung und Forschung einsetzt. Als ihre Kernaufgabe beschreibt POCLAD Folgendes:

„POCLAD ist eine Gruppe von 11 Aktivisten, die demokratische Debatten und Aktivitäten anregen, um die Regierungskompetenz von Corporations zu bekämpfen. Unsere Analysen entwickeln wir durch historische und juristische Forschung, Publikationen, öffentlichen Vorträge, und durch die Zusammenarbeit mit Organisationen, mit denen wir nach neuen Strategien suchen, Bürgerrechte gegen Eigentumsinteressen zu verteidigen. [...] Wir, das Volk, sowie unsere Bundes- und Staatsbeamten haben seit langem Wirtschaftsunternehmen [business corporations] illegitimerweise Befugnisse zugestanden. [...] Mit [unserer Zeitschrift] *By What Authority* [Mit Welcher Berechtigung] machen wir nachdrücklich das Recht des Volkssouveräns geltend, sich wieder selbst zu regieren“ (ebd.).

Die Aktivitäten von POCLAD umfassen neben der Forschungs- und Vortragsarbeit auch die Bereitstellung von Bildungsmaterial und Linksammlungen sowie das Betreiben eines virtuellen Buchladens.

(C) CorpWatch

CorpWatch tritt anders als *ReclaimDemocracy.org* in der offiziellen Firmierung ohne das „.org“ auf. Im Untertitel führt die Organisation den Slogan „Holding Corporations Accountable“ (*CorpWatch* 2008a), womit sofort auch bei dieser Bewegung das „Verantwortungsthema“ als offensichtlich bedeutend hervortritt. Ähnlich *ReclaimDemocracy.org* spricht auch *CorpWatch* von einer Mission:

„*CorpWatch*: Non-Profit für investigative Forschung und investigativen Journalismus, um Vergehen von Corporations ans Licht zu bringen und um für Rechenschaftspflicht und Transparenz multinationaler Corporations einzutreten. Mit unserer Arbeit fördern

wir globale Gerechtigkeit, unabhängigen Medienaktivismus und die demokratische Kontrolle von Corporations“ (CorpWatch ebd.).

Und weiter:

„Unser Ziel ist es, multinationale Corporations anzuprangern, die von Krieg, Betrug Umweltverschmutzung, Menschenrechtsverletzungen und anderen Vergehen profitieren, sowie kritische Informationen zur Verfügung zu stellen, um eine mündige Öffentlichkeit und eine effektivere Demokratie zu fördern“ (ebd.).

Das Verschwimmen von Organisationsgrenzen in Verbindung mit einem stark betonten Netzwerk-Charakter zieht sich – wie auch bei ReclaimDemocracy.org und POCLAD – wie ein roter Faden auch durch die Selbstdarstellung von CorpWatch – mit der Formulierung „globale Gerechtigkeit“ [global justice] ordnet sich CorpWatch selbst innerhalb des weltweiten globalisierungskritischen Netzwerkes ein und tritt für Ziele wie Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Frieden, korporative Transparenz und Rechenschaftspflicht und gegen die (Corporations-seitige) „Sprengung von Arbeitnehmervereinigungen“ (CorpWatch 2008b) ein. Die Aktivitäten von CorpWatch umfassen ebenso wie schon bei ReclaimDemocracy.org und PROCLAD das Bereitstellen eines Ressourcen-Pools, verschiedene Vernetzungsaktivitäten sowie die Herausgabe einer Zeitschrift.

Netzwerkaspekt:

Bei den Aktivitäten der drei Akteure fällt zunächst der Netzwerkaspekt (vgl. Sydow 1992; 2010) auf: Die Netzwerkstruktur ist für viele Corporations-kritische Organisationen die Voraussetzung zur Bildung einer „kritischen Masse“ (Kern ebd., 117). Es ist entscheidend für den Erfolg jeder sozialen Bewegung, welche Wege Nachrichten durchlaufen, welche Formen Kommunikationen haben, um bei den Bewegungen eine „Informationsmacht“ (ebd.) zu erzeugen. So sind die Corporations-kritischen Organisationen und Bewegungen in ihrer Struktur Teil eines organisationalen Modus: Durch ihn werden Bedürfnisse und Ziele in gesellschaftliche Interessen übersetzt und tragen somit zum „Prozess der öffentlichen Meinungsbildung“ (Ronneberger 1964, S. 45) bei. Das Netzwerk-System, in das viele Anti-Corporations-Organisationen eingebunden sind, stellt dabei eine Form „interorganisationale[r] Modi der Handlungskoordination“ (Ortmann/Sydow/Windeler 1997, S. 351) dar. Sich in Netzwerken auszutauschen und abzu-

stimmen, soll Interessenkonflikte zwischen den Eliten der Anti-Corporations-Organisationen „zähmen“ (Schulz 1984) und Konsensbildung zwischen den Netzwerk-Akteuren herstellen, um die Corporations-kritischen Bewegung insgesamt in der „politischen Arena“ (Kitschelt 1980) mit mehr strategischer Verhandlungs-, Beeinflussungs- und Entscheidungsmacht auszustatten.

Agentschaft:

„Demokratie“, „Rechte“, „Freiheit“, „Eigentum“, also die Kategorien, die von den drei Akteuren angesprochen werden, können als „abstrakte Prinzipien“ (Meyer/Jepperson 2005) charakterisiert werden, zu deren Verwirklichung die meisten Corporations-kritischen Bewegungen eintreten. Damit kann deutlich gemacht werden, dass die Anti-Corporations-Bewegungen einen Bezug zu „Anderen“ herstellen, denen ihre Fürsprache gilt. Im Unterschied zu Verbänden bspw. kommt den Corporations-kritischen Organisationen damit eine stellvertretende, advokatorische Funktion zu (vgl. Stickler 2005, S. 32 f.). Zum Zwecke der Legitimität steht öffentlich nicht das Eigeninteresse der Mitglieder im Vordergrund, sondern das Eintreten der Mitglieder für abstrakte Ziele und moralische Forderungen, die im allgemeinen Interesse liegen (vgl. ebd.). Damit kann für die Corporations-kritischen Bewegungen eben auch genau das Merkmal herausgearbeitet werden, das für (formale) Organisationen generell gilt, das Konzept der „Agentschaft“ (Bruch/Türk 2005, S. 111 ff.), d.h. des Handelns im Namen Anderer: Damit sind alle Arten von „Dritten“ gemeint, seien die unvertretene Andere, Gott oder andere abstrakte Ideen, wie bspw. Menschenrechte oder die Rechte von Rentnern.

Framing-Funktion:

Die drei Corporations-kritischen Gruppen und viele andere auch üben darüber hinaus eine ausgeprägte „framing“-Funktion aus (vgl. Kern ebd., S. 141 ff.): Gemeinsam mit anderen öffentlichen Akteuren und Medien nehmen sie nicht nur vorhandene Glaubens- und Deutungssysteme auf, sondern produzieren diese auch selbst aktiv mit und erlangen dadurch erheblichen Einfluss auf die „gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit“ (Berger/Luckmann 1970). Framings sind kulturelle Deutungsstrukturen, durch deren Produktion und Reproduktion die Corporations-kritischen Bewegungen ihre jeweiligen Anhängerschaften mobi-

lisieren (vgl. Kern ebd.). Diese „Rahmenarbeit“ wird bspw. in den bei CorpWatch zitierten Aktivitäten besonders deutlich: Kriminelle Vorgänge direkt mit konkreten Corporations in Verbindung zu bringen und öffentlich zu machen, trägt zur Entwicklung von Problemdiagnosen (diagnostic framing) bei; der Kampagnen-fördernde Corporate-Research-Guide ist Teil eines Lösungsangebots (prognostic framing) und die Anregung, das Berichtswesen bzgl. Corporations zu fördern bzw. eine Kommunikationsplattform einzurichten, können als Element der Ausarbeitung von Motivationsstrategien (motivational framing) begriffen werden (vgl. ebd.).

2.2 Kritikgegenstände: Gerichtsurteile und den Corporations zugestandene Rechte

Eine wesentliche Funktion der Corporations-kritischen Bewegung besteht darin, Verweise zu den aus ihrer Sicht ungerechtfertigten Inanspruchnahmen der US-amerikanischen Zusatzartikel – bzw. der in ihnen enthaltenen Grundrechte – durch die Corporations zu platzieren. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Analyse und Skandalisierung der einschlägigen Gerichtsurteile, die in den Darstellungen immer wieder auftauchen – beispielhaft und sehr verkürzt seien die folgenden drei Fälle genannt (vgl. ausführlich Matys 2011; Nace 2003):

- Fall 1: *Trustees of Dartmouth College v. Woodward* (1819): Das nachträgliche Eingreifen durch Erlasse des Staates in Satzungen, die Corporations gewährt wurden, wird für unwirksam erklärt. Das Oberste Gericht sah ein solches Eingreifen im Fall einer Schule, die als „private corporation“ einen öffentlichen Zweck verfolge, als Verletzung der *contract clause* nach Art. I, § 10, Klausel 1 der Bundesverfassung, also als Verletzung der individuellen Vertragsfreiheit, an. Corporations seien davor zu schützen. De facto wurde damit erstmalig einer Organisation ein Menschenrecht zugestanden;
- Fall 2: *Slaughterhouse Cases* (1872): Eine „Sonder-Corporation“ erhält eine Monopolstellung bzgl. der Tierschlachtung: Zum Schutze der Gesundheit und zum Wohle der Allgemeinheit (hier: „konzentriertes“ Schlachten außerhalb der Stadt) könne ein Einzelstaat von seiner „Polizeimacht“ als legitimer Maßnahme Gebrauch machen und damit ein Grundrecht (die

freie Berufsausübung) der einzelnen Metzger) *zugunsten* einer Corporation einschränken; die Vorrechte für die Corporation werden mit dem charter-fixierten „öffentlichen Zweck“ begründet und verstießen nicht gegen den 13. Zusatzartikel (Verbot von Sklavenarbeit) bzw. den 14. Zusatzartikel (*equal protection-clause*);

- Fall 3: *Santa Clara v. Southern Pacific Railroad Co.* (1886): Anlässlich eines Steuerstreits (laut der Railroad-Company ein zu hoher Basiswert als Steuergrundlage) führen die Anwälte aus, die Corporation sei „ungerecht“ besteuert worden und stützten sich auf die Kernaspekte des 14. Zusatzartikels: „Niemand darf ... ohne ordentlichen Gerichtsprozess („*due process of law*“) ... irgendeiner Person ... den gleichen Schutz der Grundrechte – bspw. Eigentum – („*equal protection*“) versagen bzw. berauben“. Somit sei die Corporation also ohne „rechtliche Grundlage“ besteuert worden. Das Gericht bestätigt dies, nennt aber den 14. Zusatzartikel selbst nicht im Urteil. In der Vorrede allerdings wird klargestellt, dass Corporations Personen seien und deshalb die Schutzrechte des 14. Zusatzartikels genießen dürften. Vorrede und Urteil konstituieren somit zusammengenommen die Anspruchsgrundlage des 14. Zusatzartikels für Corporations (einzelstaatlich).

Auf der Grundlage der Charakterisierung der Corporations-kritischen Akteure und ihrer wichtigsten Gedankenfiguren skizziere ich in den folgenden Abschnitten einige organisationssoziologische Schlüsse, die vom organisationssoziologischen Ansatz der „Kritik der politischen Ökonomie der Organisation“ Klaus Türks ausgehen.

3. Skizzen einer polit-ökonomischen Analyse

Ausgehend von Organisation als einer Realkategorie lassen sich drei Bedeutungsdimensionen von Organisation unterscheiden (Türk 1995; Bruch/Türk 2005; Türk et al. 2006): Ordnung, Vergemeinschaftung und Gebilde. Die beiden erstgenannten sind relativ viel erforscht: Organisation können sowohl als Orte der Ordnung bezeichnet werden, deren implizite Ordnungsvorstellungen sich aus den Rationalitäts- und Machbarkeitssemantiken der Moderne bzw. Aufklärung speisen und sich empirisch in Prozessen

der Formalisierung, der Hierarchisierung und der Routinisierung zeigen lassen. Auch der Aspekt der Vergemeinschaftung bietet eine Menge an Forschungen, die sich mit Gruppenbildung, Loyalitätsmustern, „bündischem“ Denken, Organisationskultur und Wir-Identität beschäftigen. Die Bedeutungsdimension des „Gebildes“ ist die am wenigsten untersuchte. In ihr sind zwei Aspekte zentral: Organisationen können sowohl selbst als „korporative Akteure“ mit eigenem Subjektcharakter gefasst werden, als zudem als Modus, als Art und Weise, als Medium, als gesellschaftliche Form. Gebilde bezeichnet dabei ganz allgemein eine Einheit, etwas Zusammgehöriges, etwas Ganzes.

An diesem zentralen Punkt, der Einheitsvorstellung innerhalb der Gebildedimension von Organisation, wird der von der Corporations-kritischen Bewegung forcierte legal person- bzw. corporate personhood-Diskurs interpretierbar: Die Figur der legal person bzw. Juristischen Person ist ein diskursiv-umkämpftes Rechtskonstrukt, welches als Zurechnungseinheit fungiert. Corporations werden innerhalb der Gerichtsfälle in ihrer Einheitsvorstellung argumentativ seitens der Corporations-Vertreter in erster Linie in Form einer Gleichsetzung gefasst, und zwar vermittels Aspekten, die sachlich und historisch bis dato auf Menschen, auf „Bürger“ der USA, angewendet worden waren, wie bspw. folgende Begriffe belegen: Privatheit (z. B. „private charity“ in Fall 1), „unfreiwillige Knechtschaft“ (Fall 2), „natürliche“ bzw. „künstliche Person“ bzw. zu schützender Gleichheitsgrundsatz (Fall 3). Bei späteren Fällen, die hier nicht eigens aufgeführt sind, spielen Begriff wie „rechtliches Gehör“, „Immunitäten“, „Verbrecher“, „Vertreter der Öffentlichkeit“, „Klassen“, oder „freie Rede“ eine Rolle (vgl. Matys 2011).

Staatliche Instanzen, seien sie aus den Bereichen Legislative oder Judikative, fassen Organisation im Verlaufe des dargelegten über 200-jährigen Prozesses der Auseinandersetzung mit wechselnden Begriffen: Mal ist eine Organisation – wohlgerneht eine Schule – eine „private corporation“ mit „government“-Funktion (Fall 1), mal ist es eine – immerhin ökonomisch ausgerichtete Organisation mit Monopolstellung – beauftragte Corporation, die einen öffentlichen Zweck erfüllt (Fall 2). Im zentralen Santa Clara-Urteil (Fall 3) liefert die Vorrede des Chefrichters Zeugnis darüber ab, dass das Gericht implizit Corporations für ebenso schutzwürdige Personen hält wie dies im Prinzip für Menschen gilt. Obwohl das in der Urteilsverkündung mit keiner Silbe berücksichtigt wird, ar-

gumentierten die Anwälte für die Corporations, in dem Sinne, dass der 14. Zusatzartikel keine abstrakten korporativen Rechte, sondern die individuellen Rechte der Teilhaber schütze. Bei aller Differenziertheit innerhalb der Argumentationen fällt eine Gemeinsamkeit auf: Gleich, ob Corporations nun als künstliche oder natürliche Wesen angesehen werden sollen: Das Gebilde Organisation – und nicht Individuen oder Gruppen in einer Organisation – ist zu einer adressierbaren Einheit mit klaren Grenzen geworden, die einerseits Produktivität zurechenbar und andererseits Akkumulation von Reichtum, Macht und Wissen erst möglich macht (vgl. Bruch/Türk ebd.). Rollenbündel und agentschaftliches Handeln erlauben Verantwortungsentlastung: Je nach erwarteten Effekten können sich organisationale Agenten auf die Organisation oder eben auch sich selbst berufen.

Die meisten der dargelegten Gerichtsfälle verweisen auf eine gesellschaftlich-politische Praxis, die rechtsgeschichtlich als Form der *Kodifizierung* der organisationalen Form bezeichnet werden kann: Das Berufen auf Grund- bzw. Menschenrechte, das Einreichen von Klagen bei einzelstaatlichen und bundesstaatlichen Gerichten seitens der Corporations-Vertreter oder ganz allgemein den Terminus „legal person“ als Konstruktion einer einheitlichen Gebildevorstellung von Organisation zu institutionalisieren, sind als Techniken zu kennzeichnen, die vermittels der Inanspruchnahme von Begriffen, Prozessen und Ordnungsschemata des Rechtssystems eine gesellschaftsweite Verbreitung von Organisation forcieren sollen. Dass zwar damit die Institutionalisierung der korporativen Form vermittels einer Kodifizierung im Prinzip einer Abkehr vom naturrechtlichen (Rechts-)Denken gleichkommt, zeigen auch die ausgetragenen Konflikte im Rahmen der Begründungen für Kodifizierungspraxen innerhalb der dargelegten Gerichtsfälle: Der Kern vieler Auseinandersetzungen ist ja gerade gewesen bzw. ist es heute noch, ob eine Corporation als natürliche oder künstliche Einheit bezeichnet werden soll. Die angewandten Praxen zwischen den Akteuren innerhalb der dargelegten Gerichtsfälle – seien es Anwälte, Richter oder Politiker – stehen allerdings in einem dialektischen Kodifizierungsprozess: Auf der einen Seite gibt es das deutliche Bezugnehmen auf gesatztes Recht, z. B. Artikel, Zusatzartikel, Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Corporations sind in ihnen teils explizit, teils implizit genannt. Auf der anderen Seite steht das in der common law-Tradition sich vollziehende Richter-

recht innerhalb der USA, welches sich ja eben in den meisten von der Corporations-kritischen Bewegung genannten Fällen gerade in Absetzung zu gesetztem Recht entfaltet.

Die seitens der Corporations-kritischen Bewegung immer wieder zitierten Gerichtsfälle reichen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurück, ein Fakt, der die These stützt: Organisation ist ein modernes Phänomen, weshalb eine zwingend historische Perspektive eingenommen werden muss. Zudem markiert die Gebildedimension ein empirisch-induktives Organisationsverständnis. Der kampf- und friktionsreiche gesellschaftliche Prozess der Etablierung der korporativen Form verweist zum Einen darauf, dass Organisation eben kein ubiquitäres Naturphänomen ist, sondern ein diskursiv-umkämpftes und damit immer ein kontingentes Konstrukt; zum Anderen wird dadurch deutlich, dass das umkämpfte gesellschaftliche Denk- und Handlungsmuster Organisation eines herrschafts- bzw. polit-ökonomischen organisationstheoretischen Analyseansatzes bedarf.

4. Wie weit reicht die Kritik?

Keine der betrachteten Corporations-kritischen Gruppen nimmt eine Perspektive ein, die *Organisationsform per se* zu kritisieren (inklusive einer Kritik an der eigenen Organisationsform und der Frage, inwieweit die vorgestellten Corporations-kritischen Bewegungen selbst alternative Organisationsformen/Kooperationsformen praktizieren). Eher werden ganz allgemein verschiedene organisationale Praktiken kritisiert.

Die Nicht-Existenz dieser Kritikperspektive markiert einen gesellschaftstheoretisch sehr relevanten Aspekt: Organisation scheint zum selbstverständlichen kognitiven Inventar der Moderne zu gehören, welches an sich unhinterfragt bleibt und daher auch alternativlos erscheint bzw. gar nicht als alternativ-würdig in Betracht kommt. Eine „Kritik der politischen Ökonomie der Organisation“ (Türk 1995; Bruch/Türk 2005; Türk et al. 2006) ist zwecks Beschreibung und Analyse dieses Aspektes der adäquate organisationstheoretische Bezugsrahmen, da sie Organisation nicht als ubiquitäres, sondern als ein „Schlüsselphänomen der Moderne“ begreift. Die Tatsache, dass heute bereits keine Alternative zu Organisation mehr denkbar erscheint, hängt wohl damit zusammen, dass die historische Genese des Organisationsphänomens selten in den Blick genommen wird. Historisch-empirisch betrachtet sind Organisationen erstens

– und somit eben auch viele Corporations-kritische Bewegungen, denen selbst ebenfalls ein Organisationscharakter zukommt – unter vorn genannter *Ordnungsperspektive* bestimmte Gebildetypen, die „strukturelle Isomorphien“ (DiMaggio/Powell 1983, S. 147 ff.), also Strukturangleichungen, ausbilden. Dies lässt sich auch bei den drei hier exemplarisch genannten Bewegungen darlegen, zeigen sich doch deutliche Ähnlichkeiten in Darstellung, Inhalten, Quellen- und Verlinkungsstruktur. Organisationen sind zweitens unter der *Vergemeinschaftungsperspektive* eben Vergemeinschaftungen, die sich durch das Verankern und Institutionalisieren von bündischen, gemeinschaftlichen, Wir-Identität-stiftenden Denk- und Handlungsstrukturen auszeichnen. Auch dieser Aspekt lässt sich als geradezu „lebensnotwendig“ an vielen Corporations-kritischen Bewegungen darlegen: Es ist gerade existenzielles Merkmal vieler Anti-Corporations-Gruppen bzw. -organisationen, eine „Wir-und-die-Anderen-Perspektive“ zu kreieren, die sie selbst als die „Die-Demokratie-wieder-Herstellenden“ kennzeichnet. Sie begreifen die „machtvollen“ Corporations, die Rechte wahrnehmen dürfen, die ihnen, genauer gesagt: den Menschen allgemein, die sie zu vertreten behaupten, nicht zustehen, als die „Anderen“, die Externen, als *das Andere*, was bekämpft, kontrolliert, reguliert und regelrecht gebrandmarkt gehöre.

Unter der dritten Bedeutungsperspektive von Organisation, der des *Gebildes*, ist Folgendes festzuhalten: Organisationen können sowohl selbst als „korporative Akteure“ mit eigenem Subjektcharakter gefasst werden, als zudem als Modus, als gesellschaftliche Form. Gebilde bezeichnet dabei ganz allgemein eine Einheit, etwas Zusammengehöriges, etwas Ganzes und markiert damit einen semantischen und kognitiven Raum, einen entsprechenden „Ort“, in dem sich Ordnungs- und Vergemeinschaftungsaspekte von Organisation entfalten können. Nun kann man die mit der Gebilddimension verbundenen Elemente auf zweierlei beziehen: Zum Einen auf einen wie auch immer gearteten (sich zumindest auf Organisation beziehenden) Kritikgegenstand oder zum Anderen auf die Corporations-kritischen Bewegungen selbst. Zum *ersten* Aspekt: Es gilt das pointiert zu wiederholen, was vorn bereits angedeutet worden ist. Organisation ist als gesellschaftliche Unterscheidungsform zu begreifen; als Medium, vermittels dessen markiert werden soll, was als Einheit mit klaren Grenzen, als Zusammengehörendes, als „Als-Zusammen-Denkendes- und Praktizierendes“ gefasst werden soll.

Dies gilt ganz besonders für die kritisierte und diskursiv-umkämpfte Rechtskonstruktion der legal person bzw. corporate personhood (womit wie ausgeführt zumeist ökonomische Organisationen gemeint sind), welches als Ausgangspunkt vieler Argumentationen gelten kann. Zum *zweiten* Aspekt: Zahlreichen der kritisierenden Anti-Corporations-Bewegungen kommt es wohl sehr darauf an, die legal person-Semantik nicht nur als abgrenzenden Referenzpunkt der Kritik zu verwenden, sondern ihn auch noch in eine direkte Verbindung mit den von den „bösen“, mächtigen Corporations ausgeübten Praxen zu bringen, in etwa entlang der Lesart: „Ihr Corporations, die ihr von uns nicht zu billigende Praxen vermittels eines euch nicht zustehenden Rechtsanspruchs auf Menschenrechte ausübt, ihr seid eine inakzeptable Form gesellschaftlicher Praxis, die wir bekämpfen!“ Hieran wird die Verwobenheit der drei Bedeutungskonstellationen von Organisation sehr deutlich: Die Inklusions- und Exklusionspraxen innerhalb der Vergemeinschaftungsdimension konstituieren regelmäßig die Gebildeformation Organisation. Dass also Organisation im konkreten Lebensvollzug, d.h. im Denken und Handeln, von Menschen täglich erneut hergestellt werden muss und kein ontologisches Faktum ist, kennzeichnet neben dem Merkmal der Konstruktivität ein weiteres: Das der Diskursivität des Organisationsphänomens. Eine derart gefasste gesellschaftliche Formbestimmtheit von Sozialem – hier: Organisation –, wofür Türks „Kritik der politischen Ökonomie der Organisation“ zentral steht, wäre allerdings nicht hinreichend organisationstheoretisch auf den Gegenstand der Corporation-kritischen Organisationen bezogen, würde nicht ein entscheidender Aspekt mit hinzugenommen: Die Herrschaftsförmigkeit des modernen Organisationsphänomens. Wir können grundsätzlich zwar von einem Antagonismus zwischen Corporations-Befürwortern und -gegnern (seien die Konflikte, wie gesagt, selten gegen die Form als solche, viel häufiger aber gegen organisationale Praxen gerichtet). Auch die historischen Ereignisse der Kämpfe um die Form Organisation innerhalb der letzten 200 Jahre in den USA, die sich an den von der Corporations-kritischen Bewegung immer wieder genannten Gerichtsurteilen darlegen lassen, deuten auf einen insgesamt friktionsreichen Institutionalisierungsprozess von Organisation hin. Begreift man diese, sich historisch sukzessiv vollziehende, selbstverständliche „Auf-Dauer-Stellung“ von Organisation als Teil der Etablierung wesentlicher Strukturen der modernen Gesellschaft, kommt man allerdings nicht

umhin, den Herrschaftstopos als analytischen Bezugspunkt mit anzuführen, denn „... alle Soziologie [ist] als Analyse der durch Herrschaft begründeten Strukturen zu verstehen“ (Dahrendorf 1967, S. 61). Bereits Max Weber verbindet deutlich Herrschaft mit dem hier interessierenden Phänomen Organisation: Ihm zufolge ist Herrschaft ein zentrales „Phänomen alles Sozialen“ (Weber 1980, S. 539), das nicht an bestimmte Teilsysteme gebunden ist oder sich auf die Sphäre staatlich-politischen Handelns beschränkt, sondern auch bei den „ökonomisch relevantesten sozialen Gebilden der Vergangenheit und der Gegenwart: der Grundherrschaft einerseits, dem kapitalistischen Großbetrieb andererseits, die entscheidende Rolle“ (ebd., S. 541) spielt. Man kann nun Webers Begriff der „Bürokratie“ als modernen Proto-Begriff von Organisation begreifen, und mit Weber die Grundlage für die Herrschaftsförmigkeit von Bürokratie (sprich: Organisation) herausarbeiten, denn Weber charakterisiert Bürokratie als „... *das* spezifische Mittel, ... „Gemeinschaftshandeln“ in rational geordnetes „Gesellschaftshandeln“ zu überführen“ (ebd., S. 569 f.; Herv. i. Orig.). Hier kommt nun noch etwas Entscheidendes hinzu: Mit Herrschaft haben wir es dann zu tun, wenn wir (verfestigte oder institutionalisierte) gesellschaftliche Verhältnisse beobachten können, mit deren Hilfe systematische Asymmetrisierungen zwischen Menschen erzeugt werden (vgl. Türk et al. 2006, S. 40 f.). Wir können also nur deshalb von einer herrschaftsförmigen Gesellschaft sprechen, weil wir Organisation als Mittel der Herrschaftsausübung begreifen können (vgl. Weber 1980, S. 128). Organisation ist das Medium, welches die systematisch-strukturellen Chancen des Zugriffs auf bzw. der Verfügung über gesellschaftliche Ressourcen konditioniert (vgl. Türk 1995). Vieles des hier zum Phänomen der Corporations-kritischen Bewegungen Dargelegte lässt erhebliche Zweifel aufkommen, ob die beteiligten Gruppen, Organisationen und Bewegungen ein derart weitreichendes Herrschaftsverständnis zu teilen in der Lage sind; scheinen sie doch, wie gezeigt, mit Blick auf die Reichweite deren Kritik-Perspektiven, gar nicht zu bemerken, dass sie selbst existenzieller Teil des historischen gesellschaftlichen Institutionalierungsprozesses von Organisation sind.

Literatur

- Berger, Peter Ludwig/Luckmann, Thomas (1970): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main.
- Bruch, Michael/Türk, Klaus (2005): Organisation als Regierungsdispositiv der modernen Gesellschaft. In: Jäger, Wieland/Schimank, Uwe (Hrsg.): Organisationsgesellschaft. Facetten und Perspektiven. Opladen, S. 89-123.
- CorpWatch (2008a): [Home]. In: <http://www.corpwatch.org/index.php>.
- (2008b): About CorpWatch. In: <http://www.corpwatch.org/section.php?id=169>.
- (2008c): Vision & Guiding Principles. In: <http://www.corpwatch.org/article.php?id=11314>.
- Dahrendorf, Ralf (1967): Pfade aus Utopia. Arbeiten zu Theorie und Empirie der Soziologie. Gesammelte Abhandlungen I. München.
- DiMaggio, Paul/Powell, Walter (1983): The iron cage revisited. Institutional isomorphism and collective rationality in organizational fields. In: *American Sociological Review* 48, S. 147-160.
- Hartmann, Thom (2002): „Unequal protection“. The Rise of Corporate Dominance and the Theft of Human Rights. New York.
- Hübner, Emil (1989): Das politische System der USA. Eine Einführung.
- Kern, Thomas (2008): Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. Wiesbaden.
- Kitschelt, Herbert (1989): Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts. Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (1991): Die Form „Person“. In: *Soziale Welt* 42, S. 166-175.
- Marx, Karl [MEW] (1979): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Band 1, MEW Bd. 23, Berlin.
- Matys, Thomas (2011): Legal Persons – „Kämpfe“ um die organisationale Form bei US-amerikanischen Corporations. Eine organisationstheoretisch strukturierte Dokumentation. Diss.-Ms., Wuppertal (in Begutachtung).
- Meyer, John W./Jepperson, Ronald L. (2005): Die „Akteure“ der modernen Gesellschaft: Die kulturelle Konstruktion sozialer Agentschaft. In: Meyer, John W.: *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*. Frankfurt am Main, S. 47-84.
- Nace, Ted (2003): Gangs of America. The Rise of Corporate Power and the Disabling of Democracy. In: <http://gangsofamerica.com/read.html>.
- Oldopp, Birgit (2005): Das politische System der USA. Eine Einführung. Wiesbaden
- Ortmann, Günther/Sydow, Jörg/Windeler, Arnold (1997): Organisation als reflexive Strukturation. In: Ortmann, Günther/Sydow, Jörg/Türk, Klaus (Hrsg.): *Theorien der Organisation*. Opladen, S. 315-354.

- POCLAD (Program on Corporations, Law & Democracy) (2008): About Us. In: <http://www.poclad.org/about.php>.
- ReclaimDemocracy.org (2008): About ReclaimDemocracy.org. In: http://reclaim-democracy.org/about_us.html.
- Ritz, Dan (2001): *Defying Corporations, Defining Democracy: A Book of History & Strategies*. New York.
- Ronneberger, Franz (1964): Organisierte Interessen und öffentliche Meinungsbildung. In: *Soziale Welt* 15, S. 36-49.
- Schulz Carola (1984): *Der gezähmte Konflikt. Zur Interessenverarbeitung durch Verbände und Parteien am Beispiel der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik (1966–1976)*. Opladen.
- Stickler, Armin (2005): *Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Global Governance. Eine kritische Bestandsaufnahme*. Bielefeld.
- Sydow, Jörg (2010): Organisationale Pfade. Wie Geschichte zwischen Organisationen Bedeutung erlangt. In: Endreß, Martin/Matys, Thomas (Hrsg.): *Die Ökonomie der Organisation – die Organisation der Ökonomie*. Wiesbaden, S. 15-31.
- (1992): *Strategische Netzwerke. Evolution und Organisation*. Wiesbaden.
- Türk, Klaus (1995): *„Die Organisation der Welt“. Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft*. Opladen.
- /Lemke, Thomas/Bruch, Michael (2006): *Organisation in der modernen Gesellschaft. Eine historische Einführung*. Wiesbaden.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen.

Ronald Hartz

Die 'Critical Management Studies' – eine Zwischenbilanz in kritischer Absicht

Im Rahmen einer Vorlesung zum internationalen Management standen postkoloniale Studien auf dem Programm. Eine Anfrage bei den Politikwissenschaften zu weiterführenden Materialien ergab die folgende Antwort:

„Hallo ...,

in meinem Semesterapparat finden Sie noch mehr Literatur zu dem Thema. Allerdings behandelt mein Seminar, in der ersten Linie, theoretische Aspekte der Entwicklungsproblematik: politische, soziale, ökonomisch usw. Ich glaube nicht, dass er eine größere Hilfe für jemand aus einem ökonomisch-begrenzten Bereich wie Management ist.“

Eine deprimierende Reaktion, welche zugleich wahr in ihrer Diagnose herrschender Borniertheit und falsch im Sinne der Borniertheit des Schreibers ist. Sie steckt (disziplinäre) Grenzen ab und konstruiert eine Identität, welcher nicht einfach zu widersprechen ist. Sie erschwert zugleich jede Form von Dialog und mag nicht recht sehen, was Wissen aus einem nicht 'ökonomisch-begrenzten Bereich' hier nützen soll. Es ist nur zu vermuten, dass diese Anekdote eine Grunderfahrung anzeigt, die Wissenschaftler_innen widerfährt, welche im institutionalisierten Kontext der Management- und Organisationsforschung tätig sind und sich zugleich, im Sinne einer kritischen Positionierung, an der etablierten Forschung abarbeiten. Die hier zu diskutierenden Critical Management Studies (CMS) nehmen eine solche Position für sich in Anspruch. Was diese konstituiert und ob und inwiefern die CMS die Grenzen der Managementforschung überschreitet und somit einen Beitrag zur kritischen Analyse von Organisation und Management leisten kann, ist Gegenstand der folgenden Betrachtung.

Einleitung

Mit den Critical Management Studies hat sich in den letzten 15 Jahren ein Begriff und eine 'Szene' etabliert, unter welchem die kritische Auseinandersetzung mit vorherrschenden Vorstellungen von Management und Organisation und den damit verknüpften Wissens- und Praxisformen eine aktuelle symbolische (akademische) Heimat gefunden hat.¹ Markiert die Problematisierung vorherrschender Wissens- und Praxisformen von Management und Organisation ein Unbehagen mit dem 'Mainstream' der Forschung und herrschenden Praxis, sollen die CMS zugleich ein Forum für die Diskussion emanzipatorischer Entwicklung sein. In solcher Unbestimmtheit und Breite generiert der Begriff der CMS zunächst Anschlussfähigkeit und Attraktivität für eine Vielzahl von Wissenschaftler_innen und bringt somit Positionierungen unter einem Begriff zusammen, deren Gemeinsamkeit sich zunächst 'lediglich' auf einer Ablehnung etablierter Forschung, Lehre und Management- und Organisationspraxis gründet.

Historisch und insbesondere auf den europäischen Kontext bezogen, wurde der Aufstieg der CMS von einer Reihe von Faktoren begünstigt (Fournier, Grey 2000; Grey, Willmott 2005). Hierzu zählen einerseits die Dominanz neoliberaler Denk- und Gestaltungsmuster ('Neue Rechte', 'New Labour') seit den 1970er Jahren und das damit zusammenhängende Programm der 'Managerialisierung' und 'Vermarktlichung' gesellschaftlicher Teilbereiche, welches in seinen Konsequenzen kritisch reflektiert wurde. Hinzu traten die Entwicklung neuer sozialer Bewegungen und eine zunehmen-

1 Einige Indikatoren markieren den raschen Aufstieg der 'CMS-Szene': Autor_innen welche sich der CMS verbunden fühlen, publizieren regelmäßig in führenden Zeitschriften der Management- und Organisationsforschung (u.a. Human Relations, Organization, Organization Studies, Academy of Management Review), eine Reihe von britischen Business Schools avancierte zu 'Hochburgen' der CMS (u.a. Leicester und Warwick), eine im zweijährigen Turnus stattfindende CMS-Konferenz zählt mehrere hundert Teilnehmer_innen, bei der Academy of Management als zentraler Institution der Managementforschung (die Academy selbst zählt 19.000 Mitglieder aus 105 Ländern, die jährliche Konferenz zählt 10.000 Teilnehmer) wurde eine Interest Group mit eigenen Workshops etc. institutionalisiert (angestrebt wird inzwischen der Status als Division Group als höchste Form der AoM-Institutionalisierung), 2009 erschien schließlich das 'Oxford Handbook of Critical Management Studies'.

de gesellschaftliche Problematisierung ökologischer, sozialer und moralischer Folgen wirtschaftlichen Handelns, deren Ausblendung an den Business Schools die Unzufriedenheit am „narrow focus“ (Adler et al. 2007, S. 121) der Managementforschung und -lehre nährte. So konstatiert Ghoshal: „Academic research related to the conduct of business and management has had some very significant and negative influences on the practice of management ... by propagating ideologically inspired amoral theories, business schools have actively freed their students from any sense of moral responsibility“ (Ghoshal 2005, S. 76, zit. nach Adler et al. 2007, S. 121). Andererseits begünstigten eine diagnostizierte Krise und Dezentrierung westlichen bzw. angelsächsischen Managementdenkens, insb. im Zusammenhang des Aufstieges asiatischer Staaten, sowie eine zunehmende Infragestellung positivistischer Managementforschung und damit verknüpft eine partielle Öffnung und Pluralisierung der Management- und Organisationsforschung die Etablierung der CMS. Im britischen Kontext tritt – neben einer relativ starken marxistischen Tradition – der rasante Ausbau von Business Schools hinzu, welche Arbeitsmöglichkeiten für Sozialwissenschaftler_innen aus unterschiedlichen Disziplinen bot und entsprechend die Breite und Diversität des dort verhandelten Wissens erhöhte. All dies erwies sich als förderlich, markiert aber zu Gleich den spezifischen Kontext: Managerialism und Business Schools, in welchem sich ein Großteil der CMS bewegt.

Mein Beitrag verfolgt eine Darstellung wesentlicher Aspekte der Critical Management Studies und möchte einen Einstieg in die unter diesem Begriff versammelten kritischen Perspektiven auf Organisation und Management bieten. Damit soll eine Rezeptionslücke im deutschen Sprachraum geschlossen werden und im Sinne des Sammelbandes der Beitrag der CMS zu einem Verständnis von Organisation als „politischem Projekt“ eruiert werden. Hierbei wird zunächst die sich in den letzten Jahren entwickelnde Programmatik der CMS dargelegt, welche dem 'Projekt' CMS eine Form von Identität und Kohärenz zu verleihen versucht. Zweitens wird anhand der Diskussion wesentlicher theoretischer Impulse der Critical Management Studies – kritische Theorie, Marxismus/Arbeitsprozesstheorie, Poststrukturalismus – eine differenzierende Betrachtung dieser vorgenommen und zugleich die spezifische Rezeption und Weiterführung kritischer Traditionen durch Autoren der CMS herausgearbeitet und einer kritischen Betrachtung unter-

zogen. Aus der Darstellung der Programmatik und theoretischen Linien leiten sich schließlich drei Problemfelder der CMS ab: In- und Exklusion, Ontologie und Epistemologie und final die Frage nach der emanzipatorischen, d.h. politischen Perspektive der CMS. Die Frage der Emanzipation in ihrer Verschränkung mit der Arbeit der Kritik berührt, so meine These, letztlich die Frage der generellen Zukunftsfähigkeit einer kritischen Managementforschung.

Die Programmatik der CMS, oder: Variationen eines (alten) Themas

Als relativ neue (Denk-)Bewegung zeichnen die CMS ein explizites Bemühen verschiedener Autor_innen um eine programmatische Verortung aus (vgl. Fournier, Grey 2000; Grey, Willmott 2005; Adler et al. 2007; Alvesson et al. 2009a; Alvesson, Willmott 2009).

Ein erster Absetz- und Kritikpunkt folgt der Diagnose, dass die herrschenden Theorien und Praktiken im Management und in Organisationen partikularen Interessen und elitären Gruppen, d.h. im Wesentlichen Interessen des Managements oder von Anteilseignern dienen und andere gesellschaftliche und organisationale Gruppen zum disponierenden bzw. kalkulierbaren Faktor degradieren oder gänzlich marginalisieren. Diese „systematic inequality or interest partiality is ultimately damaging for the emancipatory prospects of all groups“ (Alvesson et al. 2009b, S. 7). Wissen und Wissensvermittlung im Kontext von Business Schools dient damit zu Gleich immer auch der Legitimation und Legitimationsbeschaffung für das Managementhandeln. Was im Kontext der managerialen oder betriebswirtschaftlichen Ausbildung produziert wird, ist im Kern Herrschaftswissen. Die CMS beschäftigt sich hingegen „with the study of, and sometimes *against*, management rather than with the development of techniques or legitimations *for* management“ (Alvesson et al. 2009b, 1). Weiterhin wird konstatiert, dass der Mainstream der Forschung Management entweder als (betriebswirtschaftlich erfassbare) Funktion oder als (psychologisch erforschbares) Gruppenphänomen *in* Organisationen betrachtet. Im Sinne einer Re-Kontextualisierung wird Management dagegen als gesellschaftliche Institution verstanden, welche in den kapitalistischen oder marktwirtschaftlichen Verwertungszusammenhang eingebettet ist und wesentlich zu dessen Reproduktion beiträgt. Diese gesellschaftliche

Einbettung lenkt den Blick auf diagnostizierbare negative Konsequenzen managerialen und organisationalen Handelns. So konstatieren Adler et al.: „The common core is deep skepticism regarding the moral defensibility and the social and ecological sustainability of prevailing conceptions and forms of management and organization, CMS's motivating concern is [...] the social injustice and environmental destructiveness of the broader social and economic systems that these managers and firms serve and reproduce“ (Adler et al. 2007, S. 119, ähnlich CMS-Interest Group 2010). Damit richten sich die CMS gegen die im Kontext der Wirtschaftswissenschaften und Business Schools im- oder explizit herrschende Logik der 'unsichtbaren Hand' und die i.d.R. vertretene Superiorität des Marktes als bestmögliche Regelungsinstanz gesellschaftlicher Entwicklung und Problemlösung einerseits und des damit präjudizierten Übergreifens der Managementlogik und –semantik auf sämtliche gesellschaftlichen Teilbereiche (Parker 2002, S. 2ff.).² Dass manageriales und organisationales Handeln problematische soziale und ökologische Folgen zeitigt, wird sowohl mit der Einführung des Handelns auf (betriebswirtschaftliche) Effizienz als auch auf die Reproduktion überkommener Machtverhältnisse und der in Konsequenz damit verschränkten Prolongierung von Herrschaft und Ausbeutung im gesellschaftlichen Maßstab zurückgeführt (CMS-Interest Group 2010). Offen bleibt jedoch, wie genau das Verhältnis von Gesellschaft und Organisation zu thematisieren wäre, welches dann folgerichtig Gegenstand der Analyse und der Veränderung sein soll, oder was etwa 'Gerechtigkeit' und 'Nachhaltigkeit' meinen. In Teilen kann die angerissene Programmatik sowohl bei Autor_innen des sogenannten Mainstreams (etwa aus dem Bereichen der Business Ethics oder Corporate Social Responsibility), bei eher marxistisch inspirierten Autor_innen als auch bei postmodern oder post-strukturalistisch argumentierenden Ansätzen, aber etwa auch bei feministisch oder ökologisch inspirierten Wissenschaftler_innen und Gruppen Zustimmung finden. Analog betrifft dies auch das

2 Parker fasst diesen common-sense bündig wie folgt zusammen: „Management is clear, is accountable and precise. Management does not waste human energy, and only demands that democratic market liberalism be recognized as the best solution for all. Management, therefore, is the most advanced form of human organization [...]. When the cruel autocrat becomes the responsible manager, the greatest good of the greatest number will be achieved“ (Parker 2002, 4).

formulierte emanzipatorische Interesse, dessen Konkretisierung hier (bewusst) offengehalten ist: „CMS challenges prevailing relations of domination – patriarchal, neo-imperialist as well as capitalist – and anticipates the development of alternatives to them“ (CMS-Interest Group 2010). Es wird zwar die Gefahr gesehen, dass die CMS selbst zu einer „vacuous category“ verkommen könnten, zu Gleich aber wird die Offenheit – auch in Differenz zur disziplinären Geschlossenheit der Managementforschung – als wichtiges, erhaltenswertes Charakteristikum angesehen (Alvesson et al. 2009a, S. 8f.). Eine solche Offenheit kann dann, so das Argument, auch die nächste wissenschaftliche Konjunktur im Bereich der Kritik in sich aufnehmen, wie es etwa für die Abkehr von marxistischen Ansätzen hin zu poststrukturalistischen Autoren geschehen ist, denn der „signifier cms is sufficiently capacious to accommodate such changes“ (Alvesson et al. 2009a, S. 2).

In einem Aufsatz von Fournier und Grey (2000) wurde ein vielrezipierter Versuch unternommen, die Gemeinsamkeiten der CMS entlang von drei Prinzipien zu bestimmen, um die Frage „[w] hat is this thing called critical?“ (Fournier, Grey 2000, S. 16) zu beantworten. Gibt es also Gemeinsamkeiten hinter der Vielfalt intellektueller Traditionen, die Autor_innen zählen u.a. auf: Neomarxismus, Poststrukturalismus, Dekonstruktion, Feminismus, Psychoanalyse, Cultural Studies, Ökologiebewegung, Postkolonialismus, Queer-Theory, welche im Kontext der CMS sichtbar werden? Als erstes Prinzip wird ein *Non-performative intent* vorgeschlagen. Anders formuliert meint dies eine Kritik an der vorherrschenden ‘instrumentellen Vernunft’ und der in der Managementforschung und –praxis geläufigen Verschränkung von „knowledge, truth and efficiency“ (ebd., S.17). Wissen im Managementkontext gewinnt seinen Status und Wahrheitswert, insofern es zur Steigerung der Effizienz einen Beitrag leistet. Eine antiperformative Zielstellung richtet dagegen ihren Blick auf andere strukturelle Phänomene von Organisationen – Macht, Ungleichheit, Kontrolle etc. – und thematisiert zu Gleich andere Formen der ‘Performanz’, etwa auf Perspektiven eines gesellschaftlichen Wandels gemäß der grundlegenden Programmatik der CMS. In diesem Sinne formulieren Grey und Willmott, dass die CMS „should not involve an antagonistic attitude towards all forms of „performing“, only to forms of action in which there is a means-ends calculus that pays little or no attention to the question of ends“ (Grey, Willmott 2005, S. 7). Spicer et al. (2009)

plädieren in diesem Zusammenhang für eine sogenannte „critical performativity“, welche in Abgrenzung zu einer 'negativen' oder 'puristischen' Haltung („against' Management) „a more 'constructive' direction for CMS“ (Spicer et al. 2009, S. 538) bieten könne. Als zweites Prinzip wird ein Hinwirken auf die *Denaturalization* von Management und Organisation vorgeschlagen. Mit anderen Worten gelte es, gegen die Verdinglichung des Sozialen anzuarbeiten, deren Gewordenheit und soziale Konstruiertheit und damit auch deren Veränderbarkeit aufzuzeigen. Gegen die Verfestigung des Sozialen soll auch das nicht-mehr Thematisierte – etwa Sexismus, Macht, Kapitalismus – im Sinne eines „writing in what has been written out“ (Fournier, Grey 2000, S.18) ins Spiel gebracht werden.³ Schließlich wird als drittes Prinzip *Reflexivität* angemahnt. Im besonderen Kontext der Managementforschung wird ein Mangel hinsichtlich der Diskussion ontologischer, epistemologischer und methodologischer Prämissen der Forschung diagnostiziert, welche ihre Ursache im dominierenden 'simplen' Positivismus besitzt.⁴ Alvesson (2008) schließt insbesondere an das Prinzip der Denaturalisierung an, wenn er die Aufgaben der CMS in der Hinterfragung von dominanten, negative Konsequenzen erzeugenden Ideologien, Institutionen, Interessen und Identitäten (den 4 I's) sieht. Die Arbeit der Hinterfragung umfasst dabei Modi der Negation und Dekonstruktion, der Entwicklung und das zu-Wort-kommen-lassen alternativer Erzählungen und marginalisierter Stimmen („re-voicing“) und der Verfremdung und damit Problematisierung unhinterfragter Diskurse und Praktiken („de-familiarisation“). Ziel der Hinterfragung sind der Anstoß für soziale Reformen „in the presumed interest of the majority and/or those non-privileged“ (Alvesson et al. 2009a, S. 14) und die Emanzipation von überkommenen herrschaftsförmigen und

3 Dieses 'writing out' ist vergleichbar der Desymbolisierung i.S. Alfred Lorenzers. Dabei werden etwa organisationale Phänomene der Macht, Unterdrückung oder Diskriminierung aus der 'Sprache exkommuniziert'.

4 Adler et al. geben hierbei folgende konzise Erläuterung eines positivistischen Zugangs: „(a) there is an objective external reality awaiting discovery and dissection by science; (b) scientific method gives privileged access to reality; (c) language provides a transparent medium for categorization, measurement and representation; (d) the observer scientist occupies a position outside and above reality from which he (rarely she) develops and validates robust theories about reality“ (Adler et al. 2007, 157).

naturalisierten Management- und Organisationspraktiken. Dabei verweist Alvesson darauf, dass die zumindest partielle Anerkennung von Zwängen im Arbeits- und Lebenszusammenhang der Mitglieder von Organisationen (Arbeitnehmer_innen *und* Manager_innen) Bestandteil der Reflexion der CMS sein sollte. Adler et al. (2007) bemühen in ähnlicher Weise eine eigene Darstellung gemeinsamer, theoretische und anderweitige Differenzen übergreifende Themen der CMS. Hierunter fallen das Herausfordern von Herrschaft und Herrschaftsstrukturen, die Problematisierung unhinterfragter (‘taken-for-grantedness’) organisationaler Praktiken, die Abkehr von bzw. die Überwindung einer instrumentellen Logik sowie Reflexivität bezüglich des Forschungsprozesses selbst und hinsichtlich bedeutungsgenerierender und –fixierender managerialer und organisationaler Praktiken (ähnlich auch Alvesson, Willmott 2009; Sotirin, Tyrell 1998). Alle diese Themen sind um die Achse und den Zusammenhang von Wissen und Macht gruppiert: „Much CMS analysis is concerned with showing that forms of knowledge, which appear to be neutral, reflect and reinforce asymmetrical relations of power“ (Adler et al. 2007, S. 129).

In den dargestellten programmatischen Bemühungen innerhalb der CMS wird deutlich, dass sämtliche Darlegungen Variationen eines Themas sind, welches man näherungsweise als eine in emanzipatorischer Absicht erfolgende Politisierung der Management- und Organisationspraxis und der damit verbundenen Forschung und Lehre bezeichnen kann.⁵ Zusammenführend ergeben sich folgende postulierte *differentia specifica* der CMS in Abgrenzung zum ‘Mainstream’ der Management- und Organisationsforschung:

- CMS richten sich gegen die Konstruktion der Management- und Organisationsforschung als positives, technisch-wertneutrales Wissen;
- CMS richten sich gegen eine funktionale Betrachtung von Management und Organisation, diese sind vielmehr politische Praktiken u. Gebilde, welche der Aufrechterhaltung organisa-

5 Eine Politisierung organisationalen Geschehens ist durchaus auch im ‘Mainstream’ der Organisationsforschung, insb. im Bereich der Machtansätze, anzutreffen, ohne dass damit notwendig ein emanzipatorisches Interesse verknüpft sein muss (vgl. Hardy, Clegg 1996; Clegg et al. 2006a; Hartz 2009, 197ff.).

- tionaler und gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnissen dienen;
- CMS richten sich gegen die Verdinglichung und Naturalisierung von Management und Organisation und insistieren auf deren sozialer Konstruiertheit;
 - CMS richten sich gegen eine affirmative Betrachtung des Managements als gesellschaftliche Problemlösungsinstanz und Fortschrittsvehikel der Moderne;
 - CMS fokussieren hingegen auf die problematischen gesellschaftlichen Resultate (etwa in ökologischer, sozialstruktureller oder moralischer Hinsicht) historischer und gegenwärtiger Management- und Organisationspraktiken; Management und Organisation sind Teil des Problems, nicht deren Lösung;
 - CMS folgen vor dem Hintergrund dieser Diagnose einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse i.w.S. vs. einem technischem, instrumenteller Vernunft verpflichteten Interesse.

Aus der langen Historie der kritischen Theorie, des Marxismus und der im Kontext der Organisationssoziologie sowie Psychologie nicht nur marginalen Bürokratie- und Dehumanisierungskritik, stellvertretend seien genannt Weber, Mills, Gouldner, Merton, Argyris, McGregor oder du Gay, oder auch der Bemühungen um eine politische Ökonomie der Organisation im deutschen Kontext (Türk 1995) mutet dies als alter Wein in neuen Schläuchen bzw. unter einem neuen Begriff an, wobei zudem die programmatischen Äußerungen Präzision, wenn auch durchaus absichtsvoll, vermischen lassen. So konstatiert auch Parker, dass „a kind of forgetting [is] built into CMS“ (Parker 2002, S. 123). Dieses Vergessen kann als allgemeine Problematik der Entwicklung des akademischen Publikations- und Konferenzbetriebes angesehen werden, in dem das diskursiv als 'Neuheit' proklamierte zählt und die eigene Historie nicht substanzieller Analyse unterzogen, sondern mutmaßlich als legitimationsbeschaffendes 'name-dropping' eingesetzt wird. Dieses Vergessen speist sich im Besonderen aus der bereits angesprochenen, überwiegend disziplinären Anbindung an die Business Schools. Der Fokus der CMS richtet sich dann vor allem auf eine Kritik des dort vertretenen und vermittelten Managementwissens, ohne den eigenen disziplinären Raum zu verlassen oder möglicherweise die Kraft hierfür aufzubringen (Parker 2002, S. 122ff.).

Es bleibt dann zunächst festzuhalten, dass CMS als 'Label' fungiert, welches insofern einen Nutzen stiftet, indem es Wissen-

schaftler_innen durch Einschreibung in dieses Label Legitimation für die eigene Forschung verleiht und damit eine hier gar nicht zu unterschätzende Hilfe für die Absicherung der eigenen beruflichen Existenz darstellt. Mögen die sich auf die CMS berufenden Arbeiten im Kontext der Managementforschung einen nach wie vor randständigen Status besitzen, so bietet diese doch bereits einen Grad der Institutionalisierung an, in welchem das Berufen auf Kritik nicht mehr als ein sonderlich gefahrvoller Akt erscheinen muss, auch wenn nach wie vor gilt: „[H]ow can CMS bite the hand that feeds it?“ (Parker 2002, S. 131) Fournier und Grey sehen sogar das Berufen auf 'Kritik' bereits als modisch an und konstatieren, dass „[w]itnessing the spectacle of 'critical' being appropriated in ways which are so extensive as to make its meaning indistinguishable from that which was formerly the target of critique, it becomes tempting to regard CMS as defunct as a label“ (Fournier, Grey 2000, S. 27). Dieses 'kritisch sein' wird erleichtert durch die festgestellte vage Programmatik der CMS. Trägt dann aber diese Unbestimmtheit der CMS nicht bereits zu Ihrem eigenen Ende bei, wie es Fournier und Grey andeuten? Um diese Frage einer versuchsweisen Antwort zuzuführen, sollen nun zunächst die einschlägig diskutierten und als wesentlich angesehenen theoretischen Hintergründe der CMS beleuchtet werden. Hierbei lassen sich Problemfelder, Brüche und schließlich Paradoxien der CMS aufzeigen, welche die Versuche einer programmatischen Identitätspolitik eher als Oberflächenphänomen erscheinen lassen. Ich folge hier Adler et al., welche fordern, dass die CMS „should foster vigorous debate among its different approaches“ (Adler et al. 2007, S. 156). Dies erscheint umso dringender geboten, da im Rahmen der CMS eine Flucht nach vorn zu erkennen ist, welche Differenzen umgeht, um (vermeintlich) an politischer Schlagkraft und einen aktiveren Einfluss auf das manageriale und organisationale Geschehen zu gewinnen.

Theoretische Ressourcen der CMS

Wie die Ausführungen zur Programmatik anzeigen, beruft sich die CMS auf eine Vielzahl theoretischer Heimaten und Inspirationen. Im Folgenden sollen drei wesentliche Quellen: kritische Theorie, Marxismus/Arbeitsprozesstheorie und Poststrukturalismus/Postmoderne in ihrer Relation zu den CMS näher betrachtet und auf einzelne Arbeiten unter der jeweiligen Perspektive einge-

gangen werden.⁶ Während die kritische Theorie Ausgangspunkt der Formulierung des Begriffes Critical Management Studies war – Alvesson und Willmott berufen sich 1992 im initialen Sammelband „Critical Management Studies“ explizit auf diese Tradition – erweisen sich Marxismus und Poststrukturalismus sowohl als wirkmächtige Quellen als auch als Gegenstand zentraler Auseinandersetzungen im Rahmen der CMS.

Kritische Theorie

Im Sammelband 'Studying Management Critically', der in Teilen neuen Auflage von 'Critical Management Studies' von 1992, konstatieren Alvesson und Willmott rückblickend, dass „[t]he tradition of Critical Theory ... was, in the earlier volume, the chief, though by no means exclusive, inspiration for its contributors“ (Alvesson, Willmott 2009, S. 2). Diese Inspiration speist sich nach den Autoren (ähnlich Adler et al. 2007, S. 138) primär aus jener der kritischen Theorie eigenen Verschränkung von aufklärendem Denken und Emanzipation in dem Sinne, dass die Menschheit ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen kann, und der Kritik an der Präponderanz instrumenteller Vernunft, welche ebendies verhindert und die Menschen zu Anhängseln einer gut geölten gesellschaftlichen Maschinerie macht. Im Unterschied zum 'klassischen' Marxismus lenke die kritische Theorie dabei den Blick

6 Die unklare Grenzziehung ist hier endemisch. Adler und Kollegen diskutieren neben diesen drei Quellen den Einfluss des Pragmatismus/symbolischen Interaktionismus, des Feminismus sowie der Ökologiebewegung. Hinzu treten eine Vielzahl von Arbeiten, welche sich um eine kritische Weiterentwicklung 'klassischer', strukturalistisch orientierter Management- und Organisationstheorie (Bürokratietheorie, Kontingenzansatz, Resource Dependence Theorie) und der Soziologie (Weber, Durkheim) bemühen (Adler et al. 2007). Im von Grey und Willmott (2005) herausgegebenen CMS-Reader werden als Vorläufer Arbeiten aus dem Bereich der Elitentheorie und dem damit verschränkten Wissenschaftsbetrieb angeführt (Anthony, Baritz, Mills). Im CMS-Handbook (Alvesson et al. 2009b) finden sich bei den theoretischen Wurzeln 'lediglich' kritische Theorie, Poststrukturalismus, Kritischer Realismus sowie die Arbeitsprozessstheorie. Im Vorwort ist hierzu vermerkt, dass „space has not permitted the inclusion of those associated with feminism, Deleuze and Guattari, autonomist Marxism, Lacanian thinking, Gramscian analysis, post-colonialism, and numerous [sic!] others“ (Alvesson et al. 2009a, 5).

auf die im weitesten Sinne kulturelle Verfasstheit moderner Gesellschaften und inspiriere hiermit u.a. aktuelle Arbeiten der CMS zum 'consumerism', biete etwa aber auch Anschlusspunkte für eine Betrachtung ökologischer Fragen (Alvesson, Willmott 2009, S. 2). Kritische Theorie trage grundsätzlich zu einem „cultural shift in the image of management, from saviour to problem“ (Parker 2002, S. 9) bei. Die Nähe der so diskutierten kritischen Theorie zur Programmatik der CMS ist hier deutlich, wenngleich die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Emanzipation bei den Autoren der kritischen Theorie bekanntlich sehr unterschiedlich beurteilt wurden. Scherer konstatiert sogar, dass „CT [kritische Theorie, R.H.] has perhaps had even more influence on the development of CMS than related theoretical foundations, such as labor process theory, poststructuralism, or critical realism“ (Scherer 2009, S. 29). Als zentrale Themen, welche die CMS inspiriert haben, identifiziert Scherer die These(n) der 'Dialektik der Aufklärung', Marcuses Arbeiten zur 'eindimensionalen' Reduktion menschlichen Denkens und Erlebens auf Konsum und Produktion, die Thesen zur Technokratie und deren Ausblendung ethischer und emanzipatorischer Maßstäbe und schließlich Habermas' Theorie kommunikativen Handelns und deren Fokus auf die institutionellen Bedingungen menschlicher Kommunikation (Scherer 2009, S. 35f.). All diese Zusammenhänge seien zumindest implizite Ressourcen der CMS. Ein wenig differenzierter wird das Bild, wenn man sich den Einfluss einzelner zentraler Autoren der kritischen Theorie im Zusammenhang der CMS zumindest näherungsweise betrachtet. Arbeiten im Kontext der CMS, welche sich systematisch mit Adorno, Horkheimer, Marcuse oder Benjamin beschäftigen, existieren kaum. Ausnahmen bilden das poststrukturalistisch grundierte Plädoyer von Alvesson und Willmott für eine 'Korrektur' ('scaling down') (Alvesson, Willmott 1992, S. 460) der großen emanzipatorischen Erzählung der kritischen Theorie hin zu einer Beförderung mikroemanzipatorischer Praktiken, um den vermuteten totalitären Tendenzen und Wahrheitsansprüchen kritischer Theorie zu entgehen (Alvesson, Willmott 1992), Parkers Kritik der Business Ethics aus der Perspektive der negativen Dialektik Adornos (Parker 2009) sowie die Diskussion von Ökologie und Organisation unter Bezug auf Marcuse durch Jermier und Forbes (2009). Eine breitere Auseinandersetzung scheint hingegen nur in Bezug auf die Arbeiten von Habermas stattzufinden (vgl. Alvesson, Will-

mott 2001; Forester 2009; Power et al. 2009; Waring 2009). Der Fokus liegt hierbei insb. auf einer Fruchtbarmachung der 'Theorie des kommunikativen Handelns' für die Analyse organisationaler Zusammenhänge. Einige Arbeiten seien hier angeführt: So präsentiert Forester eine 'kritische Ethnographie' von Interaktionen in einer städtischen Behörde. Der Rückgriff auf Habermas ermögliche es „to explore the continuing performance and practical accomplishment of relations of power“ (Forester 2009, S. 62). Die Analyse „reveals the play of power and action, convention and performance, in flows of conversation – with multiple voices presenting and contesting facts, norms, selves and representational styles too“ (ebd., S. 63). Möglich sei somit die Erforschung der „micropolitics of speech and interaction“ (ebd., S. 62). Auf dieser mikropolitischen Ebene werden die „relations of power“ entlang der Konstruktion von 'Weltsichten', der Produktion von Konsens sowie von Status, Identität und Problemrelevanz rekonstruiert. Eine Problematisierung der Machtverhältnisse selbst findet in dieser Studie nicht statt. Waring's Rückgriff auf die von Kurt Lewin begründete Aktionsforschung („action research“), hier angewandt bei der Implementation eines Informationssystems in einem britischen Krankenhaus, scheint in emanzipatorischer Hinsicht zunächst weiter zu gehen. Ziel ist „to critically investigate potential emancipatory principles for systems analysis, design and development“ (Waring 2009, S. 40) i.S. eines „empowerment of the individual“ und einer Befreiung „from repressive social and ideological conditions“ (ebd., S. 57). Unter Verweis auf die frühen Ausführungen von Habermas zur Problematik der Vermittlung von Theorie und Praxis skizziert Waring ein 3-stufiges Modell emanzipatorischer Praxis und nutzt dieses als analytischen Leitfaden: 1) Entwicklung kritischer Theorie(n), 2) Aufklärung der betroffenen Akteure i.S. der entwickelten Theorie(n), 3) Entwicklung von emanzipatorischen Praktiken durch die so aufgeklärten Akteure.⁷

7 Bei Habermas heißt es in „Theorie und Praxis“: „Die Vermittlung von Theorie und Praxis kann nur geklärt werden, wenn wir zunächst drei Funktionen auseinanderhalten [...]: die Bildung und Fortbildung kritischer Theoreme, die wissenschaftlichen Diskursen standhalten; sodann die Organisation von Aufklärungsprozessen[...] und schließlich die Wahl angemessener Strategie, die Lösung taktischer Fragen, die Führung des politischen Kampfes“ (Habermas 1971, 37). Waring unterschlägt den 'wissenschaftlichen Diskurs' (siehe die weiteren

Die Entwicklung kritischer Theorie(n) beschränkt sich jedoch in der Studie auf den Aufweis und Nachvollzug der konfliktuösen sozialen Beziehungen in der Organisation, d.h. lässt jede Theorie vermissen. Postuliert wird „that there is no one social theory; each is dependent upon the particular organization“ (Waring 2009, 58). In Phase 2 und 3 versucht Waring dann eine offene Kommunikationskultur in der Organisation zu etablieren, welche die in Phase 1 diagnostizierten Problemen beseitigen helfen soll. Sowohl Forester als auch Waring fokussieren somit lediglich auf den Interaktionszusammenhang von Organisationen und – ohne dies explizit zu benennen – auf die von Alvesson und Willmott angesprochene Mikroemanzipation. Pragmatismus überformt hier die theoretische Reflexion, so dass Waring auch von den durch perennierende Machtverhältnisse in Organisationen frustrierten Organisationsforschern ganz ernsthaft rät, die Organisation zu wechseln, d.h. „to joining one sympathetic to critical theory“ (ebd., S. 61). Im Gegensatz zu Forester und Waring zielt die Arbeit von Power et al. hingegen auf eine Kritik ökonomischer Rationalität. Unter Rückgriff auf die Habermas'sche These der 'Kolonialisierung der Lebenswelt' soll aufgezeigt werden, dass Praktiken der Bilanzierung und Rechnungslegung („accounting“) eine „potentially colonizing force“ sind, „which threatens to ‘delinguistify’ the public realm“ (Power et al. 2009, S. 150). Dies meint, dass die Ausweitung der (technokratischen) Logik des Accounting die dahinterliegende gesellschaftliche, d.h. ökonomische Rationalität 'verschleiert' und einer öffentlichen Diskussion entzieht. Power et al. plädieren forschungsstrategisch für einen Aufweis der machtbierten 'Wahrheit' des Accounting, welche sich im (machtvollen) Agieren der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften oder in der Vermittlung von Bilanzierungspraktiken im Bildungssystem anzeigt.

Im Zusammenhang mit dem Plädoyer von Alvesson und Willmott für ein 'scaling down' kritischer Theorie und einem pragmatischen Umgang mit dem kritischen Erbe, welches sich auch in der Auswahl der hier diskutierten Arbeiten spiegelt, kann ein spezifischer Zugriff auf kritische Theorie im Kontext der CMS festgehalten

Ausführungen im Fließtext) und bezeichnenderweise die präzise Funktion von Theorie für den 'frühen' Habermas, welche „primär dazu [dient], ihre Adressaten über die Stellung aufzuklären, die sie in einem antagonistischen Gesellschaftssystem einnehmen“ (ebd., 38).

werden. Dieser scheint sich nicht mehr für die 'großen Erzählungen' der Aufklärung, Emanzipation sowie deren totalitären Umschlag i.S. einer 'Dialektik der Aufklärung' zu interessieren und der Adorno'schen 'Arbeit der Negation' wenig abgewinnen zu können. Auch Power et al., die durchaus gesellschaftliche Zusammenhänge in den Blick nehmen, sprechen von Habermas als einem systemische Erfordernisse anerkennenden „no backward-looking romantic“ (Power et al. 2009, S. 140). Von dieser vorfindbaren differenzierungstheoretischen Sicht scheint der erkennbare weitgehende Verzicht auf die rationalitätskritischen Arbeiten der kritischen Theorie und die damit induzierte gesellschaftstheoretische Dimension forschungsstrategisch 1) in einem 'Pragmatismus' zu münden und 2) die Ebene konkreter Interaktion und deren organisationaler Strukturierung zu präferieren. Bezeichnend i.S. dieser Engführung scheint es schließlich auch, dass Scherers Überblickstext zur kritischen Theorie im 'Handbook for CMS' auf insgesamt 17 Seiten einen 1-seitigen Abriss zur Entwicklung der Frankfurter Schule unter Bezug auf Horkheimer, Adorno und Marcuse enthält. Habermas' Theorie, deren Entwicklung, Kritik und Aufnahme in den Sozialwissenschaften wird 9 Seiten gewidmet. Im Literaturverzeichnis findet sich unter Adorno ein Eintrag, dagegen sind 18 Arbeiten von Habermas verzeichnet.⁸

Marxismus/Arbeitsprozess Theorie

Neben der kritischen Theorie werden (Neo-)Marxismus und insbesondere die damit assoziierte Arbeitsprozess Theorie (LPT) als wesentlicher Ausgangspunkt der CMS angesehen (Fournier, Grey 2000; Parker 2002, S. 125ff.; Thompson, O'Doherty 2009). Der Status marxistischer Überlegungen im Kontext der CMS ist jedoch umstritten. Bezogen auf die Arbeitsprozess Theorie resümiert Thompson: „Labor process theory (LPT) is conventionally and rightly listed as one of the analytical resources for critical management studies (CMS). Yet, the relationships between the two have been ... a contested terrain. [...] Where do we stand now – to what

8 Diese Fokussierung setzt sich bei einem Blick in die Indizes wesentlicher Sammelbände fort. Im 2009 erschienenen „Critical Management Studies at Work“ (Cox et al. 2009) findet sich außer Habermas kein einziger Vertreter der kritischen Theorie im Index verzeichnet.

extent is LPT part of, separate from or hostile to CMS“ (Thompson, O’Doherty 2009, S. 100)?

Um diese Fragestellung nachvollziehen zu können, ist ein kurzes Eingehen auf die Entwicklung der Arbeitsprozessstheorie sowie einiger hier bedeutsamer Aspekte der Marx’schen Theorie notwendig. Als Startpunkt der Arbeitsprozessstheorie wird gemeinhin die 1974 erschienene Monographie „Labor and Monopoly Capital“ von Braverman und die darin erfolgende Revitalisierung und Modifizierung Marxscher Überlegungen für eine Analyse von Arbeits- und Produktionsverhältnissen im 20. Jhd. angesehen.⁹ Es geht Braverman um ein zu aktualisierendes Verständnis der Ursache und der Dynamik kapitalistischer Produktionsverhältnisse, „underlying the incessant transformation of work in the modern era“ (Braverman 1998, S. 3). Die grundlegende Transformation menschlicher Arbeit und der damit verbundenen Formen „reeller Subsumtion“ leitet Braverman, Marx folgend, aus der Permanenz der Kapitalakkumulation ab. Braverman postuliert anhand einer Analyse des Taylorismus die Kontrolle und Inwertsetzung von Arbeit als die zentrale Managementaufgabe, welche zugleich mit der Unterwerfung/Entfremdung durch ein fortschreitendes ‘deskilling’ der Arbeitskraft einhergeht: „It thus becomes essential for the capitalist that control over the labor process pass from the hands of the worker into its own. This transition presents itself in history as the progressive alienation of the process of production from the worker; to the capitalist, it presents itself as the problem of management“ (Braverman 1998, S. 40). Braverman unterscheidet hierbei zwischen dem ‘Wesen’ oder der zu Grunde liegenden Struktur des Produktionsprozesses (Logik der Kapitalakkumulation) und den historisch wandelbaren ‘Erscheinungen’ der Kontrollformen. In diesem Zusammenhang wird auch der Begriff der Charaktermasken und der Klasse-an-sich reaktiviert, „as the shape given to the working population by the capital accumulation process“ (Braverman 1998, S. 19). Thompson und McHugh fassen diese Perspektive auf Management und Organisation wie folgt zusammen: „Control and cost reduction structure the division of labor, involving the design of work and the division of tasks and people to give the most effective control and profitability. This is sustained by hierarchical structures and the shaping of appropriate forms of science and technology“ (Thompson, McHugh 2009, S.

9 Vgl. ausführlich zur Arbeitsprozessstheorie Hartz 2009, 215ff.

367). An Braverman anschließende Analysen nehmen zahlreiche Ausdifferenzierungen im Hinblick auf die Kontrollrealität vor. In den Blick geraten u.a. unterschiedliche Managementstrategien, der historische Wandel von Kontroll- und Widerstandsformen sowie schließlich die Untersuchung konsensgenerierender Mechanismen im Arbeitsprozess. Mit Andrew Friedman richtet sich der Fokus auf so genannte Managementstrategien, welche in Abhängigkeit von der Beschaffenheit der Arbeitsmärkte, der Organisation, des Widerstands der Arbeitnehmer_innen, der technologischen Durchdringung der Arbeitsvorgänge sowie in Bezug auf unterschiedliche Belegschaftsgruppen die Kontrolle des Arbeitsprozesses realisieren sollen (Friedman 1977). Der Taylorismus wird somit als funktional notwendige, der realen Subsumtion einzig adäquate Kontrollform in Frage gestellt. Dagegen schlägt Friedman ein eindimensionales Kontrollkontinuum als Analytik vor, an dessen Polen die beiden idealtypischen Managementstrategien der „direkten Kontrolle“ und der „verantwortlichen Autonomie“ stehen. Die Strategie der „direkten Kontrolle“ zielt auf einen exakten Aufgabenzuschnitt, die Reduzierung von Verantwortung und eine strikte Überwachung des Arbeitsprozesses. „Verantwortliche Autonomie“ setzt hingegen auf die „Formbarkeit“ des Arbeitsvermögens i.S. einer ideologischen Einbindung der Mitarbeiter und der Beförderung von Loyalität gegenüber dem Unternehmen mit dem Ziel „to convince them [d.h. die Mitarbeiter, R.H.] that the aims of top managers are their own“ (Friedman 1990, 178). In dialektischer Perspektive setzt die erste Strategie auf die vollkommene Ausschaltung des „subjektiven Faktors“ („Anhängsel der Maschinerie“ bzw. Organisation), die zweite auf die Betonung „lebendiger Arbeit“ und deren Potenz bzw. Vermögen. Das Thema des Widerstandes der Arbeitnehmer_innen wird von Richard Edwards (1981) im Rahmen seiner dialektisch-historischen Kontrolltypologie verstärkt berücksichtigt. Sein Ansatz differenziert den bei Braverman vorherrschenden Eindruck eines sich linear durchsetzenden Kontrollprozesses durch eine mehrstufige historische 'Dialektik' von Kontrolle und Widerstand, welche eine Veränderung so genannter Kontrollsysteme (mit den Elementen Anweisung, Bewertung, Disziplinierung) und damit der sozialen Beziehungen in der Organisation mit sich bringt. Die Kontrolle und Subsumtion der Arbeitnehmer und anknüpfend die Gestalt der sozialen Beziehungen der Organisation erscheinen als „Contested Terrain“, dessen Wandel „weder in einschneidenden Brüchen,

noch in einer stetigen und unvermeidlichen Entwicklung, sondern jeweils über die Lösung bestimmter Konflikte und Widersprüche in der Betriebsorganisation“ (Edwards 1981, S. 27) erfolgt. Edwards identifiziert dabei drei Kontrollformen in historischer Abfolge: einfache und direkte Kontrolle (i.S. einer persönlich ausgeübten Herrschaft), technische Kontrolle (strukturelle Kontrolle, in die stofflich-technologische Struktur des Arbeitsprozesses integriert), bürokratische Kontrolle (strukturelle Kontrolle, in die soziale bzw. organisationale Struktur integriert). Alle drei Formen – u.a. in Abhängigkeit von der Größe des Unternehmens und dem Status der Belegschaft – existieren unabhängig von ihrer unterschiedlichen historischen Dominanz auch noch gegenwärtig und können in unterschiedlichem Ausmaß in ein und denselben Unternehmen vorhanden sein. Michael Burawoy, als letzter der hier zu nennenden Autoren, thematisiert schließlich die Produktion von Hegemonie und Konsens in Organisationen, welche zugleich den Blick auch auf die bisher in der LPT eher vernachlässigte (inter-)subjektive Seite des Arbeitsprozesses lenkt und die dort vorhandenen „Freiräume“ im strukturellen Ganzen der Organisation betont (Burawoy 1979, S. 1985). Hieraus ergeben sich weiterführend Überlegungen hinsichtlich des historischen Wandels organisationaler Herrschafts- und Kontrollformen jenseits eines (einfachen) Kontrolle-Widerstands Paradigmas. Burawoys Frage ist: „Why do workers work as hard as they do?“ (Burawoy 1979, S. xi) Warum legen die Arbeitnehmer_innen also für die Interessen des Unternehmens ein derartig hohes Maß an ‘Selbstaubeutung’ an den Tag, wie Burawoy es in teilnehmender Weise in einer 11-monatigen Feldstudie beobachtete und auch an sich selbst erfuhr? Die Arbeit im Interesse des Unternehmens und die grundlegende Übereinstimmung mit dessen Zielen ist für Burawoy geknüpft an die aktive und vom Management mitbeförderte Konstitution von Individualität (nicht Klassen) und einem damit verschränkten Empfinden von „Freiheit“ im Rahmen der Produktionsprozesses, welches sich in der Austragung von „Spielen“ manifestiert. Als „Spiele“ bezeichnet Burawoy die alltäglichen Aushandlungspraktiken und Modifikationen des Arbeitsumfeldes und –prozesses, wie etwa interne Wettbewerbe, Normbegrenzungen, die Zuteilung „guter“ Arbeiten, die Festlegung „guter“ Qualität, aber auch Arbeitspraktiken und Aushandlungsprozesse der Arbeitnehmer_innen, wie sie sich im „Punkte machen“, d.h. der Erzielung von Boni und Sonderzahlungen aber auch der Leistungszurückhal-

tung, 'goldbricking' (Drückebergerei) oder 'chiseling' (Mogelei) aufzeigen lassen. Die „Spiele“ liefern durch die subjektiv erzielten Vorteile 'relative Befriedigung', die „Spieler“ reproduzieren jedoch zugleich und „freiwillig“ die grundlegenden Strukturen und Regeln des Arbeitsprozesses und der Organisation, da diese die „Spiele“ erst ermöglichen und auch begrenzen. Im Sinne dieser „freiwilligen Knechtschaft“ spricht Burawoy von „hegemonialer Kontrolle“, welche historisch Formen der „despotischen Kontrolle“ abgelöst hat.

Trotz der hier nur skizzierten Komplexität und Ausdifferenziertheit der Arbeitsprozessstheorie wurden insbesondere von einer sich letztlich auf poststrukturalistische Überlegungen stützenden Perspektive der Braverman'schen Aktualisierung Marx'scher Überlegungen sowie grundsätzlich auch den hieran anknüpfenden Arbeiten vier sogenannte ontologisch-epistemologische 'Übel' vorgeworfen:

- Determinismus: teleologisches Verständnis der kapitalistischen Entwicklung; direkte Beziehung zwischen Phasen des Kapitalismus und der Entwicklung des Arbeitsprozesses;
- Objektivismus: Annahme objektiver Verhältnisse, Ausblendung der subjektiven Repräsentation und ideologischen Reproduktion dieser Verhältnisse;
- Funktionalismus: Kontrolle der Arbeitnehmer ist funktional i.S. des Kapitalinteresses und notwendige Bedingung kapitalistischer Produktion;
- Essentialismus: essentialistischer Arbeitsbegriff, orientiert am Ideal ganzheitlicher und komplexer Handwerksarbeit, vor deren Hintergrund der Taylorismus als Niedergang (Stichwort: Entfremdung) erscheint.

Zusammengefasst wurde dies im Vorwurf einer dualistischen Konstruktion von Organisation, „that reduce the complexity of social life into a polarisation where the 'free', expressive and creative actions of voluntary subjects are seen to be struggling against, or determined by, the oppressive forces of objective structures and reality“ (Knights 1990, S. 297). Was fehle, sei insbesondere eine adäquate Theorie von Subjektivität, welches das poststrukturalistische Theorieangebot, und hier insbesondere Foucault, liefern könne. Dies – in äußerster Kurzform – war der Graben zwischen 'Marxismus' und 'Poststrukturalismus', welcher sich im Kontext der LPT aufatet und welcher bis heute und auch im Rahmen der CMS fortzubestehen scheint. Die knappe Diskussion der LPT

sollte deutlich gemacht haben, dass deren Autoren – von Braverman bis Burawoy – wohl kaum unter das Verdikt des Dualismus von Knights fallen. Eher handelt es sich – fast wohlmeinend verstanden – um ein „second-hand reading“ (Thompson 1989, S. 3) der LPT und die Konstruktion von Strohpuppen, um die eigene poststrukturalistische Programmatik als ‘Lösung’ des ‘Dualismusproblems’ zu präsentieren. Thompson resümiert dann auch aus (neo-)marxistischer Sicht: „[M]y contention is that their main interest was less the labor process itself than in critiquing labor process theory in order to take it somewhere else – as we have seen, towards a general theory of subjectivity“ (Thompson, O’Doherty 2009, S. 102). Daneben muss natürlich gefragt werden, ob die unterstellte ‘Vernachlässigung’ des subjektiven Faktors/das ‘Übel’ des Objektivismus nicht auch den kapitalistischen Gegebenheiten entspricht bzw. kann „die Gegenfrage gestellt werden, was denn dadurch an den Tatsachenbehauptungen falsch wird“ (Türk 1993, S. 324).

Jenseits dieses Chiasmus LPT-CMS kann aus der Perspektive von Thompson die CMS in der gegenwärtigen programmatischen Form kaum eine Heimat für marxistische Überlegungen sein (Thompson 2004). Bezogen auf die von Fournier und Grey angeführten Prinzipien heißt es, dass ‘reflexivity’ alles andere als spezifisch für die CMS sei. Schlimmer noch: ‘Non-performativity’ und ‘de-naturalization’ „more explicitly reveal the post-structuralist, postmodern character of the CMS brand“ (Thompson 2004, S. 55). Für Thompson ist dies der ‘Triumph’ eines epistemologischen Relativismus, eines extremen Sozialkonstruktivismus, welcher sich jedem Wahrheitsanspruch über die Realität entsage. Alles was zu tun bleibe, ist „[to] show the construction of a perspective and how it is translated for action“ (Thompson 2004, S. 55). Endend im moralischen Nihilismus werde damit zwangsläufig der emanzipatorische Anspruch der CMS ad absurdum geführt. Die Rede von Ausbeutung ist dann nur eine mögliche Wahrheit, oder, wie Parker polemisch festhält: „The problems of (fictional) individuals in (mythical) organizations are safely placed behind philosophical double-glazing and their cries are treated as interesting examples of discourse“ (Parker 1992, S. 11 zit. nach Fournier, Grey 2000, S. 20).

Das ist der „sad state of affairs“ (Parker 2002, 127). Gleichwohl gibt es Bemühungen, die marxistisch und LPT inspirierte Debatte im Kontext der CMS fortzuführen. So schlägt Adler (2007) eine Re-

vision der 'deskilling' und Unterwerfungsthese Bravermans vor, um damit der poststrukturalistischen 'Kritik' des Determinismus und Dualismus zu begegnen und i.S. der CMS das im kapitalistischen Arbeitsprozess liegende emanzipatorische Potential aufzuweisen. Adler fokussiert auf die langfristige Dialektik, nicht Dualität von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften und sieht ein unter Verwertungsgesichtspunkten tendenziell notwendiges 'upgrading' und eine 'Sozialisation' menschlicher Arbeitskraft, welches zugleich die (potenzielle) Macht und damit emanzipatorische Kraft des gesellschaftlichen 'Gesamtarbeiters' befördert:

„[O]n the one hand, management needs and cultivates the productive power of the collective worker; on the other, management limits this development due to pressures of corporate profitability; and over the long term, the former dominates the latter, progressively intensifying the fundamental contradiction, and thereby opening prospects for change“ (Adler 2007, S. 1329).

Adler sieht hierbei bzgl. des Aspektes der 'Sozialisation' Verbindungen zum italienischen 'Operaismus', wenngleich der LPT und letzterem unterschiedliche Marx-Lektüren zu Grunde lägen (Adler 2007, S. 1327). Fleming und Mandarini (2009) schließen hingegen explizit an den (Post-)Operaismus von Hardt und Negri (2003) an, welcher helfen könne, den Graben zwischen neomarxistischer LPT und Poststrukturalismus zu schließen. Es sind die Elemente 'immaterieller Arbeit', der gleichzeitige Bedarf an innovativer, kreativer und flexibler Arbeit am 'point of production' und die durch Organisationen erfolgende 'parasitäre' Nutzung alltäglicher, außerorganisationaler und 'privater' Kooperation und Solidarität zwischen den Subjekten, in welchen sich die Perspektiven der LPT und poststrukturalistischer Ansätze verschränken würden. Nötig sei sowohl die Analyse von 'conventional work' am 'point of production', wie sie klassisch die LPT vollzogen habe, als auch die Betrachtung von 'Identitätsarbeit' (Alvesson, Willmott 2002) und schließlich der 'sozialen Arbeit' i.S. der alltäglichen Kooperation und Solidarisation.¹⁰ In diesem Zusammenführen

10 Damit sind Fleming und Mandarini leider versucht, die LPT als eine empirisch orientierte Arbeitssoziologie einzuordnen, wohingegen Braverman deutlich eine gesellschaftstheoretische Perspektive verfolgte, die sich u.a. auch auf Fragen zum Formwandel der hier sogenannten 'sozialen Arbeit' bezog.

könnten emanzipatorische Perspektiven sichtbar gemacht werden, die 'mikroemanzipatorische' Praktiken und die große Emanzipationserzählung des Marxismus in ihrer Interdependenz berücksichtigen würden (Fleming, Mandarini 2009, S. 340f.). Diesen Bemühungen um eine Weiterschreibung der LPT ist gleichwohl eigen, dass hier Elemente diskutiert werden, welche durchaus in den 'klassischen' Arbeiten der LPT vorhanden sind. Spezifische 'poststrukturalistische' Lektüren haben hier offenbar den Zugang vorgestellt. Gleichwohl schreibt sich in der Weiterentwicklung der LPT wie auch im Versuch einer Schließung des skizzierten Chismas die Geschichte des Marxismus im Kontext der CMS fort. Inwiefern dies Perspektiven bietet oder der Zusammenhang von Arbeit, Organisation und Emanzipation durch die bisher erfolgende weitgehende Exklusion der Arbeitsprozessanalyse aus der CMS anderen Orts diskutiert werden wird, bleibt eine offene Frage. Eine Frage, die sich auch die CMS dringend stellen sollte.

Poststrukturalismus/Postmoderne

Als dritte wesentliche Inspirationsquelle und Hauptstrom der CMS sind schließlich poststrukturalistische und/oder postmoderne Einflüsse zu nennen. Beide Komposita sind, mehr noch als kritische Theorie und Marxismus, schwer zu fassen und gegeneinander abzugrenzen.¹¹ Gleichwohl handelt es sich im Kontext der Organisationstheorie und der CMS um etablierte Label, welche für die sich darin einschreibenden Autoren i.d.R. Zugehörigkeit zu theoretischen und politischen Positionen demonstrieren. Alvesson und Deetz benennen folgende wesentliche Charakteristika bzw. Themen der Postmoderne, hier verstanden als philosophisch-theoretischen Zusammenhang, im Kontext der Organisationsforschung: „[F]ocusing on the constructed nature of people and reality, emphasizing language as a system of distinctions which are central to the construction process, arguing against grand narra-

11 Vgl. überblicksartig und konzise zur Postmoderne (als auch kritischen Theorie) im Kontext der Organisationstheorie Alvesson und Deetz (1996), für die Rezeption einzelner Zugänge/Autoren Linstead (2004); zum Poststrukturalismus im Kontext der CMS vgl. Jones (2009). Adler et al. (2007) – sich der mangelnden Trennschärfe bewusst – ordnen Postmoderne den theoretischen Einflüssen der CMS zu, Poststrukturalismus dagegen als epistemologische Position ein.

tives and large-scale theoretical systems such as Marxism or functionalism, emphasizing the power/knowledge connection and the role of claims of expertise in systems of domination, emphasizing the fluid and hyperreal nature of the contemporary world and role of mass media and information technologies, and stressing narrative/fiction/rhetoric as central to the research process“ (Alvesson, Deetz 1996, S. 192f.). Zugleich ordnen Sie die Postmoderne – in ihrer Herausforderung des Status quo und ihrem Interesse für ungehörte/verstummte und/oder marginalisierte Stimmen/Diskurse etc. – in den Kontext kritischer Theorietradition ein, was affin zu ihrer Zuordnung im Rahmen der CMS ist. Mehr oder weniger alle dieser Themen finden sich in der Programmatik der CMS wieder – konstruierte Natur des Sozialen, Bedeutung von Sprache, Nexus von Macht/Wissen. Die bereits angerissenen Differenzen zum Marxismus und kritischen Theorie und deren dialektisch-materialistischen Perspektive und 'großen' Vernunft- und Emanzipationserzählungen erscheinen in dieser Charakterisierung nochmals deutlich. Bezüglich der Attribuierung einer poststrukturalistischen Perspektive im Zusammenhang der CMS identifiziert Jones (2009) drei Stoßrichtungen der vorliegenden Arbeiten: Sprache, Subjekt und Anti-Essentialismus. Die Auseinandersetzung mit Sprache und Diskurs in Organisationen, i.d.R. unter Berufung auf den 'linguistic turn', sieht er dabei als das sichtbarste zugeschriebene Merkmal sich poststrukturalistisch einordnender Autoren an (analog Adler et al. 2007). Beispielhaft verweist Jones hierbei auf Coopers Diskussion Derridas (Cooper 1989) oder die insb. auch im Anschluss an Foucault sich herausbildende „organizational discourse analysis“ (vgl. Alvesson, Karreman 2000; Grant et al. 2009). Sprache wird als konstitutiv für die Organisation, präziser für den Prozess des Organisierens angesehen. Nach Grant et al. kennzeichnet das geteilte Verständnis diskursanalytischer Zugänge, dass Diskurse „play an important role in constituting material reality; they realize rules, identities, contexts, values, and procedures, and these in turn – insofar as they shape what can be said and who can say it – can be seen to determine social practices“ (Grant et al. 2009, S. 214). Die Frage nach dem Subjekt wurde bereits im Kontext der LPT angesprochen. Nach Jones fokussieren die poststrukturalistischen Arbeiten auf Analysen der 'Subjektivierung', 'Identitätsarbeit' und Subjektivierungsweisen und -formen in Organisationen und deren wechselseitige Konstitution,

thematisieren die De-zentrierung des Subjekts im organisationalen (und gesellschaftlichen) Kontext und rücken die wiederum mit Foucault und hier insb. mit „Überwachen und Strafen“ (Foucault 1977) assoziierten Disziplinartechnologien und –mechanismen in den Blickpunkt. Im Sinne von Knights ist ‘soziale Identität’ „multiple, flexible, fragmented and transformational. ... [S]ocial identity cannot be seen to exist anywhere in pure form as if uncontaminated by the anxieties and insecurities that emanate from the desire to control individualized identities“ (Knights 2004, S. 21). Dies leitet über zum ‘Anti-Essentialismus’, verstehbar als Zurückweisung einer realistischen Ontologie und Erkenntnistheorie, d.h. der Annahme eines Wesens/Essenz der Dinge oder des Menschen und eines damit – so etwa der Vorwurf an den Marxismus – verbundenen Wahrheits- und Universalitätsanspruches des jeweilig damit operierenden Ansatzes. Dies richtet sich wieder auf die hierauf rekurrierenden großen Erzählungen des Humanismus, der Vernunft oder Emanzipation. So resultiert auch Alvessons und Willmotts Plädoyer für Mikroemanzipation aus der poststrukturalistischen Kritik am ‘Essentialismus’, d.h. aus dem aus Ihrer Sicht problematisch gewordenen Humanismus der kritischen Theorie: „The criticism of CT for being essentialist is directed at its inclination to reduce or totalize phenomena so that they fit into the interpretive powers of a single, integrated framework. Poststructuralists have complained about the totalism inherent in the proposal of an integrated framework that speaks with one voice (excluding others) [...]. Against the essentialist idea of an integrated, coherent, homogeneous individual, PS [Poststrukturalismus, R.H.] theorists highlight the irrationality of values and seek to preserve fragmentation, inconsistency, undecidability, variation, and heterogeneity“ (Alvesson, Willmott 1992, S. 440).

Was in Jones Aufzählung fehlt bzw. nicht als eigene Kategorie zum Tragen kommt, ist die Analytik und Analyse der Macht, wie sie insb. im Kontext der CMS erfolgt. Bezogen auf die Arbeiten Foucaults, richten poststrukturalistische Arbeiten ihr Augenmerk dann auf Machtrelationen (vs. Macht als Ressource/Besitz), die produktive, ermöglichende Funktion von Macht (vs. einer repressiven Machtkonzeption) sowie deren verstreuten ‘mikrophysikalischen’ Charakter (vs. der Annahme zentraler Machtquellen). Diskurs(e), Subjektivierung, Machtverhältnisse bilden das analytische Dreieck, welches richtungsgebend ist. Parallel zur Dispersion des Macht-

verständnis tritt ein umfängliches Verständnis von Widerstand hinzu (vgl. im Überblick die Arbeiten in Jermier et al. 1994 sowie Fleming, Spicer 2007), welches Widerstand zudem verstärkt als Identitätspolitik und nicht als Interessenspolitik thematisiert sowie diesen nicht per se als gegen die (repressive) Organisation – etwa von Arbeit – gerichtet begreift, so dass „employees may resist management not because of an escape from, so much as an escape into, work and/or the corporation“ (Knights 2004, S. 23). Organisationen erscheinen dann nicht so sehr als nach innen und außen gerichtete machtvolle gesellschaftliche Instanzen, sondern als von Machtrelationen durchzogene und aufrechterhaltene, mehr oder weniger fragile soziale Konstrukte. Was dabei aus dem Blick gerät und bereits die noch unter dem Label LPT firmierenden poststrukturalistischen Arbeiten kennzeichnete, ist eine gehaltvolle Auseinandersetzung mit den Produktions- und Arbeitsverhältnissen selbst. Zusammen mit dem Marxismus scheint auch diese Perspektive verabschiedet. So liefert etwa die Beschreibung der wechselseitigen Konstitution von Organisation und Individuum als Zirkel von Identitätsarbeit und -unsicherheit, wie sie Knights postuliert, letztlich nicht mehr als psychologische Plausibilitäten, deren Erklärung gleichwohl ausbleibt und wohl auch kaum eine adäquate Theorie des Subjekts zum Ausdruck bringt: „For when as individuals we are separated off from one another and rendered more directly and intensely responsible as persons for our own actions, the sense of what we are (that is, identity) can no longer be taken for granted. In the same way; as competition for material benefits and rewards increases, so identity, self worth or confirmation of our own significance also becomes more problematic and precarious“ (Knights 1990, S. 321). Damit scheinen sich im Diskurs der CMS zugleich wieder Trennlinien sowohl zu marxistischen Perspektiven als auch zu Diagnosen der kritischen Theorie aufzutun.

Jones (2009) ist – unabhängig vom materialen Gehalt der damit assoziierten Arbeiten – jedoch auch grundsätzlich skeptisch hinsichtlich der Verwendung des Labels 'poststrukturalistisch' und der Rezeption 'poststrukturalistischer' Autoren in zahlreichen der im Zusammenhang der CMS diskutierten Arbeiten. Für alle drei der von ihm diskutierten Felder – Sprache, Subjekt, Anti-Essentialismus – konstatiert er verzerrende oder einseitige Lesarten poststrukturalistischer Autoren. Foucault, Derrida, Deleuze und andere seien gerade skeptisch bezüglich der dem *Strukturalismus* i.S. eines 'lin-

guisticism' inhärenten Fokussierung auf Sprache. So zitiert Jones u.a. Foucault: „Ich glaube, dass das, worauf man sich beziehen muss, nicht das große Modell der Sprache und der Zeichen, sondern das des Krieges und der Schlacht ist. Die Geschichtlichkeit, die uns mitreißt und uns bestimmt, ist kriegerisch; sie ist nicht sprachlicher Natur. Machtbeziehung, nicht Sinnbeziehung“ (Foucault 2003a, S. 192).¹² Hinsichtlich der 'Frage nach dem Subjekt' sei diese hingegen keine den „Poststrukturalismus“ besonders auszeichnende Position. Die Dezentrierung des Subjekts (nicht dessen Liquidation) sei bereits Programm des Strukturalismus gewesen (so etwa bei Levi-Strauss und Althusser), so dass die Konstruktion einer 'Dualität' von Struktur und Handeln, wie Sie etwa der LPT als in dieser Hinsicht strukturalistischem Konzept vorgeworfen wurde, fehlgeht (Jones 2009, S. 84ff.). Bezüglich des 'Anti-Essentialismus' wendet sich Jones gegen die in den CMS verbreitete Position, dass 'poststrukturalistische' Autoren eine „new epistemological location“ (Knights 1992) anbieten oder für eine „weak ontology“ (Chia 1995)¹³ plädieren. Foucault oder Derrida böten keine systematische Erkenntnistheorie oder Ontologie an, welche eine Zurücknahme von Wahrheitsansprüchen und damit emanzipatorischen Aussagen beinhalte. Eingefordert sei vielmehr von den genannten Autoren ein Denken des 'Anderen' und der 'Differenz', welches sich dann gerade, wie in den späten Schriften Derridas, auch auf eine Emanzipation der bestehenden Verhältnisse richten könne. So äußert sich Derrida hinsichtlich der globalisierungskritischen Bewegung: „Movements that are still heterogeneous, still somewhat unformed, full of contradictions, but that gather together the weak of the earth, all those who feel themselves crushed by the economic hegemonies, by the liberal market, by sovereignism etc. I believe it is these weak who

12 Gerade bei Foucault gilt natürlich: wer sucht der findet. Jones Kritik zielt gleichwohl auf die Gefahren eines Idealismus ab, wie er in der schnellen Rede vom 'linguistic', 'narrative' oder 'symbolic turn' angelegt sein mag.

13 Chia bezieht sich auf die Distinktion Moderne/Postmoderne: „[A] modernist thought style relies on a 'strong' ontology (the study of the nature and essence of things) of *being* which privileges thinking in tenus of discrete phenomenal 'states', static 'attributes' and sequential 'events'. Postmodern thinking, on the other hand, privileges a 'weak' ontology of *becoming* which emphasizes a transient, ephemeral and emergent reality“ (Chia 1995, 579).

will prove to be strongest in the end and who represent the future“ (Derrida 2006, S. 268 zit. nach Jones 2009, S. 89). Man könnte testweise dieses Zitat einem Marxisten oder sogar Marx zuschreiben – es würde wohl kaum irritieren. Bezogen auf die Kritik am Essentialismus der kritischen Theorie durch Alvesson und Willmott und der scharfen Abgrenzung zum Poststrukturalismus lässt sich ergänzen, dass die Autoren möglicherweise unbewusst die gesellschaftstheoretische Diagnose mit der Position der kritischen Theorie gleichgesetzt haben. Trotz aller interpretatorischen Schwierigkeiten kann die 'Negative Dialektik' Adornos geradezu als Plädoyer für die Bewahrung von Heterogenität und Differenz, oder (dialektisch) des 'Nicht-identischen' gelten. Jones plädiert im Ergebnis dieser Kritik für eine Re-Lektüre poststrukturalistischer Autoren im Kontext der CMS. Dies, so kann ergänzt werden, würde dann möglicherweise helfen, Gräben zwischen kritischen Perspektiven zu überwinden und der Programmatik der CMS neue Perspektiven – jenseits akademischer Grabenkämpfe – zu eröffnen.

Problembereiche der CMS und die Frage der Emanzipation

Vor dem Hintergrund und unter Aufnahme der Darstellung der Programmatik der CMS und der kritischen Diskussion wesentlicher theoretischer Ressourcen und deren spezifischer Rahmung innerhalb der CMS sollen abschließend drei, nicht überschneidungsfreie Problemfelder skizziert werden, deren Aushandlung und ggf. Auflösung/Aufhebung die Zukunft der CMS mitbestimmen könnte. Die Probleme kreisen um die Frage der Exklusion/Inklusion kritischer Traditionen und des 'Mainstreams', die ontologisch/epistemologische Ausrichtung und final um den emanzipatorischen Gehalt des Projektes CMS.

Als *erster Problembereich* der CMS soll die Frage der adressierten Zugehörigkeit und der damit verbundenen Grenzziehungen diskutiert werden. Die programmatisch propagierte Offenheit erweist sich hierbei in drei Richtungen als problematisch. Zunächst ist zu konstatieren, dass die CMS eine scharfe Trennung zwischen 'kritischer' Managementforschung und dem sogenannten *Mainstream* vornimmt. Es ist diese Abgrenzung welche zentral für die Identität der CMS scheint. Problematisch ist, dass diese Grenzziehung den Charakter einer Dämonisierung der nicht i.S. der CMS kritischen

Forschung aufweist. Wie Thompson ausführt, bedürfen die CMS des 'Buhmannes' oder des 'schwarzen Mannes' Mainstream-Forschung (Thompson 2004, S. 66; ähnlich Clegg et al. 2006b). Der Mainstream ist i.S. Fourniers und Greys per definitionem einer instrumentellen Logik verhaftet, ist blind für Alternativen und die soziale Konstruiertheit von Organisationen und nicht-reflexiv – tertium non datur. Parker (2002, S. 120) ist wohl zuzustimmen, dass kaum ein Kollege oder eine Kollegin aus dem 'Mainstream' dies als adäquate Beschreibung ihres oder seines Wirkens bezeichnen würde (ähnlich Alvesson et al. 2009a, S. 8). Der Mainstream der Business-Schools und die dominierende Managementpraxis erscheinen als das 'Große Andere', welches es zu bekämpfen gilt. Was damit, aus Identitätsgründen plausibel aber i.S. intellektueller Befruchtung problematisch, potentiell ausgeschlossen wird, sind Arbeiten, welche ebenso auf problematische Aspekte managerialen und organisationalen Handelns, auf Machtverhältnisse, Anomie, kulturelle Überformung, technokratische Praktiken, Mobbing oder Sexismus am Arbeitsplatz etc. pp. hinweisen, ohne den postulierten Prinzipien der CMS im strengen Sinne zu entsprechen. Die Öffnung der Forschung im Bereich Management und Organisation, welche als Konstituens der CMS angesehen wird (Fournier, Grey 2000, S. 13f.), wird paradoxerweise bei der Konstruktion der CMS-Identität wieder negiert. Weitergedacht: In dem man dem Mainstream Positivismus bescheinigt, macht man es diesem allzu leicht, die Ansprüche der CMS abzuwehren. Eine zweite Schließung erfolgt in disziplinär-institutioneller Hinsicht. Die CMS scheinen ihrer eigenen Historie an Business Schools verhaftet zu sein. Hopwood, unzufrieden mit den institutionellen Schranken und der Selbstreferenz des CMS-Diskurses, fordert zumindest eine Öffnung in Richtung der Sozialwissenschaften und fährt fort: „Perhaps we need to move from critical management studies to critical studies of management“ (Hopwood 2009, S. 522). Diese doppelte Schließung ist insofern paradox, da auf der anderen Seite die Programmatik der CMS größtmögliche Offenheit hinsichtlich epistemologischer und ontologischer Positionen propagiert. Einziges Kriterium ist die Abgrenzung zum 'Mainstream', so dass auch Fournier und Grey konstatieren können: „We have also suggested that, whilst there are substantive arguments at stake between different kinds of CMS positions, it is also possible to see these differences as being less important than those between CMS and non-critical management. Certainly,

if CMS is to have any future as a 'movement' – if such it be – then it would seem more important to create alliances between Marxists and post-structuralists (to name the principal cleavage) than to degenerate into recondite squabbles about differences" (Fournier, Grey 2000, S. 26). Allerdings erweist sich auf Grund der Betrachtung der theoretischen Ressourcen die Position des 'getrennt Marschierens und vereint Schlagens' als wohl rhetorisches Bekenntnis. Damit kommen wir zur Dritten und wahrscheinlich bedeutsamsten Grenzziehung, die als weitgehende Exklusion kritischer Traditionen jenseits eines wie auch immer verstandenen poststrukturalistischen Standpunktes verstanden werden kann. Parker rekapituliert die Entwicklung der CMS in ihrem Verhältnis zu (neo-)marxistischen Perspektiven (insb. der Arbeitsprozessdebatte/LPT) und stellt fest: „[T]he gap between CMS and other forms of critical work on organizations has yawned alarmingly. To put it simply, many neo-Marxist writers do not even recognize CMS as an umbrella term for what they do“ (Parker 2002, S. 116). Hier, so scheint es, sitzen die Wunden tief. Thompson spricht von einem „war with words“, welcher „now takes place largely across the trenches of rival conferences, journals and networks. LPT and CMS now compete for the radical work and organization franchise [...]“ (Thompson, O'Doherty 2009, S. 106). Parker zitiert einen der Arbeitsprozesstheorie verbundenen Kollegen mit den Worten: „I feel like my language has been stolen from me“ (Parker 2002, S. 127). David Knights, einer der prominenten Verfechter poststrukturalistischer Positionen, konstatiert diametral im Rückblick: „It was partly to break with the neo-Marxist stranglehold on critical thinking about power, management, organization and work that CMS in Europe and later in the US was born“ (Knights 2009, S. 154). Das ist ein schweres, auch trauriges Erbe, welches die CMS prägt. Ein pragmatischer 'Sprung' aus den Debatten heraus kann gleichwohl nicht helfen, zumindest nicht, wenn man der emanzipatorischen Perspektive die wissenschaftliche Reflexion an die Seite stellen möchte. Jaros ist zuzustimmen, wenn er feststellt: „[W]e seem to spend more time debating each other about political economy than we do the right wing forces that are carrying the day“ (Jaros 2000, S. 38). Dennoch gilt es, die Erbschaften der CMS 'aufzuschließen' und fruchtbar zu machen, um der Selbstreferentialität des CMS-Diskurses zu entgehen. Das Bewusstsein, Teil einer langen Geschichte kritischer Forschung – einschließlich des Marxismus und der kritischen Theorie – zu sein, mag dann auch zu neuem

Selbstbewusstsein und disziplinärer Öffnung jenseits programmatischer Versicherungen radikal und kritisch zu sein führen.

Als *zweiter Problembereich*, wie in der Debatte zwischen Marxismus/LPT und Poststrukturalismus mehrfach verdeutlicht, erweist sich die Diskussion um den Seinsstatus der sozialen Welt (Ontologie), des Zugangs zur sozialen Welt (Epistemologie) und die sich daraus ergebenden Konsequenzen hinsichtlich der Artikulation und Reichweite von Kritik. So resümieren auch Adler et al.: „A major tension within CMS has been between structural/materialist streams, which are often Marxist inspired, and postmodernist/poststructuralist streams which place greater emphasis upon agency, language and contingency“ (Adler et al. 2007, S. 155). Es wurde zumindest versucht aufzuzeigen, dass die Zuschreibungen (Stichwort: Dualismus, Essentialismus) nur sehr vergrößernd, polemisch zugespitzt und wenig erhellend bezüglich der Frage nach dem Seins- und erkenntnistheoretischen Status kritischer Forschung sind. Es wäre hier an den mit den CMS sympathisierenden Autor_innen, über diesen Stand der Dinge hinauszukommen. Dazu würde wohl zunächst gehören, der jeweils kritisierten 'anderen' Seite gerecht zu werden. Hierfür wäre wohl zumindest Lektüre vonnöten, möglicherweise auch zunächst ein Foucault'sches Lachen, das „alle Vertrautheiten unseres Denkens aufrüttelt, des Denkens unserer Zeit und unseres Raumes, das alle geordneten Oberflächen und alle Pläne erschüttert“ (Foucault 1974, S. 17). Dies ist dann vor allem ein Lachen über die Mechanismen des akademischen Betriebes selbst und wäre nach Möglichkeit eine Grundlage, auf der sich ein Dialog entwickeln könnte, der etwa neu die Frage nach dem Zusammenhang der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte, der Sprache und des Diskurses und den Modi organisationaler und managerialer Macht stellt. Um eine Hegel-Adorno-Derrida Denkfigur nochmals zu bemühen, speist sich jede Identitätspolitik – auch jene der CMS – aus ihrem Verhältnis zum Ausgeschlossenen, ihrem Nicht-identischen. Dieses Nicht-identische zur Sprache kommen zu lassen, ohne es zugleich wieder einer Identität (des *Marxismus*, des *Poststrukturalismus*) zuzuschlagen, wäre Aufgabe der CMS. Dies sind zugegebenermaßen zunächst und lediglich *theoriepolitische* Erfordernisse im Kontext des akademischen Betriebs, die eine Analyse des Mainstream der Organisations- und Managementforschung als Wissens-Machtkomplex mit den ihm eigenen Mechanismen der Exklusion noch gar nicht in den Blick nehmen.

Damit stellt sich als *dritter Problembereich* und als zentrale Frage an die CMS die Perspektive der Emanzipation. Auch hier scheinen die Gräben tief – Abkehr von den 'großen' Erzählungen und das Plädoyer für Mikro-Emanzipation stehen hierfür exemplarisch. Nur als These soll gelten, dass ohne das Eingehen auf die Probleme der Exklusion/Inklusion und Ontologie/Epistemologie hier keine Perspektive gesehen wird, ohne dass man zugleich den wissenschaftlichen Diskurs verlassen möchte. Es scheint die Tendenz zu geben, die Differenzen (nun endlich) zu überspielen, um (nun endlich) kritisch eingreifend tätig werden zu können. Fournier und Grey deuten dies mit der möglichen Notwendigkeit „for CMS simply to accept this irreconcilable tensions which, in a sense, is an inevitable feature of all would-be political endeavours“ bereits an (Fournier, Grey 2000, S. 27). 'Unversöhnlich' sind diese Brüche gleichwohl nicht, so dass auch deren Akzeptanz hier verfrüht erscheint. Im Sammelband „Critical Management Studies at Work [sic!]“ (Cox et al. 2009) plädieren die Herausgeber für einen 'practice turn' der CMS. Die Problematisierung von Praxis, wie Sie allen drei diskutierten Theorielinien der CMS zu Grunde liegt, scheint hier keine beachtenswerte Rolle mehr zu spielen. Das 'Unbehagen' der CMS gegenüber Praxis resultiere hingegen daraus, dass „CMS overwhelmingly complies with the norms of the academic field and judges itself and its participants by those norms“ (Voronov et al. 2009, S. 5). Spicer et al. (2009) plädieren schließlich für eine Abkehr vom Prinzip der 'non-performativity' und für eine Hinwendung zur 'critical performativity' als 'unfinished business [sic!] of critical management studies'. Es gelte hierbei den CMS eine 'konstruktive' Richtung zu geben, welche die Kontroversen über Ontologie und Epistemologie und eine aus Sicht der Autoren weitverbreitete 'zynische', d.h. distanzierte Haltung zur Praxis im Feld der CMS hinter sich lassen. 'Performative' CMS – als aktive Forschung in Organisationen – sei dann charakterisiert durch eine zunächst affirmative (nicht 'negative') Grundhaltung und eine Nähe zum untersuchten Objekt 'Organisation', eine 'Ethik der Sorge' gegenüber den involvierten Teilnehmern, Pragmatismus, dem Aufzeigen von Potentialitäten der Organisation und schließlich Normativität im Hinblick auf die Entwicklung von Kriterien 'guten' Organisierens und der Beförderung von Mikro-Emanzipation. Sollte dies die Zukunft der CMS sein, dann verblüfft die sich hier auftuende Nähe zu (Mainstream-) Konzepten der Organisationsentwicklung und -beratung oder auch

zur deutschen Diskussion und den Programmen zur sogenannten 'Humanisierung der Arbeit' in den 1970-80er Jahren. Mit der *critical performativity* könnten die CMS dann dort enden, wovon man doch gerade weg wollte – Legitimationswissenschaft für Management und Organisationen zu sein. Auch Alvessons Aufzählung von Prinzipien kritischer Organisationsforschung: Theorie als Provokation, Arbeit mit Negationen und die Entwicklung von Gegenbildern (Alvesson 2003, S. 165ff.) könnte, bereinigt um die Programmatik der CMS und die emanzipatorische Perspektive, dann durchaus als Beschreibung moderner Praktiken der Unternehmensführung und insb. -beratung durchgehen („Von Palästen zu Zelten“ markiert solch einen griffigen Beratersprech im Bereich 'Verschlankung', welcher formal die Alvessonschen Kriterien erfüllt). Mit dieser 'pragmatischen' Wende erscheint die 'cow sociology' als altes Problem kritischer Theorie im neuen Gewand: Inwiefern verbessert man die konkreten Bedingungen der in Organisationen Tätigen um den Preis der Stabilisierung überkommener Produktions- und Machtverhältnisse? Lässt sich dann (langfristig) überhaupt von Verbesserungen/Humanisierung/Emanzipation etc. pp. sprechen? Bündig und abschließend lässt sich hier ohne ein eigenes 'Unbehagen' kein Urteil fällen. Die Diskrepanz zwischen programmatischem und emanzipatorischem Anspruch der CMS und der hier skizzierten Entwicklung bleibt jedoch enorm. Aber auch die Entfernung von den eigenen theoretischen Wurzeln und deren Engführung – sowohl hinsichtlich der kritischen Theorie, des Marxismus und des Poststrukturalismus – weist problematische Züge auf. Möchten die CMS mehr als eine Fußnote und eine Modeerscheinung im Kontext der Management- und Organisationsforschung sein, müsste hier und an den anderen skizzierten Problemfeldern und Gräben die kritische Reflexion fortgesetzt werden, um überhaupt Perspektiven für die Einlösung des programmatischen Anspruchs gewinnen zu können. Sollen die CMS ein 'politisches Projekt' werden, dann sollte auch die Arbeit an einem 'politischen Verständnis' von Organisationen und nicht die Flucht in selbige angetreten werden. Das ist kein Plädoyer für Purismus noch muss die Praxis für alle Zeit vertagt sein. Vielmehr: „Man kann also nicht sagen, es gebe eine Zeit der Kritik und eine Zeit für Veränderung, die einen seien für die Kritik zuständig, die anderen für Veränderung, die einen seien in einer unerreichbaren Radikalität gefangen, die anderen seien gezwungen, die unvermeidlichen Konzessionen an die Realität zu machen. Ich

glaube, in Wirklichkeit kann Veränderung nur in der freien und dennoch ständig bewegten Luft einer permanenten Kritik erfolgen“ (Foucault 2003b, S. 222).

Literatur

- Adler, Paul S. (2007): The future of critical management studies. A paleo-Marxist critique of labour process theory, in: *Organization Studies*, H. 9, Jg. 28, S. 1313-1345.
- /Forbes, Linda C./Willmott, Hugh (2007): Critical Management Studies, in: *Academy of Management Annals*, Jg. 1, S. 119-179.
- Alvesson, Mats (2003): Critical Organization Studies, in: Czarniawska, Barbara/Sevón, Guje (Hg.): *The Northern lights. Organization theory in Scandinavia*, Malmö, S. 151-174.
- (2008): The future of critical management studies, in: Barry, Daved/Hansen, Hans (Hg.): *The SAGE handbook of new approaches in management and organization*, Los Angeles, S. 13-26.
- Alvesson, Mats/Bridgman, Todd/Willmott, Hugh (2009a): Introduction, in: Alvesson, Mats/Bridgman, Todd/Willmott, Hugh (Hg.): *The Oxford handbook of critical management studies*, Oxford, S. 1-26.
- (Hg.) (2009b): *The Oxford handbook of critical management studies*, Oxford.
- Alvesson, Mats/Deetz, Stanley (1996): Critical Theory and Postmodern Approaches in Organization Studies, in: Clegg, Stewart R./Hardy, Cynthia/Nord, Walter R. (Hg.): *Handbook of Organization Studies*, London, S. 191-217.
- /Karreman, Dan (2000): Varieties of discourse: On the study of organizations through discourse analysis, in: *Human Relations*, H. 9, Jg. 53, S. 1125-1149.
- /Willmott, Hugh (1992): On the idea of emancipation in management and organization studies, in: *Academy of Management Review*, H. 3, Jg. 17, S. 432-464.
- /- (2001): *Making sense of management. A critical introduction*, London.
- /- (2002): Identity Regulation as Organizational Control: Producing the Appropriate Individual, in: *Journal of management studies*, H. 5, Jg. 39, S. 619-644.
- /- (2009): Introduction, in: Alvesson, Mats/Willmott, Hugh (Hg.): *Studying management critically. Reprint.*, London, S. 1-22.
- Braverman, Harry (1998): *Labor and monopoly capital. The degradation of work in the twentieth century. 25. anniversary ed.*, New York, NY.
- Burawoy, Michael (1979): *Manufacturing Consent*. Chicago und London.
- (1985): *The Politics of Production*. London und New York.

- Chia, Robert (1995): From Modern to Postmodern Organizational Analysis, in: *Organization Studies*, H. 4, Jg. 16, S. 579-604.
- Clegg, Stewart R./Courpasson, David/Phillips, Nelson (2006a): *Power and organizations*, London.
- /Kornberger, Martin/Carter, Chris/Rhodes, Carl (2006b): For Management?, in: *Management learning*, H. 1, Jg. 37, S. 7-27.
- CMS-Interest Group (2010): Domain Statement. Online verfügbar unter <http://group.aomonline.org/cms/About/Domain.htm>, zuletzt geprüft am 11.08.2010.
- Cooper, Robert (1989): Modernism, Post Modernism and Organizational Analysis 3: The Contribution of Jacques Derrida, in: *Organization Studies*, H. 4, Jg. 10, S. 479-502.
- Cox, Julie Wolfram/LeTrent-Jones, Tony G./Voronov, Maxim, et al. (Hg.) (2009): *Critical management studies at work*, Cheltenham.
- Derrida, Jaques (2006): For a Justice to Come, in: Thomassen, Lasse (Hg.): *The Derrida-Habermas reader*, Chicago.
- Edwards, Richard (1981): *Herrschaft im modernen Produktionsprozeß*, Frankfurt/Main und New York.
- Fleming, Peter/Mandarini, Matteo (2009): Towards a workers' society? New perspectives on work and emancipation, in: Alvesson, Mats/Bridgman, Todd/Willmott, Hugh (Hg.): *The Oxford handbook of critical management studies*, Oxford, S. 328-344.
- /Spicer, André (2007): *Contesting the corporation. Struggle, power and resistance in organizations*, Cambridge.
- Forester, John (2009): On Fieldwork in a Habermasian Way: Critical Ethnography and the Extra-ordinary Character of Ordinary Professional Work, in: Alvesson, Mats/Willmott, Hugh (Hg.): *Studying management critically*. Reprint., London, S. 46-65.
- Foucault, Michel (1974): *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. 1. Aufl., Frankfurt am Main.
- (1977): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. 1. Aufl., Frankfurt am Main.
- (2003a): Gespräch mit Michel Foucault, in: Foucault, Michel: *Schriften in vier Bänden = Dits et écrits*. Hrsg. von Daniel Defert und Michael Bischoff, Frankfurt am Main, Bd.3, S. 186-213.
- (2003b): Ist es also wichtig, zu denken?, in: Foucault, Michel: *Schriften in vier Bänden = Dits et écrits*, Frankfurt am Main, Bd.4, S. 219-223.
- Fournier, Valérie/Grey, Chris (2000): At the critical moment: Conditions and prospects for critical management studies, in: *Human Relations*, H. 1, Jg. 53, S. 7-32.
- Friedman, Andrew (1977): *Industry and Labour*. London.
- (1990): Managerial Strategies, Activities, Techniques and Technology: Towards a Complex Theory of the Labour Process, in: *Knights, Da-*

- vid/Willmott, Hugh (Hg.): *Labour Process Theory*. Houndsmills, S. 177-208.
- Ghoshal, Sumantra (2005): *Bad Management Theories Are Destroying Good Management Practices*, in: *ACADEMY OF MANAGEMENT LEARNING & EDUCATION*, H. 1, Jg. 4, S. 75-91.
- Grant, David/Iedema, Rick/Oswick, Cliff (2009): *Discourse and critical management studies*, in: *The Oxford handbook of critical management studies*, S. 213-231.
- Grey, Christopher/Willmott, Hugh (2005): *Introduction*, in: Grey, Christopher/Willmott, Hugh (Hg.): *Critical Management Studies. A reader*, Oxford, S. 1-15.
- Habermas, Jürgen (1971): *Theorie und Praxis*, Frankfurt/Main.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2003): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt am Main.
- Hardy, Cynthia/Clegg, Stewart R. (1996): *Some Dare Call it Power*, in: Clegg, Stewart R./Hardy, Cynthia/Nord, Walter R. (Hg.): *Handbook of Organization Studies*, London, S. 622-641.
- Hartz, Ronald (2009): „Dieses Anderssein aufzuheben ...“. *Grundlagen einer dialektischen Theorie der modernen Arbeitsorganisation*, Münster.
- Hopwood, Anthony G. (2009): *On striving to give a critical edge to critical management studies*, in: Alvesson, Mats/Bridgman, Todd/Willmott, Hugh (Hg.): *The Oxford handbook of critical management studies*, Oxford, S. 515-524.
- Jaros, Stephen J. (2000): *Labor Process Theory*, in: *International Studies of Management & Organization*, H. 4, Jg. 30, S. 25-39.
- Jermier, John M./Forbes, Linda C. (2009): *Greening Organizations: Critical Issues*, in: Alvesson, Mats/Willmott, Hugh (Hg.): *Studying management critically*. Reprint., London, S. 157-176.
- Jermier, John M./Knights, David/Nord, Walter R. (1994): *Resistance and power in organizations*, London.
- Jones, Campbell (2009): *Poststructuralism in critical management studies*, in: *The Oxford handbook of critical management studies*, S. 76-98.
- Knights, David (1990): *Subjectivity, Power and the Labour Process*, in: Knights, David/Willmott, Hugh (Hg.): *Labour Process Theory*, Houndsmills u.a., S. 297-335.
- (1992): *Changing spaces: The disruptive impact of a new epistemological location for the study of management*, in: *Academy of Management Review*, H. 3, Jg. 17, S. 514-536.
 - (2004): *Michel Foucault*, in: Linstead, Stephen (Hg.): *Organization theory and postmodern thought*, London, S. 14-33.
 - (2009): *Power at work in organizations*, in: Alvesson, Mats/Bridgman, Todd/Willmott, Hugh (Hg.): *The Oxford handbook of critical management studies*, Oxford, S. 144-165.

- Linstead, Stephen (Hg.) (2004): *Organization theory and postmodern thought*, London.
- Parker, Martin (1992): *Post-Modern Organizations or Postmodern Organization Theory?*, in: *Organization Studies*, H. 1, Jg. 13, S. 1-17.
- (2002): *Against management. Organization in the age of managerialism*, Cambridge.
- (2009): *Business, Ethics and Business Ethics: Critical Theory and Negative Dialectics*, in: Alvesson, Mats/Willmott, Hugh (Hg.): *Studying management critically*. Reprint., London, S. 197-219.
- Power, Michael/Laughlin, Richard/Cooper, David J. (2009): *Accounting and Critical Theory*, in: Alvesson, Mats/Willmott, Hugh (Hg.): *Studying management critically*. Reprint., London, S. 132-156.
- Scherer, Andreas Georg (2009): *Critical Theory and its Contribution to Critical Management Studies*, in: Alvesson, Mats/Bridgman, Todd/Willmott, Hugh (Hg.): *The Oxford handbook of critical management studies*, Oxford, S. 29-51.
- Sotirin, Patty/Tyrell, Steven J. (1998): *Wondering about Critical Management Studies*, in: *Management Communication Quarterly*, H. 2, Jg. 12, S. 303-336.
- Spicer, André/Alvesson, Mats/Kärreman, Dan (2009): *Critical performativity. The unfinished business of critical management studies*, in: *Human Relations*, H. 4, Jg. 62, S. 537-560.
- Thompson, Paul (1989): *The Nature of Work*. Houndsmills.
- (2004): *Brands, Boundaries and Bandwagons: A Critical Reflection on Critical Management Studies*, in: Fleetwood, Steve/Ackroyd, Stephen (Hg.): *Critical realist applications in organisation and management studies*, London, New York, S. 51-66.
- /McHugh, David (2009): *Work organisations: a critical approach*. 4. ed., Basingstoke.
- /O'Doherty, Damian P. (2009): *Perspectives on labour process theory*, in: Alvesson, Mats/Bridgman, Todd/Willmott, Hugh (Hg.): *The Oxford handbook of critical management studies*, S. 99-121.
- Türk, Klaus (1993): *Politische Ökonomie der Organisation*, in: Kieser, Alfred (Hg.): *Organisationstheorien*, 1. Auflage, Stuttgart, S. 297-331.
- (1995): „Die Organisation der Welt“. *Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft*, Opladen.
- Voronov, Maxim/Cox, Julie Wolfram/LeTrent-Jones, Tony G./Weir, David (2009): *Introduction*, in: dies. (Hg.): *Critical management studies at work. Negotiating tensions between theory and practice*, Cheltenham, S. 1-14.
- Waring, Teresa (2009): *Emancipatory practice and information systems implementation. An action research project in an NHS Acute Trust*, in: Cox, Julie Wolfram et al. (Hg.): *Critical management studies at work*, Cheltenham, S. 40-63.

Rainer Berger/Malte Meyer

Linkes Co-Management Kritische Bemerkungen zu Ideologie und Praxis gewerkschaftlichen Organizings

In seinem 2010 erschienenen Essay „Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt“ erwähnt der Historiker Peter Birke das wiederholte Scheitern linker Versuche, den Gewerkschaftsapparat zu erobern. Umgekrempt worden seien auf diesem Wege nicht etwa die Apparate, sondern vielmehr diejenigen, die einmal angetreten waren, sie umzukremplen. Bei Birkes Bekannten aus dem „Haufen linksradikaler AkademikerInnen, die neuerdings für Gewerkschaften schwärmen oder gar arbeiten“ (Birke 2010, S. 151), stießen derartige Erinnerungen an Einsichten von einst offenbar auf einiges Unverständnis. „Was interessiert uns das denn heute noch?“ zitiert Birke aus einer Rückmeldung zu seinem Manuskript. Und jemand anderer meinte schlicht: „Das ist Vergangenheit und wir sind doch gerade dabei, neu anzufangen. Willst Du uns entmutigen?“ (zit. nach Birke 2010, S. 53).

Eine Entmutigung derjenigen, die sich ihrem Selbstverständnis nach als radikale Linke in gewerkschaftliche Organizing-Projekte einzumischen versuchen, liegt Birke nach eigenem Bekunden fern. Die „abstrakte Ablehnung von Gewerkschaften“, wie sie „in linken Höhlen“ (Birke 2010, S. 67) immer wieder vorgebracht werde, hält er für falsch. Eher schon geht es ihm darum, Organizing vor der Blindheit seiner allzu enthusiastischen Anhänger in Schutz zu nehmen. Ignoranz gegenüber den Schattenseiten, Widersprüchen und Problemen, welche bei Organizing-Projekten in der BRD in den zurückliegenden Jahren zutage getreten sind, könnte die von Birke trotz allem für aussichtsreich gehaltene Zusammenarbeit zwischen der gewerkschaftlichen und der radikalen Linken möglicherweise eher blockieren als befördern. „Ein Plädoyer für Organizing, dem ich mich gerne anschließe, muss deshalb eine genauere Positionierung beinhalten, die sich nicht aus sich selbst ergibt, sondern wesentlich

aus dem Verhältnis, das die Organizing-Projekte zu den sozialen und gesellschaftlichen Konflikten entwickeln, denen sie im betrieblichen Alltag konkret begegnen.“ (Birke 2010, S. 180).

Birkes Versuch einer kritisch-solidarischen Ehrenrettung des Organizing-Ansatzes fällt insofern zwar weniger gewerkschaftsapologetisch aus als das bei Publikationen zum Thema zumeist der Fall ist. Wie sie hält sein Plädoyer aber ebenfalls an der Vorstellung fest, gewerkschaftliches Organizing könnte zumindest seiner Potenz nach klassenkämpferische Auseinandersetzungen befördern. Diese Vorstellung soll im vorliegenden Aufsatz kritisch auf ihre theoretische Tragfähigkeit hin überprüft werden. Im Unterschied zu einigen Soziologen, die ihre „labor revitalization studies“ als intellektuelles Bezugssystem gewerkschaftsnaher Politikberatung verstanden wissen wollen, gehen wir bei der Überprüfung unserer Fragestellung aber nicht axiomatisch davon aus, dass Gewerkschaften „der für die gesellschaftliche Relevanz einer erneuerten Sozialkritik zentrale, derzeit nicht ersetzbare Akteur“ sind (Brinkmann u.a 2010, S. 147). Es mag unter den Bedingungen der heutigen Universitätslandschaft zwar zutreffen, dass die institutionelle Verankerung von „Gewerkschaftswiederbelebungsstudien“ nur dann erfolgreich sein kann, „wenn Forschung auf einem Niveau betrieben wird, die in der Welt der Rankings, Exzellenz-Initiativen und referierten Journale empirisch wie theoretisch satisfaktionsfähig ist“ und dass sie dabei entsprechender „Förderung auch, aber eben nicht allein aus den gewerkschaftsnahen Stiftungen“ bedarf – alles andere sei ein „hoffnungsloses Unterfangen“ (ebd.). Wie ist es nun allerdings um die Ernsthaftigkeit einer „Sozialkritik“ bestellt, die gewillt zu sein scheint, ihren angestrebten akademischen Erfolg mit einer kleinbürgerlichen Überaffirmation des herrschenden Wissenschaftsbetriebs zu bezahlen?¹ Ihr ergeht es auf universitärer Ebene möglicherweise ganz ähnlich wie dem Organizing-Ansatz auf gewerkschaftlicher:

1 Peter Birke macht sich zwar über die subalternen Exzellenzbestrebungen der „strategischen“ Gewerkschaftsfreunde aus Jena lustig, die für einen gar nicht mal so kleinen Teil des Organizing-Hypes in der BRD verantwortlich sind (Birke 2010: 56). Er sieht allerdings nicht, dass die explizite Selbstverortung als Think Tank der Gewerkschaftsvorstände eine akademische Variante jener „Selbstorganisation der Präkären“ sein könnte, die die NachwuchsforscherInnen im Umfeld von Klaus Dörre im Sinn haben.

emanzipatorisch überhöhte Integrationsakte führen am Ende zu wenig mehr als zur Auffrischung etablierter Organisationsstrukturen.

Diese hier noch etwas polemisch formulierte Vermutung möchten wir im Folgenden überprüfen, indem wir die Kritikpunkte zusammenfassen, die in den vergangenen Jahren an verschiedensten Stellen zu Ideologie und Praxis des Organizing formuliert worden sind. Von der „unbedingten Schönrederei“, die einer noch immer aktuellen Einsicht Rosa Luxemburgs zufolge „zur Pflicht jedes ‚Freundes der Gewerkschaftsbewegung‘“ geworden ist², konnte diese Kritik nämlich zwar kleingeredet, aber nicht völlig unterdrückt werden.³ Nacheinander wird deshalb von den Arbeitsbedingungen von Organizern, den versprochenen innergewerkschaftlichen Demokratisierungspotenzialen des Organizing und den ökonomischen Resultaten für die Organisierten gesprochen werden. Anschließend wird in einem theoretischen Rekurs auf die Organisationskritik von Rosa Luxemburg gefragt, ob es sich bei den dargestellten Kritikpunkten um zufällige oder notwendige Effekte gewerkschaftlicher Organisationsbemühungen handelt. Am Ende sollte eine fundiertere Einschätzung der (Un-)Möglichkeit stehen, Arbeits- und Klassenkämpfe durch gewerkschaftliches Organizing zuzuspitzen. Ganz zu Anfang allerdings kommt jener gemäßigte Typus von Organisationskritik zu Wort, die von Gewerkschaftern und gewerkschaftsnahen Wissenschaftlern am aktuellen Zustand der BRD-Gewerkschaften formuliert wird. Vor dem Hintergrund dieser teilweise recht deutlichen (Selbst-)Kritik erscheint das Organizing, wie es danach beschrieben wird, zwar nicht als Patentrezept, wohl aber als „strategische Wahl“ mit dem Potential zur „Wiederbelebung“ der Gewerkschaftsbewegung.

2 Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Dies: Gesammelte Werke Bd. 2, Berlin (DDR) 1972, S. 91-170, hier S. 164. Im Folgenden werden weitere Zitate aus dem Werk Rosa Luxemburgs nur noch durch die Angabe der Band- und ggf. Halbbandnummer sowie – nach einem Doppelpunkt – der entsprechenden Seitenzahlen in den Gesammelten Werken, in diesem Fall also mit (Luxemburg 2: 164) angegeben.

3 Die Intensität der öffentlichen Formulierung dieser Kritik kann auch als ein Gradmesser für die Krise gelten, in der sich Organizing als Gewerkschaftstaktik befindet.

Aus der kritischen Gewerkschaftsapologie

Wenn sie die Notwendigkeit von „labor revitalization“ begründen, gehen akademische wie nicht-akademische Organizing-Befürworter mit dem Ist-Zustand von Gewerkschaftsorganisationen zum Teil recht hart ins Gericht, denn revitalisiert braucht ja nur etwas zu werden, was verknöchert, erstarrt, lethargisch oder auf andere Weise vom Tod nicht mehr allzu weit entfernt ist. Der apologetische Charakter dieser Kritik zeigt sich allerdings daran, dass der Verlust einer „Organisationsmacht“ bedauert wird, die Gewerkschaften zur Zeit des Fordismus noch besessen hätten. Diese Organisationsmacht von einst und die mit ihr einhergehende Ordnungsfunktion von Gewerkschaften erscheinen den Kritikern des gewerkschaftlichen status quo nicht etwa als problematisch, sondern im Gegenteil als vorbildlich.

Nun sind die Symptome für einen Bedeutungsverlust der Gewerkschaften so offensichtlich wie schwer bestreitbar und nicht zuletzt deshalb ist die Rede von der „Krise der Gewerkschaften“ inzwischen auf das Niveau eines Gemeinplatzes heruntergekommen. „Die Erosion der gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben, der Rückgang gewerkschaftlicher Verhandlungs- und Verteilungsmacht in den Arenen der Betriebs- und Tarifpolitik, die Verluste an Mitgliedern und finanziellen Ressourcen und nicht zuletzt der anerkennungspolitische Ausschluss der Gewerkschaften aus den korporatistischen Funktionseliten – alle diese Entwicklungen werden benannt, wenn von einem säkularen Machtverlust oder einem historischen Niedergang der Gewerkschaften die Rede ist.“ (Hans-Jürgen Urban in Brinkmann u.a. 2008, S. 7). Das Spezifikum der Krisendiagnosen aus dem Umfeld der Organizing-Befürworter besteht nun allerdings darin, dass für die chronische Krise nicht mehr nur die widrigen Umstände verantwortlich gemacht werden – sei es in Gestalt einer höchstens noch bedingt kooperationswilligen Kapitaleseite, einer sozialstaatsfeindlichen Politik oder einer neoliberal gestimmten Medienlandschaft.

Gewerkschaften haben sich, so der Tenor gewerkschaftlicher oder gewerkschaftsnaher Selbstkritik, ihre Krise zumindest zu einem Teil auch selbst zuzuschreiben. Wurden sie in der Phase des wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus „zum integralen Bestandteil eines Sicherungssystems, das ein funktionierendes Marktgeschehen in einer prosperierenden Ökonomie garantierte“ (Brinkmann 2008,

S. 28), so verließen sich die Gewerkschaften nach dem Ende des Fordismus unvermindert auf die Kanäle institutioneller Einflussnahme.⁴ Insbesondere in Deutschland stürzte der „Versuch einer wertschöpfungsorientierten Erneuerung von Gewerkschaftspolitik“ (Brinkmann 2008, S. 33), wie er in nationalem und betrieblichem Co-Management, Lohnzurückhaltung, tarifvertraglichen Öffnungsklauseln oder auch der Unterstützung rot-grüner Arbeitsmarktreformen zum Ausdruck kam, die „Stellvertreterpolitik der Apparate“ (Sauerborn 2008, S. 38) in eine massive Krise, weil sich diese weder für die Repräsentierten noch für ihre Repräsentanten im bisherigen Umfang mehr auszahlt. „Die kombinierten Effekte einer brüchig werdenden Basis der Sozialpartnerschaft und der abnehmenden sozialstaatlichen Integrationskraft werden in absehbarer Zeit dazu führen, dass die Machtressource der institutionellen Verankerung der Gewerkschaften weitgehend ausgehöhlt sein wird.“ (Wetzel 2009, S. 4).

Ein Teil der vielfach beklagten „Repräsentationskrise“ besteht nach Ansicht der Organizing-Befürworter nun darin, dass Gewerkschaften verlernt hätten, „sich selbst bei den Beschäftigten und in den Betrieben zu verankern“. (Schreieder 2008, S. 36). In Bezug auf die innergewerkschaftlichen Entscheidungsprozesse wird beispielsweise von „vorhandenen, formal demokratischen, aber nicht aktiven und entleerten Strukturen“ (Schreieder 2008, S. 29) gesprochen. Durch eine Organisationsentwicklung „nach dem Vorbild profitorientierter Unternehmen und deren Effizienz- und Dienstleistungsverständnis“ (Sauerborn 2008, S. 38f.) sind diese formal demokratischen Strukturen zusätzlich in Mitleidenschaft gezogen worden. Effizienter allerdings ist die durch die Übernahme kapitalistischer Managementmethoden offenbar kaum geworden. „Vielfach ist die gewerkschaftliche Alltagsarbeit davon geprägt, im ‚Feuerwehrverfahren‘ Probleme zu lösen. Die systematische Kommunikation und Ansprache von Nichtmitgliedern bleiben auf der Strecke.“⁵ (Wetzel 2009, S. 19).

4 Im Idiom von IG Metall-Vorständen ausgedrückt: „Die Salami wurde zwar Scheibchen für Scheibchen kürzer, aber es gab sie noch. Und wir hielten an ihr fest.“ (Wetzel 2009: 359)

5 Ganz ähnlich die (Selbst-)Einschätzung des ver.di-Bundesvorstands: „Bisher ist die Arbeit der Hauptamtlichen oft von dem Bild des Sanitäters geprägt, der überall dort hilft, wo er gebraucht und gerufen

In Bezug auf die Fähigkeit von ver.di, Handlungsrouninen in der Zukunft auf andere Herausforderungen umzustellen, attestiert sogar der Bundesvorstand seinem Apparat einen starken Hang zum Konservatismus. „Häufig spiegeln Aussagen, wie ‘Das haben wir ja immer schon so gemacht’, ‘So bin ich es gewohnt, warum soll man das ändern?’, ‘Stärkt es oder schwächt es meine Position in ver.di?’ die vorrangigen Bewertungsparameter wider. Sie sind oft rückwärts gewandt oder vorrangig machtorientiert. Der Gesichtspunkt, ob für die zukünftige Vertretung der Mitgliederinteressen Arbeitsweisen verändert, Aufbau- und Ablauforganisation modifiziert werden müssen, hat dabei kein ausreichendes Gewicht.“ (ver.di-Bundesvorstand 2008, S. 4).

Wie nicht zuletzt in den gewerkschaftsübergreifenden Appellen für eine stärkere „Mitgliederorientierung“⁶ oder in Plädoyers für „Mitmachgewerkschaften“ deutlich wird, spielt die aktive Partizipation von Mitgliedern an gewerkschaftlicher Willensbildung in der bisherigen Praxis faktisch kaum eine Rolle. Von einer Bezugnahme auf die Mehrheit der Lohnabhängigen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, ist erst recht nicht die Rede. Die als apathisch imaginierte Basis im Betrieb hätte, so lautet die stillschweigende Annahme der Apparate, zumeist ohnehin weder Zeit noch Lust, sich großartig in gewerkschaftliche Gremienarbeit einzumischen. „Vollkasko- und All-Inklusive-Vorstellungen“ (Wetzel u.a. 2009, S. 15), also überhöhte Ansprüche an eine Gewerkschaftsmitgliedschaft, seien allerdings auch keine Lösung. „Ein Bedürfnis von Mitgliedern nach Stellvertretung ist legitim, gewerkschaftliche Großorganisationen können nicht ohne sie auskommen, aber das Verhältnis von Stell- und Selbstvertretung ist neu auszurichten. Die Selbstvertretung ist zu stärken.“ (Wetzel u.a. 2009, S. 13).

wird. Nicht selten handelt er/sie stellvertretend.“ (ver.di-Bundesvorstand 2008: 4)

6 Tragikomische Züge nimmt das Bemühen um gewerkschaftliche Erneuerung an, wenn die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sich für das Jahr 2011 die „Durchführung eines Pilotprojekts: ‘Der mitgliederorientierte ver.di-Bezirk’“ vornimmt. (verdi-Bundesvorstand 2008: 8)

Unsere Gewerkschaft soll schöner werden

Sowohl in der US-amerikanischen als auch in der bundesdeutschen Organizing-Diskussion spielt die Kritik an gewerkschaftlicher Stellvertreterpolitik eine wichtige Rolle. Diese Kritik wird allerdings zumeist in der Annahme formuliert, die bislang auf das Stellvertreter-Modell fixierten Apparate hätten auch und gerade in Phasen organisatorischen Niedergangs eine „strategische Wahl“ zwischen unterschiedlichen Varianten gewerkschaftlicher Politik. Die Vorstellung nimmt häufig Bezug auf die erste Kampfkandidatur um den Vorsitz im US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO. (vgl. z.B. Brinkmann u.a. 2008, S. 54) Vor allem der Erfolg der „progressiven“ *New Voice*-Koalition um John Sweeney habe es ermöglicht, Einzelgewerkschaften zur Umstellung auf das Organizing-Modell zu bewegen.⁷ Mit diesem Ansatz verknüpfen seine Befürworter vor allem die Hoffnung auf eine Wiederbelebung gewerkschaftlicher Organisationsmacht nach Jahrzehnten der gesellschaftspolitischen Defensive. Um die strategische Wahl attraktiv erscheinen zu lassen, fällt der Kontrast zu herkömmlicher Gewerkschaftspraxis zum Teil so stark aus, dass manch ein Funktionär von BRD-Gewerkschaften schon nervös wird, bevor es zu richtiger Unruhestiftung überhaupt gekommen ist. „Organizing steht in der Gefahr, organisierte Gewerkschaft-

7 Eine solche, oft wiederholte Darstellung gewerkschaftlicher Tendenzen zur „Revitalisierung“ übersieht, dass der Führungswechsel im AFL-CIO 1995 eher den End- als den Anfangspunkt gewerkschaftlicher Erneuerungsversuche in den USA markierte. Möglich wurde die relative Distanzierung von den Kalten Kriegern an der Spitze des House of Labor nämlich nur, weil sich in mehreren Einzelgewerkschaften wie der UAW, der IBT oder der UMW Reformfraktionen durchgesetzt hatten, die in Anbetracht von Mitgliederschwund und nachlassender Durchsetzungsfähigkeit bereits in den 1980er, teilweise aber auch schon in den 1970er Jahren ihren Kampf aufgenommen hatten. Standen diese Reformfraktionen anfangs noch mit realen Klassenkämpfen in Verbindung, konzentrierten sie sich später vornehmlich auf das Feld innergewerkschaftlicher Erneuerung. Mitte der 1990er Jahre, also zum Zeitpunkt ihrer in der politischen Öffentlichkeit am stärksten wahrgenommenen Erfolge, hatten sie sich von der Tuchfühlung zu Arbeitskämpfen aber schon wieder deutlich entfernt – die viel gerühmte „Justice for Janitors“-Kampagne zur Organisation von Reinigungskräften in Los Angeles bspw. trug sich bereits Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre zu. (vgl. Meyer 2002)

lichkeit wegen ihrer aktuellen Erfolglosigkeit, ihrer Ineffizienz oder Überforderung abzuschreiben.“ (Sauerborn 2008, S. 40).

Worin besteht nun die für manche Hauptamtliche mit Organizing-Ansätzen verbundene Bedrohung? Die Industriesoziologin Britta Rehder formuliert sie folgendermaßen: „Die Gewerkschaften erinnern sich an ihre Wurzeln als soziale Bewegung, die um ihre institutionelle Anerkennung kämpfen muss. Es geht ihnen darum, neue Mitglieder zu rekrutieren, ihre Basis zur Unterstützung dieses Ziels zu mobilisieren und neue Koalitionen zu bilden. Auch taktisch findet eine Erneuerung statt. Die Gewerkschaften experimentieren heute mit ungewohnten Aktionsformen, um neue Beschäftigtengruppen anzusprechen und neue Machtressourcen zu erschließen.“ (Rehder Mitbestimmung 2007, S. 11). Wenige Seiten weiter wird ein in der BRD arbeitender Organizer aus den USA gar zum personifizierten Symbol „für die Aufbruchstimmung und neue Kampfeslust in den Gewerkschaften, für den Neuaufbau der Basis ‘von unten’, für die Globalisierung der Gewerkschaftsbewegung“.⁸

Vor dem Hintergrund solcher journalistischer Übertreibungen befeißigen sich natürlich vor allem akademische Beobachter des relativierenden Zusatzes, dass Organizing selbstverständlich kein „Patentrezept“ sei, welches sich umstandslos aus den USA importieren und auf BRD-Verhältnisse übertragen lasse. Trotzdem schließen sich zum Beispiel Dörre/Nachtwey (2009) der emphatischen Organizing-Definition von Kim Voss und Rachel Sherman (2000) an, welche sich „durch die Beteiligung von Mitgliedern an der Politikentwicklung, durch unkonventionelle und teilweise höchst konflikträchtige Aktionsformen sowie eine thematisch breite politische Agenda auszeichnet. Im Zentrum offensiver Organisationsmodelle steht die Gewinnung neuer Mitglieder, ein Ziel, zu dessen Realisierung unkonventionelle, teilweise auch konfrontative Taktiken angewendet werden. Charakteristisch für entsprechende Ansätze ist die starke Betonung von sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde. So verstanden, impliziert der Übergang zum Organizing-Modell einen strategischen Organisationswandel, der auch die Beziehungen zwischen gewerkschaftlichen Funktionsträgern und (potenziellen) Mitgliedern nachhaltig verändert.“ (Dörre/Nachtwey 2009, S. 34).

8 Der Beweis: „Immer auf dem Sprung zum nächsten Einsatz führte der Gewerkschafts-Aktivist [Jeffrey Raffo] jahrelang ein Leben im Auto und in billigen Motels.“ (Mitbestimmung 12/2007, S. 17).

Um die „radikale Veränderung der innergewerkschaftlichen Kultur“, die sich ein Bundesjugendsekretär vom Organizing verspricht (Ringo Bischoff in Kornberger und Partner Kommunikationsberatung 2008, S. 38), geht es auch dem IG Metall-Vorstand Detlev Wetzel. „Beschäftigte zu unterstützen, ihre Rechte *selbst* in Anspruch zu nehmen und am Arbeitsplatz zu einem selbstbewusst handelnden Subjekt zu werden, das ist der Geist und das Ziel von Organizing: Es geht um Emanzipation, nicht um Reklame.“ (Wetzel u.a. 2009, S. 9, Herv. im Original) Für andere Hauptamtliche sind Geist und Ziel von Organizing zumindest in einzelnen Projekten sogar bereits Realität. „Ver.di zeigt sich hier von der besten Seite einer beweglichen, vitalen und lernenden Organisation, die inakzeptable und ungerechte Verhältnisse am Arbeitsplatz nicht einfach hinnimmt und offensiv für Veränderungen im Arbeitsumfeld und für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Beschäftigte einsteht. Dafür wird die eigene (alte) Arbeitsweise auch mal in Frage gestellt, verändert und neue Strukturen geschaffen, Ressourcen eingesetzt und umgelagert.“⁹ (Kim 2008, S. 3).

9 Wenn von ver.di und IG Metall eingekaufte Sprüchemacher aus der Reklameindustrie über gewerkschaftliches „Organizing“ schreiben, klingt das nur noch graduell anders: „Wie gesagt: Organizing funktioniert auf Sieg. Eine gute Organizing-Kampagne fußt auf den klaren strategischen und handwerklichen Regeln für professionelle Kampagnenkonzepktion ebenso wie auf Sunzis taktischen Regeln für die ‘Kunst des Krieges’. Oder, in den Worten von Valery Alzaga, *Lead Organizer* der internationalen Sektion der SEIU und die wohl energie- und erfolgreichste *Organizerin* unserer Zeit: *‘First, we imagine victory – and then we start to plan backwards.’*“ (Kornberger und Partner Kommunikationsberatung 2008: 35) Die in der Werbebranche grassierende Kokainsucht ist offenbar auch dafür verantwortlich, dass Mitglieder kurzerhand zu „Markenbotschaftern“ der Gewerkschaft ernannt werden. Welche konkrete Idee diese „Markenbotschafter“ transportieren, sei eigentlich zweitrangig. Es ginge schließlich „mehr um Leidenschaft und um Ausstrahlung als um Inhalt – von dem man aus der Kommunikationspsychologie ohnehin weiß, dass er höchstens sieben Prozent der Wirkung ausmacht“. (Kornberger und Partner Kommunikationsberatung 2008: 122).

Job eines Handlungsreisenden

Das mit Organizing verbundene Emanzipationsversprechen und seine proklamierten Erfolge sollen in einem ersten Schritt zu den konkreten Arbeitsbedingungen von Organizern in Beziehung gebracht werden. Diese Arbeitsbedingungen sind nicht etwa nur eine bloß moralische Frage der Glaubwürdigkeit erneuerter Gewerkschaftspolitik. Arbeitsbedingungen wirken auch als stumme Rekrutierungsmechanismen, die über den Spielraum erlaubter Verhaltensweisen ebenso entscheiden wie darüber, wer überhaupt für den Job eines Organizers infrage kommt. Zunächst einmal zeigen Erfahrungen aus den USA, dass die Fluktuation unter gewerkschaftlichen Organizern relativ hoch zu sein scheint. Das ist insofern überraschend, als häufiger Personalwechsel innerhalb von Gewerkschaften eigentlich eher unüblich ist. Aufgrund der Struktur des Apparats entwickeln Hauptamtliche zumeist ein äußerst spezielles Qualifikationsprofil, das auf dem externen Arbeitsmarkt nur in sehr begrenztem Umfang und allenfalls im Bereich von Non-Profit-Organisationen nachgefragt wird. Nicht zuletzt aufgrund dieser eingeschränkten Wechseloptionen fühlen sich viele Sekretäre sehr stark an ihre Organisationen gebunden. (vgl. Prott/Keller 2001). Wenn die Bindung vieler Organizer an ihren Job zumindest nicht derart dauerhaft ist, deutet das auf andersartige „berufliche“ Rahmenbedingungen hin.

Zur konkreten Beschaffenheit dieser Arbeitsbedingungen liegen bislang erst verhältnismäßig wenig wissenschaftliche Studien vor. Dies dürfte nicht nur damit zusammenhängen, dass das Arbeitsfeld klein und dennoch unübersichtlich ist. Privaten Unternehmen nicht unähnlich lassen sich auch Gewerkschaften nur ungern in die Karten schauen. Sie haben wenig Interesse an einer öffentlichen Durchleuchtung ihrer Organisationswirklichkeit und werden von außen (oder von ihrer eigenen Mitgliederbasis) auch eher in Ausnahmefällen dazu gedrängt. Viele ehemalige Organizer dürften schlicht wenig Sinn darin sehen, zusätzliche Zeit und Nerven dafür zu opfern, sich kritisch mit ihren Berufserfahrungen auseinander zu setzen. Schließlich werden entsprechende Wortmeldungen innergewerkschaftlich ohnehin entweder als frustrierter Ausdruck „persönlicher Enttäuschung“ oder als politisch sowieso indiskutabler Loyalitätsbruch gewertet. Außerhalb der Gewerkschaften wiederum werfen entsprechende Schilderungen schnell die Frage auf, warum

die „Betroffenen“ das doch bekanntermaßen böse Spiel denn überhaupt so lange mitgespielt hätten.

Trotz all dieser zum Teil durchaus triftigen Gründe liegen sowohl aus den USA als auch aus der BRD einzelne Aussteigerberichte vor, die darüber Auskunft geben können, warum die Fluktuation unter Organizern so verhältnismäßig hoch ist. Viele Aussteiger und Ehemalige beschwerten sich nicht nur über die mit ihrem Job einhergehenden Belastungen, sondern setzen diese zumeist auch zum politischen Konzept der Organizing-Philosophie in eine Beziehung. Trotzdem soll im Folgenden auf der Basis einiger bereits publizierter Erfahrungen zunächst einmal nur der Versuch unternommen werden, einen zusammenfassenden Überblick über die Arbeitsbedingungen von Organizern zu geben und die „hidden agenda“ in diesem Teilbereich der Organisationswirklichkeit transparenter zu machen.

Wer Stellenausschreibungen für Organizer liest, bekommt einen ersten Eindruck davon, wie anstrengend und fordernd dieser Job sein kann.¹⁰ Bei der SEIU beispielsweise reicht das Spektrum ungefähr von der Mitgliederwerbung am Arbeitsplatz bis zur parlamentarischen Lobbyarbeit und von der Demo-Organisation bis zur regelmäßigen Rücksprache mit Gewerkschaftsvorständen. Um potentielle Mitglieder zu Hause oder an ihrem Arbeitsplatz werben und bereits Organisierte für Aktionen mobilisieren zu können, wird von Organizern, wie es in einem von der SEIU veröffentlichten Jobprofil heißt, das „Einverständnis mit langen und unregelmäßigen Arbeitszeiten auch nachts, an Wochenenden und Feiertagen“ ebenso erwartet wie die Bereitschaft zu weiten Autofahrten über einen längeren Zeitraum. Mehrtägige Dienstreisen inner- wie außerhalb eines Bundesstaates bringen entsprechend lange Perioden der Abwesenheit von „Zuhause“ mit sich. Daisy Rooks, die am Organizing Institute des US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO beschäftigt war und mit zahlreichen Organizern gesprochen hat, kommt zu dem Ergebnis, dass viele Organizer sehr häufig unterwegs sind, für einen beträchtlichen Teil des Jahres in

10 Das Problem ist Gewerkschaften inzwischen so geläufig, dass sie nach Möglichkeiten suchen, Organizer weniger schnell zu verschleifen. „Bestehende Gefährdungen, vor allem übermäßig lange Arbeitszeiten und hoher Leistungsdruck, müssen eingegrenzt werden, um zu verhindern, dass sich bereits in der Ausbildung Burn Out-Symptome, Desillusionierung und Motivationsverlust einstellen.“ (Schreieder 2008: 33).

Hotels übernachten und von dort aus auch arbeiten. (Rooks 2004, S. 196). Da diese Tätigkeit zwar stressig und hochgradig flexibel ist, aber gleichzeitig verhältnismäßig schlecht entlohnt wird, appelliert die Organisation an das soziale Gewissen ihrer Beschäftigten, demzufolge der „Einsatz für eine gute Sache“ eben immer auch persönliche Opfer verlange.¹¹ Rooks zitiert Aussteiger, denen zufolge Gewerkschaften von Organizern erwarten, kein Privatleben zu haben, alles andere beiseite zu schieben und Organizing zum absoluten Lebensmittelpunkt zu machen. „Es gibt da diese Theorie, dass du fürs Organizing dein gesamtes Leben opfern musst und du da nicht reingehörst, wenn du das nicht tun möchtest. Das hat ein bisschen was von Cowboy-Mentalität.“ (Rooks 2004, S. 210).

Vor dem Hintergrund solcher Arbeitsbedingungen kann es nicht verwundern, dass Leute abgeschreckt werden, die noch ein anderes Leben abseits der Organisation haben. Wer Familie, Kinder oder pflegebedürftige Angehörige hat, wird sich weniger für den aufreibenden Organizer-Job begeistern können als ein ungebundener Single. Ein junger Berufseinsteiger mit hochfliegenden Ambitionen ist sicher eher bereit, Misshelligkeiten als eine interessante Erfahrung zu begreifen, als ein älterer Beschäftigter, der auf solche noch dazu mächtig honorierten Lektionen gut verzichten kann.¹² Organisationssoziologisch bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass ein soziales Umfeld außerhalb der Arbeit einem Beschäftigten auch Rückhalt und Alternativen bietet, die aus Sicht der Organisation die Gefahr der Unbotmäßigkeit erhöhen. Wer hingegen außerhalb der Gewerkschaft kein Sozialleben (mehr) hat, beugt sich eher dem

11 „Zur Zeit sind Organizer-Jobs so organisiert, dass sie zum Burn-out führen. Wie bereits erwähnt, kündigen viele Organizer oder wechseln innerhalb der Gewerkschaft auf andere Positionen. Diejenigen, die bleiben, erzeugen in einigen Gewerkschaften ein Klima des individuellen Konkurrenzkampfes und sind – teilweise fast märtyrerhaft – stolz auf die Opfer, die sie bringen. Als Folge davon werden neue Organizer, die unter der Arbeitsbelastung und dem Druck leiden, beschuldigt, entweder schwach zu sein oder es an politischer Entschlossenheit fehlen zu lassen.“ (Feekin/Widenor 2003: 82)

12 Der ver.di-Funktionär Werner Sauerborn räumt zumindest indirekt ein, dass junge Organizer „in gewerkschaftlichen Subunternehmen auf einer quasi zweiten Tarifebene mit deutlich niedrigeren Löhnen und seriell befristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden. Diese Missstände sollten schnell bereinigt werden“, weil sie so gar nicht zu der Organizing-Idee passen würden. (Vgl. Sauerborn 2008: 44)

Druck, den Führungskräfte „im Interesse der Mitglieder“ auf ihre Untergebenen abwälzen. Loyalität gehört in diesem Fall zwar zu den obersten Geboten eines Beschäftigten, bietet für ihn aber noch lange keine Gewähr, nicht aus der Organisation entlassen zu werden, wenn diese keine Verwendung mehr für ihn hat. Der frühere australische Gewerkschaftsführer und Organizing-Befürworter Michael Crosby spricht sich zum Beispiel explizit dafür aus, dass Gewerkschaften bei der Anleitung von Organizern auch vor der Entlassungsdrohung nicht zurückschrecken sollten. „Am frustrierendsten wird das Beharren auf Rechenschaftspflicht in den Gewerkschaften, wo das Personal unabhängig von den Fakten der Ansicht ist, die Entlassung von Kollegen sei etwas Schlechtes und müsse deshalb verhindert werden. Das Personal muss einen fairen Ablauf sicherstellen. Aber nach diesem Verfahren dürfen Gewerkschaftsführung wie Mitglieder mit Recht erwarten, dass schlechte Leistungen auch sanktioniert werden. Gewerkschaftsführer, die ihre Arbeit tun, sollten von ihrem Personal unterstützt werden.“ (Crosby 2009, S. 201).

Die Mitgliedergewinnung, die aufgrund der sinkender Beitragseinnahmen inzwischen auch in den Einzelgewerkschaften des DGB Priorität hat, wirkt sich unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen von Organizern aus. Immerhin dient ihre Tätigkeit ja ausdrücklich der „Erschließung neuer Betriebe und anderer weißer Flecken“. (Wetzel 2009, S. 355). Ähnlich dem kleinen Gewerkschaftssekretär, der weniger „Aufnahmen macht“ als geplant und der deshalb über kurz oder lang Schwierigkeiten mit seinem Vorsitzenden bekommt¹³, stehen auch Organizer unter starkem Erfolgsdruck. Auch ihr Job ist es, unorganisierten Leuten die Gewerkschaft zu „verkaufen“. Weil das aber angesichts der wenig werbeträchtigen Tarifabschlüsse der letzten Jahre gegenüber skeptischen KollegInnen alles andere als leicht ist und weil auch Merchandizing-Artikel im Vergleich zum Monatsbeitrag allzu billig wirken, fehlt selten der Hinweis darauf, dass eine Gewerkschaftsmitgliedschaft beispielsweise auch eine

13 Peter Birke berichtet aus zweiter Hand von einem IG BAU-Sekretär, der dem auf ihn ausgeübten Druck zur Werbung neuer Mitglieder nicht anders standzuhalten wusste als irgendwann damit zu beginnen, sich auf dem Friedhof die Namen auf den Grabsteinen zu notieren. Egal, ob diese Geschichte von den Karteileichen neuen Typs nun wahr oder nur gut erfunden ist, sie wirft in jedem Fall ein Schlaglicht auf die „Vitalität“ gewerkschaftliche Organisationskulturen. (Vgl. Birke 2010: 133).

Rechtsschutzversicherung beinhaltet. Angesichts derartiger Anklänge an die Sozialfigur des Versicherungsvertreters kann es nicht verwundern, dass Teams von Organizern in den USA schon länger als „Drückerkolonnen“ gelten und auch manche ihrer deutschen Kollegen mit diesem Ruf zu kämpfen haben.

Unlängst sind in den USA Praktiken der „Organizing“-Gewerkschaft UNITE-HERE bekannt geworden, die ein weiteres Schlaglicht auf das Innenleben solcher gewerkschaftlicher Drückerkolonnen werfen. Wie selbst der Gewerkschaftsvorsitzende John Wilhelm einräumt, war es demnach bei UNITE-HERE jahrelang üblich, dass Vorgesetzte (so genannte *lead organizer*) psychologische Dossiers über Organizer anfertigten. Demnach bemühten sie sich (zum Beispiel durch die taktische Offenbarung von Situationen persönlicher Prüfung und damit durch die Herstellung einer „vertraulichen“ Atmosphäre) gezielt darum, möglichst intime Details über emotionale Konflikte aus der Biografie ihrer Untergebenen zu erfahren. Um diese zu einem späteren Zeitpunkt zur gezielten Manipulation von allzu zögerlichen oder gar widerspenstigen Organizern einzusetzen, wurden entsprechende Informationen in rosafarbenen Akten festgehalten – daher der Begriff des so genannten *pink sheeting*. Kam es dann im Rahmen einer Kampagne zu politischen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorgesetzten und dem Organizer, wurde dieser Konflikt am Arbeitsplatz durch Instrumentalisierung des „persönlichen Vertrauensverhältnisses“ in eine therapeutische Situation transformiert: Seine selbst eingestandenen Schwächen könne der Organizer am ehesten überwinden, in dem er dem „persönlichen“ Rat seines Vorgesetzten folge. „Bei dieser Praxis handelt es sich um ein zynisches und manipulatives System der Kontrolle. Weil Beschäftigte, die ihm erfolgreich unterworfen werden, in ihren Vorgesetzten Leute zu sehen beginnen, die ihnen emotionale Hilfestellung leisten, schafft das System ein sektenartiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Personal und seinen Vorgesetzten. Beim *pink sheeting* handelt es sich nicht um die übliche Beziehungsarbeit, die für jedes gute Organizing notwendig ist. Es ist vielmehr eine Taktik, die dazu dient, gewerkschaftliche Aktivisten daran zu hindern, von der Linie der Gewerkschaftsführung abzuweichen.“ (Abbott-Klafter/Berning/Lafore 2009).

Der Marsch der Institution durch die Organizer

Nach Angaben von Amy Foerster werden sich Leute, die am „Organizing Institute“ (OI) des AFL-CIO eine Ausbildung durchlaufen¹⁴, recht schnell des heimlichen Lehrplans bewusst. Bewerber*innen wird schon früh klar gemacht, dass die langen Arbeitszeiten und die geringe Entlohnung der Organizer-Tätigkeit große persönliche Opfer erfordern. Wer nicht bereit ist, diese Opfer „im Interesse der großen Sache“ zu erbringen, bekommt relativ rasch die Empfehlung, sich nach einem anderen Job umzusehen. In bestimmter Hinsicht funktioniert die Ausbildung deshalb als „Ausleseverfahren und Belastungstest“, an dessen Ende – auch politisch – nur der harte Kern der „Gläubigen“ übrig bleibt. (Foerster 2003, S. 15). Diese „true believers“ sind zwar fest von ihrer politischen Mission überzeugt und durch die Ausbildung in diesem Sendungsbewusstsein auch noch bestärkt worden. Weil die Organizer aber relativ jung sind, oft direkt von der Universität kommen, wenig Berufserfahrung und keinerlei Bindungen vor Ort haben, ist ihre Position innerhalb der etablierten Gewerkschaftsstruktur wie innerhalb der Arbeitswelten, in denen sie als Einzelne, punktuell und zeitlich begrenzt agieren sollen, zumeist die eher schwache von Außenseitern oder Anfängern. Hinzu kommt, dass insbesondere die Organizer mit einer linksradikalen Vergangenheit unter einer besonderen Beobachtung ihrer Vorgesetzten stehen.¹⁵ Kreative Ideen und Energien sind zwar bis zu einem gewissen Grad willkommen, dürfen sich aber der Kontrolle durch den Apparat nicht entziehen.

14 Gemessen an den institutionenkritischen Impulsen, die mit Organizing in der öffentlichen Diskussion verbunden werden, ist bereits der Name „Organizing Institute“ ein vielsagendes Paradoxon.

15 Oft können Subordinationsgesten da weiterhelfen. Es dürfte zum Beispiel kaum ein Zufall sein, dass eine ehemals linksradikale Flüchtlingsaktivistin wie Franziska Bruder von ihrem Arbeitgeber ver.di zunächst ausgerechnet in der Security-Branche als Organizerin eingesetzt wurde. (Bruder 2007) Der Freundin von osteuropäischem Klezmer und italienischer Revolutionsromantik – so steht es zumindest geschrieben – wird es nach einer solchen (alles andere als schmerzfreien) Einübung in Organisationsdisziplin später nicht mehr ganz so schwer gefallen sein, im Rahmen einer Motivationskampagne Buttons mit dem aus ihrer Sicht allzu „schlagerhanseligen“ Gunter-Gabriel-Slogan „Hey Boss: mehr Geld“ an Arbeiter und Angestellte des Otto-Versands zu verteilen. „Gewerkschaft muss Spaß machen“, sagt Bruder.“ (Mitbestimmung 12/2007: 23).

Wenn Organizer, unbeirrt von solchen Umständen, trotzdem an ihrem politischen Ziel der Durchsetzung einer kämpferischen Basisorientierung festhalten, statt als bloßer Repräsentant der Institution aufzutreten, besteht die Gefahr, dass sie innerhalb von Gewerkschaften schnell auf Widerstände stoßen und – im Wiederholungsfall – als Fremdkörper wahrgenommen werden. Ein einsamer Mehrfrontenkampf gegen die Unternehmenseite, die Vorbehalte der Beschäftigten und die undemokratischen Strukturen der „eigenen“ Apparate übersteigt selbst die Kapazitäten opferbereiter linker Aktivisten um ein Vielfaches. Entsprechend ernüchtert fällt deren Fazit aus. „Ich glaube nicht, dass diese Institutionen sich verändern wollen. Es gibt, glaube ich, institutionelle Vorgaben in diesen Gewerkschaften und sie müssen im Interesse dieser Institutionen funktionieren. Die institutionelle Vorgabe besteht darin, dass die Institution überlebt und weil das schon dermaßen lange so ist, sind Organizer für diese Institutionen eine Art Krebs. Sie suchen ständig nach Möglichkeiten, diesen Krebs zu überwinden oder loszuwerden.“ (ein US-Organizer zit. nach Foerster 2003, S. 25).

Der hier skizzierte Gegensatz von Organizer und Organisation bezieht sich auf die gewerkschaftsverändernden Absichten, mit denen linke Aktivisten ihren Job angetreten sind. Er könnte suggerieren, dass Organizing den Gewerkschaftsorganisationen von unten oder außen gewissermaßen aufgezwungen wurde. Gerne erinnert wird in solchen Zusammenhängen an Saul Alinsky, den „Erfinder“ jenes *Community Organizing*, das der verarmten Bevölkerung in Chicago und anderswo vor dem Hintergrund der unberechenbaren Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren Mittel an die Hand geben wollte, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen. In der Zwischenzeit ist Organizing allerdings längst kein Außenseiterprojekt mehr, sondern wurde vom Gewerkschaftsapparat sowie – das wird von Organizing-Adepten zumeist verschwiegen – auch von Managementliteratur und Werbeagenturen mit Erfolg vereinnahmt. Organizing-Projekte und Kampagnen, wie sie gegenwärtig in den USA und der BRD diskutiert werden, haben – von der politischen Biografie einiger Organizer einmal abgesehen – allesamt keinen außerinstitutionellen Ursprung, sondern werden von Gewerkschaftsorganisationen zentral konzipiert, geplant und durchgeführt. So genannte *bottom up*-Elemente wie kollektive Aktionen, Demonstrationen oder auch Arbeitsniederlegungen fügen sich

letztlich als Komponenten in zentralistische *top down*-Strategien ein. Grundsätzlich sind es deshalb nicht die Unorganisierten, die ungefragt mit Forderungen oder der Bitte um Unterstützung an die Gewerkschaft herantreten, sondern es sind die Gewerkschaften, die bereits im Vorab wissen und definieren, was für die Unorganisierten am besten ist: der Beitritt zu ihrer Organisation.

Anschauungsunterricht für diese Selbstüberschätzung von Apparatschiks bietet das Buch „Power at work“ des bereits erwähnten Gewerkschaftsfunktionärs Michael Crosby, der sich – inzwischen im Dienst der US-amerikanischen SEIU – u.a. auch in der BRD einen Namen als Organizing-Experte zu machen versucht. (Crosby 2009). Im Stil eines Motivationstrainers unternimmt er es, die Erkenntnisse von Managementideologen wie J.P. Kotter (1996) für gewerkschaftliches Führungspersonal nutzbar zu machen. Zu der Instanz, die letztlich über den Erfolg einer Organizing-Strategie entscheidet, stilisiert Crosby die oberste Führungsebene der Gewerkschaft. Sie kontrolliert nicht nur die Umsetzung der Ziele, sondern klärt die Mitglieder auch über ihre eigentlichen Interessen auf. „Führung auf jeder Ebene wird in dem Maße wichtiger, wie wir uns auf den Weg eines organisierenden Gewerkschaftswesens begeben. Je mehr Macht wir den Mitgliedern geben, umso erfahrener muss die Gewerkschaftsführung werden. [...] Zur Philosophie des organisierenden Gewerkschaftswesens gehört die Ermächtigung des einzelnen Mitglieds. Solch einem Mitglied soll nicht gesagt werden, was es denken soll. Aber irgendjemand muss sich die Zeit nehmen, Mitgliedern die Augen für das zu öffnen, was notwendig ist und was in der Gesellschaft um sie herum vor sich geht. Das ist die Rolle einer Gewerkschaftsführung.“ (Crosby 2009, S. 126). Zu den von Crosby erkannten Notwendigkeiten zählt beispielsweise das Ziel einer sozialpartnerschaftlichen Kooperation mit den Unternehmern, weswegen er auch davor warnt, „dass problematische Vertrauensleute die Arbeitgeber gegen das Prinzip gewerkschaftlicher Organisation aufbringen“. (Crosby 2009, S. 165). Um zu verhindern, dass eventuell auch Organizer bei der Mitgliederwerbung vor Ort auf ähnlich „problematische“ Gedanken kommen, empfiehlt Crosby, ihnen einen wachsamem Führungsorganizer vorzusetzen: Organizer „müssen jemanden haben, der ihnen bei den Vorbereitungen hilft, bei der Zusammenstellung der Listen, der Entwicklung eines Plans, der Aussicht auf Erfolg hat. Sie müssen täglich ihrer Leitung berichten, damit die Gewerkschaft weiß, dass sie mit jedem Tag ihrem Organisationsziel näher kommt. Sie müssen

jeden Kontakt in einem Betrieb durchsprechen, damit der Organizer lernt, wie er die Kommunikation verbessern kann.“ (Crosby 2009, S. 195)¹⁶ Falls er aber von der Gewerkschaftsführung für unfähig, faul oder „demoralisiert“ erachtet wird, muss ihm – natürlich im Interesse der Mitglieder – gekündigt werden. „Gewerkschaftsführer müssen managen wie auch führen. Wir müssen unter Umständen harte Entscheidungen treffen, wer weiterhin bei der Gewerkschaft beschäftigt wird, wenn wir den Interessen der Mitglieder gerecht werden wollen.“ (Crosby 2009, S. 200).

Autoritär-hierarchische Organizingkonzepte, wie sie Michael Crosby (und offenbar auch der IG Metall-Vize Detlev Wetzel als Herausgeber der deutschen Ausgabe seines Buches) befürworten, werden von US-Gewerkschaften schon so lange praktiziert, dass sich ein kritischer Beobachter wie Kim Moody bereits 2007 veranlasst sah, von der Herausbildung einer Gewerkschaftskultur neuen Typs, einem *corporate unionism* zu sprechen. (Moody 2007). Während SEIU-Angestellte weiterhin Erfolgsmeldungen über Mitgliederzuwächse und erfolgreiche Organizing-Kampagnen zu verbreiten versuchen, ist die Kritik an den sozialpartnerschaftlich-zentralistischen Tendenzen inzwischen auch bei Organizing-Befürwortern in der BRD angekommen. So schreibt etwa Peter Birke über die Sweetheart-Deals und Neutralitätsabkommen: „Mitgliederrechte wurden gegen Organisationsrechte eingetauscht. Die SEIU erlaubte den Unternehmern Auslagerungen oder Lohnkürzungen, im Gegenzug sicherten die Unternehmen ‘Neutralität’ in der Organisierungsfrage zu. Die Abkommen beinhalteten unter anderem einen Verzicht auf das Streikrecht für die Dauer von bis zu zehn Jahren. Dass auch die SEIU mitunter früher Druckkampagnen gemacht hat, die aufgrund der Intervention durch ‘Lieblinge’ aus konkurrierenden Gewerkschaften geradezu zerstört wurden, hinderte sie nicht daran, auf ähnliche Methoden zu verfallen. In einigen Fällen überließ man es den Konzernen sogar, die Zweigstellen auszuwählen, in denen Organisationsrechte existieren dürfen. Die lokalen AktivistInnen erfuhren von solchen Deals oft erst von den Unternehmern, manchmal erst dann, wenn sie die betroffenen Kolleginnen und Kollegen

16 Vor offenbar ganz ähnlichen Arbeitsbedingungen mit quantifizierten „Zielvereinbarungen“ und rigiden „Erfolgskontrollen“ haben genervte Organizer im ver.di-Projekt zum Hamburger Sicherheitsgewerbe gleich reihenweise die Flucht ergriffen (Wildcat 2007).

in den mit Einverständnis der SEIU-Zentrale aus 'gewerkschaftsfrei' definierten Betrieben zu organisieren versuchten.“ (Birke 2010, S. 4f). Im Fall der SEIU werden die Vorteile gewerkschaftlichen *Organizings* heute weniger den unorganisierten Arbeitern als „vielmehr jenen Unternehmen nahe gebracht, die bereit zu sein scheinen, für die Aussicht auf gewerkschaftliche Anstrengungen in Sachen Co-Management, Betriebsfrieden und Lobbyarbeit auf die Anheuerung von *union bustern* zu verzichten“. (Berger/Meyer 2009, S. 923).

Als Reaktion auf die dargestellten Schwierigkeiten, Gewerkschaftsapparate „von unten“ bzw. „von heute auf morgen“ zu transformieren, bildete sich unter manchen linken Studenten und Aktivisten, die als Organizer für US-amerikanische Gewerkschaften arbeiteten, mitunter eine Form des mehr oder minder bewussten Entrismus heraus. Weil zur Durchsetzung einer kämpferischen Orientierung ein langer Atem vonnöten sei, müssten Organizer untereinander Netzwerke und Verbindungen knüpfen, um die Gewerkschaft irgendwann von führenden Positionen aus zu verändern. „Weißt Du, wir sind ein neues Netzwerk, wir halten Kontakt zueinander und gemeinsam werden wir die Gewerkschaften verändern.“ (zit. nach Foerster 2003, S. 22). Wie auch Amy Foerster kritisch anmerkt, ist das Problem einer solchen Perspektive, dass die Arbeiter als Akteure der Gewerkschaftsveränderung hier gar nicht mehr vorkommen. Entristische Strategien bergen deshalb die Gefahr, dass Kampagnen für die „Organisierung der Unorganisierten“ sich letztlich als Vehikel für die Karriereaspirationen linker Organizer entpuppen.¹⁷

Unruhe und Ordnung

Wie bereits angedeutet, gehört die Rede von der „Organisierung der Unorganisierten“ zum Mantra von Organizing-Konzepten.

¹⁷ Auch Peter Birke empfiehlt den linken Organizern in der Quintessenz seines Buches, „sich Freundinnen und Freunde zu suchen, mit denen man vertrauensvoll zusammenarbeiten kann“ und beklagt, dass diese naheliegende Vorstellung im Fall der BRD-Gewerkschaften bislang kaum in die Praxis umgesetzt wurde. Stattdessen grenzten sich die Projekte – „wenn auch manchmal nur aus pragmatischen und zeitökonomischen Gründen – ab, nicht nur nach außen, auch innerhalb der Gewerkschaften selbst. So kann etwa das Bewusstsein, etwas Exemplarisches zu repräsentieren, eine Mentalität erzeugen, die eine Diskussion über Stärken und Schwächen erschwert.“ (Birke 2010: 187f.).

Bereits diese kurze Parole enthält einige Voraussetzungen, die bei genauerem Hinsehen keineswegs unproblematisch sind. Noch vor aller persönlichen Kenntnis wird zunächst einmal unterstellt, dass die Beschäftigten einer Branche oder eines Betriebs tatsächlich völlig „unorganisiert“ sind. Sie mögen (aus mehr oder weniger ominösen Gründen) nicht Mitglied einer Gewerkschaft sein. Bedeutet das aber automatisch, dass es auf und nach der Arbeit deswegen auch keinerlei gemeinsame (Selbst-)Verständigungsprozesse oder informelle Gruppen gibt? Zumindest in Bezug auf die kapitalistische Organisation der Arbeit wird von einer „Zusammensetzung“ und insofern auch „Organisierung“ der angeblich „Unorganisierten“ sehr wohl gesprochen werden müssen.

Nicht in jedem Fall muss die Defizitperspektive auf die „Unorganisierten“ nach Wallraffscher Manier in einen mitleidsheischenden Opferdiskurs münden. Immer aber hält sie mit der Problembeschreibung auch gleich die Lösung parat, der zufolge Organisierung besser ist als keine Organisierung. Nun versteht sich beispielsweise die Fähigkeit zur Organisierung offener oder verdeckter Arbeitskämpfe alles andere von selbst und ist der Unfähigkeit dazu sicher vorzuziehen. Sie ist aber an komplizierte (und sich wandelnde) sozialmoralische wie politisch-ökonomische Voraussetzungen geknüpft, aus denen die Organizing-Parole von der „Organisierung der Unorganisierten“ eine einzige macht: Gewerkschaftsmitgliedschaft. Dass Gewerkschaftsmitgliedschaft mit der Fähigkeit und Bereitschaft zur Organisierung von Arbeitskämpfen keineswegs identisch ist und im Gegenteil selbst eine Form der Desorganisation nach sich ziehen könnte, bleibt im Organizing-Konzept aber unberücksichtigt.

Gewerkschaftliches Organizing legt die „Zielgruppe“ einer Kampagne zentral fest und schneidet sie bereits im Vorwege so zurecht, dass mit etablierten gewerkschaftlichen Organisationsbereichen keine Kollisionen entstehen. Über das Objekt des Organizings hinaus wird auch die Art und Weise der Kommunikation mit ihm systematisch geplant. Anders als die Betriebsaktivisten der 1970er Jahre suchen sich Organizer keinen eigenen Job in der Branche, die sie für organisierungswürdig erachten, sondern treten den Beschäftigten als außenstehende und ansatzweise auch psychologisch geschulte Repräsentanten einer Gewerkschaft gegenüber. Sie sind gehalten, sich mit den zu organisierenden Beschäftigten nicht gemein zu machen (diese Form von Fraternisierung birgt angeblich die Gefahr der Stellvertreterpolitik), sondern ihnen im Gegenzug zum

Gewerkschaftsbeitritt „Hilfe zur Selbsthilfe“ (Kim 2008, S. 55) anzubieten. Wird der Organisierte vom Organizer zu Hause besucht, steht ein rein instrumentelles Kalkül dahinter. „Wir sprechen mit jemandem, den wir vielleicht nie zuvor gesehen haben, und versuchen sein Vertrauen zu gewinnen. Wir müssen eine Beziehung aufbauen. Sie müssen sehen können, dass wir ähnliche Ansicht wie sie haben. Wir fordern jemanden auf, gründlich darüber nachzudenken, wie sie oder er auf der Arbeit behandelt wird. Wir versuchen, ihre sehr reale Vorstellung zu überwinden [!], dass sie sich mit ihrem Arbeitgeber anlegen, wenn sie etwas dagegen tun wollen. Am Ende des Treffens werden wir die entscheidende Frage stellen, ob sie etwas Konkretes tun wollen: das Eintrittsformular unterschreiben, uns helfen, mit anderen Arbeitnehmern zu sprechen, uns Informationen über ihren Arbeitgeber zu liefern – wir werden sie dazu bringen, irgendetwas zu tun.“ (Crosby 2009, S. 188f.).

Der instrumentelle Charakter der Kontakte, die Organizer in einem von der Gewerkschaftsführung identifizierten Betrieb aufzubauen versuchen, zeigt sich auch in der Praxis des so genannten „mappings“ und „rankings“. Organizer sollen „Landkarten“ erstellen, aus denen hervorgeht, an welchen Stellen einer Firma Leute mit welchen Einstellungen zur Gewerkschaft arbeiten. In den Rankings, die das Organizing-Team für seinen internen Dienstgebrauch erstellt, werden die Beschäftigten entweder nach dem Grad ihrer Gewerkschaftsaffinität oder aber nach ihrer Stellung im Kollegenkreis (offenbar gibt es also doch so etwas wie eine informelle Organisierung der „Unorganisierten“) in unterschiedliche Kategorien eingeteilt. Im ersten Fall verläuft die Hierarchie von Leuten mit einer „aktiv zugewandten Position“ („Stufe 1“) über „zugewandte“, „neutrale“ und „kritische“ Positionen bis hin zu „Stufe 5“: „aktiv ablehnende bis feindliche Position (eine Person ist feindlich gegenüber dem Thema eingestellt und agiert dagegen und versucht andere von einer Position abzubringen)“.¹⁸ (Raffo/Alzaga 2009, S. 26). Im zweiten Fall setzen

18 Ein ehemaliger Organizer aus dem Projekt in der Hamburger Security-Branche berichtet von den Teamsitzungen, wo das Nummerieren von Menschen tatsächlich so in die Praxis umgesetzt wurde. „Ziel war natürlich, das Ranking ständig zu verbessern, aus einem ‘2er’ einen ‘1er’ zu machen. Es kam auch vor, dass Leute runter gerutscht sind, dann musstest du dem Team erklären, wieso ein ‘2er’, der immer regelmäßig gekommen war, auf einmal weggeblieben ist.“ (Wildcat 2007) Auch an anderen Stellen der Organizing-Ideologie kehrt zuweilen der Schrecken

die Organizer unabhängig von der politischen Einstellung gleich auf die „Alphatiere“ im Kollegenkreis und stärken damit dessen interne Hierarchien und Ausgrenzungspraktiken. „Der Organizer sucht gezielt nach Menschen, denen andere folgen, nach opinion leadern, nach Meinungsführern. Und zwar ganz unabhängig davon, was und wie sie momentan denken, ob sie mit Aktien handeln, auf Bewährung draußen oder Abteilungsleiter sind. Denn ein Leader ist ein Leader, er wird nicht erst dazu gemacht. ‘Using the structures of power to change the balance of power’ – das ist das Arbeitsprinzip des Organizers. Er nutzt vorhandene Kommunikationsstrukturen, statt neue aufzubauen – und das ist enorm effektiv.“ (Kornberger und Partner Kommunikationsberatung 2008, S. 121; ganz ähnlich: Crosby 2008, S. 165ff.).

Da eine Organizing-Kampagne bei betrieblichen Konflikten und der Unzufriedenheit von Beschäftigten ansetzen soll, suchen die Organizer in Zusammenarbeit mit den gewerkschaftsnahen Aktivposten bzw. „Meinungsführern“ nach Möglichkeiten, vorhandene Probleme in „verhandelbare“ Forderungen zu transformieren. Als „verhandelbar“ gelten BRD-Gewerkschaftern vor allem die Gründung eines Betriebsrats sowie der Abschluss eines Tarifvertrages. Anliegen von Beschäftigten, die sich durch eines dieser Instrumente nicht oder nur bedingt lösen lassen, geraten durch das am etablierten Rahmen industrieller Beziehungen orientierte Vorgehen der Organizer infolgedessen schnell unter die Räder. Für Gewerkschaften, deren Ordnungsfunktion ja gerade darin besteht, das alltägliche Chaos und die Vielgestaltigkeit betrieblicher Konflikte auch für die Kapitaleseite berechenbar zu machen, sind derartige Schwierigkeiten ein alter Hut. Entsprechend strikt sind die Anweisungen an die eigenen Funktionäre und mithin auch an die Organizer. „Nicht immer müssen die konkreten Mitgliederwünsche mit den Auffassungen der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionäre übereinstimmen. Nicht immer mag der unmittelbare, kurzfristige Mitgliederwille mit mittel- und langfristigen Interessen der abhängig Beschäftigten vereinbar sein. So z.B. in der Tarifpolitik, wenn Einkommensinter-

einer überwunden geglaubten Vergangenheit wieder: Der Moment, in dem die Gewerkschaft ihre Organisierungskampagne öffentlich macht, wird in ver.di-Broschüren „Blitz“ genannt (Schrieder 2008: 31) und auch die IG Metall findet nichts dabei, ihre „Gewerkschaftliche Offensivstrategie“ „GO“ als German Organizing zu bezeichnen (Kornberger und Partner Kommunikationsberatung 2008: 33).

sen, Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitszeitfragen vermeintlich oder tatsächlich in Konflikt miteinander geraten. Treten solche Konflikte auf, müssen sie ernst genommen und offen diskutiert werden. Es nützt mittelfristig gar nichts, sie umgehen oder gar verdrängen zu wollen. Es ist Aufgabe der ehren- und hauptamtlichen Funktionäre, solche Diskussionen zu führen und möglichst aufzulösen.“ (verdi-Bundesvorstand 2008, S. 5).¹⁹

Zum Selbstverständnis von Organizing gehört sein Projektcharakter. Sobald sie mit den von ihnen vorgeschlagenen Aktionsformen genügend neue Gewerkschaftsmitglieder gewonnen und vielleicht sogar noch eine halbwegs funktionsfähige Struktur von Aktiven vor Ort aufgebaut haben, können Organizer (sofern es in ihrer Karriere nicht nach oben geht) nur hoffen, dass ihnen ihre Gewerkschaft ein anderes Projekt offeriert – vielleicht an einem anderen Ort und ganz sicher mit anderen Leuten. Indirekt bestätigt sich damit die Skepsis, die den jungen Organizern während der Kampagne zumindest von einem Teil der Beschäftigten entgegen gebracht wird: Organizer hätten gut reden, sie müssten ja nicht in dem Laden arbeiten, kämen ohnehin von der Uni und könnten ein eigenes Interesse an dem von ihnen vorgeschlagenen Konflikt ohnehin nicht vorweisen.

Was aber bleibt von Organizing-Kampagnen für die „Organisierten“ übrig, wenn betriebliche Konflikte „verhandelbar“ gemacht wurden und Organizer längst wieder über alle Berge sind? Abgesehen von „Erfolgsmeldungen“ über die Zahl neu hinzugewonnener Mitglieder liegen bislang nur wenig Auswertungen von Erfahrungen vor, die die umworbenen Beschäftigten mit den Organizern, der Gewerkschaft und ihrer Kampagne gemacht haben. Das ist vor dem Hintergrund des propagierten Anspruches, einen Beitrag zur Arbeiteremanzipation zu leisten, vielleicht inkonsequent, wird aber verständlich, wenn man den Werbeeffect mitbedenkt, den Organizing-Projekte für die Wahrnehmung von Gewerkschaften in der Öffentlichkeit – auch der Linken – haben sollten. „Ein Problem bei der Auswertung der geschilderten Projekte ist die mangelnde Transparenz, wenn es um die veröffentlichten Erfolge und Miss-

19 Vgl. in diesem Zusammenhang zum Beispiel die sehr aufschlussreiche Dokumentation des Streiks im Berliner Einzelhandel und der auf ihn folgenden Repressalien gegen die Kassiererin „Emmely“: http://kanalb.org/edition.php?play_id=87&modul=Edition&clipId=87

erfolge geht. Dies schreibt sich in die bereits geschilderte Tendenz ein, die Projekte als Inseln zu begreifen, deren Leuchttürme in die gesamte Gewerkschaftsbewegung strahlen sollen, ohne dass vermittelt wird, wie diese recht einseitige Art der Kommunikation genau funktionieren und produktiv gemacht werden kann.“ (Birke 2010, S. 146f.). Einzelne Beispiele deuten darauf hin, dass Kampagnen bereits daran scheitern, die pragmatischeren der selbst proklamierten Ziele zu verwirklichen. So sind zum Beispiel die Lohnzuwächse im Hamburger Bewachungsgewerbe überaus mager gewesen. Der tarifliche Stundenlohn wurde von 6,10 auf gerade einmal 6,34 Euro gesteigert, obwohl selbst der angepeilte Betrag von 7,50 Euro nicht ausreichen würde, in einer der teuersten Städte der BRD mit Vollzeitarbeit über die Runden zu kommen. Es kam infolge der Kampagne außerdem zu zwei Betriebsratsgründungen und zum Gewerkschaftsbeitritt von 200 neuen Mitgliedern, was den ver.di-Organisationsgrad in der Branche um zwei bis drei Prozentpunkte auf danach 13 Prozent steigerte. Nirgendwo hingegen ist davon die Rede, dass die neu hinzugewonnenen Mitglieder aktiv versucht hätten, sich über ihren Beitritt hinaus in die gewerkschaftliche Gremienarbeit einzubringen oder sie gar umzufunktionieren. Die von den Organizern organisierten Medienkampagnen zur Unterstützung der Wachleute scheinen, da sie problematische Arbeitsbedingungen bewusst von einer betrieblichen auf eine medial-politische Ebene hoben, den Stellvertretercharakter der Gewerkschaftspolitik im Gegenteil noch verstärkt zu haben. Von einer emanzipatorischen Infragestellung der Selbstschutzinteressen von Privateigentümern und staatlichen Instanzen schließlich war nirgendwo die Rede. Zurecht wurde deshalb auf einer Organizing-Veranstaltung in Köln auch die Frage gestellt, warum es bei der Kampagne im Hamburger Wach- und Schließgewerbe denn eigentlich so wenig um die Organisation jener Ein- und Ausgeschlossenen gegangen sei, die von den Wachmannschaften kontrolliert und in Schach gehalten werden. Von einer emanzipatorischen Perspektive könne schließlich nur dann gesprochen werden, wenn sich die in ihre prekären Jobs eingespannten Wachleute in jenen Leuten wiedererkennen, deren Bewegungsspielraum sie im Interesse von Staat und Kapital einengen.

„Je stärker die Sozialdemokratie, umso ohnmächtiger die Arbeiterklasse“

Gewerkschafts- oder gar organisationstheoretische Fragen wie diese spielten in der Diskussion um gewerkschaftliches Organizing bislang überhaupt nur eine untergeordnete Rolle. Das ist auch deshalb erstaunlich, weil es insbesondere in der politischen Linken eine lange Tradition von Versuchen gibt, dem Verhältnis von Organisation, Selbsttätigkeit und Emanzipation auf die Schliche zu kommen. In diese Diskussion hat sich vor einem Jahrhundert u.a. auch Rosa Luxemburg mit historisch-kritischen Untersuchungen zur Massenstreikdebatte, zur sozialdemokratischen Organisationswirklichkeit und zur Parteitheorie der Bolschewiki eingemischt. Der folgende kleine Exkurs möchte über die prominenten Schriften hinaus auch einige weitere organisationskritische Einsichten der radikalen Marxistin in Erinnerung rufen. Die politischen Hoffnungen einiger Organizer, soziale Kämpfe könnten durch gewerkschaftliche Mitgliederwerbung beflügelt werden, finden in den politischen Analysen Rosa Luxemburgs allerdings wenig Rückhalt.

Nimmt man Luxemburgs journalistische Aufmerksamkeit als Maßstab, dann gingen die größten Gefahren für die Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse von den opportunistischen Tendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung aus. Hierzu zählte der Sozialpatriotismus der polnischen PPS ebenso wie die Marx-Revision Eduard Bernsteins, der Organisationsfetischismus des gewerkschaftlichen Beamtenapparates, der Nur-Parlamentarismus vieler Reichstagsabgeordneter und das „Offiziösentum der Theorie“ Karl Kautskys. Luxemburg hätte diese Erscheinungen wohl kaum vehementer Widerreden für wert erachtet, wenn sie in ihnen nicht durchaus bedrohliche Spekulationen auf die Bereitschaft der Massen erkannt hatte, sich ihr Geschick aus den Händen nehmen zu lassen. Während beispielsweise der polnische Sozialpatriotismus den Arbeitern politische Abhilfe durch ein Bündnis mit der national und antirusisch gesonnenen Bourgeoisie versprach, hielt Eduard Bernstein trotz gelegentlicher chauvinistischer Töne andere Hilfsmittel für weitaus wichtiger. Als gelernter Halbfabier plädierte er vor allem für den Ausbau des tarifpolitischen Tagesgeschäfts, des Genossenschaftswesens sowie für professionelle Arbeit auf kommunaler Ebene. Gewerkschaftsführer hielten ihren Apparat für das am weit-

aus besten geeignete Mittel, Arbeiterinteressen zu vertreten, der Parlamentsabgeordnete wiederum die Reichstagsfraktion und Karl Kautsky schließlich kochte, wie Luxemburg schon 1913 angewidert feststellen musste, „für alles, was von den ‘obersten Behörden’ der Sozialdemokratie jeweilig getan und gelassen wird, einen rechtfertigenden Beruhigungsschleim“. (Luxemburg 3, S. 319).

Weil die Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Varianten des Opportunismus erst relativ spät erkennbar wurden, verlegte sich Luxemburg zunächst auf die Methode der Einzelkritik. Unter Berufung auf den Marxismus ging sie gegen Bernsteins Sozialreformismus, unter Berufung auf die Sozialdemokratie gegen die Gewerkschaftsbürokraten und unter Berufung auf die Massenbewegung gegen den Parteiapparat vor – nur um sich zu guter Letzt auch noch das Chefideologentum Kautskys vorzunehmen. So kam es, dass schon vor dem Ersten Weltkrieg alle wichtigen Organisationen und Institutionen der offiziellen Arbeiterbewegung bei ihr im Verdacht standen, der Revolution abgeschworen zu haben und der Anpassung an die bestehenden Herrschaftsverhältnisse Vorschub zu leisten. Der Bankrott der Internationale im August 1914 und erst recht „die standhafte Kadaverhaltung des deutschen Proletariats“ (Luxemburg 4, S. 378) im Weltkrieg verwandelten diesen Verdacht für sie in eine schreckliche Gewissheit: Die alles beherrschende Organisationsgläubigkeit, in der die Sozialdemokratie ihre Anhängerschaft erzogen hatte, erschien für die Aktionsunfähigkeit der Arbeiterklasse mindestens mitverantwortlich. „Gerade die mächtige Organisation, gerade die viel gepriesene Disziplin der deutschen Sozialdemokratie bewährten sich darin, dass der vier Millionen starke Körper sich auf Kommando einer Handvoll Parlamentarier in vierundzwanzig Stunden wenden und vor einen Wagen spannen ließ, gegen den Sturm zu laufen sein Lebensziel war. [...] Marx, Engels und Lasalle, Liebknecht, Bebel und Singer schulten das deutsche Proletariat, damit Hindenburg es führen kann. Und je höher die Schulung, die Organisation, die berühmte Disziplin, der Ausbau der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse in Deutschland als in Frankreich, umso wirksamer die Kriegshilfe der deutschen Sozialdemokratie im Vergleich mit derjenigen der französischen.“ (Luxemburg 4, S. 23f.)²⁰ Die sozialistische Partei, das ureigenste Geschöpf der Arbei-

20 Im Disput mit innerparteilichen Gegnern, die einen Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht als unmöglich erachteten, hatte Luxem-

terbewegung, habe sich in ein wuchtiges Instrument der bürgerlichen Gegenrevolution verwandelt, aber sozialistisch aufgetakelte „Schilder, Apparate und Phraseologie“ reichten im November 1918 aus, „um einen Delegiertenrat des revolutionären Proletariats zum Mameluckentrupp der Gegenrevolution zu degradieren. Das ist die Schule der deutschen Sozialdemokratie, das ist die Quittung über die letzten 25 Jahre ihrer Tätigkeit.“ (Luxemburg 4, S. 471) Weil sie keinesfalls weniger Mitschuld an der Rekrutierung der Arbeiterklasse zum Kriegsdienst trugen, waren die Gewerkschaften für Luxemburg ebenso Teil des Problems wie die Partei und mussten im Prozess der revolutionären Umgestaltung auch ähnlich eingeschätzt werden. „Die Frage des Kampfes für die Befreiung ist identisch mit der Frage der Bekämpfung der Gewerkschaften. Wir haben dazu in Deutschland zehnmal mehr Grund als in anderen Ländern. Denn Deutschland ist das einzige Land, in dem während der vier Jahre des Weltkrieges keine Lohnbewegungen stattgefunden haben, und zwar durch Parole der Gewerkschaften. Die offiziellen Gewerkschaften haben sich im Verlaufe des Krieges als eine Organisation des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Klassenherrschaft gezeigt. Deshalb ist es selbstverständlich, dass der Kampf um die Sozialisierung in Deutschland sich in erster Linie befassen muss mit der Liquidierung dieser Hindernisse, die die Gewerkschaften der Sozialisierung entgegenstellen.“ (Luxemburg 4, S. 486)²¹

burg bereits 1911 eine bemerkenswerte Mutmaßung über den möglicherweise negativen Zusammenhang von Organisations- und Arbeitermacht angestellt. „Namentlich aber machen sich diese deutschen ‘Unmöglichkeiten’ schön angesichts der Tatsache, dass wir ja gerade in Deutschland die stärkste Partei, die stärksten Gewerkschaften, die beste Organisation, die größte Disziplin, das aufgeklärteste Proletariat und den größten Einfluss des Marxismus haben. Wir kämen ja auf diese Weise tatsächlich zu dem eigentümlichen Resultat, dass, je stärker die Sozialdemokratie, umso ohnmächtiger die Arbeiterklasse ist.“ „Noch“ hielt sie es indes für verfrüht, dem deutschen Proletariat ein solches Armutszeugnis auszustellen. (Luxemburg 2: 406f.).

21 Für die Nachricht, dass der Baugewerkschaftsführer August Winnig der Reichswehr bei der Aufstellung antibolschewistischer Freikorps im Baltikum assistierte, hatte Luxemburg nur diesen Kommentar übrig: „Wir können es ruhig aussprechen, dass die deutschen Gewerkschaftsführer – es ist kein Zufall, dass ein deutscher Gewerkschaftsführer solche politischen Dienste leistet –, dass die deutschen Gewerkschaftsführer und die deutschen Sozialdemokraten die in-

Die Verstaatlichung der Arbeiterbewegung konfrontiere die Rekonstruktion proletarischer Handlungsfähigkeit mit einem politischen Regime völlig neuen Typs. „Die Herrschaft der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen, der Scheidemann und Genossen wie der Legien und Genossen, über die organisierte Arbeiterschaft, das ist im Kern nichts anderes als der gewaltigste Sieg der deutschen Bourgeoisie über die Arbeiterklasse, der je erfochten oder nur erträumt worden ist. Die zum Kampf wider das Kapital unter die Fahne der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gelockten Massen sind heute gerade durch diese Organisationen und in diesen Organisationen unter das Joch der Bourgeoisie in einer Weise gespannt worden, wie sie es nie seit Beginn des modernen Kapitalverhältnisses waren.“ (Luxemburg 4, S. 235)²² Arbeiterorganisationen im Dienst des Kapitals, wie Luxemburg sie als Signum neuer Herrschaftsverhältnisse entstehen sah, indes unterschieden sich ihrer Auffassung nach substantiell von der Organisierung, wie sie sich im Interesse proletarischer Aktionsfähigkeit entwickelt. „Deutschland war das klassische Land der Organisation und noch mehr des Organisationsfanatismus, ja des Organisationsdünkels. Um ‘Organisation’ willen hatte man den Geist, die Ziele, die Aktionsfähigkeit der Bewegung preisgegeben. Und was erleben wir heute? In den wichtigsten Momenten der Revolution versagt vorerst das gerühmte ‘Organisationsstalent’ in kläglichster Weise. Revolutionäre Aktionen zu organisieren ist eben doch noch ganz was anderes, als Reichstagswahlen

fasten und größten Halunken, die in der Welt gelebt haben, sind.“ (Luxemburg 4: 508)

- 22 „Erst durch das ‘vaterländische’ Verhalten der Sozialdemokratie, dank dem Burgfrieden im Rücken konnte der imperialistische Krieg ungescheut seine Furien entfesseln. Bisher war die Angst vor inneren Unruhen, vor dem Grimm des notleidenden Volkes der ständige Alldruck und dadurch der wirksamste Zügel der herrschenden Klassen bei ihren Kriegsgelüsten.“ (Luxemburg 4: 130) Das parteieigene Denken hielt Luxemburg schon wegen seiner Verpflichtung auf Legitimationszwecke für unfähig, solche neuartigen Herrschaftsformen auch nur zu identifizieren. „Der offizielle Marxismus sollte als Deckmantel dienen für jede Rechnungsträgerei, für jede Abschweifung von dem wirklich revolutionären Klassenkampf, für jede Halbheit, die die deutsche Sozialdemokratie und überhaupt die Arbeiterbewegung, auch die gewerkschaftliche, zu einem Dahinsiechen im Rahmen und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verurteilte, ohne jedes ernste Bestreben, die Gesellschaft zu erschüttern und aus den Fugen zu bringen.“ (Luxemburg 4: 494).

oder Gewerbergerichtswahlen nach Schema F zu 'organisieren'. Die Organisation der revolutionären Aktionen muss und kann eben nur in der Revolution selbst gelernt werden, wie das Schwimmen im Wasser nur im Wasser gelernt wird.“ (Luxemburg 4, S. 524).

In der kompromisslosen Gegnerschaft zum Opportunismus wusste sich Rosa Luxemburg einig mit Lenin. Den Ultrazentralismus seiner Parteitheorie (Lenin 1902) konnte sie allerdings ebenfalls unmöglich als geeignet ansehen, das gemeinsame Ziel einer gestärkten proletarischen Klassenmacht tatsächlich zu erreichen. Insofern enthält auch Luxemburgs Kritik des Avantgardemodells, das sie an die Methoden des sozialrevolutionären Terrorismus von Narodnaja Wolja ebenso erinnerte wie an die konspirativen Aufstandsinstruktionen Auguste Blanquis, in nuce einige ihrer entscheidenden Ideen zu den konstitutiven Voraussetzungen von Arbeiteremanzipation. Im Kern warf sie Lenin vor, eine elitäre Stellvertreterpolitik betreiben zu wollen, die in ihrer Fetischisierung der Organisation wie in der damit korrespondierenden Skepsis gegenüber den politisch für unreif gehaltenen Massen die Fehler der Sozialdemokratie eher reproduzierte als überwand. Herrschaft verlängerte sich bis in den Sozialismus hinein, wenn die Arbeiter statt zu Eigeninitiative und Selbsttätigkeit zu einem autoritätshörigen Glauben an die Unfehlbarkeit der marxistischen Avantgarde erzogen würden. „Nicht durch die Anknüpfung an die ihm durch den kapitalistischen Staat eingeprägte Disziplin – mit der bloßen Übertragung des Taktstocks aus der Hand der Bourgeoisie in die eines sozialdemokratischen Zentralkomitees –, sondern durch die Durchbrechung, Entwurzelung dieses sklavischen Disziplingeistes kann der Proletarier erst für die neue Disziplin – die freiwillige Selbstdisziplin der Sozialdemokratie – erzogen werden.“ (Luxemburg 1/2, S. 431). Und weiter: „Der von Lenin befürwortete Ultrazentralismus scheint uns aber in seinem ganzen Wesen nicht vom positiven, schöpferischen, sondern vom sterilen Nachtwächtergeist getragen zu sein. Sein Gedankengang ist hauptsächlich auf die *Kontrolle* der Parteitätigkeit und nicht auf ihre *Befruchtung*, auf die *Einengung* und nicht die *Entfaltung*, auf die *Schurigelung* und nicht auf die *Zusammenziehung* der Bewegung zugeschnitten.“ (Luxemburg 1/2, S. 433f.). In unmissverständlicher Abgrenzung zu den Bolschewiki, die für sie letztlich in der Tradition des verschwörerischen Zirkelwesens standen, hielt Luxemburg den Massencharakter des Befreiungskampfes für unverzichtbar. Nur durch den langwierigen Kampf um politische Freiheiten, für die

Einhaltung der Menschenrechte, die Eroberung demokratischer Formen wie überhaupt durch die Lebendigkeit der Massenagitation könnten sich die Massen der Fremdbestimmung entziehen. (Luxemburg 1/2, S. 340). Nicht umsonst kam Luxemburg zu einem Ergebnis, das den Lernerfolg nicht in der Theorie, sondern in der gesellschaftlichen Praxis verortete. „Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees.“ (Luxemburg 1/2, S. 444).

Gegen das Co-Management von Arbeiterunzufriedenheit

Welche Bedeutung kommt gewerkschaftlichem Organizing nun in Zeitabschnitten zu, in denen es – wie 2010 in den USA oder der BRD – „eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung“ nicht gibt, sondern allenfalls kapillare Klassenkämpfe und marginalisierte Selbstverständigungsprozesse gegen die Zumutungen von oben? Gegen die Erwartung vieler Linker, Organizing-Kampagnen würden soziale Auseinandersetzungen möglicherweise zuspitzen, konnten in diesem Artikel etliche Einwände zusammengefasst werden, die in der Literatur zum Thema bislang unzureichend berücksichtigt worden sind. Die Ausbildungsbedingungen von Organizern, die innergewerkschaftlichen Machtverhältnisse wie auch die Art und Weise der Organisierung spezifischer betrieblicher Konflikte deuten demnach darauf hin, dass sich im Organizing-Prozess traditionelle Imperative gewerkschaftlicher Politik durchsetzen. Organizer arbeiten unter so einem starken Druck, dass ihnen faktisch keine andere Wahl bleibt, denn als Repräsentant einer Organisation aufzutreten, die vornehmlich an der Werbung neuer Mitglieder und dem Abschluss von Tarifverträgen interessiert ist. Vom Job eines herkömmlichen Gewerkschaftssekretärs unterscheidet sich die Arbeit eines Organizers insofern eher in Nuancen als prinzipiell.

Dem in Organizing-Kampagnen proklamierten Bruch mit den Routinen institutionalisierter Stellvertreterpolitik muss vor diesem Hintergrund zwar widersprochen werden. Nicht zu unterschätzen bleibt trotzdem, wie sehr die Organizing-Ideologie auch eine Reaktion auf die schwere Legitimationskrise gewerkschaftlicher Politik darstellt. BRD-Gewerkschaften versprechen sich von der Adaption

US-amerikanischer Taktiken eine „Erschließung“ jener Randbeleg-schaften, zu deren Prekarisierung sie mit Verweis auf ihre Mitglieder unter den Stammarbeitskräften bislang selbst beigetragen haben. Aus Sicht mancher Linker bietet dieser scheinbare Perspektivenwechsel zwar nicht die Garantie, wohl aber die Chance, die stärker gewordene Polarisierung der Klassengegensätze endlich wieder zu politisieren. „Organizing kann als ein Versuch sozialtechnischer Aktivierung gesehen werden, als ein Vorschlag zur Rationalisierung. Organizing kann aber auch als zutiefst antiautoritäres Programm interpretiert werden.“ (Birke 2010, S. 11f.).

Nach den Erfahrungen, die sie spätestens seit der Massenstreik-debatte gesammelt hatte, wäre es Rosa Luxemburg kaum in den Sinn gekommen, Gewerkschaftsorganisationen in die Nähe antiautoritärer Praxis zu rücken. Kritische Aufmerksamkeit sollte ihrer Auffassung nach vielmehr dem Bürokratismus von Gewerkschaftsbeamten gewidmet werden und deren Tendenzen zur „Überschätzung der Organisation, die aus einem Mittel zum Zweck allmählich in einen Selbstzweck, in ein höchstes Gut verwandelt wird, dem die Interessen des Kampfes untergeordnet werden.“ (Luxemburg 2, S. 163). Sowohl Robert Michels (1989) als auch die Autoren des Roten Gewerkschaftsbuches (1980) konnten Luxemburgs Infragestellung des positiven Zusammenhangs von Gewerkschaftsorganisation und Klassenkampf weiter erhärten. Diese gewerkschaftskritischen Erkenntnisse werden innerhalb der radikalen Linken nicht nur deshalb verdrängt worden sein, weil Gewerkschaften und Stiftungen ein paar Jobs, Stipendien und Forschungsaufträge auf dem Feld des Organizing zu vergeben haben. Weil sie auf Tätigkeiten wie die „strategische Recherche“ großen Wert legt, ist die Organizing-Philosophie bereits von sich aus gut geeignet, dem Selbstbild des linken Intellektuellen als unverzichtbarer „Assistent“ von Arbeits- und Klassenkämpfen zu schmeicheln. Außerdem scheint Organizing auch einen Zugang zu betrieblichen Konflikten zu eröffnen, der ohne die Gewerkschaften möglicherweise nicht so leicht zu bekommen wäre.

Als Erklärung dafür, warum in den letzten Jahren nicht nur die klassische Gewerkschaftskritik, sondern auch die Auseinandersetzung mit konkreter gewerkschaftspolitische Praxis diesseits „emanzipatorischer“ Ideologiebildung so stark in den Hintergrund getreten ist, reichen die aufgelisteten Gründe allerdings nicht aus. Immerhin dienen Organizing-Kampagnen aus gewerkschaftsoffizieller Sicht demselben Ziel wie der Kurs des betrieblichen Co-

Managements, die Mitwirkung an den Arbeitsmarktreformen und die Politik der Lohnzurückhaltung während des vergangenen Jahrzehnts: Gewerkschaften sollen wieder zu vollwertigen Mitgliedern korporatistischer Funktionseleiten werden. Eine radikale Linke, die in der Lage ist, oberflächliche Emanzipationsversprechen für bare Münze zu nehmen, und die gleichzeitig grundlegende Tendenzen und Bestimmungsfaktoren gewerkschaftlicher Praxis ignoriert, scheint auf dem Weg gewerkschaftlichen Organizing selbst schon ein weites Stück zurückgelegt zu haben. Zugang zu Arbeitskämpfen, Streiks und anderen sozialen Auseinandersetzungen wird sie erst dann wieder bekommen, wenn sie sich – gedanklich ebenso wie praktisch – wieder aus dem Bündnis mit den „Managern von Arbeiterunzufriedenheit“ (Mills 2001) löst.

Literatur

- Abbott-Klafter, Sean/Berning, Lohl/Lafore, Tenaya (2009): Open Letter to All Those Concerned about the Labor Movement. <http://mrzine.monthlyreview.org/2009/labor141009.html>.
- Berger, Rainer/Meyer, Malte (2008): Neues im Anti-Dumping-Kampf, in: analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis 531/2008.
- (2009): US-Gewerkschaften im Jahr eins nach Lehman: From bad to worse?, in: Das Argument 6/2009, S. 916-925.
- Birke, Peter (2010): Zwischen Organizing und 'Sweetheart-Deals'. Der Kampf um Gewerkschaften in den USA, rls-Standpunkte 05/2010, Berlin, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_05-2010.pdf.
- (2010): Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt, Berlin: Assoziation A.
- Brinkmann, Ulrich u.a. (2008): Strategic Unionism. Aus der Krise zur Erneuerung der Gewerkschaften? Umriss eines Forschungsprogramms. Mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Urban, Wiesbaden.
- Bruder, Franziska (2007): Organizing beruht auf (wechselseitigem) Respekt. Erfahrungen aus dem Organizing-Projekt in Hamburg, in: Bremme, Peter u.a. (Hrsg.): Never work alone. Organizing – Ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften, Hamburg, S. 240-256.
- Crosby, Michael (2009): Power at work. Die Rückgewinnung gewerkschaftlicher Macht am Beispiel Australiens. Hrsg. und mit einem Nachwort von Detlev Wetzels, Hamburg.
- Dörre, Klaus/Nachtwey, Oliver (2009): Auf dem Weg zur Erneuerung. Organizing als politisches Instrument, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/2009, S. 32-42.

- Enderle, August u.a. (1980): *Das Rote Gewerkschaftsbuch*, Bremen: Gruppe Arbeiterpolitik.
- Feekin, Lynn/Widenor, Marcus (2003): *Helping New Organizers Survive and Thrive in the Field: The Essential Role of Training and Mentoring*, in: *Labor Studies Journal* 3/2003, S. 63-84.
- Foerster, Amy (2003): *Labor's Youth Brigade: What Can the Organizing Institute and Its Graduates Tell Us About the Future of Organized Labor?*, in: *Labor Studies Journal* 3/2003, S. 1-31.
- Kim, Susanne (2008): *Global Organizing. Der pragmatische Internationalismus der SEIU*, in: Hälker, Juri (Hrsg.): *Organizing. Neue Wege gewerkschaftlicher Organisation*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 9/2008, S. 51-57.
- (2009): *Organizing – Die mitgliederorientierte Offensivstrategie für die IG Metall*. Vortrag auf dem Bildungsreferentenkongress des DGB-Bildungswerks Bayern, <http://www.dgb-bildungswerk-bayern.de/de/veranstaltungen/Beilngries2009/pdf/WS-Organizing-Kim.pdf>.
- Kornberger und Partner Kommunikationsberatung (2008): *Organizing. Strategie und Praxis*, Berlin: kp works.
- Kotter, J.P. (1996): *Leading Change*, Harvard: Harvard Business School Press
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1902): *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung*, in: Ders.: *Werke* Bd. 5, Berlin. S. 355-549
- Luxemburg, Rosa (1970ff.): *Gesammelte Werke*, Berlin.
- Meyer, Malte (2002): *Neuanfang in der Defensive. US-Gewerkschaften unter Handlungsdruck*, Hamburg.
- Michels, Robert (1989): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, Stuttgart.
- Mills, C. Wright (2001): *The New Men of Power. America's Labor Leaders*, Urbana.
- Moody, Kim (2007): *US Labor in Trouble and Transition. The Failure of Reform from Above and the Promise of Revival from Below*, London.
- Prott, Jürgen/Keller, Axel (2001): *Hauptamtliche. Zerreißproben örtlicher Gewerkschaftsarbeit*. Münster.
- Raffo, Jeffrey/Alzaga, Valery (2009): *Organizing und Kampagnenarbeit*. Vortrag auf dem Bildungsreferentenkongress des DGB-Bildungswerks Bayern, http://www.dgb-bildungswerk-bayern.de/de/veranstaltungen/Beilngries2009/pdf/WS-Schirmer-DGB-bw_Workshop-Organizing.pdf.
- Rehder, Britta (2007): *Kampagnenpolitik zwischen Siegen und Los Angeles*, in: *Mitbestimmung* 12/2007, S. 10-15.
- Rooks, Daisy (2004): *Sticking it Out or Packing it in? Organizer Retention in the New Labor Movement*, in: Milkman, Ruth/Voss, Kim (Hrsg.): *Rebuilding Labor. Organizing and Organizers in the New Union Movement*, Ithaca: Cornell University Press, S. 195-224.

- Sauerborn, Werner (2008): Die strategische Weiterentwicklung des Organizing-Ansatzs, in: Hälker, Juri (Hrsg.): Organizing. Neue Wege gewerkschaftlicher Organisation, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2008, S. 38-44.
- Schreieder, Agnes (2008): Rolle und Ausbildung von Organizern in Deutschland, in: Hälker, Juri (Hrsg.): Organizing, S. 29-37
- ver.di-Bundesvorstand (2008): Chance 2011. Diskussionspapier des Bundesvorstands zur Veränderungsarbeit in ver.di: Mitgliederorientierung bestimmt das Organisationshandeln, http://freie.verdi.de/aktive_selbststaendige/diskussion_zu_verdi_strategie_chance_2011.
- Voss, Kim/Sherman, Rachel (2000): Breaking the Iron Law of Oligarchy. Union Revitalization in the American Labor Movement, in: The American Journal of Sociology 2/2000), S. 303-349.
- Wetzel, Detlev (2009): Gewerkschaftliche Erneuerung ist möglich [Nachwort], in: Crosby, Michael: Power at work. Die Rückgewinnung gewerkschaftlicher Macht am Beispiel Australiens. Hrsg. und mit einem Nachwort von Detlev Wetzel, Hamburg: VSA, S. 349-362.
- Wetzel, Detlev u.a. (o.J.): Organizing: Die mitgliederorientierte Offensivstrategie für die IG Metall. Acht Thesen zur Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit, <http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/real/wetzel.pdf>.
- Wildcat (2006): Gewerkschaften auf neuen Wegen. Wenn der Kollege zum Kunden wird, in: wildcat 78/2006, http://www.wildcat-www.de/wildcat/78/w78_organizing.htm.
- (2007): ‘New Labour’ – ‘Neue Gewerkschaft’ – Kritik am Organizing. Teil II, in: wildcat 80/2007, http://www.wildcat-www.de/wildcat/80/w80_organizing_II.htm.

Autorenverzeichnis

Rainer Berger hat als gelernter Elektriker schon etliche Kabel verlegt. „Anschlussfähigkeit“ im akademischen Sinn aber war seine Sache nie. Gemeinsame Veröffentlichungen mit Malte Meyer: US-Gewerkschaften im Jahr eins nach Lehman. From bad to worse? in: *Das Argument* 6/2009, S. 916-925; Neues im Anti-Dumping-Kampf. Der Europäische Verband der Wanderarbeiter ist am Ende, in: *analyse & kritik* 531/2008.

Michael Bruch, Dr. rer. soc., Lehrbeauftragter an der J. W. Goethe Universität, Frankfurt am Main und der Universität Siegen. Arbeitsgebiete: Theorien moderner Gesellschaften, Herrschaftstheorien, historisch und kulturtheoretisch ausgerichtete Organisationssoziologie, Diskurstheorie und Gouvernementality-Studies.

Christian Frings, Köln; freier Autor und Aktivist in Arbeitskämpfen, beschäftigt sich seit den 80er Jahren mit Operaismus, Fabrikorganisation und Weltsystemtheorie.

Ronald Hartz, Dr. rer. pol., ist Juniorprofessor für europäisches Management an der Technischen Universität Chemnitz. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die kritische Organisations- und Managementforschung, Diskurstheorie- und analyse sowie Perspektiven einer politischen Ökonomie der Organisation. Er ist Initiator des Forums „Kritische Organisationsforschung“ (<http://www.kritische-organisationsforschung.de/wordpress/>).

Thomas Matys, Dipl.-Soz.-Wiss., Bergische Universität Wuppertal. Arbeitsgebiete und Forschungsschwerpunkte: Arbeits-, Organisations- und Kultursoziologie. Ausgewählte Publikationen: „(Un)sichere Führungskarrieren?“ – Ein Gegensatzpaar, das keines ist (zusammen mit Thomas Brüsemeister und Wieland Jäger; im Druck für DGS-Band 2010); Die Ökonomie der Organisation – die Organisation der Ökonomie. Wiesbaden 2010 (als Herausgeber zusammen mit Martin Endreß); Welche Arbeit? Welcher Sinn? Einige (wissens-)soziologische Bemerkungen zu einem historisch kontingenten Dispositiv. In: Jäger, Wieland/Röttgers, Kurt (Hrsg.): *Sinn von Arbeit. Sozialwissenschaftliche Aspekte*. Wiesbaden 2008, S. 203-222.

Malte Meyer hat in Marburg Politikwissenschaft studiert, lebt in Köln und beschäftigt sich als Wald-und-Wiesen-Luxemburg

schwerpunktmäßig mit den Themen Arbeiterbewegung, Anti-Alienismus und Anderes Amerika. Gemeinsame Veröffentlichungen mit Rainer Berger: US-Gewerkschaften im Jahr eins nach Lehman. From bad to worse? in: *Das Argument* 6/2009, S. 916-925; Neues im Anti-Dumping-Kampf. Der Europäische Verband der Wanderarbeiter ist am Ende, in: *analyse & kritik* 531/2008.

Frances Fox Piven ist Distinguished Professor am Graduiertenzentrum der City University of New York, wo sie Soziologie und Politikwissenschaft unterrichtet. Ihre letzte Veröffentlichung ist *Challenging Authority: How Ordinary People Change America* (2006). Zusammen mit Richard Cloward hat sie *Regulating the Poor* (1993), *Poor People's Movements* (1997), (dt.) *Aufstand der Armen* (1985) und *Why Americans Still Don't Vote, and Why Politicians Like it that Way* (2000) veröffentlicht.

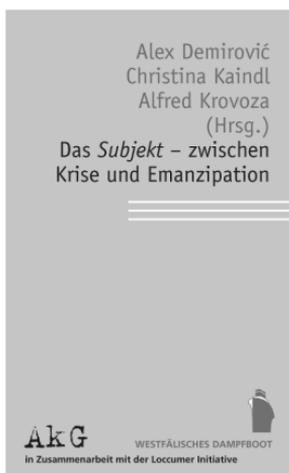
Wolfram Schaffar, Dr. phil, Politikwissenschaftler, Südostasienwissenschaftler und Japanologe, arbeitet als Gastprofessor am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind soziale Bewegungen und Konstitutionalismus in Thailand und Birma/Myanmar sowie Wohlfahrtsstaatlichkeit und Staatstheorie der Länder des Südens.

Peter Scheiffele hat in Wuppertal Sozialwissenschaften studiert, lebt in Köln, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“, Universität Konstanz sowie Lehrbeauftragter der Universität Köln im Fach Soziologie, arbeitet zur Arbeits- und Organisationssoziologie, zum Postkolonialismus, zur Geschichte des Rätekommunismus und promoviert zum Thema „Haiti und NGOs“.

Armin Stickler, Sozialwissenschaftler, arbeitet in Hattingen bei einer gemeinnützigen Qualifizierungs- und Bildungseinrichtung als Projektentwickler und Referent für Öffentlichkeit. Forschungen und Publikationen zu Nachhaltigkeit, sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen sowie weltgesellschaftlichen, organisationstheoretischen und sozialpolitischen Fragestellungen. Lehrbeauftragter der Fachhochschule Dortmund. Gründungsmitglied der Stiftung W. und der HAZ Stiftung Jugend Kompetenzen Zukunft.

AkG – Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

Die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) wurde im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Inhalt der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theorieansätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll.



Alex Demirović/Christina Kaindl/
Alfred Krovoza (Hrsg.)

**Das Subjekt – zwischen
Krise und Emanzipation**
im Auftrag der Assoziation für
kritische Gesellschaftsforschung
in Zusammenarbeit mit der
Loccumer Initiative
2010 – 176 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-771-3

Alex Demirović (Hrsg.)

Kritik und Materialität
im Auftrag der Assoziation für
kritische Gesellschaftsforschung
2010 – 168 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-748-5

Eva Hartmann/Caren Kunze/
Ulrich Brand (Hrsg.)

**Globalisierung, Macht
und Hegemonie**
Perspektiven einer
kritischen Internationalen
Politischen Ökonomie
im Auftrag der Assoziation für
kritische Gesellschaftsforschung
2009 – 272 Seiten – € 24,90
ISBN 978-3-89691-757-7

Jens Wissel/Stefanie Wöhl (Hrsg.)
**Staatstheorie vor neuen
Herausforderungen**
Analyse und Kritik
im Auftrag der Assoziation für
kritische Gesellschaftsforschung
2008 – 167 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-747-8

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Hafenweg 26a · 48155 Münster · Tel. 0251-3900480 · Fax 0251-39004850
e-mail: info@dampfboot-verlag.de · <http://www.dampfboot-verlag.de>

Die Beiträge des Bandes stellen die gesellschaftliche Konstruktion von Organisation ins Zentrum und diskutieren sie aus verschiedenen Perspektiven kritisch. Damit soll eine gesellschaftliche Praxisform thematisiert werden, die zentral für die moderne Form gesellschaftlicher Regulation sowie der Macht- und Herrschaftsausübung ist, bisher aber neben der Thematisierung des Staates und des Kapitalverhältnisses eine eher randständige Bedeutung einnimmt.



ISBN 978-3-89691-869-7